

KARL SALOMO ZACHARIÄ'S

Vierzig [Bücher

vom

S T A A T E.

Fünfzehntes bis neunzehntes Buch.

Dritter Theil.

Verfassungslehre.

KARL SALOMO ZACHARIA'S

Vierzig Bücher

VOM

S T A A T E.

Erstes bis neunzehntes Buch.

Dritter Theil.

Vierzehntes bis vierzigstes Buch.

KARL SALOMO ZACHARIA'S

Vierzig Bücher

vom

S T A A T E.

Umarbeitung

des früher von demselben Verfasser unter demselben Titel
herausgegebenen Werkes.

An omnis moriar?

Dritter Band.

HEIDELBERG,

akademische Verlagsbuchhandlung von C. F. Winter.

1839.

KARL SALOMO NACHMAN'S

Vierzig Bücher

VOM

S T A A T E.

Umarbeitung

des früher von demselben Verfasser unter demselben Titel
herausgegebenen Werkes.

An omnia munda

Dritter Band.

HEIDELBERG.

akademische Verlagsbuchhandlung von C. W. Winter

1839.

KARL SALOMO ZACHARIÄ'S

Staatsverfassungslehre.

Heidelberg,

akademische Verlagsbuchhandlung von C. F. Winter.

1839.

HAROLD KACHAR

Staatverfassung

Heidelberg

akademische Verlagsbuchhandlung von C. F. Winter

1889

FÜNFZEHNTE BUCH.

Der allgemeine Theil der Verfassungslehre.

EINLEITUNG.

Unter der Verfassung des Staates versteht man bald die Art und Weise, wie die Idee des Staatsherrschers darzustellen oder in einem einzelnen Staate dargestellt ist, bald das Gesetz, welches die Darstellung dieser Idee zum Gegenstande hat, bald das Gesetz, welches noch überdies die Grenzen bestimmt, in welchen sich der Herrscher bei der Ausübung seiner Machtvollkommenheit zu halten hat. In diesem letzteren Sinne nimmt man z. B. das Wort, wenn man von konstitutionellen Staaten oder von den Verfassungsurkunden spricht, welche mehrere Deutsche Staaten in den neueren Zeiten erhalten haben. In dem ersten Sinne hat ein jeder Staat eine Verfassung, nicht eben so in dem dritten. (Daher konnte die Frau von Stael an den Kaiser Alexander die — jedoch sehr zweideutige — Schmeichelfrede richten, daß Er die Verfassung seines Reiches sey.) Hier wird das Wort in der ersten Bedeutung genommen werden.

Die Staatsverfassung begreift die Beherrschungs- und die Regierungs-Form unter sich. Jene ist die Darstellung der Idee des Staatsherrschers in Beziehung auf das Subjekt, welchem die Machtvollkommenheit zu

steht; diese ist die Darstellung derselben Idee in Beziehung auf diejenigen, durch welche der Herrscher die Rechte der Machtvollkommenheit ausübt. Jedoch läßt sich zwischen beiden nur unter der Bedingung eine scharfe Scheidlinie ziehn, daß der Herrscher nur herrscht, d. i. nur diejenigen erwählt oder ernennt, durch welche er seine Rechte ausübt, nicht aber selbst regiert.

ERSTES HAUPTSTÜCK.

Von den

Aufgaben der Verfassungslehre.

Die Staatsverfassungslehre hat folgende Aufgaben zu lösen:

Erstens: Welches sind die verschiedenen möglichen Eintheilungen und Arten der Staatsverfassungen? (Man verwechsle nicht die Eintheilungen und die Arten mit einander. Die Arten sind die unter den Gliedern der verschiedenen Eintheilungen begriffenen besonderen Fälle.)

Zweitens: Eine jede der verschiedenen möglichen Verfassungsformen, z. B. also die Monarchie oder die Aristokratie für sich betrachtet, — welches sind die Folgerungen, die sich aus ihrem Begriffe, also z. B. aus dem Begriffe der Monarchie ¹⁾ ergeben? — Man kann den Theil der Verfassungslehre, welcher diese Aufgabe zu beantworten hat, mit dem Namen: **Naturlehre** ²⁾ oder **natürliches Recht der Staatsverfassungen** (oder einer

1) Aus dem Begriffe der Monarchie überhaupt oder aus dem einer bestimmten in der Erfahrung gegebenen Monarchie. Neben einem jeden positiven Verfassungsrechte besteht ein natürliches, für dieselbe Verfassung zur Aushülfe (in subsidium) gültiges, Recht.

2) Man sieht leicht, daß das Wort: Naturlehre, hier in einem andern Sinne, als in dem zweiten Theile des vorliegenden Werkes, genommen wird.

bestimmten Staatsverfassung) bezeichnen. Mit dem erstern Namen; weil in Beziehung auf den Menschen der Begriff von einem gewissen Gegenstande und die Natur dieses Gegenstandes ein und dasselbe sind. Mit dem letzteren Namen; weil die Folgerungen aus einem Rechtsbegriffe, — und ein solcher ist der Begriff einer Staatsverfassung, — selbst Rechtsbegriffe seyn müssen.

Drittens: Wie ist eine jede Staatsverfassung für sich so einzurichten, (so zu organisiren,) | daß ihre Beschaffenheit sowohl dem Interesse des Herrschers, als dem des Volkes, (der Beherrschten) entspreche? daß sie also sowohl dem Herrscher für die Fortdauer seiner Herrschaft als dem Volke für die Heiligkeit seines Rechts Gewähr leiste? Wenn auch dieser Theil der Verfassungslehre, — welchen man das politische Verfassungsrecht oder das Verfassungsrecht schlechthin nennen kann*), — wieder zwei Aufgaben unter sich zu begreifen scheint, so muß doch die Verfassung fest stehn, damit gut regiert werden könne, und gut regiert werden, damit die Verfassung fest stehe. Sollte gleichwohl ausnahmsweise zwischen der einen und der andern Aufgabe ein Widerstreit eintreten, so hat billig das Interesse der Verfassung den Vorzug. Denn, vorausgesetzt, daß das und das Volk der und der bestimmten Verfassung bedarf, so ist eine Unvollkommenheit der Verfassung, verglichen mit einem einzelnen Mißbrauche der Herrschergewalt, das größere Uebel.

Viertens: Giebt es eine schlechthin vollkommene Staatsverfassung? und welcher Verfassung kommt diese Eigenschaft zu? welche ist das Ideal einer Staatsverfassung?

Ein fünfter Gegenstand der Verfassungslehre ist

*) Ich werde diesen Theil der Verfassungslehre in dem Folgenden schlechthin das Verfassungsrecht, so wie den unter „Zweitens“ gedachten die Naturlehre der Verfassungen nennen. — Das politische Verfassungsrecht wird beziehungsweise auch das monarchische, das aristokratische Princip etc. genannt.

die natürliche Geschichte der Staatsverfassungen. Sie umfaßt zugleich die Lehre von den Staatsumwälzungen oder Revolutionen. Den Uebergang der allgemeinen politischen Naturlehre zu dieser Geschichte vermittelt die Lehre von den unmittelbaren Bestandtheilen des Staatsvereins.

Die zweite und die dritte dieser Aufgaben bleiben den folgenden Büchern (XVI — XIX) vorbehalten. Den übrigen Aufgaben ist das vorliegende Buch (XV.) gewidmet.

ZWEITES HAUPTSTÜCK.

*Eintheilung der Staatsverfassungen*¹⁾.

Die Staatsverfassungen sind von einander verschieden:

I. In Beziehung auf das Subjekt, welchem die Machtvollkommenheit zusteht.

1) Entweder beherrscht das Volk sich selbst; — Demokratie, Volksherrschaft;

2) oder das Volk wird beherrscht²⁾; und zwar
 a. entweder von einem physischen Individuo, von einem einzelnen Menschen; — Monarchie, Einherrschaft;
 b. oder von einer moralischen Person, von einem Ausschnitte aus dem Volke; — Aristokratie, Adelsherrschaft³⁾.

Der Mittelglieder, welche zwischen der Monarchie und der Aristokratie liegen, — der Zweiherrschaft, der Dreiherrschaft, etc. — wird in dem Folgenden

1) Vgl. Grundsätze und Ansichten über Staatsformen und deren Ableitung aus dem Wesen des Staates selbst. Lpz. 1832.

2) Die Eintheilung bezieht sich nicht auf das Recht zur Herrschaft, sondern allein auf die Naturbeschaffenheit des Herrschers.

3) Das Wort: Adelsherrschaft, wird sowohl hier als sonst in diesem Werke als gleichbedeutend mit dem Worte: Aristokratie, gebraucht.

nicht besonders gedacht werden. Die Fälle, daß Zweie oder Dreie und nicht Mehrere an der Herrschaft Theil haben, sind selten*). — Auch zwischen der Aristokratie und der Demokratie kann man in der Praxis keine scharfe Scheidlinie ziehn. In der Idee ist die Demokratie die Herrschaft aller (physisch) stimmfähigen und selbstständigen Mitglieder des Staatsvereines.

II. In Beziehung auf den Rechtsgrund oder Titel, kraft dessen die Machtvollkommenheit oder die Theilnahme an derselben erworben wird. Dieser Rechtsgrund ist

1. entweder das Gesetz; wie z. B. in der Erbmonarchie;

2. oder eine Thatsache; wie z. B. in der Wahlmonarchie.

III. In Beziehung auf die Ausübung der Rechte der Machtvollkommenheit.

1. Entweder übt der Herrscher seine Herrscherrechte selbst aus. (Autokratie.)

2. oder er überträgt die Ausübung derselben Anderen. (Repräsentativverfassung).

Der Fall, daß der Herrscher alle seine Hoheitsrechte allein ausübt, kommt höchstens bei wenig zahlreichen Stämmen vor, die unter einem Stammeshaupte stehn. — Die Repräsentativverfassung in der engeren Bedeutung ist diejenige Staatsverfassung, welche die Thätigkeit des Herrschers auf die Wahl seiner Vertreter und Beamten beschränkt. Nicht nur die Demokratie, sondern auch die Monarchie, — schwerlich aber die Aristokratie,

*) In Sinde (Ostindien) kommt ein solcher Fall vor. Da herrschen drei Brüder gemeinschaftlich. (Vormals viere. Der Eine ist späterhin gestorben.) Doch soll de facto Einer dieser Brüder die Macht in den Händen haben. S. A narrative of a voyage to the court of Sinde. Edinb. 1830.

— kann eine Repräsentativverfassung in diesem Sinne seyn.

IV. In Beziehung auf die Macht des Staatsherrschers.

1. Entweder kann der Herrscher durch eine ihm eigene Macht, oder er kann

2. durch die öffentliche Meinung d. i. durch die Macht des Volkes den ihm gebührenden Gehorsam nöthigenfalls erzwingen.

Die Macht der Volksherrschaft ist ihrem Wesen nach die Macht des Volkes. In der Monarchie und in der Aristokratie kann die Macht des Herrschers sowohl von der einen als von der andern Beschaffenheit, — sowohl eine *potentia privata* als die *potentia publica*, — seyn. Die Macht, die in der einen oder in der andern dieser beiden Verfassungen dem Herrscher als eine von der öffentlichen gesonderte Macht zusteht, ist entweder Waffen- oder Geistes- oder Geldmacht*).

Die öffentliche Macht begreift ihrem Wesen nach alle diese Arten der Macht unter sich.

V. In Beziehung auf das Recht zur Herrschaft. — Es giebt Verfassungen, welche überall nicht auf einer rechtlichen Grundlage ruhn. Das sind die Despotien oder Zwingherrschaften d. i. die Verfassungen, welche nur durch die Furcht des Volkes vor der Waffenmacht des Herrschers bestehn. Sowohl die Adelsherrschaft als die Einherrschaft kann den Charakter einer Kriegsherrschaft haben. Die erstere jedoch nur beziehungsweise. (Z. B. die Spartanische Verfassung war in Beziehung auf die Heloten, aber nur in Beziehung auf diese, eine Despotie.) Daher versteht man auch unter der Despotie gewöhnlich nur die despotische Einherrschaft. Obwohl aber die Zwingherrschaft eine widerrechtliche Verfassung ist, so wird sie doch von der Untersuchung über die ein-

*) Vgl. unten das letzte Hauptstück dieses Buches. (XV.)

zelenen Arten der Verfassungen schon um deswillen nicht auszuschliessen seyn, weil eine jede Verfassung der Gefahr ausgesetzt ist, etwas von der Despotie anzunehmen. — Abgesehn von der Zwingherrschaft kann der Staatsherrscher

1. entweder an Gottes Statt gebieten; — Theokratien¹⁾;

2. oder aus einem Grunde des weltlichen Rechts, d. i.

a. entweder weil sein, des Staatsherrschers, Wille der richtige oder richtigere ist, — vormundschaftliche, väterliche Herrschaften;

b. oder weil sein Wille der Wille der Mehrheit ist; — republikanische Verfassungen, Freistaaten²⁾.

Man hat diese Eintheilung der Verfassungen insbesondere mit der unter Z. IV. aufgestellten in Verbindung zu setzen. Z. B., Nur wo der Monarch in dem Besitze einer ihm eigenen Macht ist, kann die Monarchie den Charakter einer väterlichen Herrschaft haben. — Uebrigens ist die vorliegende Eintheilung der Verfassungen nicht etwa mit dem Satze unvereinbar, dafs, dem weltlichen Rechte nach, die Sanktion einer Verfassung auf dem Willen der Mehrheit beruhe. Wer der Meinung eines Andern aus Vertraun zu ihrem Urheber folgt, folgt dennoch der eignen Meinung, wenn auch aus einem eigenthümlichen Grunde.

1) Ich wähle diesen Namen nach der Regel: A potiori fit denominatio. — Die Theokratie (und die Hierarchie) hat allemal zugleich den Charakter einer väterlichen Verfassung.

3) Das Wort: Republik bezeichnet in seiner gewöhnlichen Bedeutung die Demokratien und die Aristokratien zusammen. Nach der Bedeutung, in welcher das Wort hier genommen wird, giebt es auch republikanische Monarchien; ist dagegen die Aristokratie nicht eine republikanische Verfassung.

Anhang I

Von den gemischten Staatsverfassungen.

Eine jede Verfassung, welche in Beziehung auf die eine oder die andere der obigen Eintheilungen zwei einander entgegengesetzte Eigenschaften in sich vereinigt, ist eine gemischte Verfassung, das Beiwort — gemischt — in seiner weiteren Bedeutung genommen.

In der engeren Bedeutung aber, — von welcher hier allein die Rede seyn wird, — führt nur diejenige Staatsverfassung den Namen einer gemischten, welche die verschiedenen möglichen Beherrschungsformen, die Monarchie, die Aristokratie und die Demokratie oder zwei dieser Formen in sich vereinigt, so daß z. B. die Machtvollkommenheit zum Theil dem Fürsten, zum Theil dem Volke, und zum Theil einem Adel zusteht. Eine Verfassung dieser Art hatte der Römische Freistaat¹⁾. Ein anderes Beispiel dieser Art kann man von der Verfassung der konstitutionellen Monarchie entlehnen.

Es darf nicht befremden, wenn kompetente Richter²⁾ gerade den gemischten Staatsverfassungen die größten Lobsprüche ertheilt haben. Denn die Machtvollkommenheit ist ein so überschwengliches Recht, sie ist mithin, — da der Gebrauch und der Mißbrauch, der sich von einem Gute machen läßt, denselben Maßstab haben³⁾, — dem Mißbrauche in dem Grade ausgesetzt, daß sich der Gedanke, dem Mißbrauche der Machtvollkommenheit durch die Vertheilung oder Spaltung derselben vorzubeugen, von selbst darbietet.

1) Polybius (Lib. VI.) hat die Verfassung des römischen Freistaates besonders in dieser Beziehung trefflich erläutert.

2) Vgl. z. B. Arist. Polit. I, 5. Polyb. a. a. O. Cic. de rep. lib. I. Ebd. de legibus II, 10. Und wem wären die Lobreden unbekannt, welche der britischen Verfassung gehalten worden sind?

3) Die Willensfreiheit und die Religion, die höchsten Güter des Menschen, sind am meisten dem Mißbrauche unterworfen. — *Tantum religio potuit suadere malorum!*

Gleichwohl scheint in dem Begriffe einer gemischten Staatsverfassung ein Widerspruch zu liegen. Die Machtvollkommenheit ist, (wie das Eigenthum,) ein unbedingtes und mithin ein seinem Wesen nach untheilbares Recht. Hebt man also nicht, indem man in demselben Staate zwei oder mehrere Herrscher neben einander stellt, die Einheit der Staatsgewalt und mithin den Staat selbst auf? Und nicht blos theoretischer Art ist diese Schwierigkeit. In einem Staate, der eine gemischte Verfassung hat, muß unausbleiblich ein Kampf zwischen den neben einander bestehenden Gewalten entstehn, ein Kampf, der kaum anders, als mit dem Untergange des einen oder des andern Bestandtheiles der Verfassung, oder auch mit einer gänzlichen Umgestaltung der Verfassung endigen kann. (Insociabile regnum!) Das war z. B. das Schicksal der Verfassung des römischen Freistaates. Die Verfassung dieses Staates war anfangs eine durch einen demokratischen Bestandtheil gemässiigte Aristokratie. (Patricii — Plebeji.) In der Folge gelangte, nach einem langen und harten Kampfe, die Demokratie zur Alleinherrschaft. Hierauf bildete sich eine neue Aristokratie, die der reichen und namhaften Geschlechter. Nun wiederholte sich der alte Kampf. Ihm und dem Freistaate machte dann die unbeschränkte Herrschaft eines Einzigen ein Ende.

Jedoch sowohl in theoretischer als in praktischer Hinsicht lassen sich die gemischten Verfassungen vertheidigen. — In der erstern Hinsicht, wenn man den Begriff einer gemischten Verfassung so faßt, daß eine solche Verfassung zwar nur eine einzige — physische oder moralische — Person mit der Machtvollkommenheit bekleide, diesen Alleinherrscher aber wegen der Ausübung gewisser Hoheitsrechte von einem oder von mehreren andern Behörden abhängig mache. Und so stellt sich auch in der Erfahrung überall das Verhältniß zwischen den verschiedenen Bestandtheilen einer Verfassung, welcher man die Eigenschaft einer gemischten Verfassung beilegt. Eine Gewalt ist dennoch immer die oberste.

Man nehme z. B. die Verfassung Englands. Zu Folge dieser Verfassung stand die Machtvollkommenheit einst nicht nur dem Namen sondern auch der Sache nach dem Könige zu; dann, im 17ten Jahrhunderte gieng die oberste Leitung der öffentlichen Angelegenheiten auf die Aristokratie des Landes über; jetzt neigt sich die Verfassung zur Demokratie hin. — Eben so in der andern Hinsicht. Wenn man den gemischten Verfassungen vorwirft, daß sie Partheiung zur Folge haben, so verwandelt man ein Lob in einen Tadel. Das Leben, sagte der Schotte Brown, ist ein gezwungener Zustand.

Anhang II.

Von den

*zusammengesetzten Staatsverfassungen. *)*

Es wird hier von dem Falle die Rede seyn, da in einem und demselben Staate die Machtvollkommenheit des Souverains nur in Beziehung auf den einen Theil des Staatsgebiethes beschränkt oder auch in den verschiedenen Theilen des Gebiethes auf eine verschiedene Weise beschränkt ist. In diesem Sinne hatte z. B. Großbritannien eine zusammengesetzte Verfassung, so lange das schottische und das irländische Parlament noch nicht mit dem englischen vereinigt war; und in Beziehung auf das Britische Ostindien, so wie in Beziehung auf diejenigen Britischen Kolonien, welche allein unter der Krone stehen, hat Großbritannien noch jetzt eine solche Verfassung. In demselben Sinne hat Rußland in Beziehung auf das Königreich Polen — wenigstens nach der Schlussakte des Wiener Kongresses — eine zusammengesetzte Verfassung. (Unter einer zusammengesetzten Verfassung kann man auch eine Verfassung verstehn, welche in den verschiedenen Theilen des Landes auf eine verschiedene Weise organi-

*) Vergl. Klüber, Europäisches Völkerrecht. §. 27. f. und die selbst a. Schr.

sirt ist. Jedoch von diesem Falle wird in einer andern Stelle des vorliegenden Werkes gehandelt werden.)

Es wird also hier 1) nicht der Fall in Betrachtung gezogen werden, da zwei oder mehrere Staaten mit einander durch ein Bündniss oder durch einen Bund vereinigt sind. Staaten, die in einem Verein dieser Art mit einander stehn, bilden, dennoch nicht einen einzigen nicht einen und denselben Staat. Das Verhältniß unter ihnen ist nicht nach dem Staats- sondern nach dem Vertragsrechte zu beurtheilen.

Eben so wenig hat 2) ein Völkerstaat d. i. ein Staatsverein, dessen Glieder nicht einzelne Menschen sondern Völker sind, schon seinem Wesen nach eine zusammengesetzte Verfassung in der obigen Bedeutung. Denn ein Völkerstaat hat zwar als solcher, d. i. als ein Gesamtheit, einen einzigen Souverain; aber unter diesem stehen wieder andere, die Beherrscher der einzelnen unter den Vereinen begriffenen Staaten. Da nun der Begriff einer zusammengesetzten Staatsverfassung Einheit des Staates und des Staatsherrschers voraussetzt, so kommt der Verfassung eines Völkerstaates nicht schon deswegen die Eigenschaft einer zusammengesetzten Verfassung zu, weil ein Völkerstaat mehrere Staaten unter sich begreift, sollten auch diese Staaten ihrer Verfassung nach noch so verschieden von einander seyn. Ein Völkerstaat ist ein zusammengesetzter Staat; die Verfassung eines Völkerstaates aber kann eben so wohl eine einfache als eine zusammengesetzte Verfassung seyn. *)

Endlich 3) wird durch den oben bestimmten Begriff einer zusammengesetzten Verfassung auch der Fall von der vorliegenden Untersuchung ausgeschlossen, da zwei oder mehrere monarchische Staaten zwar unter der Herrschaft eines und desselben Souverains stehn, die Identität des Souverains jedoch nicht durch die Verfassungsgesetze die-

*) Jedoch läßt sich die Scheidlinie zwischen einem einfachen Staate mit einer zusammengesetzten Verfassung und einem Völkerstaate leichter in thesi als in hypothese ziehen.

ser Staaten geboten ist. Auf diese Weise waren z. B. bisher Großbritannien und Hannover mit einander verbunden. ¹⁾ Uebrigens ist eine Verbindung dieser Art allemal eine Anomalie. Ein Fürst, der über zwei oder mehrere Staaten gebiethet, welche in einer jeden andern Hinsicht von einander unabhängig sind, kann weder dem einen noch dem andern Staate schlechthin angehören. Darum klagt man, wie die Geschichte lehrt, wo Staaten auf diese Weise mit einander verbunden sind, bald in dem einen bald in dem andern dieser Staaten, daß das Interesse des einen Staates dem des andern nachgesetzt werde.

Eine jede zusammengesetzte Staatsverfassung ist ein Kunstwerk; sie ist eine Spaltung der Machtvollkommenheit, welche allemal das Regieren erschwert, allemal die öffentliche Macht mehr oder weniger schwächt, so dringend sie auch von den Umständen geboten seyn mag. — Daher enthält die Geschichte so viele Beispiele, daß wenn ein monarchischer Staat ²⁾ eine zusammengesetzte Verfassung hatte, die Regierung den Plan befolgte, diese Verfassung durch eine einfache zu verdrängen. Eines der neuesten Beispiele dieser Art liefert die Vereinigung Irlands mit Großbritannien. Die Verhandlungen über diese Vereinigung, in den Reden und Druckschriften jener Zeit, enthalten zugleich die schätzbarsten Aufschlüsse über die Vortheile und die Nachtheile, über die Schwierigkeiten und die Hülfsmittel eines solchen Planes im allgemeinen. ³⁾

1) Man pflegt eine solche Verbindung eine persönliche zu nennen. Ihr ähnlich ist die Verbindung, welche unter zweien oder mehreren monarchischen Staaten aus dem Grunde eintritt, weil Zweie desselben Herrscherstammes über diese Staaten gebieten.

2) Freistaaten müssen eine andere Politik in dieser Hinsicht befolgen. Erst nach einem langen und harten Kampfe gelangten die Völkerschaften Italiens zu dem römischen Bürgerrechte. Die Provinzen wurden erst unter den Kaisern zu einem Ganzen mit den Einwohnern Italiens verschmolzen.

3) History of the union of Great Britain and Ireland etc By Charles Coote. Lond. 1801.

Das Unternehmen gelang, wegen der Aehnlichkeit der Verfassungen, wegen der überwiegenden Macht des Hauptlandes, und weil ein Theil der Bevölkerung Irlands englischer Abkunft war. ¹⁾ Doch kann nach Zeit und Umständen auch die entgegengesetzte Politik in einem monarchischen Staate an ihrer Stelle seyn. Die Regierung des Oesterreichischen Kaiserstaates, eines Staates, welcher eine höchst zusammengesetzte Verfassung hat, sucht die verschiedenen Staaten und Nationen, über die sie gebietet, eher aus einander zu halten, als mit einander zu verschmelzen, gewarnt durch das Mislingen des Einheitsplanes, welchen der Kaiser Joseph II. durchführen wollte, einen Versuch scheuend, der, wenn er gelingen könnte, dennoch die Regierung eines erprüften Mittels berauben würde, sich in allen Theilen ihres ausgedehnten Gebietes des Gehorsams der Unterthanen zu versichern. ²⁾

Anhang III.

Von Mutter- und von Tochterstaaten.

Der Lehre von den zusammengesetzten Staatsverfassungen verwandt ist die von den Kolonien oder Tochterstaaten. — Eine Kolonie ist hier und in der Bedeutung der Naturlehre ein Gemeinwesen, welches aus Familien und Leuten eines und desselben Volkes besteht, die sich im Auslande angesiedelt d. i. bleibend niedergelassen haben. ³⁾ Wenn und so lange ein solches Gemeinwesen nicht aufgehört hat, ein ergänzender Theil des Vol-

1) In der ersten Ausgabe der 40 Bücher (sie ist vom Jahr 1820) steht bei dieser Stelle Bd. II. die Bemerkung: „Nur den Einfluss, den diese Neuerung auf die kirchliche Verfassung des Britischen Reiches über kurz oder über lang haben muß, beachte man.“

2) Grundideen der Politik der Oestereichischen Monarchie. Frkf. a. M. 1815. — Oesterreichs Politik und Kaiserhaus. Ebend. in demselben Jahre.

3) Eine Kolonie ist also verschieden von einer Eroberung. Jedoch kann eine Eroberung zugleich eine Kolonie seyn oder kolonisirt werden.

kes zu seyn, von welchem es ausgegangen ist, kömmt ihm die Eigenschaft einer Kolonie auch in der rechtlichen Bedeutung dieses Wortes zu. — Es ist also hier von Kolonien nicht in der Bedeutung die Rede, welche die Römer mit diesem Worte verbanden. Die Kolonien der Römer waren Gemeinden innerhalb des römischen Staatsgebietes, von andern Gemeinden desselben Gebietes nur durch ihre Verfassung und Vorrechte verschieden.¹⁾ Die Römer hatten bei der Stiftung einer Kolonie bald den Zweck, in einem eroberten Lande ihre Herrschaft zu befestigen, bald den, nach Beendigung eines Krieges ganze Legionen anzusiedeln, bald auch den, in einem entvölkerten Theile ihres Gebietes den Anbau des Landes zu befördern.²⁾ Ueberhaupt stand die Stiftung dieser Kolonien, in einem wesentlichen Zusammenhange mit dem Plane, den die Römer beharrlich befolgten, römische Kultur und Civilisation über alle Theile ihres Gebiets gleichmäfsig zu verbreiten. Einen gleichartigen Zweck hatten die Kolonien, welche von Alexander dem Grofsen und seinen Nachfolgern in Asien gestiftet wurden.³⁾

Den besten Kommentar zu der Lehre von den Kolonien enthält die Geschichte Europas, die ältere und die neuere.

In der älteren und ältesten Geschichte unseres Welttheiles treten die Phönicier, die (ihnen verwandten) Karthaginienser und die Griechen als Nationen hervor, von welchen eine sehr bedeutende Anzahl Kolonien ausgieng. — Die Phönicier und dann die Karthaginienser scheinen in

1) Sigonius de coloniis Roman. — Heineccii antiquitat. App. ad Libr. 1. cap. 5. — Heynii opusc. acad. Vol. III. N. 5. — Madvig, de coloniarum populi Romani jure et conditione. Kopenh. 1832.

2) Vgl Tac. Ann. XIV, 27. Das, was Tacitus hier von der Ansiedlung ganzer Legionen berichtet, verdient vielleicht noch jetzt, besonders in Rußland, Beachtung.

3) Hegewisch, über die Griechischen Kolonien, seit Alexander dem Grofsen. Altona 1811. — Nach dem neuesten Freibriefe der englisch-ostindischen Kompagnie ist es den Briten verstattet, in dem britischen Ostindien Grund und Boden zu erwerben. Eine an sich und für die Zukunft sehr wichtige Neuerung!

dem Interesse ihres Handels ein Kolonisirungssystem befolgt zu haben, welches eben so ausgedehnt als ausgebildet war, ein System, welches mit demjenigen verglichen werden kann, das der Kolonialpolitik der heutigen europäischen Staaten zum Grunde liegt. ¹⁾ — Von einer andern Beschaffenheit war das Verhältniß, in welchem die übrigen nicht minder zahlreichen Kolonien der Griechischen Freistaaten zu dem Mutterstaate standen. Diese Kolonien waren selbstständige d. i. von dem Mutterstaate unabhängige Gemeinwesen. Nur das Band der Blutsverwandtschaft, d. i. nur die Einheit der Abstammung und der Sprache, die Gemeinschaft des Rechts und die Verehrung derselben Götter knüpfte sie an den Mutterstaat. Zwar reihte die Nationalmeinung an dieses Verwandschaftsverhältniß gewisse Pflichten, welche dem Tochter- und dem Mutterstaate gegenseitig oblagen. Es wurde für unziemlich gehalten, wenn die Kolonie den Mutterstaat bekriegte oder diesem in Zeiten der Noth Hülfe verweigerte; und eben so wurde der Mutterstaat für verpflichtet erachtet, dem Tochterstaate beizustehn, wenn dieser in einen Krieg verwickelt oder sonst von einer Noth heimgesucht wurde. Auch wurde das Band gegenseitiger Achtung und Zueignung, welches, nach den Begriffen der Griechen, ²⁾ die Blutsverwandtschaft zwischen dem Mutter- und dem Tochterstaate knüpfte, nicht selten durch Verträge, sey es gleich bei der Aussendung der Kolonie oder in der Folge fester geschlungen. Aber davon findet man in der Geschichte der Griechischen Freistaaten keine Spur, daß die Kolonie als ein ergänzender Theil oder

2) Ueber die Kolonien der Karthaginenser vgl. Heeren, Ideen über die Politik, den Verkehr und den Handel der vornehmsten Völker der alten Welt. IIter Th. 1. Abth. Man hat Gründe zu vermuthen, daß sich ihre Kolonien bis in die Länder des nördlichen Europas erstreckten.

3) Die Stammesverwandtschaft (oder die Nationaleinheit) war den Griechen weit mehr, als sie uns ist. Das beweist auch der Bund der Amphiktyonen. Vgl. Fr. W. Tittmann, über den Bund der Amph. Berlin 1812.

als ein Nebenland des Mutterlandes betrachtet worden wäre. Wie hätte sich auch das Verhältniß der Kolonie zu dem Mutterstaate auf diese Weise stellen können, da die Staaten, von welchen die Griechischen Kolonien ausgingen, Freistaaten waren, und da die Auswanderung gewöhnlich durch bürgerliche Unruhen oder durch Uebervölkerung veranlaßt wurde? ¹⁾

Das Kolonisirungssystem und die Kolonialpolitik der heutigen Europäischen Staaten schreiben sich von der Zeit her, da ein neuer Weg nach Ostindien und bald darauf ein neuer Welttheil, Amerika, von den Europäern entdeckt wurde und sich durch die eine und durch die andere Entdeckung der Geldgier der Europäer neue, durch das Geheimniß, in welches anfangs diese Entdeckungen gehüllt waren, desto anziehendere Aussichten eröffneten. Man wollte sich durch Kolonien und Eroberungen die Schätze sichern, welche man aus den entdeckten Ländern theils unmittelbar theils mittelbar ziehen zu können hoffte. Und auch in der Folge blieb das Geldinteresse des Mutterlandes in der Regel der Zweck, zu welchem von den Europäischen Mächten Kolonien angelegt oder ausgedehnt oder beibehalten wurden, wenn auch einige dieser Kolonien andere Ur-

2) Die Hauptstelle über das Verhältniß der Griechischen Kolonien zum Mutterstaate steht b. Thucydides I, 34. 38. — Vgl. außer den älteren Schriften von Bougainville (*sur les devoirs réciproques des métropoles et colonies Grécques*) und von Sainte-Croix (*de l'état et du sort des colonies des anciens peuples*.) Heyne, opusc. acad. Vol. I n. 14. 15. Hegewisch, Nachrichten die Kolonien der Griechen betreffend. Altona 1808. Histoire critique de l'établissement des colonies grécques. Par Raoul-Rochette. Par. et Strasb. 1815. IV. Vol. — Bekanntlich ist die Anseidelung in einem noch ungebauten Land mit großen Schwierigkeiten verbunden. Bei den Griechischen Schriftstellern kommen nirgends Klagen über diese Schwierigkeiten vor. Vielleicht kamen den Griechen zwei Dinge zu statten: 1) die große Mäßigkeit des Volkes im Essen und Trinken, 2) daß allemal eine schon völlig organisirte Gemeinde auswanderte und sich auf einem und demselben Plaize niederliefs.

sachen ihren Ursprung oder ihr Wachsthum verdankten. ¹⁾ Die Handelspolitik der Europäischen Regierungen war von jeher und ist bis auf diesen Tag die Grundlage ihrer Kolonialpolitik.

Der erste Grundsatz des Kolonialsystems der Europäischen Staaten ist der: Die Kolonien sind politische Bestandtheile des Mutterlandes; sie sind Kolonien nicht bloß in der naturgeschichtlichen sondern zugleich in der rechtlichen Bedeutung dieses Worts. Wie hätte sich auch ihr Verhältniß zum Mutterlande anders, als auf diese Weise, stellen können, da die Kolonien von Völkern ausgingen, welche größtentheils unter monarchischen Verfassungen standen, da sie, zufolge des politischen Zustandes von Europa, wenigstens anfangs des Schutzes des Mutterlandes bedurften, da die Europäischen Regierungen, von welchen sie gestiftet oder beschützt wurden, theils einander mit Eifersucht bewachten theils den auswärtigen Handel als eine Hauptquelle ihrer Macht betrachteten? In Gemäßheit jenes Grundsatzes ist zwar die Verfassung der Kolonien allemal ein mehr oder weniger treues Nachbild der Verfassung des Mutterlandes. ²⁾ Jedoch entspricht nur in einigen Europäischen Staaten das konstitutionelle Verhältniß zwischen dem Mutterlande und den Kolonien dem Grundsatz der rechtlichen Gleichheit. ³⁾ Auch haben fast alle Europäische

1) So hatte an der Kolonisirung Nordamerika's der Bekehrungseifer der Spanier einen nicht geringen Antheil. — Der Unduldsamkeit der Anglikanischen Kirche verdankt z. B. Pensylvanien seine Entstehung. — Großbritannien hat eigene Strafkolonien. — In den neuesten Zeiten werden die Kolonien häufig durch die überflüssige oder die politisch-unzufriedene Bevölkerung in den Europäischen Staaten gestiftet oder verstärkt. (Vielleicht werden mit der Zeit die Anwanderungen zwischen Europa und Amerika gegenseitig werden. Man kann die Wahl zwischen der Monarchie und der Demokratie in einem gewissen Sinne eine Geschmackssache nennen.)

2) Z. B. die Britischen Kolonien haben oder sie erhalten mit der Zeit eine Repräsentativverfassung. Hieran reiht sich die Gegenwart und Zukunft Amerikas! die Zukunft Australiens! u. s. w.

3) Die Staaten, welche eine Ausnahme von der Regel machen, sind
Zachariä, vom Staate. III.

Kolonialmächte für ihre Kolonien besondere Gesetze erlassen, bald aus Mißtrauen gegen ihre Treue bald wegen der aus Menschen verschiedener Rassen gemischten Bevölkerung der Kolonien. — Der zweite Grundsatz jenes Systemes ist der, das Verhältniß der Kolonien zu dem Mutterlande so zu stellen, daß das Mutterland durch seine Kolonien bereichert und so die Macht des Mutterlandes durch seine Kolonien gesteigert werde. Die Europäischen Regierungen halten daher 1) den Erwerbsfleiß ihrer Kolonien von der Gewinnung oder Bearbeitung solcher Erzeugnisse ab, welche ihnen das Mutterland mit Gewinn zuführen kann, und richten ihn dagegen 2) auf solche Erzeugnisse, deren das Mutterland zum eigenen Verbräuche oder zur Ausfuhr bedarf. Sie leiten 3) den Verkehr der Kolonien von solchen Gegenständen ab, welche nur aus fremden Ländern bezogen werden können, und lenken ihn dagegen 4) auf diejenigen Waaren, welche das Mutterland liefern kann. Sie versetzen 5) wohl selbst das Mutterland (durch hohe Zölle) in die Nothwendigkeit, gewisse Waaren aus den Kolonien und nicht vom Auslande zu beziehen, um den Handel der Kolonien mit dem Mutterlande zu begünstigen. 1) Endlich 6) sie gestatten den Kolonien nur den Handel mit dem Mutterlande, und auch dieser darf nur mit Schiffen des Mutterlandes betrieben werden. 2)

(aus nahe liegenden Gründen) die absoluten Monarchien. Vgl. über das ehemalige Verhältniß der Spanischen Kolonien zu der Regierung des Mutterlandes: Magazin von merkwürdigen neuen Reisebeschreibungen. Bd. XXIX. S. 174. 198. 243. 262.

1) So ist z. B. in Großbritannien die Einfuhr des Schiffsbauholzes aus den nordeuropäischen Ländern mit hohen Zöllen belegt, um den Handel der Kanada's mit derselben Waare zu begünstigen. Gleichwohl ist das kanadische Holz schlechter und theurer!

2) An inquiry into the colonial policy of the European powers. By A. Brougham. Lond. II. Vol. 1803. — Allgemeine Kolonialgeschichte des neueren Europa. Von Saalfeld. Gött. IV. Th. 1812. — Des colonies et de la revolution actuelle de l'Amérique. Par M. de Pradt. Berl. II. Vol. 1817. — Du système colonial de la France etc. Par le comte de Hogendorp. Par. 1818. — Hermès ou le génie des colonies. Essai politique contenant les prin-

Unermesslich sind die Folgen, welche das Europäische Kolonisations- und Kolonialsystem nicht nur für Europa sondern auch für die übrigen Welttheile gehabt hat. Es hat Europäische Kultur und Civilisation und die Grundlage beider — das Christenthum ¹⁾ — über die fernsten Länder der Erde verbreitet, Hoffnungen zu noch größeren Fortschritten auf derselben Bahn geweckt. Es hat die Rassen unter einander geworfen, die eine, die Amerikanische, zu einem großen Theile vertilgt, zugleich aber neue Völker Europäischer oder gemischter Abkunft, ins Daseyn gerufen. Es hat der Europäischen Menschheit einen neuen Aufschwung gegeben, sie mit neuen Kenntnissen und Bedürfnissen bereichert; es hat die Zeiten der Kreuzzüge in einer veränderten Gestalt und großartiger zurückgebracht. Es hat die Völker Europas mit einander eben so wohl entzweit als vereinigt. Entzweit, durch Handels- und Machtneid und als die Grundlage oder als eine Stütze der Handelspolitik, welche sie überhaupt befolgten. Vereinigt, weil es den Handel aller Europäischen Völker zu einem Welt-handel erhoben hat.

Groß ist die Zahl und die Macht der Feinde, mit welcher dieses System zu kämpfen hat und von jeher zu kämpfen hatte. Ich will hier nur der inneren d. i. nur der Feinde dieses Systemes gedenken, welche es seinem Wesen nach hat. Die Kolonisten selbst tragen meist ungern das Joch, das ihnen die Regierung des Mutterlandes, die ihnen leicht als eine auswärtige erscheint, auferlegt. Am wenigsten können sich diejenigen Kolonisten, welche in der Kolonie geboren sind, mit der Abhängigkeit des

cipes fondamentaux en matière de colonisation. Par A. R. Par. 1832. — European colonies in various parts of the world, viewed in their social, moral and physical condition. By J. Howison. Lond. 1834.

1) Wenn auch nicht immer in einer seiner würdigen Gestalt. Vgl. Colonization and Christianity. A popular history of the treatment of the natives in all their Colonies by the Europeans. By W. Howitt. Lond. 1838.

Tochterstaates von dem Mutterstaate versöhnen. ¹⁾ Einen andern nicht minder gefährlichen Feind hat dasselbe System an der nicht europäischen Bevölkerung der kolonisierten Länder, einen Feind, der ihm noch gefährlicher wird, wenn sich die weiße Rasse mit der farbigen mischt. ²⁾ Endlich, auch das Mutterland leidet auf mehr als eine Weise unter diesem Systeme. ³⁾ Denn Niemand kann Anderen Fesseln schmieden, ohne sich zugleich selbst Fesseln anzulegen. — Aber gerade in dem Kampfe, welchen die Europäischen Regierungen zur Durchführung und Aufrechthaltung des Kolonialsystems zu bestehen hatten und mit Erfolg bestanden, liegt eine Hauptursache, daß dieses System in der Geschichte der Kultur und des politischen Zustandes des neueren Europa eine so bedeutende Stelle einnimmt. Um die Kolonien, ungeachtet ihres Strebens nach Unabhängigkeit, ungeachtet ihrer Entfernung vom Mutterlande, im Gehorsam zu erhalten, ⁴⁾ und um den Handelsverkehr zwischen dem Mutterlande und den Kolonien im Geiste des Kolonialsystems zu ordnen und zu leiten, mußten die Europäischen Regierungen Probleme lösen, welche eben so neu als verwickelt waren. Und ein Problem führte wieder zu einem andern. Diejenigen unter diesen Regierungen, welche Kolonien in allen Thei-

1) Die Spannung zwischen den Kreolen und den in Europa gebornen Kolonisten hat auf die Revolutionen, welche in dem laufenden Jahrhunderte den politischen Zustand Südamerikas umgestaltet haben, den entscheidensten Einfluß gehabt.

2) Z. B. im Britischen Ostindien ist die Klasse derer, welche von Europäern mit Hindufrauen erzeugt worden sind, so zahlreich und so bedeutsam, daß sie leicht für die Zukunft des Britischen Reichs in Ostindien sehr wichtig werden könnte.

3) Z. B. an dem Sinken der Spanischen Nation hatten die Kolonien Spaniens einen nicht geringen Antheil.

4) Besonders die Spanische Regierung hatte alle Hülfsmittel der Kunst erschöpft, um sich des Gehorsams ihrer Kolonien zu versichern. Sie war sich ihrer Schwäche bewußt. Einmal erschüttert stürzte der künstliche Bau desto schneller zusammen. Vgl. Reise in Columbien. Von Gosselmann. Aus dem Schwedischen übers. v. Freese. II. Bd. (Strals. 1831.) S. 187 ff.

len der Erde hatten, mußten ihrer Politik eine der geographischen Lage ihrer Kolonien entsprechende Ausdehnung geben. So wurde die Europäische Politik eine die Welthandel überhaupt umfassende Politik.

Jedoch Alles hat seine Zeit! So wie der Künstler, nachdem er den Guß eines Standbildes vollendet hat, die Form zerbricht, so verurtheilt die Natur politische Einrichtungen, die ihren Zweck erfüllt haben, zum Untergange. Auch dem Europäischen Kolonialsysteme droht jetzt dieses Schicksal, zum Theil ist es schon über dasselbe hereingebrochen. Die einst Britischen Kolonien, welche jetzt die Nordamerikanische Union bilden, haben sich schon im letzten Viertel des 18ten Jahrhunderts, die Spanischen Kolonien des Südamerikanischen Festlandes haben sich in dem laufenden Jahrhunderte von ihren Mutterstaaten losgerissen. Brasilien hat sich von Portugal getrennt. Denn nachdem diese Kolonien stark genug geworden waren, sich selbst zu schützen, war das Verhältniß der Abhängigkeit, in welchem sie zu dem Mutterlande standen, ein unnatürliches ¹⁾ Diese Begebenheiten, — welche hier nur in ihrem Zusammenhange mit dem Europäischen Kolonialsysteme betrachtet werden können, ²⁾ — haben nicht etwa bloß die Zahl der Europäischen Kolo-

1) In diesem Naturgesetze lag die wahre Ursache dieser Begebenheiten. Alles Andere war nur Veranlassung. (Merkwürdig ist die Rolle welche Napoleon in der Geschichte der Trennung der südamerikanischen Kolonien von Europa spielt. Die nicht beabsichtigten Folgen der Handlungen großer Männer sind oft gewichtiger, als die beabsichtigten!)

2) Sie haben überhaupt eine weltgeschichtliche Bedeutung; sie gehören zu den merkwürdigsten der neuesten Zeit. Welche Aussichten eröffnen sie in die Zukunft! Denn man erwäge: Diefseits des Atlantischen Meeres das monarchische Europa, jenseits das republikanische Amerika. — Das östliche Asien bisher durch seine geographische Lage gegen die Angriffe der Europäer vertheidiget, nun den Angriffen der Europäischen Bevölkerung der neuen Welt ausgesetzt. — Nordamerikas Bevölkerung nordeuropäischer, Südamerikas Bevölkerung südeuropäischer Abkunft. —

nien vermindert. Die gesammte Europäische Kolonialpolitik muß jetzt einen anderen und liberaleren Charakter annehmen; und schon ist diese Nothwendigkeit von einigen Regierungen, namentlich von der Britischen, wenigstens in einem gewissen Grade durch die That anerkannt worden. Es ist hier nicht der Ort, im Einzelnen nachzuweisen, wie diese der Europäischen Kolonialpolitik theils schon widerfahrene theils noch bevorstehende Umgestaltung mit jenen Begebenheiten zusammenhänge. Nur einen Grund dieses Zusammenhanges, einen allgemeingültigen, kann und will ich hier herausheben. Der älteren Staatswirthschaftslehre war der Satz, — daß der Vortheil, welchen Kolonien einem Staate gewähren können, auf dem Alleinhandel des Mutterlandes mit seinen Kolonien beruhe, — ein Axiom. Man prophezeite daher den Briten den Verfall ihres Wohlstandes und ihrer Macht, als sich in Nordamerika ihre reichsten Kolonien vom Mutterlande losrissen. Diese Prophezeiung, deren Richtigkeit schon Adam Smith bestritt, ist durch den Erfolg auf das entschiedenste widerlegt worden. Der Handel Großbritanniens mit seinen ehemaligen Kolonien in Nordamerika hat seit der Emancipation derselben, um mehr, als um das Zehnfache, zugenommen. (Dieselben Aussichten hat Spanien, wenn es dereinst von dem Fieber, das jetzt sein In-

Hier überall eine herrschende Kirche, die katholische, dort Religionsfreiheit. Das geistliche Oberhaupt jener Kirche hat in Europa seinen Sitz — In Europa Alleinherrschaft der weißen Rasse, in Amerika, besonders in Südamerika, Mischung der Rassen, in Hayti sogar ein Negerstaat. (Und noch viel weiter erstrecken sich die Aussichten, welche die schwarze Rasse in Amerika hat!) — Nun denke man sich noch den Fall, daß sich dereinst auch das Britische Ostindien in einen selbstständigen Staat, in einen Staat europäischer Art verwandelte! — Franklin öffnete, (wie er in seinen kleinen Schriften erzählt,) in Philadelphia eine Flasche Kapwein, in welcher eine Fliege ertrunken war. Es gelang ihm, die Fliege wieder ins Leben zu rufen. Er knüpft daran den Wunsch, daß es auch dem Menschen vergönnt seyn möchte, sein Leben zu unterbrechen, — dasselbe stückweise zu verleben.

neres erschüttert, genesen seyn wird.) Wenn auch aus dieser Thatsache nicht die Folgerung gezogen werden kann, daß es der Vorthail der Europäischen Staaten seyn würde, alle ihre Kolonien aufzugeben, (denn es handelt sich bei dieser Frage nicht blos um Geld und Gut,) so lehrt doch diese Thatsache so viel, daß, wenn auch die Europäischen Regierungen ihren Kolonien volle Handelsfreiheit verstatteten, dennoch das Band gemeinschaftlicher Abstammung und die Macht der Gewohnheit hinreichen würden, dem entfesselten und eben deswegen zunehmenden Handel der Kolonien eine dem Mutterlande besonders günstige Richtung zu geben.

DRITTES HAUPTSTÜCK.

Von der vollkommensten Staatsverfassung.

Es wird also hier nicht davon die Rede seyn, welche Vorzüge die eine oder die andere der verschiedenen Staatsverfassungen vor den übrigen habe,*) oder davon, welche

*) Höchst interessant sind die Reden, welche (nach Herod. III, 80. ff.) einst im Persischen Reiche über die Vorzüge der verschiedenen Verfassungen gehalten worden seyn sollen, als einige vornehme Perser den falschen Smerdes entthront hatten. — Eben so anziehend ist die Berathung, welche (nach Dio Casius August über die dem Römischen Staate zu gebende Verfassung hielt. — Eine jede Verfassung hat ihre Licht- eine jede ihre Schattenseite. Ja oft sind die Tugenden einer Verfassung zugleich die Keime ihrer Fehler. Der Friede, welchen die Monarchie im Innern des Staates mit besonderem Nachdrucke wirkt, kann in das Stillschweigen der Knechtschaft ausarten; die Beharrlichkeit der Aristokratie kann Stillstand zur Folge haben; die politische Freiheit, deren die Bürger einer Demokratie genießen, kann zur Anarchie führen.

Verfassung in einer bestimmten Beziehung, z. B. in Beziehung auf die auswärtigen Verhältnisse, ¹⁾ die vollkommenste sey. Sondern die Frage ist die: Welche Staatsverfassung ist schlechthin das Ideal einer Staatsverfassung? welche ist das Höchste, was der Mensch auf diesem Felde seiner Thätigkeit erreichen kann?

Nach dem Gottesrechte kann diese Frage überall nicht aufgeworfen werden. Denn nach diesem Rechte ist eine jede Verfassung, die auf einer Offenbarung beruht, für diejenigen, welche an diese Verfassung glauben, eine schlechthin vollkommene Verfassung. ²⁾ Man beurtheilt die Verfassungen dieser Art nach einem dem geoffenbarten Rechte fremden Principe, wenn man unter ihnen der Theokratie den Preis zuerkennt.

Nach dem Vernunftrechte ist dagegen die vorliegende Frage sogar die Hauptfrage der Verfassungslehre. Die Frage ist alsdann, genauer bestimmt, ³⁾ die: Welche Staatsverfassung steht schlechthin und allein mit der rechtlichen Freiheit der einzelnen Mitglieder des Staatsvereines in vollkommener — oder doch in möglichst vollkommener Uebereinstimmung? Auch so kann man die Frage ausdrücken: Welche Verfassung stimmt mit dem Gemeinbesten am vollkommensten überein? Jedoch hat man, wenn man die Frage auf die letztere

1) So war z. B. in dieser Beziehung die Spartanische Verfassung eine in ihrer Art vollkommene Verfassung. Sie war eine Schule, welche die Spartaner zu Homerischen Helden bilden sollte. Sie war ein Kunstwerk, wie alle Verfassungen, welche auf einen besondern Zweck berechnet sind, diese Eigenschaft haben

2) Doch giebt es Offenbarungen, welche gleichwohl eine neue Offenbarung verheissen. Das bekannteste Beispiel ist die dem Volke Israels gewordene Offenbarung. Auch der Buddhismus scheint in die Klasse dieser Gottesrechte zu gehören.

3) Die Schriftsteller, welche das Ideal einer Staatsverfassung aufzustellen versucht haben, sind mit wenigen Ausnahmen in den Fehler verfallen, daß sie nicht vor allen Dingen den Sinn der Aufgabe, — den Zweck, welcher der Maßstab für die Vollkommenheit einer Staatsverfassung ist, — bestimmten oder sich deutlich machten. Begeht man diesen Fehler, so verliert man sich in das Reich der Träume.

Weise ausdrückt, unter dem Gemeinbesten das zu verstehen, was dem rechtlichen Interesse aller einzelnen Bürger oder wenigstens dem der Mehrheit entspricht¹⁾).

Die Antwort auf diese Frage läßt sich in die folgenden Sätze zusammenfassen:

Erstens: Keine Staatsverfassung hat schon an und für sich oder wegen ihrer Form einen rechtlichen Werth; vielmehr hängt der rechtliche Werth einer jeden Staatsverfassung von ihrem Wirken d. i. von der Bürgerschaft ab, die sie für die gerechte Ausübung der Staatsgewalt leistet²⁾. (Der Spruch: An ihren Werken sollt ihr sie erkennen; ist auch auf Staatsverfassungen anwendbar.) — Die Verfassung ist nur das Mittel, das Regieren ist der Zweck. Z. B. die Demokratie hat nicht schon an und für sich einen rechtlichen Werth. Denn es kommt nicht darauf an, ob Viele oder Wenige im Volke eine Stimme in den Angelegenheiten des Staates haben, sondern darauf, was sie beschließen. Auch darauf kommt es an, ob diese oder irgend eine andere Verfassung dem Interesse der öffentlichen Macht — zur Erhaltung des öffentlichen Friedens im Innern und zur Vertheidigung der Selbstständigkeit des Staates nach außen — entspreche.

Zweitens: Die Formen einer Verfassung können für die Erfolge der Verfassung eine gewisse Bürgerschaft leisten. Denn sie können z. B. diejenigen, durch welche die Verfassung belebt wird, so stellen, daß sie mehr nützen oder weniger schaden können, als wenn sie an andere Formen gebunden wären; sie können eben so das Privatinteresse der Beamten mit dem Interesse

1) Man verfällt nur zu oft in den Fehler, daß man sich den Staat als ein selbstständiges, als ein von seinen Bürgern verschiedenes Wesen denkt. Man sagt z. B. der Staat hat die und die Ausgabe zu machen. — Nein! nicht der Staat, ein jeder einzelne Steuerpflichtige hat sie zu machen. L'état c'est moi!

2) So schon Aristoteles, Polit. III, 4. 5.

des Staates verschlingen; sie können das Volk in den Stand setzen und veranlassen, ja selbst in einem gewissen Grade nöthigen, an der Besorgung der öffentlichen Angelegenheiten einen thätigen Antheil zu nehmen; sie sind als Rechtsnormen denn doch immer eine Macht. — Darum kann man nicht mit dem Dichter, (mit Pope,) sagen:

Let fools contend, what government is best, the best governed is the best!

Lafst Thoren streiten, welche Verfassung die beste sey; wo am besten regiert wird, ist die Verfassung die beste!

Darum kann man eben so wenig — mit Plato (*de republica*) — behaupten, daß die Verfassung wechseln sollte, je nachdem der Zufall der Geburt bald Einem bald Mehreren, bald Diesen bald Anderen, den Beruf zum Herrschen ertheilte. Dagegen hat der Versuch, — die verschiedenen möglichen Verfassungsformen, oder eine in der Erfahrung gegebene Verfassung, mit Rücksicht auf die Grundsätze der politischen Naturlehre, zu idealisiren, — allerdings, wenn auch nur bedingungsweise*), ein politisches Interesse.

Drittens: Verfassungsformen können nicht für sich allein für die gerechte Ausübung der Staatsgewalt Gewähr leisten; vielmehr hängt diese Gewährleistung eben so sehr und noch mehr von den Einsichten und dem Charakter des Volkes ab, für welches die Verfassung bestimmt ist. Die Mängel und Fehler einer Verfassung können durch den geistigen Werth des Volkes weit eher ergänzt und beziehungsweise verbessert werden, als daß

*) Denn auch ein solches Ideal ist nicht schlechthin auf einen jeden Staat anwendbar, dessen Verfassung im allgemeinen der idealisirten Form entspricht. — Der berühmte Philosoph Locke entwarf, auf die an ihn ergangene Aufforderung, eine Verfassung für Carolina, welche auch in dieser Kolonie eingeführt wurde. Aber sie mußte, als gänzlich unausführbar, wieder aufgegeben werden. S. Story, commentaries on the constitution of the United States I, 121.

der umgekehrte Fall möglich wäre. Dagegen können auch die freisinnigsten Einrichtungen ein todter Buchstabe werden und eine Zeit lang selbst der Tyrannei zum Deckmantel oder zum Werkzeuge dienen, wenn in den Herzen des Volkes der Sinn für Gerechtigkeit und die Liebe zur Freiheit geschwächt ist*). — Besonders unser Zeitalter leidet an der Krankheit, auf Verfassungsformen zu viel, auf die Menschen, die sich in diesen Formen regen und bewegen sollen, zu wenig zu geben. Aber der Staat ist nur das Resultat oder der Widerschein des inneren Lebens der Völker.

Viertens: Es läßt sich weder im Allgemeinen noch in Beziehung auf einen in der Erfahrung gegebenen Fall mit Schärfe bestimmen, in welchem Grade man das Wirken einer Verfassung ihren Formen beizumessen oder was und wie viel man sich von einer Veränderung der Verfassungsformen zu versprechen habe. Man kann daher nicht die Völker nach ihrer Reife für politische Freiheit unter zwei scharf von einander gesonderte Klassen bringen. Die Frage, ob die und die Veränderung der Verfassung ausführbar und räthlich sey, ist allemal nach der Eigenthümlichkeit eines jeden einzelnen Falles (oder in concreto) zu entscheiden. Verdient im Zweifel die kühnere oder die bedächtigere Meinung den Vorzug?

Fünftens: Den Einfluss, welchen eine Verfassung auf die Denk- und Gemüthsart des Vol-

*) „The wisest institutions may become a dead letter and may even for a time be converted into a shelter and instrument of tyranny, when the sense of justice and the love of liberty are weakened in the minds of the people.“ Makintosh, history of the revolution in 1688. — England hatte schon unter den Letzten der Stuarts alle die Gesetze, welche jetzt in diesem Lande die wesentlichen Schutzwachen der politischen und der bürgerlichen Freiheit sind. Und dennoch entsprach die Praxis nicht der Theorie. Denn der Geist des Volkes stand nicht auf derselben Höhe, wie das Gesetz.

kes hat, hängt besonders — im Guten und im Bösen — von der Beschaffenheit der Mittel ab, welche die Verfassung Einzelnen im Volke darbietet, ihr Glück zu machen d. i. zu Macht, Ehre, Ansehn oder Reichthum zu gelangen. Die Beschaffenheit dieser Mittel ist zugleich für das Gedeihn und für die Gestaltung der Verfassung von entscheidender Wichtigkeit. Es nahm z. B. die englische Verfassung (im 17. Jahrhunderte, schon unter Karl II.) eine ganz neue Richtung, als man inne wurde, daß man sicherer durch Volksgunst als durch Hofgunst zu den höchsten Stellen im Staate gelangen könne.

Endlich *sechstens*: Es giebt keine schlechthin vollkommene Verfassung; die Hauptaufgabe des vorliegenden Hauptstückes ist also, dem Vernunftrechte nach, unauflöslich. Denn die vollkommenste oder schlechthin vollkommene Verfassung würde die seyn, welche in sich selbst d. i. in ihren Formen die Bürgschaft für die gerechte Ausübung der Staatsgewalt enthielte. Aber so gewiß eine jede Verfassung zu ihrem Bestehn und Gedeihn des Volkes bedarf, für welches sie bestimmt ist, eben so gewiß kann keine Verfassung jener Forderung entsprechen. Ja, es würde sogar eine Verfassung dieser Art, wenn sie existieren könnte, unter allen möglichen Verfassungen die schlechteste seyn. Denn sie würde dem Volke den Reiz zu politischer Thätigkeit entziehen.

Gleichwohl ist die Zahl der Schriftsteller nicht gering, welche das Ideal einer Staatsverfassung darzustellen versucht haben*). Aber dieselben Schriftsteller bestimmen

*) Schriften dieses Inhalts sind z. B. die Utopia von Th. Morus. — Haller, Usong. (Das Ideal eines unbeschränkten Herrschers. Aehnlichen Inhalts ist Wieland's goldner Spiegel.) Haller, Alfred. (Das Ideal einer beschränkten Einherrschaft.) — E b e n d. Fabius und Cato. (Das Ideal einer Aristokratie.) — Bolingbroke, Patriot King. — Dya-na-sore oder die Wanderer. — Bentham, proposed constitutional Code, for the use of all political communities professing liberal opinions. — Andere Schriften desselben Inhalts findet man in der Encyclopédie méthodique angeführt und aus-

ihr Ideal gewöhnlich zugleich für ein von ihnen erdichtetes Volk, das sie ebenfalls idealisiren. In der That ist das Ideal einer Staatsverfassung nur unter der Voraussetzung eines idealen Zustandes der Menschheit und nur als ein Theil dieses Zustandes denkbar. Vielleicht ist der Enthusiasmus, mit welchem die Demokratie so oft gepriesen und erstrebt worden ist, daher zu erklären, daß ein idealer Zustand der Menschheit im Hintergrunde zu stehen schien.

VIERTES HAUPTSTÜCK.

Von den unmittelbaren Bestandtheilen des Staatsvereines.

I. Von den Familien¹⁾.

Der Verein, welcher unter Eheleuten gegenseitig und zwischen Eltern und Kindern, (de facto und de jure) besteht, wird eine Familie genannt²⁾. Es ist löblich,

gezogen, unter den Worten: Ajaciens. Argenis. Cessares. Oceana (Von Harrington.) Sévérambes. Isle inconnu. — Auch die Schriftsteller sind hier anzuführen, welche, ohne gerade ein bestimmtes Ideal einer Staatsverfassung aufzustellen, doch eine unbeschränkte Perfektibilität des menschlichen Geschlechts, die bis ins Unendliche gehe, für möglich halten, z. B. Condorcet, (esquisse d'un tableau historique des progrès de l'esprit humain.) Godwin (Essay on political justice.). Vgl. Dunlop, the history of fiction. Lond. III. Vol. 1814. Und über die Arbeiten der Griechen in diesem Fache: Arist. Polit. — Gewöhnlich isoliren sie auch dieses Volk von der übrigen Welt. Denn die auswärtigen Verhältnisse können ein Volk in die Nothwendigkeit versetzen, seine politische Freiheit der Vorsorge für seine äußere Freiheit zum Opfer zu bringen.

1) Das Familienwesen, oder Forschungen über seine Natur, Geschichte und Rechtsverhältnisse. Von Bosse. Stuttg. u. Tüb. 1835. (Das Buch enthält viel Gutes, nur wenig von dem, was der Titel verheißt.) — Vgl. oben Buch XI. Hptst. 3.

2) Es ist bemerkenswerth, daß man von Eheleuten, je nachdem sie

auch die Dienstboten einer Familie zu diesem Vereine zu rechnen, damit man sich erinnere, wie man Dienstboten zu behandeln habe.

Die Verbindung, welche unter den Mitgliedern einer und derselben Familie besteht, ist die einzige, welche die Natur unter den Menschen gestiftet hat. Daher die Wichtigkeit, welche diese Verbindung sowohl an sich als für den Staatsverein hat. Was diese Verbindung seyn soll, ist vor allen Dingen der Natur abzulernen.

Die Familienverbindung ist die Grundlage der menschlichen Gesellschaft und mithin die einer jeden einzelnen bürgerlichen Gesellschaft und die eines jeden einzelnen Staatsvereines. — Sie ist das Band, welches beide Geschlechter mit einander in der Ehe bleibend vereinigt. Sie webt ein geistiges Band zwischen den nach einander auftretenden Generationen. Aus ihr entwickeln sich wieder andere und gröfsere Verbindungen ähnlicher Art, die Verbindung unter Verwandten die unter verschwägerten Familien, die unter den Genossen eines und desselben Stammes oder einer und derselben Nation. Eben so mindert oder mildert die Familienverbindung die Spaltungen, welche durch Verschiedenheit der Meinungen oder Interessen unter den Menschen gestiftet werden, durch die Stiftung eines Bundes unter den Zwiespältigen; z. B. die durch Religionsmeinungen verursachte Spaltung durch gemischte Ehen*), die Spaltung unter den Ständen durch unstandesmäßige Ehen. Der Einfluss der Familienverbindung erstreckt sich sogar auf die Befestigung und Verstärkung derjenigen Bande, welche, an sich von der Familienverbindung unabhängig, die menschliche Gesellschaft sonst noch zusammenhalten, z. B. auf die Bande eines gemeinschaftlichen

Kinder mit einander erzeugt haben oder nicht, sagt: Sie haben Familie, sie haben keine Familie.

*) Darum steht der Streit über gemischte Ehen, welcher jetzt (1838) so lebhaft verhandelt wird, in einer wesentlichen Beziehung auf die Nationaleinheit der Deutschen.

Kultus. Die drei wichtigsten Ereignisse im Familienleben, die Abschliessung der Ehe, die Geburt eines Kindes, und der Tod eines Familiengliedes, sind fast bei allen Völkern der Erde eine Veranlassung zu religiösen Feierlichkeiten, zuweilen die einzige. — Darum ist die grössere oder geringere Heiligkeit, in welchem die Ehe, die Grundlage der Familienverbindung, von einem Volke gehalten wird, für die Einheit und innere Festigkeit des Staatsvereines von so entscheidender Wichtigkeit. Ueberall wo die Vielehe, ein fortgesetzter Ehebruch, erlaubt ist, fehlt es dem Staate an einem genügenden inneren Zusammenhange; der Grund, warum die Staaten derjenigen Völker, welche sich zum Islam bekennen, so leicht zerfallen oder zerstückelt werden. Oder man setze den Fall, dass ein Volk, bei welchem die Einehe Rechtens ist, von einem Volke unterjocht wird, dessen Recht die Vielweiberei gestattet, nimmermehr werden beide Völker in ein einziges zusammenschmelzen. Darum war das Schicksal des von Alexander dem Grossen gestifteten Reiches*) so ganz verschieden von dem Schicksale derjenigen Staaten, welche von den Deutschen in den Provinzen des weströmischen Reiches gestiftet wurden. Darum hat sich in der Türkei das Verhältniss zwischen den Siegern und den Besiegten, — zwischen den Osmanli's und den Griechen, — nie zu einem staatsrechtlichen Verhältnisse gestalten können. — In derselben Beziehung auf das Interesse des Staates steht die Verschiedenheit der die Ehescheidung betreffenden Rechte. Wenn die lateinische Kirche Ehescheidungen schlechthin für unzulässig erklärt, so darf man annehmen, dass sie durch dieses Gesetz die Unauflöslichkeit der zwischen den Mitgliedern der Kirche, als solchen, bestehenden Verbindung bekräftigen, die Ehe mit dem Bilde, unter welchem sie sich das Verhältniss der Kirche zu ihrem Stifter dachte, in Uebereinstimmung setzen wollte. Vielleicht hatte die

*) Vergeblich begünstigte Alexander Verschwägerungen zwischen den Griechen und den Persern.

Hierarchie dieser Kirche zu der Zeit, aus welcher sich jenes Verbot der Ehescheidung herschreibt, noch überdies die Absicht, dem Zustande der Auflösung abzuheilen, in welchem sich damals die Staaten des westlichen Europa's befanden.

Zugleich aber ist die Familienverbindung eine Quelle der Zwietracht unter den Menschen; die Familien sind so viele Partheien, welche bald einen offenen, bald einen geheimen Krieg mit einander führen. In einen offenen Krieg bricht diese Zwietracht fast bei allen noch ungebildeten Völkern aus. Denn das Recht der Blutrache ist das gemeine Recht dieser Völker. Ein schauerliches Recht, ein Recht, das nicht selten ganze Familien, ja ganze Stämme von der Erde vertilgt hat und noch vertilgt. Und doch kann man diesem Rechte auch eine freundlichere Seite abgewinnen. Dafs die Blutrache fast von allen noch ungebildeten Völkern für erlaubt ja für Pflicht gehalten wird, ist ein Beweis, dafs der Rechtsbegriff nicht ein blos erkünstelter Begriff, die Verwandtenliebe nicht blos eine Berechnung des Eigennutzes sey. Wie z. B. die Geschichte der Deutschen bezeugt, reihen sich an das Recht der Blutrache oder entwickeln sich mit der Zeit aus diesem Rechte andere Einrichtungen und Rechtsnormen, welche beziehungsweise gleich anfangs für die mit der Blutrache verbundenen Nachtheile einige Vergütung gewähren und in der Folge vielleicht die Blutrache selbst verdrängen*). — Auch bei den gebildeteren und gebildetsten Völkern führen die Familien einen, wenn schon in der Regel geheimen, Krieg mit einander. Die eine Familie sucht es der andern zuvorzuthun, den Ihrigen vor allen Andern zu Macht und Einfluß zu verhelfen. Aber, wenn auch wegen dieser Partheiung die Abstammung zuweilen mehr als das Verdienst gilt, so hat doch das In-

*) Dahin gehört z. B. das Erbrecht, die Wette. (Compositio, der Vergleich, mittelst dessen die Blutrache gegen Entrichtung einer Summe Geldes aufgehoben wird.)

teresse, welches eine Familie an dem Fortkommen und Emporsteigen der Ihrigen nimmt, vergleichungsweise einen Charakter der Allgemeinheit und Stetigkeit, durch welchen es dem Interesse des Staates, einem öffentlichen, verwandt wird, und so übernimmt doch eine Familie, indem sie sich für ihre einzelnen Mitglieder interessirt, zugleich eine gewisse Bürgschaft für das Betragen derselben *). Wir würden erstaunen, wie viel die Völker deutschen Ursprungs dem Familiengeiste verdanken, welcher in ihren Gesetzen und in ihren Sitten lebt, wenn unsere Kenntnisse hinreichten, zwischen diesen und anderen Völkern eine genügende Vergleichung in Beziehung auf das Familienwesen anzustellen.

Die Familienverbindung ist eine Erziehungsanstalt, in welcher die Menschen für die Verfassung des Staates, dessen Unterthanen sie sind, gebildet werden. In diesem Verhältnisse lernt das Kind zuerst, was Gehorsam sey; und an den Gehorsam, welchen es seinen Eltern, Erziehern und Lehrern zu leisten hat, reihen sich Meinungen und Gewöhnungen, welche dann über die Handlungsweise des Mannes entscheiden, auch Wünsche für die Zukunft. In diesem Verhältnisse übt der Familienvater eine Gewalt aus, deren Charakter und Umfang nicht ohne Einfluß auf die Gewalt bleiben kann und wird, welche er im Staate Anderen über sich einräumt oder, zur Macht gelangt, selbst über Andere ausübt. Mit einem Worte, der Mensch steht als Familienglied in allen den Beziehungen, in welchen er als Mitglied des Staatsvereins stehen kann. — Daher die Dringlichkeit der Aufgabe, das Familienrecht mit dem Geiste der Staatsverfassung in Uebereinstimmung zu setzen. Knechtischer Gehorsam im Hause reimt sich schlecht mit einer der staatsbürgerlichen Freiheit huldigenden Verfas-

*) Die Wichtigkeit dieser Bürgschaft ergibt sich unter anderem daraus, daß, wo diese Bürgschaft wegfällt oder mangelhaft ist, an die Stelle derselben Despotismus oder, (wie z. B. bei den Mönchen,) eine besondere Zucht gesetzt zu werden pflegt.

sung; aber in der Zwingherrschaft sey das Familienhaupt in seinem Hause, was das Oberhaupt des Staates im Staate ist. — Aus demselben Grunde ist das ein Vorbote einer der Staatsverfassung bevorstehenden Veränderung, wenn sich das Verhältniß des Familienvaters zu den Seinen aus irgend einer Ursache anders stellt, als es bisher stand. So ist es z. B. ein Zeichen der Zeit, daß in Deutschland Eltern ihre Kinder jetzt weit milder und vertraulicher, als ehemals, behandeln.

II. Von den im Staate bestehenden Gemeinheiten oder Körperschaften, insbesondere von den Gemeinden.

In einem größeren Staate begreift die Volksgemeinde wieder eine Anzahl kleinerer Gemeinden unter sich, welche Gemeinden schlechthin, (im Französischen Communes) genannt werden. Der Gattungsbegriff, unter welchem der Begriff einer Gemeinde enthalten ist, ist der einer (im Staate bestehenden) Gemeinheit¹⁾. (Universitas.) Mit der Bestimmung dieses Gattungsbegriffes ist daher die vorliegende Untersuchung zu beginnen.

Es ist aber eine Gemeinheit ein Verein, welchem eine der Regierung des Staates untergeordnete Gewalt über ihre Mitglieder zusteht. Man kann diesen Begriff nicht besser verdeutlichen, als wenn man ihn mit dem ihm verwandten und dennoch von ihm wesentlich verschiedenen Begriff einer Gesellschaft vergleicht. Eine Gesellschaft beruht auf einem Vertrage, eine Gemeinheit — unmittelbar oder mittelbar — auf dem Gesetze. In einer Gesellschaft stehen die Gesellschafter dem Rechte nach einander gleich²⁾,

*) Der Gattungsbegriff einer Gemeinde enthält an sich auch die Volksgemeinde unter sich. Vgl. Buch II. Hptst. 2. — Hier wird er jedoch nur in Beziehung auf die im Staate bestehenden Gemeinheiten bestimmt und erläutert werden.

2) Daher die Rechtsregel: Melior est prohibentis conditio.

die Mitglieder einer Gemeinde sind einer Gewalt unterworfen¹⁾. Gesellschafter sind auch in Beziehung auf dritte Personen als Einzelne zu betrachten, eine Gemeinde hat auch in diesem Verhältnisse die Eigenschaft einer Person, die eines Individuums. Eine Gesellschaft wird durch den Austritt oder Tod eines einzelnen Gesellschafters aufgelöst, eine Gemeinheit ist ein bleibender Verein.

Man hat die Gemeinheiten unter zwei Klassen zu bringen. — Die eine Klasse begreift die Gemeinden d. i. diejenigen Gemeinheiten unter sich, deren Zweck das gesammte rechtliche Interesse der Einwohner eines Orts, als solcher, umfaßt. Die andere Klasse enthält die Korporationen²⁾, d. i. diejenigen Gemeinheiten, welche ein besonderes (specielles) Interesse ihrer Mitglieder zum Zwecke haben. Gemeinheiten der letzteren Art sind z. B. Hochschulen, Handwerksinnungen, Banken, denen der Staat Korporationsrechte verliehen hat. Die Gemeinheiten der einen Klasse unterscheiden sich von denen der andern Klasse nicht bloß ihrem Zwecke, sondern auch ihrem Rechte nach. Denn:

Die Gemeinheiten der letzteren Klasse, oder die Korporationen sind lediglich und allein Schöpfungen des Staates³⁾. Die Fragen, ob es dem Interesse des Staates entspreche, Korporationsrechte überhaupt oder zu einem bestimmten Zwecke, z. B. zur Begünstigung eines Gewerbes, zu ertheilen? wie eine solche Verleihung zu

1) Wem diese Gewalt zustehe, kann und soll das Gesetz bestimmen. Läßt das Gesetz die Frage unbeantwortet, so ist die Gültigkeit der mehreren Stimmen Rechtens. — Diese Gewalt ist als eine von der Staatsgewalt abgeleitete und übertragene Gewalt zu betrachten. Eine Gemeinheit ist also eine Staatsbehörde. Doch unterscheidet sie sich von einer Staatsbehörde in der engeren Bedeutung dadurch, daß sie das Interesse der Mitglieder der Gemeinheit zum Zwecke hat.

2) Ich lege hier dem Worte eine dem Sprachgebrauche unbekannte Bedeutung unter, da es an einem andern Worte fehlt, die Gemeinheiten dieser Klasse zu bezeichnen.

3) Jedoch sind nach dem Gottesrechte nicht die kirchlichen Korporationen unter dieser Regel begriffen.

modificiren? oder ob und wann sie zu widerrufen sey? diese und ähnliche Fragen sind lediglich und allein in das Ermessen der Regierung gestellt; sie sind nach der Verschiedenheit der Staaten und nach der Verschiedenheit der Zeitumstände bald so bald anders zu beantworten¹⁾. Denn diese Gemeinheiten haben nicht eine allgemeingültige und ständige Grundlage; ihre Stellung zur Staatsgewalt ist eben deswegen dieselbe, wie die der Staatsbehörden in der engern Bedeutung. Es ist daher z. B. das Vermögen dieser Gemeinheiten schlechthin als ein Theil des Staatsgutes zu betrachten²⁾, nur daß dieser Theil einstweilen einem bestimmten Zwecke, dem Interesse der Gemeinheit, gewidmet ist.

Von einer ganz anderen Beschaffenheit ist das Verhältniß, in welchem die Gemeinheiten der ersteren Klasse oder die Gemeinden zum Staate stehen. Wenn sich in einem Lande die Menschen ortsweise, (in Städten oder in Dörfern oder, wie in Westphalen, als Bauerschaften,) angesiedelt haben³⁾, so kommt der Einwohnerschaft eines jeden einzelnen Ortes die Eigenschaft einer Gemeinde von Rechts wegen — oder kraft eines auf der Natur der Verhältnisse beruhenden und mithin allgemeingültigen und ständigen Rechtsgrundes — zu, d. h. so ist

1) Von diesen Gemeinheiten wird daher hier weiter nicht, sondern an andern Stellen des vorliegenden Werkes die Rede seyn.

2) Wird eine Gemeinheit dieser Art aufgehoben, so fällt ihr Vermögen (auch quoad usumfructum) an den Staat zurück; jedoch mit Ausnahme desjenigen Gemeinheitsgutes, welches sich von Privatstiftungen herschreibt. Dieses ist (*deficiente causa*) billig den Stiftern oder ihren Rechtsnachfolgern zurückzugeben. Vgl. Blackstone's commentaries on the laws of England. 1. Bd. 18. Hptst. und 1. 3. pr. D. de colleg. et comment.

3) Also, die Grundsätze des Gemeinderechts haben in so fern nur eine bedingte Gültigkeit. Macht man die Eintheilung eines Landes in Gemeinden und Gemarkungen schlechthin allgemein, so sind die Gemeinden, in so fern zu ihnen auch vereinzelt liegende Höfe etc. geschlagen werden, nur Staatsbehörden und nicht Staatsbehörden *sui generis*. (In Deutschland ist dieser Unterschied bei der Abfassung neuer Gemeindeordnungen nicht selten übersehn worden.)

den Staat rechtlich verpflichtet, der Einwohnerschaft eines jeden einzelnen Ortes die Eigenschaft einer Gemeinde zu verleihn oder, (wenn der Staat, — ein nicht seltener Fall, — aus der Vereinigung mehrerer ursprünglich selbstständigen Ortsgemeinden entstanden ist,) zu lassen. Denn da die Einwohnerschaft eines und desselben Orts, als solche, gewisse besondere rechtliche Interessen hat, und da anzunehmen ist, daß sie selbst diese Interessen am besten wahrnehmen könne und werde, so kann der Staat seiner Pflicht, für das Wohl seiner einzelnen Unterthanen zu sorgen, nicht anders oder nicht besser Genüge leisten, als indem er der Einwohnerschaft eines jeden einzelnen Orts zur Wahrnehmung ihrer besonderen Interessen eine Gemeindeverfassung giebt oder läßt. Ja, man kann noch weiter gehn und, — in Betracht, daß durch jene besonderen Interessen zugleich die allen Bürgern gemeinschaftlichen Interessen modificirt werden, — behaupten, daß derjenige Staat die vollkommenste Verfassung haben würde, welcher in Beziehung auf die Gemeinden des Staats nach der Analogie eines Völkerstaates organisirt wäre*); übrigens mit den Einschränkungen, mit welchen man diesen Grundsatz wegen der faktischen Verschiedenheit zwischen Völkern und Gemeinden d. i. zwischen größeren und kleineren Gemeinwesen in Anwendung zu bringen hätte.

Wenn hiernach die Selbstständigkeit der Gemeinden die Regel, die Abhängigkeit der Gemeinden von der Regierung aber die Ausnahme seyn sollte, so stimmt gleichwohl der Rechtszustand der Staaten selten oder nie mit diesem Grundsatz überein. Es giebt Staaten, in welchen kaum der Schatten einer Gemeindeverfassung zu bemerken ist, andere, in welchen sie einer Vormundschaft unterworfen sind, die sie den Staatsbehörden in der engeren Bedeutung fast gänzlich gleichstellt. Die Hauptursache die-

*) Den Staatsrechten der Staaten deutschen Ursprungs lag in der That diese Idee zum Grunde.

ses Widerstreits zwischen dem ideellen und dem wirklichen Rechte ¹⁾ sind die: 1) Die Verfassung der Gemeinden steht überall unter dem Einflusse der Verfassung des Staates; und sie soll unter diesem Einflusse stehn, sie soll, (wie das Verhältniß einer und derselben Familie,) das Vor- und Nachbild der Staatsverfassung seyn, damit sie die Bürger für die Staatsverfassung erziehe ²⁾. Uebrigens kann sich der Fall in der Erfahrung auch so stellen, daß der Geist der Gemeindeverfassung mit dem der Staatsverfassung in einem gewissen Grade in Widerspruch steht und daß dieser Widerspruch in einer andern Hinsicht dem Staate sogar vortheilhaft ist ³⁾. Das weströmische Reich würde höchst wahrscheinlich weit früher zerstückelt worden seyn, wenn nicht die römische Municipalverfassung, die sich aus den Tagen anderer Jahre, wenn auch nicht unverdorben, erhalten hatte, für den inneren Zusammenhang dieses Reichs eine gewisse Bürgschaft geleistet hätte. Auch in der Türkei geniefen die Gemeinden einer Selbstständigkeit, welcher, wie ein reisender Engländer bemerkt hat, die Fortdauer dieses Reiches vorzugsweise zuzuschreiben ist. 2) Wie die Verfassung des Staates so ist auch die Verfassung der Gemeinden von der Macht der auswärtigen Verhältnisse abhängig. Schon oft sind die Unvollkommenheiten der französischen Municipalverfassung gerügt worden. Aber die strenge Vormundschaft, in welcher die französische Regierung die Gemeinden des Landes gegen den Geist der Staatsverfassung hält, läßt

1) Auch unter den günstigsten Verhältnissen kann die Regel mit der Ausnahme nur mittelst eines Vergleichs in Einklang gesetzt werden. (Diesen Vergleich auf billige Bedingungen abzuschließen, ist die Aufgabe einer jeden guten Gemeindeordnung.)

2) Der Korporationsgeist hält das Mittel zwischen dem Familiengeiste und dem Gemeingeiste, weniger, als jener, mehr, als dieser, egoistisch; daher Eintracht zwischen beiden vermittelnd.

3) Ein Recht, das den Gemeinden eine gewisse Selbstständigkeit gewährt, hat eine Kraft des Widerstandes, welcher, (wie die des Familienrechts,) nicht so leicht von einer Veränderung der Staatsverfassung überwältiget werden kann.

sich denn doch mit dem auswärtigen Interesse des Staates, wenigstens in einem gewissen Grade vertheidigen. Endlich 3) auch für die Gemeindeverfassung ist die Mündigkeit und der Charakter des Volks von entscheidender Wichtigkeit. Der Staat und eine jede Abtheilung desselben ist nicht ein Gebäude, das aus Steinen oder Holz aufgeführt wird. Die Bewohner des Staatsgebäudes sind zugleich das Staatsgebäude selbst.

Ueberall aber, wo es Gemeinden giebt, sind diese in Beziehung auf ihr Vermögen als Staaten im Staate zu betrachten, gebührt dem Eigenthume der Gemeinden an ihrem Vermögen dieselbe Unverletzlichkeit, wie dem Privateigenthume. Auch aus dem geschichtlichen Grunde, weil die Gemeinden nicht dem Staat ihr Vermögen verdanken. Daher ist der Staat nicht berechtigt, sich das Gemeindegut offen oder verdeckt zuzueignen¹⁾. Eben so kann aus dem Obigen gefolgert werden, daß, wenn Allmendgut vertheilt wird, die Vertheilung nach den Köpfen geschehen muß. Dieselbe Norm würde auch bei der Vertheilung des Staatsgutes — in Gemäßheit der Grundsätze der ausgleichenden Gerechtigkeit — zu befolgen seyn.

III. Von Partheiungen

unter den

Mitgliedern des Staatsvereines.

Ich verstehe unter Partheiung eine Spaltung im Volke über Meinungen, Interessen oder Rechte, welche die Folge hat, daß der eine Theil über den andern den Sieg davon zu tragen sucht²⁾. Die, welche in Beziehung auf eine solche Spaltung unter sich einig sind, bilden eine Parthei.

1) Verdeckt — indem z. B. die Regierung anordnete, daß die Gemeinden ihre Liegenschaften zu veräußern und das Kaufgeld dem Staate zu leihen hätten.

2) Durch diese Definition werden z. B. die Spaltungen ausgeschlossen, welche aus einer physischen Ursache entstehn, — die Verschiedenheit der Menschen nach der Rasse, nach dem Alter, nach dem Geschlechte.

Eine jede Partheiung hat für den Staat die Folge, daß in seinem Gebiete gleichsam zwei oder mehrere Völker neben und unter einander wohnen, d, i. daß sich das Verhältniß unter den Partheien, auf eine ähnliche Weise, wie das unter Völkern, also bald friedlich bald feindlich, stellt. — In den Fällen einer Partheiung giebt es zuweilen noch in demselben Staate eine Anzahl Unpartheiische, welche, da sie beziehungsweise einer jeden der mit einander streitenden Partheien, mit keiner aber ausschließlich befreundet sind, den Frieden unter den Partheien vermitteln oder dem Staate zur Erreichung desselben Zwecks Beistand leisten. (Die Parthei der Mitte. *Le juste milieu*.)

Einige von diesen Partheiungen werden von dem Staate selbst verursacht oder veranlaßt, andere gehen aus dem jeweiligen Zustande der bürgerlichen Gesellschaft hervor. Jedoch auch die letzteren können von dem Staate, gleich als wären sie sein Werk, modificirt oder umgestaltet werden. Alle Partheiungen haben ihre Vortheile und ihre Nachtheile für den Staat. Nach der Verschiedenheit der Staatsverfassungen, nach Zeit und Umständen, überwiegen bald die einen bald die andern, steigern sich jene oder diese. Alle Partheiungen stehen in einem und demselben Staate in dem Verhältnisse der Wechselwirkung zu einander.

A. Von der Partheiung,
welche
durch die Verschiedenheit der Vermögens-
umstände verursacht wird*).

Keine andere Partheiung ist für die Staaten von einer größeren Wichtigkeit als die, welche auf der Verschiedenheit der Vermögensumstände der einzelnen Bürger beruht.

Keine andere Partheiung erstreckt sich über so viele Staaten, als diese. — Ungleichheit der Vermögensumstände

*) Vgl. oben Buch X.

ist überall im Gefolge des Ackerbaues, da dieser über kurz oder über lang zum Sondereigenthume an Grund und Boden führt; sie ist eben so im Gefolge der Viehzucht. Sie erhält einen Zuwachs, wenn sich, durch die Vertheilung der Arbeiten, die Fabrikation von der Produktion und von beiden der Kaufhandel losreißt. Sie steigt in dem Verhältnisse, in welchem der Wohlstand eines Volkes zunimmt.

Keine andere Partheiung hat einen so entscheidenden Einfluß auf eine jede andere Partheiung in demselben Volke. — Reichthum entscheidet mehr oder weniger in einem jeden andern Partheikampfe; weil Reichthum Macht ist, — die Macht, über andere Menschen zu gebieten, die Macht, so weit überhaupt die Macht des Menschen reicht, sich einen jeden zeitlichen Vortheil zu verschaffen, einen jeden zeitlichen Nachtheil von sich abzuwenden. So verdankte z. B. die katholische Kirche in dem Kampfe, welchen sie während des Mittelalters mit der weltlichen Gewalt zu bestehen hatte, nicht den Meinungen des Zeitalters allein sondern zugleich ihren Reichthümern den Sieg. ¹⁾

Auf denselben Grunde beruht die Bedeutsamkeit, welche diese Partheiung für die Verfassung der Staaten hat. — Bald ist Reichthum die faktische Grundlage der Machtvollkommenheit, bald befähiget er ausschließlich zum Staatsdienste; allemal liefert eine Verfassung verschiedene Resultate, je nachdem sie die Macht in die Hände der Reichen oder in die der Armen legt. — Wo es in einem Staate zu einem Kampfe für und wieder das Fortbestehen der bisherigen Verfassung kommt, ist dieser Kampf in vielen, vielleicht in den meisten Fällen nichts anderes als ein Kampf zwischen der Parthei der Reichen und der der Armen. ²⁾ Alsdann aber wird jener Kampf

1) Der Investiturstreit galt dem Rechte der Kirche, über ihr Vermögen selbstständig zu verfügen.

2) So hat sich z. B. in Großbritannien jener Kampf auf diese Weise in den neuesten Zeiten gestellt. Auch die Geschichte der Vereinigten Staaten von Nordamerika ist in dieser Beziehung lehrreich.

mit einer Erbitterung geführt, welche fast unausbleiblich einen Bürgerkrieg zur Folge und eine gewaltsame Umgestaltung der Staatsverfassung zum Resultate hat, mit einer Erbitterung, welche die Schrecken, die ein jeder Bürgerkrieg, eine jede Revolution hat, verdoppelt. Denn nun hat in dem Kampfe die eine Parthei Alles zu verlieren, die andere Alles zu gewinnen. Mit dem Eigenthumsrechte werden die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft erschüttert ¹⁾

Uebrigens hat die Partheiung zwischen Reichen und Armen schon zu Folge ihres Grundes hier diesen dort einen andern hier einen grösseren dort einen geringeren Einfluss auf das Schicksal der Staaten; z. B. je nachdem der Reichthum der einen Parthei mehr oder weniger bedeutend, die Armuth der andern Parthei mehr oder weniger drückend ist, je nachdem jener in beweglichen oder in unbeweglichen Gütern oder in beiden zugleich besteht, je nach dem die Partheiungen schärfer oder unmerklicher von einander gesondert sind. So macht z. B. in der Geschichte der Staaten Deutschen Ursprungs die Entstehung des Standes der Stadtbürger auch in Beziehung auf jene Partheiung Epoche. Nun trat in diesen Staaten ein Geldadel dem grundherrlichen Adel zur Seite, nun bildete sich zwischen diesem und seinen Grundholden ein Mittelstand; — und wie mannigfaltig und wichtig waren die Folgen, die sich an diese Neuerungen reihten! Oder, ein anderes Beispiel, wenn der heutige politische Zustand Englands von dem des französischen Reiches so wesentlich verschieden ist, liegt nicht eine Hauptursache dieser Verschiedenheit darin, daß die Partheiung zwischen Reichen und Armen von einer ganz andern Beschaffenheit in dem einen Lande, als in dem andern, ist? ²⁾

1) Man erinnere sich z. B. des Deutschen Bauernkrieges im 16ten Jahrhunderte.

2) In England ist die Zahl der grossen Landgüter überwiegend. Diese werden grossentheils mit Tagelöhnern bewirthschaftet, also mit Arbeitern, die nicht einen ununterbrochenen Verdienst haben.

Die Natur hat weislich Vorsorge getroffen, dafs, im naturgemäfsen Verlaufe der Begebenheiten, die Individuen, aus welchen die eine und die andere Parthei besteht, unaufhörlich wechseln. — In der Regel ¹⁾ kann ein jeder Mensch durch Arbeitsamkeit Geld und Gut erwerben, durch Sparsamkeit mehr oder weniger erübrigen. Aber, der eine Mensch ist arbeitsam, ein anderer faul; der eine weifs die Zukunft in Rechnung zu nehmen (oder zu spekuliren,) ein anderer nicht; der eine ist ein guter Haushalter, ein anderer ein Verschwender. Derselbe Mensch kann das, was er früher klüglich erworben und erspart hat, in der Folge mit oder ohne seine Schuld einbüfsen, oder umgekehrt, die ökonomischen Fehler seiner Jugend im Alter durch Wirthschaftlichkeit wieder gut machen. Auch vorausgesetzt, (wie ich hier voraussetze,) dafs Geld und Gut auf die Erben übergeht, so vertheilt doch ein naturgemäfses Erbrecht die von dem Erblasser angehänften Reichthümer in der Regel unter Mehrere; oder, wenn es auch diese Reichthümer auf einen einzigen Erben z. B. auf einen einzigen Sohn überträgt, so folgt doch auf den haushälterischen Erblasser nicht selten ein verschwenderischer Erbe. Und so wechselt denn, im naturgemäfsen Laufe der Dinge, Geld und Gut unaufhörlich seine Besitzer. ²⁾

Soll nun der Staat diesen von der Natur vorbereite-

Grofs ist in demselben Lande die Zahl der Fabriken. Aber die Fabrikarbeiter sind der Gefahr plötzlicher Verarmung ausgesetzt, wenn, wegen der Wechselfälle des Handels, die Fabrik eingeht oder wenigstens ihre Geschäfte beschränken mufs. — In Frankreich ist die Zahl der kleineren Landgüter desto gröfser, die Zahl der Fabriken vergleichungsweise geringer.

1) D. i. abgesehen von Kranken und Gebrechlichen. So künstlich auch der ökonomische Zustand der heutigen Europäischen Völker ist, so ist doch Armuth öfter verschuldet, als unverschuldet. Eine für die Armenpflege traurige, wichtige Thatsache!

2) Besonders bewegliches Gut. In Handelsstädten hat man die Beobachtung gemacht, dafs eine Handlung nur selten auf den dritten und noch seltner auf den vierten Erben kommt.

ten Wechsel in dem Bestande der einen und der andern Parthei ungestört vor sich gehen lassen? sich also darauf beschränken, durch sein Recht diesen Wechsel zu wahren und zu begünstigen? — oder soll der Staat, (denn das steht in seiner Macht,) diesem Wechsel entgegenarbeiten? soll er z. B. Verfügungen gestatten, durch welche gewisse Güter auf ewige Zeiten in einer und derselben Familie, als Stammgüter oder Majorate, erhalten werden? — oder soll der Staat, (denn auch das steht in einem gewissen Grade in seiner Macht,) dahin trachten, daß die in Frage stehende Partheiung gänzlich weg-falle d. i. daß unter den Bürgern überall nicht eine Verschiedenheit der Vermögensumstände eintrete? — Von diesen Aufgaben, in so fern sie in die Verfassungslehre gehören, in den folgenden vier Büchern.

B. Von der Verschiedenheit der Stände.¹⁾

Der Partheiung, welche aus der Verschiedenheit der Vermögensumstände entsteht, nahe verwandt ist die, welche auf der Verschiedenheit der Stände²⁾ d. i. auf der Verschiedenheit der Arten beruht, wie sich die Einzelnen im Volke beharrlich beschäftigen und mithin (in der Regel) ihren Lebensunterhalt gewinnen. Ohne jene Partheiung kann nicht diese ins Leben treten. Vieles, was von jener gilt, ist auch auf diese anwendbar.

Diese Stände können von doppelter Art seyn, entweder Stände der bürgerlichen Gesellschaft oder politische; denn die Geschäfte, auf deren Verschie-

1) Vgl. A. Smith, Untersuchung über die Ursachen und die Natur des Nationalreichthums. V. Bch. II. Abth. — J. Millar, the origin of the distinction of ranks. Lond. IV. Edit. 1806. — Hüllmann, Geschichte des Ursprungs der Stände in Deutschland. II. Aufl. Berlin. 1829. — Oben Buch X.

2) Das Wort: Stand, ist so vieldeutig, daß man Ursache hat, bei dem Gebrauche desselben besonders mißtrauisch zu seyn.

denheit die Verschiedenheit der Stände beruht, sind entweder Privat- oder Staatsgeschäfte. (Stände der ersten Art sind z. B. der Stand der Landbauer, der Stand der Handwerker, der Stand der Kaufleute, — Stände der letztern Art sind der Beamtenstand und, wo es ein stehendes Heer giebt, der Stand der Kriegsleute.) Jedoch kann das positive Recht einen Stand, der an sich ein Stand der bürgerlichen Gesellschaft ist, auch in einen politischen — schlechthin oder beziehungsweise — verwandeln. Z. B. Die Geistlichkeit, an sich ein Stand der ersteren Art, kann dennoch in dem einen oder in dem andern Staate ein Stand der letzteren Art seyn.

Die Geschichte der Vertheilung der Arbeiten ist zugleich die Geschichte der Stände. So wie bei einem Volke der Wohlstand zunimmt, die Kultur bedeutende Fortschritte macht, unterziehen sich bei einem solchen Volke. Einige ausschliesslich diesen, Andere ausschliesslich anderen Arbeiten, entstehen mithin Stände im Volke. (Bei vielen Völkern scheint sich zuerst eine Priesterschaft von dem übrigen Volke gesondert zu haben.) Im Verlaufe der Zeit vermehrt sich die Zahl der Stände oder spaltet sich der eine oder der andere der bisherigen Stände in mehrere. Denn die Arbeiten, mit welchen Geld verdient werden kann, werden mit der Zeit mannigfaltiger und eben so wird die Staatsverfassung mit der Zeit künstlicher, verwickelter. Zugleich aber wird die Vertheilung der Arbeiten, also die Spaltung des Volkes in Stände, von den Staatsgesetzen bald beschleuniget bald gehemmt, hier so dort anders modificirt. Z. B. es erhalten die Stände Vorrechte.

Mit der Entstehung der Stände beginnt eine neue Periode in dem Leben eines Volkes. An die Veränderungen, welche sich von Zeit zu Zeit mit der Zahl der Stände oder in dem Inneren des einen oder des andern Standes oder in den äusseren Verhältnissen der Stände begeben, kann man die gesammte folgende Geschichte des Volkes anknüpfen.

Der V o r t h e i l e, welche die Verschiedenheit der Stände, — indem sie die Zunahme des öffentlichen Wohlstandes beschleuniget, die Bande, welche den Staatsverein zusammenhalten, vermehrt und verstärkt, das geistige Leben vielseitig anregt und entfaltet, — dem Staate mittelbar gewährt, ist schon oben (im X. Buche) gedacht worden. Was die Menschheit ohne die Verschiedenheit der Nationen seyn würde, das ist ein Staat ohne Verschiedenheit der Stände. Dagegen kann sich ein Staat, in welcher es eine solche Verschiedenheit giebt, alle die Vortheile zueignen, welche eine jede der verschiedenen Lebensarten für sich in politischer Beziehung hat. Wo sich z. B. die Stadtwirthschaft von der Landwirthschaft getrennt hat, vereiniget der Staat in sich ein Princip der Beweglichkeit und ein Princip der Beständigkeit. — Nicht geringer sind die Vortheile, welche der Staat von der Verschiedenheit der Stände unmittelbar bezieht oder beziehen kann. Wo der Staatsdienst nicht bloß ein Nebengeschäft sondern ein besonderer Beruf d. i. ein Beruf ist, der einerseits eine besondere Vorbereitung erfordert und andererseits ein genügendes Auskommen verschafft, wo also die Staatsdiener einen besonderen Stand bilden, werden die Staatsgeschäfte besser, als unter der entgegengesetzten Voraussetzung, besorgt werden. (In dieser Beziehung war für die Staaten Deutschen Ursprungs die Einführung des Römischen Rechts in denselben ein nicht unbedeutender Gewinn.) Noch vorteilhafter ist es für den Staat, wenn die Verschiedenheit der Fächer des Staatsdienstes wieder zu einer Spaltung der Staatsdiener in mehrere Stände führt. Aehnliche Betrachtungen lassen sich über den Fall anstellen, da die Landesvertheidigung die Sache eines eigenen Standes ist.

Jedoch, die Spaltung eines Volkes in Stände führt auch ihre Nachtheile mit sich. Ein jeder einzelne Stand hat als solcher sein besonderes Interesse; und dieses Interesse kann sich leicht und wird sich oft dem Interesse des Staates oder dem der übrigen Stände entfremden oder

entgegenstellen. — Man nehme z. B. diejenigen Stände, deren Geschäft die Produktion oder die Fabrikation oder die Handlung ist. Ein jeder dieser Stände sucht sich auf Kosten der übrigen zu bereichern. In einem jeden regt sich jener Zunft- oder Kastengeist, welcher sich abmüht, den Zutritt zu dem Stande auf alle Art und Weise zu erschweren, ¹⁾ besonders da sich abmüht, wo nach den in der Erfahrung bestehenden Verhältnissen ein einmal gewählter Beruf nicht leicht mit einem andern verwechselt werden kann. ²⁾ Nun ist zwar dem Staate der Weg bestimmt vorgezeichnet, den er in Beziehung auf diesen Partheikampf einzuschlagen hat. Er braucht nur allen Ständen gleiches Recht widerfahren zu lassen, nur keinen Stand vor dem andern zu begünstigen. Läßt die Menschen einander drängen und treiben, desto besser, das bringt sie aufwärts und vorwärts. Aber es ist dem Staate nicht so leicht, diesen Weg einzuhalten oder auf demselben zu beharren. Auch wo die Stände dem Verfassungsrecht nach einander gleichstehn, hat doch hier dieser dort ein anderer Stand den größeren Einfluss auf die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten, einen Einfluss, der diesen Stand verleiten kann und fast immer verleiten wird, sein Standesinteresse durch Vorrechte zu wahren. So gewährt z. B. die Britische Verfassung dem Volke, (den Gemeinen,) zwar dieselben konstitutionellen Rechte. Gleichwohl sind in Großbritannien zuerst die Fabrikanten (the manufacturing interest) und späterhin auch die Producenten (the landed interest) zu Erwerbsvorrechten gelangt, welche den Monopolen nahe kommen. ³⁾ Auch so kön-

1) Dieser Geist ist besonders erfinderisch, besonders reich an Mitteln, mehr, als irgend eine andere Richtung des Eigennutzes. Warum?

2) Groß ist in dieser Beziehung der Unterschied zwischen den Staaten der Nordamerikanischen Union und denen des „alten Landes.“ Vielleicht ein Grund, warum jene Staaten eine demokratische Verfassung haben können.

3) Die Geschichte der Repräsentativverfassungen ist reich an Beispielen derselben Art. Man erinnere sich z. B. an den Tarif der V. St.

nen sich die Verhältnisse stellen, daß es die Regierung, in dem Interesse der Gesammtheit, für gerathen hält, das Interesse des einen oder des andern Standes als das ihrige zu befördern.

Jedoch oft begnügen sich die mächtigeren oder mächtigsten Stände der bürgerlichen Gesellschaft nicht mit den Vortheilen, die sie ihrem politischen Einflusse verdanken. Werden sie von den Umständen begünstiget, so verfolgen sie den Plan, die Gewalt an sich zu bringen. Denn ungenügsam ist die Macht und Vorrechte sind nur sehr unvollkommen gesichert, wenn nicht die Verfassung auch die Gewalt in die Hände der Bevorrechteten legt. So beruhen z. B. die reichs- und landständischen Verfassungen schlechthin auf der Verschiedenheit der Stände der bürgerlichen Gesellschaft. Staaten, in welchen eine Verfassung dieser Art besteht, gleichen einem zusammengesetzten Staate oder einer unter mehreren Staaten abgeschlossenen Konföderation. In den Staaten dieser Art ruht nicht etwa der alte Kampf zwischen den Interessen jener Stände. Nun ist vielmehr der verhältnismäßige Antheil, den die einzelnen Stände an der Staatsgewalt haben, ein neues Mittel, das ihnen in jenem Kampfe zu statten kommt. Nun kommt ein neuer Kampf hinzu, der um den verhältnismäßigen Antheil eines jeden einzelnen Standes an der Staatsgewalt. Aber auch dieser Kampf erhält durch die Privatinteressen der streitenden Partheien seine Richtung und Farbe.

Das Aeufserste in der auf einer Verschiedenheit der Stände beruhenden Spaltung der bürgerlichen Gesellschaft ist die Kastenverfassung. Denn eine Kaste ist ein Stand der bürgerlichen Gesellschaft, zu welchen immer diejenigen und nur diejenigen gehören, die von Eltern desselben Standes abstammen. — Die allgemeine Ursache der Entstehung dieser Verfassung liegt in dem Hange der Menschen, die Vortheile ihres Berufs theils gegen Mitwerber zu sichern theils ihren Nachkommen zu erhalten. ¹⁾

1) Also in dem Kasten- oder Zunftgeiste. Vgl. Meiners, de cau-

Jedoch erklärt diese Ursache nur die Entstehung der höheren nicht aber die der niederern und untersten Kasten zur Genüge. Denn für diese hat die Kastenverfassung nur Nachtheile nicht Vorthelle. Wo sich daher diese Verfassung auf das ganze Volk oder auf eine ganze Nation erstreckt, wo sie also vollständig durchgeführt ist, muß man wohl die Uebermacht des Stärkern, z. B. die eines Stammes, welcher andere Stämme besiegte, zu Hülfe nehmen, um sich von dem Ursprunge dieser Spaltung Rechenschaft zu geben. ¹⁾ Jedoch so naturwidrig ²⁾ ist die Kastenverfassung, daß auch diese Ursache zur Lösung der Aufgabe noch nicht hinreicht. Was Eigennutz und Stolz begonnen hatten, mußten Glaubensmeinungen vollenden, verewigen. Man wird finden, daß überall, wo es eine durchgeführte Kastenverfassung giebt, diese die Religion zur Stütze hat. (Kein Unsinn ist so groß, der nicht irgendwo oder irgendwann ein Glaubensartikel gewesen wäre!) So lehren z. B. die heiligen Bücher der Hindu's, daß die Brahmanen aus Brahma's Munde, die Chatriya's (die Krieger) aus Brahma's Armen, die Vaisya's (die Kaufleute, die Ackerleute, die Hirten,) aus Brahma's Daumen, die Sudra's (die Diener der drei ersten Klassen) aus Brahma's Füßen entsprungen sind. ³⁾ — Unter allen den verschiedenen Gestalten, welche die bürgerliche Gesellschaft überhaupt annehmen kann, ist die Kastenverfassung die schrecklichste. Ein Volk oder eine Nation, die in Kasten gespalten ist, gleicht einer Insel, deren Bewohner, so wie sie sich regten und bewegten, plötzlich durch das

sis ordinum sive Castarum in veteri Aegypto atque tam in antiqua quam in recentiori India. In Comment. societ. scient. Gotting. Vol. X. Heeren, Ideen über die Politik etc. der alten Welt. Erster Thl.

1) Aus dieser Ursache leitet die Kastenverfassung der Hindu's ab: Eichhorn, Geschichte der neueren Sprachkunde. I. Abth. Gött. 1807. Iraner. Altägypten.

2) Wollte man sie für naturgemäfs halten, so würde das die Menschheit in ein schauerliches Licht versetzen.

3) Asiatic Researches. Vol. V. Lond. 1807.

Zachariä, vom Staate. III.

Wort eines Zauberers erstarrt sind, — oder einer Stadt, die mit ihren Bewohnern von einem Aschenregen bedeckt worden ist. Eine Nation, bei welcher diese Verfassung besteht, ist in einen bestimmten Kreis gleichsam gebannt, ist in einer bestimmten Periode oder in einem bestimmten Zeitblicke ihres Daseyns für immer festgehalten. Es ist ihr, (wie z. B. die Geschichte der Hindu's beweist,) fast unmöglich, jenen Kreis zu überschreiten, über diese Periode hinauszugehen. Sie ist kaum noch ein Theil der Menschheit. Denn die Bestimmung dieser ist ein ununterbrochenes Fortschreiten auf der Bahn der Kultur und Civilisation. Zum Glück für die Europäische Menschheit ist der Erbadel Deutschen Ursprungs nie eine streng abgeschlossene Kaste geworden. Den Versuchen, ihm diese Eigenschaft zu geben, widersetzte sich das Christenthum, eine Religion, welche der Kastenverfassung nicht bloß abhold sondern fremd ist.

C. Von der Partheiung zwischen Freien und Unfreien.

Die Unfreiheit ist entweder eine persönliche oder erbliche d. i. eine von den Eltern auf die Kinder übergehende Dienstbarkeit. — Für ihre Person unfrei oder dienstbar sind diejenigen, welche (kraft eines Vertrages) auf kürzere oder längere Zeit in dem Lohne und Brode eines Andern stehn. Sie bilden das Mittelglied zwischen den Freien und Unfreien der folgenden Klasse. ¹⁾ In einer erblichen Dienstbarkeit stehen die leibeigenen Grundholden d. i. diejenigen Familien, welche, gleich als das Zubehör eines Grundstückes, dem Gutsherrn, als solchem, Dienste, (gemessene oder ungemessene Frohnen,) zu leisten verbunden sind, stehen ferner die Sklaven d. i.

2) Es ist zuweilen nicht so leicht, allemal aber für das Verfassungsrecht wichtig, die persönlich Unfreien von den Freien zu unterscheiden. Z. B. Tagelöhner, Stückarbeiter gehören nicht zu den ersteren. Schon zweifelhafter ist die Frage, was Fabrikarbeiter betrifft, die für einen Wochenlohn arbeiten.

diejenigen, welche, gleich als Sachen, das Eigenthum ihres Herrn sind. — Eine jede dieser Arten der Unfreiheit läßt wieder mehrere Abstufungen zu und hat deren dem positiven Rechte nach mehrere. ¹⁾

Um die folgende Erörterung abzukürzen, werde ich derselben allein diejenige Art der Unfreiheit unterstellen, welche Sklaverei genannt wird. Was von dem äußersten Falle einer Art gilt, — und die Sklaverei ist das Äußerste in der Dienstbarkeit, — ist auch auf die übrigen Fälle derselben Art, wenn auch nur mit gewissen Einschränkungen und nur in einem gewissen Grade, anwendbar.

Die mittelbare oder entferntere Ursache der Sklaverei ist die physische Ungleichheit der Menschen, ²⁾ die unmittelbare oder die nächste Ursache ist bald Armuth, bald das sogenannte Recht des Stärkeren. Die Verhältnisse können sich in der Erfahrung so stellen, daß der Arme des Lebens Nahrung und Nothdurft mit seiner persönlichen Freiheit und mit der seiner Nachkommen erkaufen muß. ³⁾ Der Sieg giebt zwar nicht das Recht, wohl aber die Macht, die Gefangenen in Sklaven zu verwandeln. ⁴⁾ Je nachdem bei einem Volke die Sklaverei allein oder vorzugsweise auf die erstere oder aber auf die letztere Weise

1) Z. B. Ein persönliches Dienstverhältniß, in das der Diener auf seine Lebenszeit tritt, gränzt an Sklaverei. Daher erklärt das französische Recht (Code civil. Art. 1780) die Abschließung eines Dienstvertrages dieser Art für unzulässig.

2) In diesem Sinne hat man die Aeußerung des Aristoteles (Polit. I, 7.) zu deuten, daß ein Theil der Menschheit zur Sklaverei geboren sey.

3) So stellen sich die Verhältnisse häufig bei den Völkern, welchen Geld unbekannt ist. — Einen besondern Fall, wie Sklaverei aus Armuth entstehen kann, erzählt Tacitus (Germ. cap. 24.) Wenn die Deutschen seiner Zeit Alles im Spiele verloren hatten, war der letzte Einsatz ihre persönliche Freiheit.

4) Dieses Ursprungs war die Sklaverei bei den Römern. Daher die spielende Etymologie! Servi a servando. §. 3. J. de jure person. — Im mittlern Afrika hat ein feindlicher Einfall oder ein Raubzug oft keinen andern Zweck, als den, Sklaven zu machen.

entstanden ist, wird sie, alles andere gleichgesetzt, in dem ersteren Falle einen milderen in dem letzteren einen strengeren Charakter haben.

Doch giebt es noch mehrere andere Ursachen, welche das Loos der Sklaverei hier erträglicher dort drückender machen. — Eine dieser Ursachen sind die positiven Religionen, die besseren in der Art, daß sie wenigstens das Schicksal der Sklaven mildern. Dieses Geistes ist z. B. die Religion, welche Mohammed verkündigte. ¹⁾ Noch weit höher steht auch in dieser Beziehung das Christenthum. Die Lehre von der Gleichheit aller Menschen vor Gott predigend verdammt die christliche Religion die Sklaverei in einer jeden Gestalt. Und schon oft hat sie sich das Verdienst erworben, die Fesseln der Sklaven zu brechen; z. B. schon bei den Römern, besonders aber in unseren Tagen. Warlich man kann (mit Tacitus ²⁾) ausrufen: Non tamen adeo virtutum sterile seculum, ut non et bona exempla prodiderit! wenn man in Betrachtung zieht, wie viel die Engländer, von dem Geiste des Christenthums beseelt und getrieben, gethan haben, um das christliche Europa von der Schmach des Negerhandels zu befreien, daß sie in demselben Geiste, (im J. 1832) ein namhaftes Opfer, — ein Opfer von 20 Millionen Pfund Sterling d. i. von mehr als 240 Millionen Gulden, — gebracht haben, um den Sklaven in ihren Kolonien die Rechte freier Menschen auf eine rechtliche Weise zu verschaffen. ³⁾ — Eine andere Ursache ist die Verschiedenheit der Staatsverfassungen. Das härteste Loos pflegt den Sklaven in den Staaten zu fallen, welche eine aristokratische oder eine demokratische Verfassung haben, sey es, weil diese Staaten besondere Gründe haben, sich gegen die feindseligen Ge-

1) Trägt nicht auch die Vielweiberei, welche der Islam verstattet, zur Milderung der Sklaverei bei den Mahomedanern das Ihrige bei?

2) Histor. L. I. cap. 2.

3) Eben so wichtig möchten die mittelbaren Folgen dieser großen Begebenheit seyn, — die Folgen für die Sklaverei in Nordamerika, in den Kolonien anderer Europäischer Mächte.

sinnungen der Sklaven durch Strenge zu verwahren, oder weil, je stolzer der Herr, desto verachteter der Knecht ist. ¹⁾ Den Spartanern war es verstattet, auf die Heloten d. i. auf die Leibeignen, welche das Land bauten, wenn sich deren Zahl bedrohlich vermehrte, gleich als auf wilde Thiere, Jagd zu machen. Zwei tausend Heloten, die gegen das Versprechen der Freilassung für Sparta gekämpft hatten, erlagen, nach errungenem Frieden, auf einmal einem geheimnissvollen Tode. ²⁾ Ein Römisches Gesetz, das sich aus den Zeiten des Freistaates herschrieb, verordnete, daß, wenn ein Bürger in seinem Hause ermordet worden wäre, die sämtlichen Sklaven des Hauses hingerichtet werden sollten. ³⁾ In mehreren Staaten der Nord-amerikanischen Union ist es bei schwerer Strafe verboten, die Sklaven im Lesen und Schreiben zu unterrichten. — Auch die Verschiedenheit der Arbeiten, zu welchen die Sklaven nach der Verschiedenheit der ökonomischen Verhältnisse ihrer Herren verwendet werden, gehört zu den in Frage stehenden Ursachen. Als es bei den Römern eine Sache des Prunkaufwandes (des Luxus) wurde, recht viele Sklaven im Hause zu halten, gab es bei ihnen Sklaven, welche ein eigenes Vermögen, (peculium), ja selbst wieder ihre Sklaven besaßen.

Es ist hier nicht der Ort, von den Folgen der Sklaverei überhaupt zu sprechen. Ich ziehe hier diese Folgen nur aus dem Standpunkte des Interesses der Staatsverfassung in Betrachtung. Ueberall aber, wo es Sklaven in einer einigermaßen bedeutenden Anzahl giebt, sind Sklavenaufstände zu fürchten. Denn ist es den Sklaven

1) Montesquieu, esprit des lois. L. XV., giebt den letzteren Grund an.

2) Plutarch. in Lycurgo.

3) Noch unter dem Kaiser Nero wurde dieses Gesetz in einem Falle, welchen Tacitus (Ann. XIV, 42 ff.) erzählt, in Anwendung gebracht. (Die von diesem Schriftsteller aufbewahrten Reden, welche bei dieser Gelegenheit im Senate gehalten wurden, sind in mehr als einer Hinsicht besonders lesenswerth.)

zu verargen, wenn sie mit heimlicher Erbitterung Fesseln tragen, die eben so ungerecht als drückend sind? wenn sie den ersten günstigen Augenblick ergreifen, um diese Fesseln abzuwerfen? Und schauderhaft sind diese Aufstände. Sie beginnen mit Mord und Brand; welcher Parthei auch der Sieg verbleibe, er ist gleich blutig. ¹⁾ Jedoch es sey, daß es der Wachsamkeit und Strenge gelinge, einem solchen Aufstande vorzubeugen, allemal ist die Sklaverei ein Krebschade, der ins geheim an dem Leben der Staatsverfassung nagt, wenn diese anders nicht eine Zwingherrschaft ist; sie ist ein schleichendes Uebel, welches desto schneller zum Ausbruche kommt, je mehr die Fortdauer und das Gedeihen einer gegebenen Verfassung von dem Charakter des Volkes abhängt. Das sittliche Verderben, das fast unausbleiblich unter den Sklaven einreißt, verbreitet sich auch unter den Freien. Schon das Herren über Knechte kann nicht eine Schule der Tugend, nicht eine Schule des Bürgersinnes seyn. Aber oft ist der Sklav der Erzieher, der Lehrer oder der Vertraute des Freigebornen. Besonders nachtheilig wirkt die Knechtschaft auf den weiblichen Theil der freien Bevölkerung. Das Weib verliert an Würde, an Einfluß. Denn leicht ist es dem Manne, den Geschlechtstrieb durch den Umgang mit Sklavinnen zu befriedigen. Endlich, die freie Bevölkerung wird aus dem Sklavenstande durch Freilassungen ergänzt; und meist verhilft dem Sklaven nicht sein Verdienst sondern die Laune oder Gunst oder Ehrsucht des Herrn zur Freiheit. ²⁾ — Hiermit scheint zwar die That- sache im Widerspruche zu stehn, daß einst in so vielen Freistaaten Griechenlands und daß eben so in Rom Jahrhunderte lang eine demokratische Verfassung bestand, ungeachtet es in allen diesen Staaten eine mehr oder we-

1) Bellum servile. (Sertorius.) — Hayti. — Brasilien ist mit einem ähnlichen Aufstande bedroht.

2) Die Ehrsucht des Herrn. — Bei den Römern wurde es für ehrenvoll gehalten, wenn der Herr in seinem Testamente recht vielen Sklaven die Freiheit schenkte.

niger bedeutende Anzahl Sklaven gab. Jedoch die Bürger dieser Demokratien hatten an dem Stolze, mit welchem sie auf die Unfreien herabsahen, eine Schutzwehr gegen den moralisch und politisch nachtheiligen Einfluss der Sklaverei. Die Macht dieses Stolzes wurde, wenigstens in Griechenland, noch dadurch gesteigert, daß man die Beschäftigung mit Handarbeiten, (ausgenommen mit dem Landbaue,) fast allgemein für unvereinbar mit der Würde eines Staatsbürgers hielt.¹⁾ Dennoch war die Sklaverei auch in den altgriechischen Demokratien, so wie in Rom, eine der Ursachen, welche der Volksfreiheit den Untergang brachten.

D. Von der Partheiung,
welche
aus der Verschiedenheit des Glaubens und
des Kultus entsteht.

Die Partheiungen, von welchen bis hieher die Rede war, bezogen sich nur auf zeitliche Interessen, ihrem Grundcharakter nach nur auf Geld und Gut. Auf einem andern Boden stehen die Partheien, welche die Religion entzweit. Diese streiten sich über Interessen, welche auf dem Zusammenhange der Sinnenwelt mit einer übersinnlichen Welt beruhn. Wenn diese Partheiung in einem geistlichen Staate entsteht, erschüttert sie die Grundfesten seiner Verfassung, bedroht sie die Einheit des Staates. Nicht minder gefährlich ist sie einem weltlichen Staate. Denn sie kann die Regierung desselben verleiten oder nöthigen, ihre Gewalt auf ein Gebiet auszudehnen, über welches sich schon von Rechtswegen keine menschliche Gewalt erstrecken soll.

Man kann die Partheiung, welche auf einer Verschiedenheit der Religionsmeinungen beruht, mit der Spaltung vergleichen, welche in einem Volke durch eine Verschie-

1) Arist. Polit. III, 3. VI, 6. Heeren, Ideen über die Politik. etc. der vornehmsten Völker der alten Welt. Griechen. Abschn X. — Man kann die Bürger der Griechischen Freistaaten mit unserm Landadel vergleichen.

denheit der Nationen, aus denen dasselbe zusammengesetzt ist, verursacht wird. Der Grund, aus welchem Religionspartheien und Nationen einander nicht verstehen, ist ein und derselbe. Jene sprechen mit Gott diese unter sich verschiedene Sprachen. Wie sich an die Verschiedenheit der Nationalität eine Verschiedenheit fast aller Interessen knüpft, so gilt dasselbe auch von einer Partheiung, welche auf der Verschiedenheit der Religionsmeinungen beruht. In einem Kampfe um Religionsmeinungen steht fast immer auch Geld und Gut im Hintergrunde. Religionspartheien sind fast immer auch politische Partheien.

Die Einheit eines Volkes beruht daher eben so sehr auf der Einheit seines Glaubens als auf der Einheit seiner Nationalität! — Darum waren die Regierungen von jeher bemüht, jene Einheit, wo sie bestand, zu erhalten, wenn sie gestört wurde, wiederherzustellen. Wie einst die Römischen Kaiser verfahren hatten, erst als das Christenthum den Sieg über das Heidenthum davon zu tragen drohte, und dann, nachdem es diesen Sieg errungen hatte, so hielten es die Regierungen der neueren Europäischen Staaten auch zu den Zeiten der Reformation. Verunglückt dieser Plan oder ist er in einem Falle nicht ausführbar, so ist es allemal um die innere zuweilen auch um die äussere Einheit des Staates geschehen. Heilen läßt sich die Krankheit nicht, höchstens mildern; oder es müßte bei einem solchen Volke gänzliche Gleichgültigkeit gegen die Religion, — das grössere und grösste Uebel, — einreißen. Man kann schwerlich läugnen, daß die Reformation für Deutschland, weil sie hier nur zum Theil gelang, in politischer Beziehung ein Unglück war. Noch jetzt brennt das Feuer nur unter trügerischer Asche. Ein Luftzug könnte es wieder in Flammen setzen.

Jedoch ist die bei einem Volke herrschende Verschiedenheit religiöser Meinung nicht immer und nicht überall in gleichem Grade dem Staate gefährlich.

Zuvörderst sind die Religionen selbst bald verträglicher bald unverträglicher, bald Eroberungen ver-

schmähend, bald mehr oder weniger eroberungssüchtig. — Schon oft ist bemerkt worden, daß der Polytheismus seinem Wesen nach duldsam (tolerant) sey. Dagegen kann man behaupten, daß eine Religion, je vollkommener sie ist, je mehr also ihre Lehren und Vorschriften der Idee eines einzigen schlechthin vollkommenen und heiligen Wesens entsprechen, desto leichter zur Unduldsamkeit verleiten könne¹⁾. Denn die Bekenner einer solchen Religion können am leichtesten in den Irrthum verfallen, als ob der Unglaube oder der Aberglaube Anderer nicht ein Verstandesfehler, sondern böser Wille, Verstocktheit sey. Auch können sie sich vor andern durch den Wunsch zur Unduldsamkeit hinreißen lassen, die eigene Ueberzeugung durch die Bekehrung Anderer zu demselben Glauben zu befestigen. (Denn eine jede Ueberzeugung ist der Gefahr, eine bloß subjektive Ansicht zu seyn, desto weniger ausgesetzt, je größer die Zahl derjenigen ist, welche derselben Ueberzeugung sind. Der Mensch fürchtet oder ahndet aber jene Gefahr desto mehr, je höher sich sein Glaube versteigt.) — Es giebt Religionen, welche, z. B. durch die Verheißungen, die sie enthalten, mit der Nationalität oder mit den politischen Verhältnissen ihrer Bekenner in dem Grade verflochten sind, daß Bekehrungseifer und Eroberungssucht mit dem Wesen oder mit dem Interesse dieser Religionen schlechthin unvereinbar ist. Beispiele sind das Judenthum, die Brahmalehre, die alt-römische Nationalreligion²⁾.

Eben so ist der politische Einfluß der in Frage stehenden Partheiung nach der Verschiedenheit der gesellschaftlichen Organisation verschieden, welche eine jede der neben einander bestehenden Religionspartheien für sich hat. Der innere Zusammenhang einer Religions-

1) Der Islam, sonst in so mancher Hinsicht dem Christenthume verwandt, verpflichtet seine Bekenner sogar zur Unduldsamkeit.

2) Die Bürgerschaft der Stadt Rom glaubte ihre Siege und Eroberungen ihren Nationalgottheiten zu verdanken. Darum war sie tolerant gegen den Kultus der Besiegten.

gesellschaft entscheidet zugleich über ihre äußeren Verhältnisse. Darum steht z. B. fast überall, wo Katholiken und Protestanten neben einander wohnen, die katholische Kirche in einem ganz andern Verhältnisse zum Staate, als die protestantische.

In derselben Beziehung ist auch auf die Beschaffenheit der einander entgegengesetzten Religionsmeinungen Gewicht zu legen, ob sie einander z. B. mehr oder weniger schroff entgegenstehn. Anders stellt sich z. B. der Fall, wenn Christen und Mohamedaner, anders wenn Katholiken und Protestanten, anders wenn Protestanten, die verschiedenen protestantischen Kirchen angehören, in demselben Lande neben einander wohnen. Jedoch können Religionspartheien auch desto feindseliger einander gegenüberstehn, je geringer der Abstand zwischen den Glaubenslehren ist, wegen welcher sie zwispältiger Meinung sind¹⁾. Wenn sich nahe Verwandte mit einander entzweien, so ist die gegenseitige Erbitterung desto größer.

Endlich ist bei der vorliegenden Untersuchung besonders auch die Verschiedenheit der Staatsverfassungen in Betrachtung zu ziehn. Wenn auch Einheit des Glaubens einer jeden Verfassung frommt, so ist sie doch nicht einer jeden Verfassung in gleichem Grade unentbehrlich. Hiervon jedoch in den folgenden Büchern der Verfassungslehre.

E. Von der Partheiung, die aus der Verschiedenheit zwischen Staatsbürgern und Schutzgenossen entsteht.

Ich verstehe unter Schutzgenossen diejenigen bleibenden Unterthanen eines Staates, welche kraft seiner

1) So war einst die Erbitterung zwischen Lutheranern und Reformirten noch größer, als die zwischen Protestanten und Katholiken. Und doch giebt es nur einen Protestantismus, so verschieden auch die Glaubensmeinungen der Protestanten seyn können und mögen.

Verfassungsgesetze nicht an allen Wohlthaten des gemeinen Rechts dieses Staates Theil haben. Hieraus ergibt sich von selbst die Bedeutung, in welcher hier das Wort Staatsbürger zu nehmen ist¹⁾).

Das Verhältniß der Schutzgenossenschaft kommt in der Geschichte und in der Gegenwart, in den mannigfaltigsten Gestalten und Abstufungen vor. In Athen wohnten neben und unter den Bürgern auch Schutzgenossen; eben so in andern Demokratien Altgriechenlands. So lange das Römische Bürgerrecht auf die Bürger der Stadt Rom und ihrer Mark beschränkt war, — also bis zum Kriege mit den Bundesgenossen, — standen die Einwohner der Städte, Landschaften und Provinzen, welche Rom seiner Herrschaft unterworfen hatte, fast ohne Ausnahme²⁾ in dem Verhältnisse der Schutzgenossenschaft zu den Römern; zugleich ein Beispiel von der Mannigfaltigkeit der Modificationen, welche dieses Verhältniß zuläßt. Denn eine jede Landschaft, eine jede Provinz, und selbst einzelne Städte hatten wieder ihr besonderes, — durch Gesetze oder Verträge bestimmtes, — Recht. Ein anderes Beispiel kann man aus der Geschichte der Schweiz entnehmen, als noch ganze Landschaften dem einen oder dem andern Kantone unterthänig waren. Ferner: In dem Deutschen Reiche gab es Länder und Reichsstädte, in welchen die katholische, andere, in welchen die protestantische oder auch nur die lutherische Kirche die herrschende war, so daß die Einwohner, welche sich zu einer andern Kirche hielten, nur gewisser Wohlthaten der Gesetze genossen. Das Verhältniß der Schutzgenossenschaft ist in einer jeden Beziehung dem der Dienstbarkeit verwandt. Dieselbe Mannigfaltigkeit der Modificationen, welche das eine und das andere Verhältniß zuläßt; derselbe Ursprung, wenn auch die Schutzgenossenschaft noch ins besondere des

4) In einer andern und engern Bedeutung bezieht sich das Wort auf die konstitutionellen Rechte der Mitglieder des Staatsvereines.

2) Die Römischen Kolonien können kaum als eine Ausnahme betrachtet werden.

Ursprungs seyn kann, daß der Staat das Recht und die Macht hat, die Bedingungen zu bestimmen, unter welchen er Fremdlinge in seinen Schutz und Schirm nehmen will; derselbe Einfluß der Staatsverfassung auf das eine und auf das andere Verhältniß.

Auch mit denselben Gefahren ist der Staat bedroht, in welchem das eine oder das andere Verhältniß besteht. Er hat Aufstände, er hat eine den Schutzherren nachtheilige Veränderung seiner Verfassung zu befürchten. — Als Cyrus mit seinen Persern, einem kräftigen, Freiheit liebenden Bergvolke, eine verhältnißmäßig größere Menge Menschen unterjocht hatte, da theilten die Sieger sehr bald das Schicksal der Besiegten, beide mußten dem Machtworte eines Einzigen gehorchen*). Auf eine ähnliche Weise unterlag die politische Freiheit der Römer. Nach dem zweiten Punischen Kriege und schon früher stand die Römische Bürgerschaft an der Spitze eines großen Staatenbundes oder Völkerstaates, welcher ganz Italien (bis zum Rubikon) umfasste, der Aristokratie eines einfachen Staates vergleichbar. Diese Verfassung des Römischen Staates war schon damals, als sich die Herrschaft der Römer noch auf Italien beschränkte, wegen des Mißverhältnisses zwischen der Macht des Schutzherrn und der der Schutzgenossen ein schwankendes Gebäude. Doch wurde sie besonders durch die Eifersucht gestützt, welche die Völkerschaften Italiens wegen der Verschiedenheit ihrer Verhältnisse zu Rom entzweite. Als aber die Römer ihre Eroberungen, die Grenzen Italiens überschreitend, weiter und weiter ausdehnten, als daher das Mißverhältniß zwischen Haupt und Gliedern immer größer und größer wurde, Italien immer neue Opfer der Eroberungssucht der Römer bringen mußte, brach der Krieg mit den Bundesgenossen, das bellum sociale, d. i. der Krieg zwischen der Römischen Bürgerschaft und den üb-

*) Gaudin, essai historique sur la législation de la Perse. Par. 1789. p. 289.

rigen Gemeinden und Landschaften Italiens aus, welcher nur mit der Ausdehnung des Römischen Bürgerrechts auf ganz Italien beendigt werden konnte. Jedoch dies Heilmittel, an sich unzureichend, führte noch überdies neue Uebel herbei. Wie konnte, nachdem sich die Zahl der Römischen Bürger auf Millionen vermehrt hatte, die demokratische Verfassung des Römischen Freistaates auf die Dauer bestehn? Wie konnte eine solche Demokratie die Provinzen in Gehorsam erhalten? Nur ein Ausweg blieb übrig; man mußte, um theils den Bürgerkriegen, die nun ohne Ende auf einander folgten, ein Ziel zu setzen, theils die gemachten Eroberungen zu behaupten, zur Einherrschaft seine Zuflucht nehmen. So verwandelte sich der Römische Freistaat in das Kaiserreich. Aber die Fehler und Mängel der bisherigen Verfassung hatten auch auf die Verfassung des Kaiserreichs einen unheimlichen Einfluß. Der Kaiser war theils der oberste Beamte des ehemaligen Freistaates, indem er die höchsten Würden desselben in sich vereinigte, theils der oberste Feldherr des Heeres, Imperator. Nun wurde zwar die eine und die andere Würde, wenigstens von den Rechtsgelehrten, als eine von dem Volke übertragene betrachtet*). Aber, so wie der Oberbefehl über das Heer der wahre (politische) Grund der kaiserlichen Machtvollkommenheit war, so mußte auch die Feldherrnwürde, und nicht die Eigenschaft des ersten Beamten des Freistaates, welche der Kaiser hatte, über den Charakter der Verfassung und Regierung überhaupt entscheiden. Die kaiserliche Zwingherrschaft, welche die Römer so schnell und so tief herabwürdigte, ging aus demselben Doppelverhältnisse hervor, welches einst die Verfassung des altrömischen Freistaates gestürzt hatte. Aehnliche Betrachtungen lassen sich über die Veränderungen anstellen, welche sich mit den Verfassungen derjenigen Deutschen Völkerschaften begaben, die in den Provinzen des weströmischen Reichs neue Reiche

*) Lex Regia. §. 3. J. de jure nat. etc.

stifteten¹⁾). Ein Fürst, der über mehrere Staaten zugleich gebietet, (und eine Schutzgenossenschaft ist ein Staat im Staate,) kann nicht füglich den einen Staat als Freund und den andern als Gegner der öffentlichen Freiheit regieren.

Die jüdische Nation, zerstreut unter so viele Völker der Erde, steht wenigstens in Europa fast überall nur in einem schutzgenossenschaftlichen Verhältnisse zum Staate. Ob mit Recht oder mit Unrecht? ist eine Frage, welche, mit Rücksicht auf Europa, besonders in den neueren Zeiten häufig erörtert worden ist²⁾. Die, welche die Ansprüche der Juden auf das Staatsbürgerrecht für gültig erachten, berufen sich auf den Grundsatz der Religionsfreiheit d. i. auf den Grundsatz, daß das Staatsbürgerrecht von den Glaubensmeinungen der Menschen unabhängig seyn soll. Die Gegner antworten: Wir wollen von demselben Grundsatz ausgehen, so wenig auch diesem oder irgend einem andern Grundsatz des Verfassungsrechts unbedingte Gültigkeit zugeschrieben werden kann. Aber wir leugnen die Anwendbarkeit jenes Grundsatzes auf die vorliegende Frage. Die Mosaische Offenbarung ist nicht eine Religionslehre, sondern eine Staats- und Nationalgesetzgebung. Dasselbe gilt von dem Rechtsbuche, welches, die Meinungen der Ausleger des Mosaischen Rechts enthaltend, bei dem Volke in demselben Ansehn, wie dieses, steht, — von dem Talmude. Allerdings giebt es jetzt unter den Juden, besonders in Deutschland, Lehrer und Schriftsteller,

1) Auch die Geschichte der Revolutionen, durch welche die Verfassung der Schweiz zu Ende des vorigen Jahrhunderts und in dem laufenden Jahrhunderte umgestaltet worden ist, enthält Stoff zu Betrachtungen dieser Art.

2) Auch hier wird sie nur mit Rücksicht auf Europa erörtert werden; eben so nur aus dem Standpunkte des Verfassungsrechts. — Aus dem Standpunkte der Staatswirthschaftslehre betrachtet, ist sie noch bei weitem nicht zur Entscheidung reif. Es fehlt uns fast gänzlich an unpartheiischen und ins Einzelne gehenden Beobachtungen. In dem einen Lande stellt sich das ökonomische Verhältniß der Jüdenschaft zur christlichen Bevölkerung so, in einem andern anders.

welche dem Judenthume das nationale Gewand abzustreifen und so das Recht des Volkes in eine Religionslehre, in Deismus, zu verwandeln bemüht sind. Aber, bis daß es ihnen gelungen seyn wird, diese Reform durchzuführen, (und noch sind sie weit von diesem Ziele entfernt!) sind die Juden in einem jeden Staate, in welchem sie sich angesiedelt haben nicht eine besondere Religionsgesellschaft sondern ein eigenes Volk, dessen Verhältniß zu der christlichen Bevölkerung nicht nach den Grundsätzen des Staats- sondern nach denen des Völkerrechts zu bestimmen ist. — Die Antwort läuft also darauf hinaus, daß sich die Juden, um auf das Staatsbürgerrecht Anspruch machen zu können, vor allen Dingen zu entnationalisiren hätten. Man kann jedoch die Thatfachen, welche dieser Antwort zum Grunde liegen, insgesamt einräumen, (und schwerlich dürften sie geleugnet werden können!) und dennoch die Folgerung bestreiten, welche aus ihnen abgeleitet wird. Denn das wirksamste Mittel, die Juden zu entnationalisiren, ist, daß man die Juden in rechtlicher Hinsicht den Christen gleichstellt.

F. Von politischen Partheiungen*).

Eine Partheiung ist eine politische, wenn und in wie fern sie die Verfassung oder die Verwaltung des Staates zum Gegenstande hat. Politische Partheien streiten sich bald über die Frage, ob die dermalige Verfassung des Staates aufrecht zu erhalten oder abzuändern sey, bald über die Beschaffenheit einer in der Verfassung zu treffenden Veränderung, bald über das von der Regierung — überhaupt oder in einer bestimmten Beziehung — zu befolgende System, bald über den Besitz der Macht d. i. ob die höchsten Aemter und Würden im Staate der einen oder ob sie der andern Parthei zu Theil werden sollen. Da alle diese Streitfragen in einem inneren Zusammenhange unter

*) The history of party. (Nämlich in England.) By G. Wingrove Cook. Lond. III. Vol. 1837.

einander stehn, so gilt der Streit unter politischen Partheien meist allen diesen Fragen zugleich¹⁾ — Eine jede andere Partheiung im Volke kann zugleich eine politische Partheiung seyn oder werden. Mit einer politischen Partheiung stehen allemal die übrigen Partheiungen im Volke in einer bald näheren bald entfernteren Verbindung. So war einst in allen Reichen deutschen Ursprungs die Partheiung unter den Ständen zugleich eine politische und umgekehrt.

Der letzte Grund politischer Partheiungen liegt in dem geistigen Wesen des Menschen. So verschieden auch staatswissenschaftliche Fragen ihrem Inhalte nach seyn können und mögen, sie haben doch in der Regel das mit einander gemein, daß sie von zwei Seiten, theils von der Seite des bestehenden Rechtszustandes, theils von der Seite der Politik oder des Rechtes in der Idee, in Betrachtung gezogen werden können. So wie hieraus, schon wegen der Verschiedenheit der intellektuellen Anlagen der Menschen, eine politische Partheiung, wenigstens bei einem jeden gebildeteren Volke, entstehen muß, so entspricht noch überdiß der Zweiseitigkeit jener Fragen eine Verschiedenheit des Charakters der Menschen, welche in derselben Richtung, wie die erstere Ursache wirkt. Die Einen, die Aelteren und Bedächtigeren, sind für das Alte, für das Bestehende, die Andern, die Jüngeren und Muthigeren, sind für das Neue, für Veränderungen. — Daher z. B. die Erscheinung, daß es fast bei allen gebildeteren Völkern politische Partheien giebt, daß diese fast überall dieselbe allgemeine Physiognomie haben.

Gleichwohl frommen politische Partheien nicht einer jeden Verfassung. Nur dem Interesse der Volksherrschaft und der ihr verwandten Verfassungen²⁾ entsprechen sie vollkommen; ja sie sind sogar zu dem Bestehen dieser Verfassungen unentbehrlich. — Denn die

1) Ja, Partheien, die allein über den Besitz der Macht stritten, würden sogar Faktionen zu nennen seyn.

2) Z. B. also auch dem Interesse der konstitutionellen Monarchie.

Volksherrschaft, (und was von dieser gilt, gilt, wenn schon nicht in demselben Grade, auch von den ihr verwandten Verfassungen,) hat nichts so sehr zu fürchten, als die Gleichgültigkeit der einzelnen Bürger gegen den Lauf der öffentlichen Angelegenheiten. So gefährlich ist diese Gleichgültigkeit für die Volksherrschaft, daß die Atheniensischen Gesetze denjenigen, welcher bei einem Aufstande sich nicht auf die eine oder auf die andere Seite geschlagen haben würde, sogar für ehrlos erklärten¹⁾. Aber Partheigeist bewirkt, daß der Einzelne die Sache des Gemeinwesens als die eigene betreibt und vertheidiget, indem dieser Geist alle die Leidenschaften in Bewegung setzt, welche einen jeden Sieg so willkommen machen. Ferner; da die Volksherrschaft die Herrschaft der Mehrheit ist, wie kann sich wohl, wo es an politischen Partheien fehlt, eine Mehrheit bilden, oder sich der Wille der Mehrheit bestimmt und vernehmbar aussprechen? wie kann sich die Regierung auf den Willen der Mehrheit stützen, wenn sie nicht einmal weiß, was die Mehrheit von ihr verlange? oder wie kann sie, sonst genöthiget, sich in dem einen oder in dem andern Falle mit dem Willen der Mehrheit in Widerspruch zu setzen, dennoch auf eine Parthei rechnen?²⁾ Schon das ist ein Unglück (und nicht selten ein schlimmes Zeichen) für die Volksherrschaft, wenn in dem Volke mehr als zwei Partheien nebeneinander bestehn³⁾, sollte auch eine dritte Parthei

1) *Petitus de legibus Atticis. L. VIII. tit. 4.*

2) Man wiederholt so oft, daß in der konstitutionellen Monarchie die Regierung über den politischen Partheien stehen müsse. — Das ist in dem Sinne vollkommen richtig, daß die Regierung nicht auf eine jede Forderung der einen oder der andern Parthei zu hören und im Kampfe der Partheien nicht die Besonnenheit zu verlieren hat. Aber man tastet das Wesen dieser Verfassung eben so sehr durch die Behauptung an, daß in der konstitutionellen Monarchie nicht nach dem Willen der Mehrheit zu regieren sey, als durch die Behauptung, daß in derselben Verfassung die Kammer der Volksabgeordneten beharrlich in Opposition mit der Regierung stehen müsse.

3) Von diesem Unglücke ist dermalen die britische Verfassung bedroht.

Zachariä, vom Staate. III.

nur die Mitte zwischen den beiden anderen halten. Endlich, wenn auch politische Partheiung die Leidenschaften aufregt, so mäßiget sie doch in einem gewissen Grade den Einfluß derselben auf die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten. Eine Parthei muß ihre Sache, um Anhänger zu gewinnen, mit Gründen vertheidigen. Indem sowohl die eine als die andere Parthei ihre Meinung durch Gründe zu unterstützen sucht, wird der Gegenstand des Streites desto vielseitiger beleuchtet. Die heftigsten Streiter werden nicht selten von ihrer eigenen Parthei zu einer gewissen Nachgiebigkeit genöthiget. Man spricht viel, also handelt man weniger.

Allen anderen Verfassungen bringen politische Partheien Unheil, und wohl selbst, (wie z. B. den Verfassungen geistlicher Staaten,) den Untergang. Daher in den Staaten dieser Klasse die Aengstlichkeit, mit welcher man die Entstehung politischer Partheien zu verhindern, die Strenge, mit welcher man politische Partheien, wenn sie sich dennoch gebildet haben, zu unterdrücken sucht*). Aber so setzt man sich einer andern und nicht geringeren Gefahr aus, daß geheime politische Gesellschaften entstehn. Gesellschaften dieser Art sind dem Staate schon ihrem Wesen nach gefährlich. Denn sie brauchten nicht das Licht zu scheun, wenn sie dem Staate nicht gefährlich wären. Sie verdienen auch in so fern die Aufmerksamkeit der Regierung, als sie meist auf eine wunde Stelle in der Verfassung hindeuten, für welche eine Reform der Verfassung das richtige Heilmittel wäre.

So unentbehrlich auch gewissen Verfassungen politische Partheien sind, so ist doch schon die Bedingung, unter welcher allein eine Parthei, als solche, existiren

— Die Reichs- und landständischen Verfassungen der Staaten deutschen Ursprungs stellten gleichwohl in den drei Ständen, (dem Lehr- Wehr- und Nähr-Stande,) drei Partheien neben einander. Sie waren auf den Widerstand, (auf Opposition,) berechnet.

*) Wie z. B. die Gesetzgebung und die Geschichte der römisch-katholischen Kirche, (einer civitas dei,) beurkundet.

kann, — daß Viele aus freiem Willen zusammenhalten und denselben Zweck gemeinschaftlich verfolgen, — nicht so leicht zu erfüllen. Eine Parthei muß ihre Anführer oder Leiter haben. Darum müssen die Uebrigen ihrer Eigenliebe Ziel und Maß setzen. Nicht in allen Partheifragen ist das Interesse der Parthei auch das eines jeden Einzelnen ihrer Angehörigen. Dann müssen Einzelne ihr besonderes Interesses der Gesamtheit zum Opfer bringen¹⁾. Eben so sehr kann der Geist des Widerspruchs, eine Macht, die Erfüllung jener Bedingung erschweren. Aus allen diesen Gründen gelingt die Bildung politischer Partheien, — und mithin eine Verfassung, welche politischer Partheien bedarf, — nicht bei allen Völkern in gleichem Grade. So scheinen sich z. B. die Engländer besser, als die Franzosen, auf die Sache zu verstehn.

Noch schwieriger ist eine andere, eine von den Partheien selbst zu lösende Aufgabe, die Aufgabe, den Partheikampf so zu führen, daß er dem Staate nicht gefährlich werde, anstatt ihm zu nützen¹⁾. — Zu diesem Ende muß der Kampf vor allen Dingen nicht den Personen, sondern den Grundsätzen gelten. So lange in dem römischen Freistaate die Partheien über die Grundlagen der Verfassung stritten, erstarkte Rom in diesem Kampfe und durch denselben. Als aber in späteren Zeiten die Streitfrage die war, ob die Parthei Cäsars oder die des Pompejus, ob die Parthei Oktavians oder die des Antonius die herrschende seyn sollte, war es um den Freistaat geschehen. Der, welcher an der Spitze einer Parthei steht, gleicht einem Feldherrn, dessen Heer aus Freiwilligen besteht. Aber verdankt er die Macht, die er über seine Freiwilligen hat, nicht seinem Verdienste, sondern den

1) Zugleich ein Grund, die Zahl der Partheifragen möglichst zu beschränken.

3) Oder, (wie man den Satz auch ausdrücken kann,) daß politische Partheien nicht in Faktionen ausarten. — Das Recht, nach welchem sich Partheien in ihren gegenseitigen Streitigkeiten zu richten haben, ist dem Kriege verwandt. —

Wohlthaten, die er diesen spendet oder nach errungenem Siege zu spenden versprochen hat, so ist er das Haupt einer Faktion¹⁾. — Eben so wenig darf sich eine Parthei, um den Sieg zu erringen, unerlaubter Mittel bedienen; als da sind Gewaltthaten, Hinterlist²⁾. Verbindungen mit dem Auslande, Partheizeichen, Verdächtigung der Gegner. Besonders die Widerrechtlichkeit des zuletzt angeführten Mittels wird in der Hitze des Kampfes leicht verkannt. Aber eine jede Meinung, auch eine jede politische oder religiöse Meinung, kann ihre Vertheidiger haben, welche ihr aus redlicher Ueberzeugung anhängen. Auch darf man nicht übersehn, daß in der Hitze eines Partheikampfes Meinungen bis zu ihrem äußersten Ziele verfolgt werden, ohne die Absicht, sie in derselben Ausdehnung im Leben anzuwenden. — Auch der erlaubten Waffen haben sich die Partheien nur mit Mäßigung zu bedienen. Vielleicht giebt es in der Geschichte kein zweites Beispiel eines Partheikampfes, welcher mit so vieler Mäßigung, und doch so lange und über eine so entscheidende Frage geführt worden wäre, als der zwischen den Patriciern und den Plebejern des Römischen Freistaates. Wenn dem Leser der Geschichtschreiber dieses Kampfes ein Bürgerkrieg schon unvermeidlich oder die Zersplitterung des Staates schon unabwendbar zu seyn scheint, kommt es dennoch unerwartet zu einem Friedensschlusse oder Waffenstillstande. Daß die Entscheidung nur langsam und nur stufenweise erfolgte, war ein Zeichen von der Gesundheit der Verfassung. Denn politische Partheien frommen einem Staate am meisten, wenn sie in einem gewissen Gleichgewichte mit einander stehn. — Endlich; auch der Sieg, den eine Parthei davon trägt, ist von ihr mit Mäßigung zu benutzen. Denn es ist zu befürchten,

1) Guicciardini, Istoria d'Italia. L. VII. Einleitung. — Die Denkschriften des Kardinal von Retz enthalten eine Theorie der Politik der Faktionen.

2) Doch ist es oft schwer, das Erlaubte und das Unerlaubte in dieser Beziehung zu unterscheiden.

daß die Parthei die gewaltsam unterdrückt wird, zu noch gewaltsameren Mitteln ihre Zuflucht nehme¹⁾. Dieselbe Politik entspricht auch dem Interesse der siegenden Parthei. Denn das Glück kann ihr wieder untreu werden²⁾. Und ist auch ihr Sieg bleibend, so schwächt er doch die Bande, welche die Parthei bisher zusammenhielten, durch die Uneinigkeit, welche nun in ihr über die Theilung der Beute entsteht.

FÜNFTES HAUPTSTÜCK.

Zur

natürlichen Geschichte der Staatsverfassungen.

In allen Theilen der Erde, und so weit nur die beglaubigte Geschichte zurückweist, finden wir die Menschen in Staaten vereinigt, unterworfen einer äußeren, durch eine Willenshandlung begründeten, bald milderer bald strengerer Herrschaft. Selbst da, wo diese Regel eine seltene Ausnahme zu leiden scheint, beurkundet doch bald die Ausdehnung, welche dann die väterliche Gewalt hat³⁾, bald das Ansehn, welches Priester oder Wahrsager behaupten⁴⁾, daß die Natur den Menschen nur unter der Bedingung mehr Freiheit, als den Thieren, verlieh, daß sie sich selbst einen Herrn gäben.

1) „Une opinion opprimée se signale presque toujours par un poignard.“
Thiers, histoire de la révolution Franç.

2) Besonders, wenn sie die Sache der politischen Freiheit vertheidiget. Denn es ist den Führern der Parthei schwer, das Volk der Freiheit zu ersättigen. Dieses wendet sich dann leicht denen zu, die ihm ein noch größeres Maß von Freiheit verheißsen.

3) Z. B. in Grönland. S. Dav. Cranz, Historie von Grönland. Lpz. 1782.

4) Z. B. bei den Ureinwohnern von Neu-Süd-Wallis, s. Magazin von merkwürdigen neuen Reisebeschreibungen, Bd. XXVII. (Berl. 1806.) S. 41, von Nootka. v. Humboldt, essai politique sur la nouvelle Espagne. T. I. S. 835.

Woher nun diese Erscheinung? — Die Menschen, obwohl schon von der Natur zu Familien und Stämmen vereinigt, müssen gleichwohl, eben so ungesellig als gesellig, noch einen andern Verein, den Staatsverein, mit einander abschließen, sie müssen sich einer äußeren Gewalt unterwerfen, welche den Frieden unter ihnen erhalte oder wiederherstelle¹⁾.

Zwar läßt sich der Ursprung der Staaten nur in einigen Fällen geschichtlich nachweisen. Denn der Ursprung der Staaten liegt jenseits des Anfangs der beglaubigten Geschichte. Aber das Bestehn der Staaten ist ein fortdauerndes Entstehn derselben, wie die Fortdauer der Welt eine fortgesetzte Schöpfung ist. Ein jeder in der Erfahrung bestehender Staat verdankt seine Fortdauer dem Bedürfnisse einer äußeren Gewalt, welche Frieden im Innern und nach aussen bewahre oder erkämpfe. Ein jeder Staat hat einen desto festeren inneren Zusammenhang, je mehr sich dieses Bedürfniss dem Volke nach Zeit und Umständen aufdrängt. Darum ist ein Krieg ein so wirksames, ein schon so oft benutztes Mittel, einen Staat, in Zeiten innerer Unruhn vor der Gefahr der Auflösung zu bewahren oder eine wankende Regierung zu befestigen. Uebrigens giebt es auch Fälle, in welchen sich das, was eben über den Ursprung des Staates im allgemeinen gesagt worden ist, durch die Geschichte der Entstehung eines bestimmten Staates beglaubigen läßt. So erzählt Herodotus²⁾: Die Meder lebten einst in einzelnen Ortschaften, ohne Gesetz und Zwang. Dejoces sprach in seiner Ortschaft, unter seinen Stammesgenossen, nach Billigkeit und Herkommen Recht. Da kamen auch aus andern Ortschaften Partheien, welche ihre Streitigkeiten seiner Entscheidung unterwarfen. Nachdem sich so der Ruhm seines Namens weiter und weiter verbreitet hatte,

1) Hüllmann, Urgeschichte des Staates.

2) Herod. 1, 96.

weigerte er sich, die Vorsorge für sein Hauswesen vor-
schützend, der ferneren Verwaltung des gutwillig über-
nommenen Richteramtes. Als hierauf Gewaltthaten und
Fehden von neuem überhand nahmen, brachten es
seine Freunde dahin, daß die Meder ihn zum Könige
wählten.

Kein Staat und überhaupt kein Verein kann ohne
eine Verfassung oder Organisation, wie auch diese be-
schaffen seyn möge, bestehen. Wie kam es nun, daß der
eine Stamm diese ein anderer eine andere Verfassung
dem Staatsvereine gab oder geben mußte? oder, — wie
man diese Frage auch ausdrücken kann, da in dem Ver-
eine, welchen die Natur unter den Mitgliedern eines und
desselben Geschlechts oder Stammes gestiftet hat, die
Keime und die Vorbilder einer jeden überhaupt möglichen
Beherrschungsform liegen, — wie geschah es, daß sich
in der einen Staatsverfassung dieser, in einer andern ein
anderer jener Keime entwickelte? daß die Staatsverfas-
sung hier diesem, dort einem andern dieser Musterbilder
nachgebildet wurde?

Die Ursache war im allgemeinen die, daß die Macht
zum Herrschen hier in diesen dort in anderen Händen war.
Die Macht zum Herrschen, — die faktische oder poli-
tische Grundlage der Machtvollkommenheit, — entschied
überall über das Recht zum Herrschen.

Wo die Mitglieder eines und desselben Stammes ihrer
Macht nach, d. i. an Körper- und Geisteskraft, an Kennt-
nissen und Einsichten, und in Beziehung auf Vermögens-
umstände einander ohngefähr gleich waren, entstanden
Volksherrschaften, Demokratien. Daher haben
so viele, gänzlich ungebildete Völkerschaften bis auf die-
sen Tag eine demokratische Verfassung. Denn die per-
sönliche Ungleichheit der Menschen ist grossentheils das
Werk der Kultur. Dasselbe gilt von der Ungleichheit
der Vermögensumstände, da es bei einem noch gänzlich
ungebildeten Stamme nicht Wohlstand und Reichthum

und mithin auch nicht einen Unterschied zwischen Armen und Reichen geben kann ¹⁾).

Dagegen entstehen Monarchien oder Aristokratien da, wo Einer oder wo Einige zu einem so bedeutenden Uebergewichte in einem Stamme gelangen, daß ihnen die übrigen Stammesgenossen, aus Furcht oder des eigenen Vortheils wegen, Gehorsam leisten. — Sie können dieses Uebergewicht ¹⁾ der ihnen zu Gebote stehenden Waffenmacht verdanken. Ich verstehe hier unter Waffenmacht diejenige Macht, welche durch mechanische (oder chemische) Mittel oder durch die Furcht vor der Anwendung solcher Mittel Gehorsam zu erzwingen vermag. In ihrer einfachsten Gestalt beruht sie auf einem Uebergewichte an Körperkraft. Jedoch in dieser Gestalt war sie wohl nur selten die Ursache oder konnte sie höchstens in dem Kindesalter der Staaten und in außerordentlichen Fällen die Ursache seyn, daß Verfassungen jener Art entstanden ²⁾. Aber in einer andern Gestalt, (in welcher sie jedoch mit Geistesmacht gepaart ist,) — als Waffenmacht in der engern und eigentlichen Bedeutung, — konnte sie desto leichter die Entstehung einer monarchischen oder aristokratischen Verfassung zur Folge haben und hat sie desto öfterer diese Folge gehabt. Auf diese Weise sind z. B. die Verfassungen entstanden, welche einen Ritterstand oder eine Kriegerkaste zur Ausübung oder zur Mitübung der Machtvollkommenheit ermächtigen. Eben so

1) Man könnte einwenden: Die Staaten der Nordamerikanischen Union haben demokratische Verfassungen, und doch ist in diesen Staaten die Ungleichheit der einzelnen Bürger nicht gering. — Aber 1) die Verfassungen dieser Staaten hängen mit ihrer Vergangenheit zusammen. 2) Je größer der Staat desto mehr verschwindet in ihm der Einzelne. 3) Die Repräsentativverfassung ist nicht schlechthin eine demokratische Verfassung, wie in der Folge gezeigt werden wird.

2) In außerordentlichen Fällen, — z. B. wenn sich Menschen von einer kräftigeren Rasse zu einem Stamme einer schwächeren Rasse gesellten. — Wenn der Griechische Herkules dem Grabe erstände, so könnte er sich in dem heutigen Europa höchstens für Geld sehen lassen.

ist die Despotie d. i. die Zwingherrschaft eines Einzigen dieses Ursprungs. Zwar scheint es eine Unmöglichkeit zu seyn, daß ein einzelner Mensch durch Waffenmacht einem ganzen Stamme oder Volke überlegen seyn könnte. Aber der Despot herrscht durch sein Heer und mit demselben; er herrscht nur so lange, als er dem Heere gefällt. — Die Monarchie und die Aristokratie können 2) auch so entstehn, daß in einem Stamme Einer oder Einige durch Geistesmacht hervorrangen. Auf diesen Ursprung lassen sich, von dem Standpunkte der Geschichte aus, die Verfassungen aller geistlichen Staaten zurückführen. Männer, die, ihren Zeitgenossen geistig überlegen, diese zu sich emporheben wollten, verkündigten ihrem Stamme oder ihrer Nation ein Gottesrecht, auf welches sie zugleich, damit ihr Werk von Dauer wäre, ihre Macht gründeten ¹⁾. — Dieselben Verfassungen können endlich 3) der Geldmacht ²⁾ ihren Ursprung verdanken, entweder der Macht des liegenschaftlichen oder der des beweglichen Reichthums. Wie entscheidend der Einfluß sey, den hier die eine dort die andere Art des Reichthums auf die Entstehung jener Verfassungen hat, lehrt z. B. die Geschichte der Völker Deutschen Ursprungs und beziehungsweise der Völker, welche von der Viehzucht leben. — Uebrigens versteht es sich von selbst, daß eine und dieselbe monarchische oder aristokratische Verfassung auf mehr als einer faktischen Grundlage zugleich beruhn kann. Ja der Fall, daß in diesen Verfassungen die Macht des

1) Die neueste Geschichte der Insel Tahiti ist für die Entstehung geistlicher Herrschaften besonders belehrend. — Ein schauerliches Beispiel, wie Geistesmacht zur Erwerbung der Herrschergewalt benutzt werden könne, erinnere ich mich in einer Reisebeschreibung gelesen zu haben. Ein Indianer (in Nordamerika) hatte sich von einem Pelzhändler Arsenik zu verschaffen gewußt, vertraut mit der tödtenden Kraft dieses Giftes. Nach und nach starben alle die eines plötzlichen Todes, die sich ihm in seinem Stamme widersetzen. So gelangte er zur Herrschaft.!

2) Das Wort: Geld, ist hier in seiner weitesten Bedeutung zu nehmen.

Herrschers mehr als eine Stütze hat, ist sogar in der Erfahrung der gewöhnlichere. Denn Macht giebt Macht; wer hat, dem wird gegeben.

Wie zusammengesetzte Verfassungen entstehen, ergiebt sich aus dem Obigen von selbst. Sie entstehen, wenn in einem Volke mehrere — der Art oder dem Grade nach verschiedene. — Mächte neben einander bestehn. Jedoch kann sich der Fall auch so stellen, daß in einer aus dreien oder mehreren Bestandtheilen zusammengesetzten Verfassung der eine dieser Bestandtheile seine Macht dem Berufe verdankt, den Frieden unter den übrigen zu vermitteln. Es kann z. B. in der konstitutionellen Monarchie die Macht der Krone diese Grundlage haben.

Die Art, wie eine Verfassung entstanden ist, entscheidet zugleich über die Arbeit, welche die Verfassung verrichtet, so wie über ihre grössere oder geringere Lebensfähigkeit. Je nachdem der Herrscher oder die, welche an der Herrschaft Theil haben, als Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft zu diesem oder zu einem andern Stande gehören, ist auch der Geist oder der Charakter der Regierung ein anderer. Je nachdem die Macht des Herrschers diese oder eine andere Grundlage hat, ist der Verfassung einn kürzere oder längere Dauer zu prophezeihn. Man kann nach dem Zeugnisse der Geschichte behaupten, daß die Völker ihre Verfassungen an den Himmel oder an die Erde befestigen müssen, um ihnen die möglichst grösste Haltbarkeit zu geben.

Verfassungen verändern sich in dem natürlichen Laufe der Dinge, d. i. abgesehn von dem Falle, da sie durch Feindesgewalt gestürzt werden, auf dieselbe Weise, wie sie entstehn, also, wenn die politischen Grundlagen einer Verfassung aus irgend einer Ursache von anderen verdrängt oder mit neuen vermehrt werden. Doch hat eine jede Verfassung, wenn und in wie fern sie die Ausübung der Machtvollkommenheit an gewisse Formen und Regeln bindet, noch von einer andern Seite für ihre Fortdauer zu fürchten. Denn sie wird in so fern von dem Hange

des Menschen zur Ungebundenheit angefeindet. Dem Muthigen sind Fesseln sogar doppelt lästig. So kann es geschehn, daß, wenn auch die politischen Grundlagen der Verfassung keine wesentliche Veränderung erleiden, dennoch mit der Zeit die beschränkte Einherrschaft in eine unbeschränkte und diese in eine Despotie, die Aristokratie in eine Oligarchie und die Demokratie in eine Ochlokratie (oder Pöbelherrschaft) übergeht. In diesem Sinne kann man sagen, daß eine jede Verfassung einen Keim des Verderbens in sich enthalte ¹⁾. Auch der Vorwurf kann die eine oder die andere Verfassung treffen, daß sie durch die Maßregeln, die sie zu ihrer eigenen Sicherheit zu ergreifen hat, diejenigen mit der Zeit geistig und sittlich verschlechtere, in deren Hände sie die Gewalt gelegt hat. Es kann z. B. der Machtneid der Erbaristokratie die Einzelnen ihres Mittels zu einer Mittelmäßigkeit verdammen, welche der Verfassung über kurz oder lang den Untergang bringt ²⁾.

Oft überlebt jedoch eine Verfassung noch lange das ihr von der Natur gesetzte Ziel. — Denn: 1) Eine jede Verfassung, die seit Jahren besteht, hat in sich selbst ein Lebensprincip, eine gewisse Bürgschaft für ihre Fortdauer; und um so mehr, je länger sie schon bestanden hat. Schon die Macht der Gewohnheit, schon das Ansehn des Alters ist eine mächtige Stütze für eine solche Verfassung. Sodann die Furcht, daß ein Angriff auf die Verfassung keine Nachfolge finden mögte, daß die, welche den ersten Angriff wagten, auch die letzten bleiben könnten. ³⁾ Am wenigsten hat ein solches Unternehmen in denjenigen Staaten auf allgemeine Zustimmung zu rechnen, in welchen das Volk in scharf von einander geson-

1) Und nur in diesem Sinne. Sonst müßte die Menschheit überhaupt in einem unaufhörlichen Rückschreiten begriffen seyn.

2) Als der Freistaat von Venedig untergieng, war sein Adel nicht mehr das, was er vormals gewesen war. Und warum?

3) Tac. Ann. IV, 7.

derte Stände oder Partheien gespalten ist. 2) Wo gut regiert wird, kann die Verfassung ihre ursprünglichen Grundlagen noch lange überdauern. Denn da hat das Volk der Sache nach schon das, was ihm Veranlassung geben könnte, nach einer andern Verfassung zu trachten. Jedoch kann man auch sagen, daß alsdann das geistige Uebergewicht der Regierung der Verfassung zur Grundlage diene. 3) Das Leben einer Verfassung kann auch durch Kunstmittel, wie das Leben eines Menschen durch Arzneien, gefristet werden. Mittel dieser Art sind z. B. ein in dem Interesse der Verfassung zusammengesetztes Heer, Belohnungen und Begünstigungen, welche in demselben Interesse von der Regierung gewährt werden, Spaltungen, die man im Volke planmäfsig bewirkt oder steigert, die Mafsregeln, durch welche Zutrauen und Offenheit aus dem geselligen Verkehre verbannt werden. Endlich: 4) Eine Verfassung kann durch das Interesse aufrecht erhalten werden, welches auswärtige Mächte an der Fortdauer dieser Verfassung nehmen; also durch die Furcht vor der Einmischung auswärtiger Mächte in die inneren Angelegenheiten eines Staates und wenn, diese Furcht nicht fruchtet, durch diese Einmischung. Das war z. B. unter den Ursachen, welche die Auflösung des Deutschen Reichs so lange verzögerten, eine der vornehmsten.

Jedoch ist in allen diesen Fällen zu besorgen, ne fallax sit potentia non sua vi nixa.

Ueber
Reformen und Revolutionen*).

Veränderungen einer Staatsverfassung, welche im Wege

*) Les ruines: Par Volney. — Feuerbach, Anti — Hobbes. — Chateaubriant, des révolutions. — Ferrand, théorie des révolutions. Par. 1807. IV. Vol. — Betrachtungen über die vornehmsten Begebenheiten der franz. Revolution. Von der Frau von Staël. A. d. Fr. Heidelb. 1818. IV. Bd. — A dissertation on the ruins or revolutions of empires. By Rowe. Lond. 1832.

des Rechts und der Güte und planmäfsig bewerkstelligt werden, werden Reformen genannt ¹⁾. (Ich habe hinzugefügt, — planmäfsig, um Reformen von den Veränderungen zu unterscheiden, welche die Allmacht der Zeit ohne und selbst gegen den Willen der Menschen bewirkt).

Die Urheber einer neuen Verfassung haben nicht selten eine Veränderung des von ihnen ausgeführten Werkes entweder gänzlich (für immer oder auf eine gewisse Zeit) untersagt, oder wenigstens an Bedingungen geknüpft, welche einem solchen Verbote gleich kamen. So wird von Lykurg erzählt, dafs er, im Begriffe Sparta für immer zu verlassen, den Spartanern das eidliche Versprechen abgenommen habe, an der Verfassung, die er ihnen gegeben hatte, nicht eher etwas zu verändern, als bis er zurückkehrt seyn würde. So verordnen einige von den Verfassungsurkunden unserer Tage, welchen das Repräsentativsystem zum Grunde liegt, dafs mit den in ihnen enthaltenen Gesetzen nur unter gewissen Bedingungen ²⁾ oder nicht vor Ablauf einer gewissen Zeit eine Veränderung vorgenommen werden dürfe. Aber, können wir Menschen über die Zukunft gebieten? Können und müssen nicht Vorschriften dieser Art zu Gewaltstreichen verleiten? Selbst eine Trennung der konstituierenden Gewalt von der gesetzgebenden dürfte nur unter besonderen Umständen, (z. B. in einem Völkerbunde,) Beifall verdienen. Weit eher läfst sich ein Gesetz rechtfertigen, welches eine Revision der Verfassung nach Ablauf einer gewissen Frist vorzunehmen gebietet.

1) Man verbindet mit dem Worte: Reform, gewöhnlich den Begriff einer Verbesserung. Doch was dem Einen eine Verbesserung ist, das ist dem Andern eine Verschlechterung.

2) Z. B. dafs in der konstitutionellen Monarchie zu einer Abänderung der Verfassung zwei Drittheile der Stimmen in der einen und in der andern Kammer erforderlich seyn sollen. Die einfache Majorität ist allemal zu erzielen; nicht aber eine Majorität von zwei Drittheilen. Und doch kann die Abänderung keinen Aufschub leiden.

Allemaal aber verdient die Frage die reiflichste Erwägung, ob und wann zu einer Veränderung zu schreiten sey. — Wenn Gesetze schon überhaupt nicht leichtfertig abzuändern sind, so ist am allerwenigsten mit Verfassungsgesetzen ein leichtsinniges Spiel zu treiben. Denn selbst das geübteste Auge kann nicht voraussehen, ob nicht die Abänderung eines Verfassungsgesetzes zur Abänderung eines andern, ja endlich zu einer gänzlichen Umgestaltung der Verfassung führen könne und werde. Haben wohl diejenigen, welche in Großbritannien erst die Vereinigung des Irländischen Parlamentes mit dem Britischen und dann die Emancipation der Katholiken durchsetzten, alle die Folgen vorausgesehen, welche diese Neuerungen theils bereits gehabt haben theils in Zukunft noch haben müssen? Oder lebten sie der Hoffnung, weiteren Neuerungen Einhalt thun zu können? Niemand aber kann, ja Niemand soll in Fällen dieser Art sagen: Bis hieher und nicht weiter! — Mit besonderer Behutsamkeit hat man bei der Veränderung einer Verfassung zu verfahren, welche während einer langen Reihe von Jahren in Kraft und Wirksamkeit gewesen ist. Denn im Verlaufe der Zeit haben sich die Theile so in einander gefügt, daß man, indem man einen Theil herausreißt oder anders gestaltet, leicht das Ganze zum Wanken bringen kann. Auch kann sich im Verlaufe der Zeit das Volk in dem Grade mit der Verfassung identificirt haben, daß es, an der Verfassung durch Neuerungen irre gemacht, zugleich an seinen Unterthanenpflichten irre wird. — Ebenso sind Reformen, nach der Verschiedenheit der Verfassungen, mit welchen sie vorgenommen werden sollen, bald mehr bald weniger bedenklich. Die Einherrschaft hat den Vorzug vor anderen Verfassungen, daß sie für ihre Fortdauer von Reformen am wenigsten zu fürchten hat*). Denn besonnener wird das Werk begonnen; mächtiger ist die Hand, welche die Unersättlichkeit der Neue-

*) Wie schon Plato bemerkt. (De legibus. L. IV.)

run gssucht in Schranken halten kann. Es ist leichter, eine Volksherrschaft in eine Einherrschaft zu verwandeln, als bei einem Volke, das der Herrschaft eines Einzigen gewohnt ist, eine demokratische Verfassung einzuführen ¹⁾. — Unter keiner Voraussetzung aber darf Behutsamkeit in Zaghaftigkeit ausarten; unter einer jeden Voraussetzung hat man sich vor dem Rathe derer zu hüten, welche ihr geistiges Unvermögen oder auch eigennützige Absichten hinter der Maxime verbergen, daß man am besten Alles beim Alten lasse ²⁾. Steht es einmal fest, daß eine Reform nothwendig sey, so kann man nicht frühzeitig genug Hand ans Werk legen, so hat man zu einer Reform die Zeit zu wählen, da die Regierung noch Macht genug hat, daß man nicht sowohl ihr Nachgeben als ihr Dräun als Furcht auslegen kann, da noch guter Wille unter den Partheien herrscht, da noch nicht der beste Rath der ist, welcher zu spät kommt ³⁾. Unter diesen Bedingungen sind Reformen das beste ja vielleicht das einzige Mittel, Revolutionen zu verhindern.

Die Reform einer Verfassung verhält sich zu einer Revolution wie die Entscheidung eines Rechtsstreites mittelst eines Vergleiches zu der durch einen erzwungenen Frieden. Denn eine Revolution ist diejenige Umgestaltung einer in der Erfahrung bestehenden Verfassung, welche widerrechtlich d. i. mit Verletzung der Gesetze dieser Verfassung, — sey es gewaltsam oder durch

1) Macchiavelli, Discorsi etc. I, 16. 17.

2) Vgl. die Oratio Augusti ad senatum bei Dio Cassius. Lib. LIII. Richelieu, testament politique. (Amsterd. 1688) p. 156.

3) Utque evenit in consiliis infelicibus, optima videbantur, quorum tempus effugerat. Tac. hist. I, 39. — Man hat dem Minister Necker den Vorwurf gemacht, daß er die Reichsstände zusammenberief, ohne ihnen zugleich eine zeitgemäße Organisation zu geben. Aber, wenn er auch gegen diesen Vorwurf schwerlich zur Genüge vertheidiget werden kann, so möchte doch schon damals eine Reform zu spät gekommen seyn.

Hinterlist,*) — bewerkstelliget wird. (Das ist also nicht schon eine Revolution, wenn nur der Herrscher und nicht die Verfassung widerrechtlich verändert wird, — si mutatur dominus non dominatio.)

Durch eine Revolution kann entweder die Beherrschungsform oder nur die Regierungsform umgestaltet werden. Jedoch ist der letztere Fall dem erstern so nahe verwandt, daß eine Revolution, welche nur der Regierungsform gilt oder zu gelten scheint, in ihrem Verlaufe leicht auch die Beherrschungsform ergreift. Die Revolution, welche in Frankreich an die Stelle des Direktoriums das Konsulat oder den ersten der Konsulen setzte, galt angeblich nur der Organisation der Regierung. Aber sehr bald gieng aus dieser Revolution das Kaiserthum hervor. — Ich werde in dem Folgenden allein oder vorzugsweise den ersteren Fall unterstellen.

Eine Verfassung kann entweder einem innern oder einem äußern Feinde erliegen. Von den Revolutionen der letzteren Art, auf die ich im Völkerrechte zurückkommen werde, hier einstweilen nur so viel: Aus dem Standpunkte des Rechts und der Moral betrachtet sind diese Revolutionen aus besonderen Gründen verwerflich; eben so haben sie ihre eigenthümlichen Schrecknisse. Sie gehen nicht aus dem Volke selbst, — nicht aus dem Zustande der bürgerlichen Gesellschaft, nicht aus der Stimmung einer schon überwiegenden Parthei, — hervor; sie werden dem Volke von dem Feinde und in seinem Interesse aufgedrungen; sie sind gleichsam Kunstwerke. Der Feind muß sich daher entweder allererst eine Parthei im Volke machen; und dann gesellen sich gewöhnlich nur die Schlechtesten zu ihm. Oder, wenn er schon eine Parthei im Volke vorfindet, welche bereit ist, sich ihm anzuschlie-

*) Gewöhnlich versteht man unter einer Revolution nur die gewaltsame Umgestaltung einer Verfassung, weil Revolutionen in der engeren Bedeutung nur durch Gewaltschritte ins Werk gesetzt werden können.

fsen, so muß er doch diese Parthei zu einem Werkzeuge seines Vortheiles herabwürdigen, und so müssen doch diejenigen, welche sich ihm anschließen, schon deswegen in der öffentlichen Meinung herabsinken, weil sie als Bundesgenossen des Feindes, ihrem Vaterlande untreu geworden sind, weil sie der goldnen Worte des Dichters nicht eingedenk waren: *Timeo Danaos et dona ferentes*. In dem einen und in dem andern Falle aber muß es dahin kommen, daß die Minderzahl zu dem Beistande des Feindes ihre Zuflucht nimmt, um mit Waffenmacht der Mehrzahl zu gebieten. Wird in der Folge, wenn das Waffenglück wechselt, der Feind vertrieben, die ehemalige Verfassung wieder hergestellt, so können Reaktionen nicht ausbleiben, so wird die nun siegende Parthei ihre Gegner nicht bloß als Feinde sondern als Verräther verfolgen. Jedoch eine andere und eine noch grössere Gefahr droht alsdann im Hintergrunde. Aus der eben so gewaltsam unterdrückten als bewirkten Revolution kann eine neue, eine von der unterdrückten Parthei ausgehende, Revolution entstehen. Der alte Haß und Hader, die Erinnerungen an alte Unbilden verdoppeln dann die Erbitterung des erneuerten Kampfes.

Im Inneren des Staates können entweder die Machthaber selbst oder die Unterthanen der Verfassung den Untergang bringen¹⁾.

Die Revolutionen der ersteren Art sind in den Staaten einheimisch, welche eine zusammengesetzte Verfassung haben²⁾. Der Reitz zu diesen Revolutionen liegt in dem Wesen einer solchen Verfassung. Denn ungesellig ist die Macht. (*Insociabile regnum*.) Schon ein noch keinesweges entscheidendes Uebergewicht, welches der

1) Der Fall, da einzelne Mitglieder der herrschenden Körperschaft die Verfassung stürzen, ist ein Fall der letztern Art.

2) Können sie auch in Staaten mit einer einfachen Verfassung vorkommen? Bedingungsweise wohl allerdings! Ein Beispiel ist das Statut, durch welches Ferdinand VII. das Throngesetz der Spanischen Monarchie abänderte.

eine Bestandtheil der Verfassung über die übrigen hat, kann zu dem Versuche einer solchen Revolution verleiten. An einem Vorwande, den Versuch zu beschönigen, kann es um so weniger fehlen, da eine jede zusammengesetzte Verfassung mit einer gewissen Unbehülflichkeit behaftet ist. — Bald schreiten die Revolutionen dieser Art langsam vorwärts; der Plan, die Verfassung umzugestalten, im Dunkel des Geheimnisses entworfen, wird nur nach und nach, unter dem Scheine im Einzelnen zu treffender Verbesserungen oder bei besonders günstigen Gelegenheiten, ausgeführt; Gewaltthaten erlaubt man sich höchstens gegen das eine oder das andere Individuum. Auf diese Weise wurde z. B. in Frankreich die durch Reichsstände beschränkte Monarchie in eine absolute Monarchie verwandelt. — Bald werden diese Revolutionen gewaltsam — plötzlich, — durch einen Staatsstreich, (durch einen coups d'état,) ins Werk gesetzt. So erhielt z. B. Dänemark (im Jahre 1660) seine noch jetzt bestehende Verfassung durch einen Machtspruch. Allemal aber ist dieser Weg der gefährlicher. Auf dem ersteren Wege ist ein Stillstehen und selbst ein Rückschreiten möglich: der letztere führt sofort entweder zum Siege oder zu einem Abgrunde. Das erfuhr Karl X, König von Frankreich.

Den Revolutionen der letzteren Art ist eine jede Verfassung ausgesetzt. Aber, je nachdem die Form einer Verfassung diese oder eine andere ist, kommt der Angriff bald von dieser bald von einer andern Seite, geht die bisherige Verfassung des Staates, wenn die Revolution gelingt, bald in diese bald in eine andere Verfassung über ¹⁾.

Die Demokratie hat vielleicht am meisten für ihre Fortdauer zu fürchten. Denn sie hat am wenigsten in sich selbst die Kraft, dem Ehrgeize und der Herrschsucht Einzelner Schranken zu setzen, oder zu verhindern, daß die

1) Ich werde diesen Satz, um den Vortrag abzukürzen, in dem Folgenden nur in Beziehung auf die einfachen Verfassungen erläutern.

Partheien, ohne welche sie nicht gedeihen kann, in Faktionen ausarten. Darum kann der geheime Kampf, welcher überall zwischen Armen und Reichen geführt wird, am leichtesten in dieser Verfassung in einen offenen Krieg ausbrechen. Gewöhnlich endet dieser Krieg mit der Herrschaft eines Einzigen, mit der Herrschaft des Hauptes der zahlreicheren und deswegen den Sieg davon tragenden Parthei ¹⁾. Welche Mittel dieses Partheihaupt alsdann anzuwenden habe, um die Demokratie in eine Monarchie zu verwandeln, kann man am besten aus der Geschichte des ersten Römischen Imperators und aus der des Kaisers Napoleon abnehmen ²⁾. Beide waren Meister in der Kunst, dem Volke Neuerungen zu verhüllen oder annehmlich zu machen.

Die inneren Feinde, welche die Aristokratie zu fürchten hat, sind eben so verschieden, als die Grundlagen, welche die Macht einer Aristokratie haben kann. Allemal aber steht diese Verfassung fester, als die Demokratie. Denn enger schliessen sich Wenige, als Viele, die an der Herrschergewalt Theil haben, an einander an. Die Furcht vor dem äusseren Feinde, der die Aristokratie bedroht, d. i. die Furcht vor dem Volke hält die Mitglieder der herrschenden Körperschaft noch mehr zusammen. Auch kann diese Verfassung ihre Fortdauer durch Kunstmittel sichern, welche der Demokratie nicht zu Gebote stehen. Die Verfassung des ehemaligen Freistaates von Venedig verdient auch deswegen studirt zu werden, weil sie die Aufgabe, wie sich eine Aristokratie gegen ihre inneren Feinde waffnen kann, mit so entschiedenem Er-

1) Sie besteht zugleich aus den Aermsten d. i. aus denen, welche ihres Lebens am wenigsten schonen.

2) Die Art, wie Napoleon den Mordversuch, der auf ihn (durch die s. g. Höllenmaschine) gemacht wurde, zu benutzen wufste, erinnert an Pisistratus.

folge und unter sehr ungünstigen Umständen ¹⁾ gelöst hatte.

Die Geschichte enthält eben so viele Beispiele, daß die Monarchie von einer Aristokratie, als daß sie vom Volke gewaltsam umgestaltet wurde. So wurde z. B. in Rom dem Königthume von dem Patriciate ein Ende gemacht; so gelangte während des Mittelalters in den meisten Staaten Deutschen Ursprungs der grundherrliche und der Lehns-Adel zu einer Macht, welche den Königen dieser Staaten wenig mehr, als den Königsnamen, liefs; so wurde das Königreich Polen von dem Adel des Landes in eine Aristokratie verwandelt. Wenn man in dem heutigen Europa den Adel als eine Stütze des Thrones zu betrachten pflegt, so ist der Grund der, daß beide, das Königthum und der Adel, denselben Feind zu fürchten haben. Allerdings aber sind die Europäischen Monarchien in den neueren und neuesten Zeiten, (seit dem Jahre 1789 d. i. seit dem Ausbruche der französischen Revolution,) fast ausschließlich durch Revolutionen erschüttert worden, welche von dem Volke, von den Gemeinen, ausgiengen. So ausschließlich sind die Revolutionen unserer Tage dieses Ursprungs gewesen, so viele Europäische Staatsverfassungen sind auf diese Weise erschüttert oder umgestaltet worden, daß man sich gewöhnt hat, unter Revolutionen nur die Revolutionen dieser Art zu verstehen ²⁾. Zuerst brach das Feuer in Frankreich aus. Dann ergriff die Flamme auch andere Staaten. Wie in Frankreich so reihte sich auch in diesen immer eine Revolution an die andere. Auch in denjenigen Staaten, welche die Flamme von sich abzuhalten vermocht hatten, sahen sich die Regierungen meist veran-

1) Ein besonders ungünstiger Umstand war die Armuth der großen Mehrzahl der adelichen Familien. — Nicht diese Aristokratie allein hat auf Mittel Bedacht genommen, die Gefahren, die ihr drohen könnten, auszukundschaften.

2) Ich nenne sie Revolutionen in der engeren Bedeutung.

laßt oder genöthigt, Veränderungen zu treffen, welche die Verfassung wesentlich umgestalteten. Und was birgt noch die Zukunft? — Woher nun die so allgemeine Erschütterung und Veränderung des Rechtszustandes der Europäischen Staaten während der letztverflossenen fünfzig Jahre? Die Antwort ergibt sich aus dem Obigen von selbst. Keine Periode der Staatengeschichte liefert so augenscheinlich, als diese, den Beweis, daß durchgreifende Veränderungen, die sich mit dem Zustande der bürgerlichen Gesellschaft begeben, über kurz oder über lang auch eine Veränderung der Verfassung zur Folge haben. In Frankreich stand die Verfassung zu Anfang jener Periode mit dem Zustande der bürgerlichen Gesellschaft am meisten im Widerspruch. In Frankreich begann daher das Werk der Zerstörung. Das Beispiel mußte um so mehr Nachahmung finden, da, nach dem Zeugnisse der Geschichte, Begeisterung für Ideen ein ¹⁾ den Völkern Deutschen Ursprungs eigenthümlicher Charakterzug ist.

Alle Revolutionen, welche vom Volke ausgehn, oder alle Revolutionen in der engeren Bedeutung, haben, sich selbst überlassen ²⁾, im allgemeinen denselben Verlauf ³⁾. Die Forderungen, welche das Volk aufstellt, sind anfangs gemäßigt, gegen wahre Mängel und Gebrechen der Verfassung gerichtet. Noch sind die alten Bande

1) Das Pabstthum und das Kaiserthum. — Die Kreuzzüge. — Die Reformation.

2) Also — abgesehn von dem Falle einer bewaffneten Intervention. Eine Intervention dieser Art hat insbesondere das gegen sich, daß sie, auch im besten Falle, nur ein Palliativ ist.

3) Bei der Darstellung dieses Verlaufes werde ich immer die Monarchie vor Augen haben. Aber denselben Verlauf hat eine Revolution in der engeren Bedeutung auch dann, wenn sie gegen eine Aristokratie gerichtet ist. — Das Gemeinbild, das ich im Texte von dem Verlaufe einer Revolution gebe, kann z. B. durch die Geschichte der Englischen und durch die der französischen Revolution, auch (in einem gewissen Grade) durch die Geschichte der Reformation bestätigt werden.

der Zucht und Ordnung nicht ganz erschlaft. Noch ist das Volk im Ungehorsame ein Neuling. Noch ist Bescheidenheit der Vorthail des Volkes. Darum erklären sich die besten Köpfe, auch viele würdige Männer für die Sache des Volkes. Vergeblich würde man hoffen, daß die anfangs herrschende Parthei die Revolution durch die Abstellung der Mißbräuche, über welche sich das Volk beklagte, zu Ende bringen könne und werde. Vergeblich würde man hoffen, daß es der königlichen Gewalt gelingen könnte, der Revolution Stillestand zu gebieten ¹⁾. Diese schreitet vielmehr unaufhaltsam vorwärts ²⁾. Das aufgeregte Volk, schon mancher Fesseln entlediget, trachtet jetzt alle Fesseln abzuwerfen. Es wird mißtrauisch gegen die, welche sich zuerst seiner Sache annahmen, ihre Mäßigung als Verschlagenheit oder Ver-rath auslegend. Das Reich gesetzmäßiger Freiheit wollten diese Männer gründen, nur wahre Mißbräuche abstellen. Aber das Volk giebt nur der Leidenschaft, die Leidenschaft nur denen Gehör, die ihr schmeicheln. Es bilden sich zwei Partheien, eine gemäßigte und eine über-spannte. „Die letztere“, — ich lasse hier den Thucydides ³⁾ sprechen, welcher in dem Kampfe, der während des Peloponnesischen Krieges in den meisten Griechischen Freistaaten zwischen der Demokratie und der Aristokratie, (zwischen den Reichen und den Armen,) entbrannte, einen jeden ähnlichen Kampf geschildert hat, —“ die letztere, obwohl an Scharfsinn der erstern nachstehend, erringt dennoch gewöhnlich den Sieg. Denn da sie, nicht unbekannt sowohl mit der eignen Einfalt als mit der Gei-

1) Die Handlungsweise, welche Ludwig XVI. nach dem Ausbruche der Revolution beobachtete, war wesentlich verschieden von der, welche in England Karl I. unter ähnlichen Umständen befolgte. (Ludwig XVI. war ein fleißiger Leser der Geschichte Karl's I.) Und doch endete der eine Fürst wie der andere!

2) Les révolutions ne retrogradent jamais.

3) Lib. III. c. 83. S. auch Xenophon, hist. Graeca. L. II. von der Parthei des Theramenes und der des Kritias.

stesüberlegenheit der andern Parthei, von der Beredsamkeit der Gegner übermannt oder von der Staatsklugheit der Gegner überrascht zu werden fürchtet, schreitet sie eilig und kühn zu einer jeden Unthat; und der Sieg wird ihr desto leichter, je weniger die Gegenparthei, — in dem Wahne daß sie Pläne solcher Menschen durchschaue und sie vereiteln könne, — in gleichem Maase auf ihrer Huth ist,“ und je weniger diese Parthei ohne sich selbst untreu zu werden, zu den äußersten Mitteln ihre Zuflucht nehmen kann. Die gemäßigte Parthei unterliegt also; ihre Häupter werden dem Tode geweiht ¹⁾. Die siegende Parthei will jetzt beweisen, daß ihr der Sieg gebührte; daß alles Unheil von ihren Gegnern gekommen sey. Aber dem besonnenen Verstande hat sie Hohn gesprochen; das Volk erwartet und verlangt von seinen Führern goldene Berge. Also stürzen ihre Partheihäupter sich und das Volk von Tollheiten in Tollheiten. Zugleich beginnt die Regierung des Schreckens. Niemand kann begnadigen, ein Jeder verdächtigen; und Verdacht ist Tod ²⁾. Zum Terrorismus muß die siegende Parthei ihre Zuflucht nehmen. Denn sie kann den Sieg, den sie durch Gewaltthaten errungen hat, nur durch eine Gewaltsherrschaft behaupten; sie kann nur durch Terrorismus die besiegte aber noch immer gefürchtete und zu fürchtende Parthei niederhalten, nur durch Terrorismus ihre Tollheiten durchsetzen, den Pöbel bei Laune und Gehorsam erhalten. Jedoch der Schrecken fällt auf diejenigen zurück, von welchen er ausgegangen ist; sie büßen den Wahn, als ob sich die Freiheit, wie ein feindliches Land, mit den Waffen erobern lasse. (Selbst

1) Eine Revolution frisst ihre eigenen Kinder! — wie von Saturn die Mythe erzählt.

2) So schildert Levasseur, selbst ein Schreckensmann, mit wenigen Worten das System des Terrorismus. (In seinen Denkschriften. Jedoch sind nur die ersten beiden Bände des unter diesem Titel erschienenen Werkes von Levasseur selbst.)

wackere Männer, z. B. Agis und Kleomenes ¹⁾, sind in diesen Irrthum verfallen.) Die Führer der Parthei werden gestürzt, wenn sie die Zügel nachlassen oder von andern an Verwegenheit, — in der Sprache solcher Zeiten, an Patriotismus und Freiheitsliebe, — übertroffen werden. Und so sind nun alle an dieselbe Kette geschmiedet, in denselben Kreis gebannt. — Dieser Zustand der Dinge kann nicht ewig dauern. In demselben Grade, in welchem der Schrecken gesteigert wird, verliert die Feigheit den Preis des Duldens. Auch ein Theil der siegenden Parthei erkennt oder ahndet bald die Täuschung, welcher er sich in der Hitze des Kampfes hingeeben hat. Die unterdrückte, oder gemäsigte, Parthei erholt sich von ihrer Niederlage. Es entsteht ein neuer Kampf, welcher endlich zu demselben Resultate führt, wie ein Bürgerkrieg in der Demokratie, — zu der Machtherrschaft eines Einzigen ²⁾.

Man täusche sich nicht mit der Hoffnung, daß das und das Volk von der gewaltsam errungenen Freiheit einen besonnenen und würdigen Gebrauch machen werde, als ein anderes. Der Mensch, der nicht durch die Fesseln des bürgerlichen Gehorsams gebändigt wird, der Mensch in Zeiten leidenschaftlicher Aufregung ist überall furchtbar. Wir Deutsche brauchen uns nur an den Bauernkrieg des sechszehnten Jahrhunderts zu erinnern.

Je größer die Schrecken einer Revolution sind, je unaufhaltsamer eine Revolution, nachdem sie einmal ausgebrochen ist, fortschreitet, alles niederwerfend, was ihr Widerstand leistet, desto mehr sind die Zeichen zu beachten, welche das Nahen des Sturmes prophezeihen. Das aber sind böse Zeichen, wenn die Unterthanen, unzufrieden mit der Regierung, schweigen, anstatt, was sich doch so schwer unterläßt, zu klagen; (oft geht dem Sturme

1) Vgl. die Nachrichten bei Plutarch von dem Unternehmen dieser Männer, die Lykurgische Verfassung in Sparta wiederherzustellen. — Ein warnendes Beispiel!

Hume, history of England. Chap. III. A--

eine Windstille voraus!) wenn der Fall, daß die Regierung Gehorsam erzwingen muß, immer häufiger wird; wenn Verschwörungen ausbrechen, oder auch ehe sie zum Ausbruche kommen, entdeckt werden*); wenn sich im Heere ein Hang zur Insubordination offenbart; wenn die Regierung überall auf Schwierigkeiten und Verlegenheiten stößt, so daß sie ihre Befehle häufig verändern oder selbst zurücknehmen muß; wenn Schreckensgerüchte eben so leicht erfunden als geglaubt werden; wenn es schon in dem Hause des Nachbars brennt. Mag auch eine Regierung noch so gute Gründe haben, die Freiheit der Gedankenmittheilung, z. B. die Freiheit der Presse, zu beschränken, allemal beraubt sie sich durch die Beschränkung dieser Freiheit des besten Mittels, sich von den Zeichen der Zeit zu unterrichten,

Um eine Revolution, (ich spreche fortdauernd nur von Revolutionen in der engern Bedeutung,) zu beenden d. i. um, nachdem der Sturm ausgetobt hat, Ruhe und Ordnung, auf die Dauer wiederherzustellen, hat man vor allen Dingen die neue Verfassung mit denjenigen Bedürfnissen und Ansprüchen, welche die *erste* Veranlassung zum Umsturze der ehemaligen Verfassung gaben, möglichst in Uebereinstimmung zu setzen. Für diese Maxime sprechen ebenso wohl geschichtliche Zeugnisse als allgemeine Gründe. Wann und wie wurde in England den Wirren ein Ende gemacht, welche das Königthum anfangs für immer zu vernichten und dann für immer des Uebergewichts zu versichern schienen? Warum stellte in Deutschland der Westphälische Friede die innere Ruhe, die durch die

*) Ich habe hier Verschwörungen nur zu den Vorzeichen einer Revolution gerechnet. Nur diese Bedeutsamkeit haben sie in großen Staaten. Anders in kleinen Staaten. Die Verfassung eines kleinen Staates kann durch eine Verschwörung umgestürzt werden, nicht so die eines großen Staates. Vgl. Machiavelli, discorsi. III, 6. (Vielleicht sollte dieser Unterschied bei der Bestrafung der Verschwörungen beachtet werden.)

Reformation gestört worden war, auf die Dauer wieder her?

Kaum minder nothwendig zur Beendigung einer Revolution ist die Publikation eines Gesetzes der Vergessenheit*). der Vergessenheit für alle die Verbrechen, welche die Förderung oder Hemmung oder Leitung der Revolution zum Zwecke hatten. — Diese Vergessenheit ist Rechtens. Denn kann wohl überhaupt von einem Verbrechen, in der urkundlich-rechtlichen Bedeutung des Wortes, die Rede seyn, so lange nicht das Gesetz sondern physische Macht waltet? — Diese Vergessenheit ist eine Forderung der Menschlichkeit. Es ist ein Leichtes, in den Tagen der wiederhergestellten Ruhe zu lehren und zu predigen, was man in den Tagen der Gefahr hätte thun können und sollen; desto schwerer ist es, den Tod im Angesichte, zu überlegen und zu handeln, wie man handeln soll. — Diese Vergessenheit ist ein Rath der Klugheit. Gemüthskrankheiten kehren leicht zurück, wenn der Genesene den Ort seines früheren Leidens wiedererblickt. Eine Regierung, welche nach Beendigung einer Revolution unversöhnlich gegen die Vergangenheit ist, verräth Mißtrauen in die Gegenwart.

In einem unmittelbaren Zusammenhange mit diesem Vergessen des Vergangenen steht die Verschmelzung der Partheien. Am schwersten sind die Freunde der alten und nun veralteten Verfassung zu versöhnen; — weil der Verlust eines Rechts heftiger schmerzt, als eine vereitelte Hoffnung, weil man einen alten Besitzstand ungerner mißt, als einen neuen. Die Männer der Revolution sind, wenn auch als Einzelne, doch nicht als eine Parthei, zu fürchten. Ihre Mittel sind abgenutzt; ihre Namen erinnern an die Gräuel der Revolution.

Die Revolutionen sind in dem Obigen nur aus dem

*) Lex amnestiae, lex oblivionis. — Das älteste uns bekannte Beispiel eines solchen Gesetzes kommt in der Geschichte der Athenienser vor. (Daher der Name.) Cor n. Nepos in Thrasyb. c. 3. Vgl. Boecler, D. de amnestia.

Standpunkte der Geschichte und der Politik in Betrachtung gezogen worden. Jetzt zu den Rechtsfragen: Ist es rechtlich erlaubt, eine Verfassung gewaltsam umzugestalten? — Was ist während einer Revolution Rechtens?

Wie die *erstere* Frage nach dem Rechte der geistlichen Staaten (oder unter der Voraussetzung eines geoffenbarten Rechtes) zu beantworten sey, ist nicht zweifelhaft. Ein jeder Angriff auf eine Verfassung, welche auf einer Offenbarung beruht, ist schlechthin widerrechtlich. Eine Verfassung dieser Art kann sogar im Wege des Rechts und der Güte nur unter der Bedingung umgestaltet werden, daß die Offenbarung, welche ihr zum Grunde liegt die Verheißung einer neuen Offenbarung enthält, und daß diese Verheißung in der Folge in Erfüllung geht¹⁾. Umgekehrt läßt sich eine jede Revolution rechtfertigen, welche kraft eines von Gott unmittelbar ertheilten Auftrages unternommen wird. Darum haben die Regierungen von jeher diejenigen mit mißtrauischen Blicken bewacht, welche sich für Gesandte Gottes ausgaben. Sie erkannten oder ahndeten, daß es um sie von Rechtswegen geschehn seyn würde, wenn ein Mensch nach der Herrschaft griffe, welcher durch Wunder die Göttlichkeit seiner Sendung zu beglaubigen vermöchte. Sie wußten, daß der Leichtgläubigkeit Täuschung Wahrheit ist. — Versucht man dagegen, jene Frage nach den Grundsätzen des Vernunftrechts zu lösen, so geräth man unausbleiblich auf ein Antinomie²⁾, man mag nun die Frage so stellen: Sind die Unterthanen berechtigt, eine bestehende Verfassung gewaltsam umzugestalten? oder aber so: Ist eine Revolution rechtmässig, welche von

1) Und, — wie die Geschichte der Stiftung des Christenthums beweist, — selbst dann findet die neue Verfassung großen Widerstand. — Verfassungen dieser Art sind selbst gegen solche Reformen spröde, welche nur auf die Entwicklung der in dem geoffenbarten Rechte enthaltenen Vorschriften oder auf die Abstellung von Mißbräuchen, die sich etwa eingeschlichen haben, berechnet sind.

2) Die Ursache des Zwiespaltes, der unter den Meinungen über diese Frage herrscht.

den verfassungsmässigen Gewalthabern selbst bewerkstelliget wird? Stellt man die Frage auf die erstere Weise, so kann man auf der einen Seite behaupten: Wer den Unterthanen das Recht einräumt, die Verfassung gewaltsam umzuändern, gestattet ihnen, den Stand der Natur d. i. Anarchie an die Stelle des Staates d. i. eines Zustandes zu setzen, der allein den Grundsätzen des Rechts entspricht; hierauf aber andererseits antworten: Wer eine jede von den Unterthanen ausgehende Revolution für widerrechtlich erklärt, hebt den Grund auf, kraft dessen die Menschen rechtlich verpflichtet sind, eine Staatsgewalt über sich anzuerkennen, vertheidiget einen jeden Mißbrauch, auch den äußersten, der von der Machtvollkommenheit gemacht werden kann*). Er vergiftet, daß Herrscherwillkühr und Anarchie nur verschiedene Worte für dieselbe Sache sind. Ist man aber genöthiget, Revolutionen (in der engern Bedeutung) wenigstens in gewissen Fällen für rechtlich zulässig zu halten, so muß man sich für ihre Rechtmässigkeit unbedingt erklären. Denn man muß unter dieser Voraussetzung den Unterthanen, und zwar einem jeden einzelnen Unterthan, das Recht einräumen, über die Frage, ob in einem gegebenen Falle der Versuch einer Revolution dem Rechte nach verstattet sey, selbst zu entscheiden. Stellt man aber die Frage auf die andere Weise d. i. bezieht man sie auf das Recht der Gewalthaber, so kann man behaupten, einerseits, daß der Herrscher oder die bestehenden Gewalten, wenn sie die verfassungsmässigen Grenzen ihrer Befugnisse überschreiten, sich nicht weiter auf ihr Recht berufen können, daß man in der Wirklichkeit den Staat nicht von seiner Verfassung trennen könne und daß mithin mit der Verfassung das Daseyn des Staates selbst aufgehoben werde; und andererseits, daß eine jede Verfassung nur in so fern einen rechtlichen Werth

*) Hobbes, der eine jede Revolution (in der engern Bedeutung) für widerrechtlich erklärt, geht in der That so weit.

habe, als sie das Gemeinbeste befördere d. i. als sie für eine den Gesetzen des Rechts und den Lehren der Erfahrung entsprechende Leitung der öffentlichen Angelegenheiten Gewähr leiste, daß man also den Zweck dem Mittel aufopfere, wenn man den in einem Staate bestehenden Gewalten das Recht versage, die Verfassung nöthigenfalls selbst mit Verletzung der Verfassung umzugestalten. In dem einen und in dem andern Falle ist der Widerspruch nicht etwa erkünstelt. Er beruht vielmehr auf einem Nothstande, auf der Unmöglichkeit, die Idee des Staates in der Erfahrung vollkommen darzustellen. Die Frage: Läßt sich in einem gegebenen Falle eine Revolution rechtfertigen? ist daher nicht eine Rechts- sondern eine Gewissensfrage. Kaum eine andere Gewissensfrage aber ist so schwer zu entscheiden, als gerade diese. Am wenigsten sind die Unterthanen im Stande, sich eine Antwort auf diese Frage zu geben, welche das Gewissen eines gewissenhaften Mannes beruhigen könnte¹⁾. Denn, mögen auch die Klagen, welche über die dermalige Verfassung geführt werden, noch so gegründet seyn, mag man sich auch der Hoffnung, diesen Klagen durch Reformen abgeholfen zu sehn, noch so wenig hingeben dürfen, ja mag man selbst noch so sehr Ursache haben, die Opfer, welche eine Revolution fordert, in Vergleich mit ihrem Zwecke für gering zu achten²⁾, — und doch, wer vermag schon wegen dieser Voraussetzungen zu einem genügenden Resultate zu gelangen? — auch dann noch hängt die Rechtfertigung einer Revolution von ihren Erfolgen, von ihrem Ausgange ab. Denn, wer die Bahn des gewissen, des positiven Rechts verläßt, kann das Unrecht, das er vorläufig thut, nur dadurch vergüten, daß er ein anderes und besseres Recht zu derselben Gewissheit erhebt. Aber, wer vermag dem Laufe der Begebenheiten

1) Daher werden Staatsstreiche, selbst wenn sie mißlingen, meist nachsichtiger beurtheilt, als Versuche einer Revolution.

2) Das schrecklichste unter diesen Opfern ist das, daß eine Revolution Tugenden in Laster, Laster in Tugenden verwandeln kann.

zu gebieten? besonders in stürmischen Zeiten? wenn diejenigen entscheiden, welche ihr Leben am ersten einsetzen? diejenigen, welche nicht durch Vernunft, sondern nur durch Leidenschaften in Bewegung gesetzt werden können? Ein Washington, jetzt von Millionen gefeiert, würde den Tod eines Verbrechers gestorben seyn, wie so manche nicht minder redliche Freunde ihres Vaterlandes denselben Tod gestorben sind, wenn er in dem Unternehmen, den Seinigen äußere Selbstständigkeit und politische Freiheit zu erkämpfen, gescheitert wäre. Das ist das Gesetz dieses Wagspieles! Es ziehen aus derselben Urne, der Eine eine Bürgerkrone, der Andere das Todesloos.

Das Recht, welches während einer Revolution in Kraft tritt, ist das Kriegsrecht. Dieser Satz gilt zwar von einer jeden Revolution. Doch hat er vorzugsweise für die Revolutionen in der engeren Bedeutung, — wegen der gewöhnlich längeren Dauer und wegen der kriegerischen Auftritte dieser Revolutionen, — ein praktisches Interesse; daher er auch nur in Beziehung auf die Revolutionen dieser Art hier erläutert werden soll. — Wie sich in einem Kriege der Nationalcharakter der einander bekriegenden Völker offenbart, so enthüllt eine Revolution den Charakter des Volks, bei welchem sie ausbricht, oder auch durch äußere Gewalt bewerkstelliget wird. — Wie die Ursachen eines Krieges seinen Charakter bestimmen, so sitzt eine Revolution zu Gericht über die Verfassung, welche von ihr gestürzt wird. Der Verlauf einer Revolution ist desto schrecklicher, je fehlerhafter diese Verfassung war, je mehr sie also die Partheien im Volke gegen einander erbittert hat. Dagegen hat eine Verfassung, welche schon den Keim einer andern und bessern Verfassung enthielt, auf den Verlauf der Revolution, durch welche sie aufgehoben wird, einen mildernnden Einfluß. — Revolutionen können mit Meinungskriegen verglichen werden. Wie in diesen, so glauben sich auch in jenen die Partheien von den Regeln loszählen zu

können, welche sonst das Kriegerrecht vorschreibt. Man mordet die Feinde, weil man an der Möglichkeit verzweifelt, sie zu bekehren. Noch weniger dürfen diejenigen auf Schonung rechnen, welchen der Versuch einer Revolution oder der einer Gegenrevolution mißlingt. Sie haben das Leben nach dem Straf- und nach dem Kriegerrechte verwirkt.

Wenn auch der Staatskörper eben so wenig vor einer jeden Revolution, als der Körper des Menschen vor einem jeden Fieber, bewahrt werden kann, und wenn auch eine Revolution ebenso, wie ein Fieber, das Mittel seyn kann, den gestörten Gesundheitszustand wiederherzustellen, so gehören doch Revolutionen zu den heroischen Mitteln, zu welchen nur in den äußersten Fällen gegriffen werden darf. Es ist schon ein unheimliches Zeichen, wenn sich ein Volk viel mit der Frage beschäftigt, ob es rechtlich erlaubt sey, sich der Regierung gewaltsam zu widersetzen. (Die Lehre von der Rechtmäßigkeit einer Revolution gehört in einem gewissen Sinne zu den Geheimlehren!) Der Englische Rechtsgelehrte Colwill, von einem Grafen Middleton befragt, ob den Unterthanen gegen den Fürsten Nothwehr erlaubt sey, antwortete: Schon oft sey ihm diese Frage vorgelegt worden. Immer habe er sich einer Antwort geweigert. Bei ihm wolle er jedoch eine Ausnahme machen. Er wünsche, daß die Fürsten und ihre Minister die Unterthanen für berechtigt zur Nothwehr hielten, und so regieren möchten, als erwarteten sie Widerstand. Zugleich aber wünsche er, daß bei den Unterthanen die entgegengesetzte Ansicht herrsche. So würde der innere Friede nicht gestört werden.

Schließlich ist hier noch die Frage zu erörtern; Ist es rechtlich erlaubt, der Regierung einen so genannten passiven Widerstand entgegenzusetzen? d. i. einen Widerstand, welcher sich darauf beschränkt, den Befehlen der Regierung nicht freiwillig, sondern nur gezwungen zu gehorchen? — Die Frage, so gestellt, ist unbedenklich zu bejahen. Ein Recht auf freiwilligen Gehorsam ist ein Widerspruch; eine Gewissenspflicht ist keine Rechts-

pflicht. Jene Frage und diese Antwort begreift jedoch nicht den Fall unter sich, da der passive Widerstand in einen aktiven übergeht, d. i. da der passive Widerstand mittelbar (oder in seinen Folgen) ein aktiver Widerstand ist. Es tritt aber dieser Fall insbesondere dann ein, wenn die Unterthanen, — sey es zu Folge einer unter sich getroffenen Uebereinkunft oder auch ohne Verabredung, — mit der Entrichtung der Steuern und Gaben so lange anstehn, bis sie dazu zwangsweise angehalten werden, in der Absicht, die Regierung, indem sie ihr Verlegenheiten bereiten, zu einer dem Willen der Unterthanen entsprechenden Handlungsweise zu nöthigen, mit einem Worte, sich die Regierung dienstbar zu machen. In diesem Falle beschränkt sich der Ungehorsam nicht auf ein Unterlassen, sondern er ist darauf gerichtet, und er hat die Folge, der Regierung die Mittel zu entziehen oder zu verkümmern, ohne welche sie nicht regieren kann*). Ein Widerstand dieser Art ist an sich (in thesi) dem Versuche einer Revolution gleich zu achten, wenn er auch den Schein Rechtens in so fern für sich hat, als er die Regierung durch eine an sich erlaubte Handlung angreift. Er ist der Regierung sogar gefährlicher, als offener Widerstand. Der Gewalt kann sie Gewalt entgegensetzen; gegen jenen Widerstand kann sie sich nur mit Strafgesetzen waffnen. Aber Strafgesetze, die gegen diesen Ungehorsam gerichtet werden, sind leichter zu geben, als zu vollziehn. Denn der Thatbestand des Vergehns ist meist schwer herzustellen.

*) Aus einem ähnlichen Grunde sind Eltern strafbar, welche ihren Kindern nicht den gebührenden Lebensunterhalt reichen, — Beamte, welche ihren Amtspflichten nicht gutwillig Genüge leisten.

SECHSZEHNTE BUCH.

*Des
besonderen Theiles der Verfassungslehre erstes Buch.*

*Von der
Monarchie oder der Einherrschaft.*

ERSTER ABSCHNITT.

*Allgemeiner Theil der Verfassungslehre
der Einherrschaft.*

ERSTES HAUPTSTÜCK.

*Zur
Geschichte der einherrschaftlichen Verfassung*).*

Es ist eine auffallende Erscheinung, daß ein Mensch über Tausende, ja über Millionen gebieten kann, selbst dann gebieten kann, wenn er, Einzelnen seiner Unterthanen gegenüber gestellt, Vielen oder den Meisten an Geistes- oder Körperkraft nachstehen würde, — daß die einherrschaftliche Verfassung sogar verbreiteter ist, als irgend eine andere Verfassung.

Jedoch, man kann behaupten, daß der Einherrschaft allein die Eigenschaft einer naturgemäßen Staatsverfassung zukomme. Ihr Vorbild und ihr Keim ist die Herrschaft, in welche die Natur selbst das Haupt einer

*) Ueber die Entstehung dieser Verfassung s. Meine Schrift über die vollkommenste Staatsverf. Lpz. 1800. S. 25. Frh. v. Gager n, die Resultate der Sittengeschichte. 1. Die Fürsten.

Familie eingesetzt hat. Eine jede andere Verfassung ist ein Werk der Kunst. Denn in einer jeden anderen Verfassung muß der Herrscher erst künstlich zusammengesetzt und geschaffen werden. Der Monarch aber, ein einzelner Mensch, ist von Natur auch als Herrscher ein Einzelwesen. Ist nun die Monarchie in dem Kindesalter einmal entstanden, so wächst sie mit dem Stamme, wenn sich dieser zu einer Nation und zu einem Volke vergrößert, gleichzeitig heran. Denn in demselben Maße, in welchem die Volkszahl zunimmt, und sich nun die Interessen der Einzelnen mehr und mehr spalten und durchkreuzen, wird es dem Volke schwerer, sich zum Widerstande gegen den angestammten Monarchen auch nur zu vereinigen.

Die einherrschaftliche Verfassung ist überdies das vollkommenste Mittel, die Idee der Machtvollkommenheit darzustellen, diese Idee zu versinnlichen und gleichsam zu verkörpern. Der Einheit des Herrscherrechts entspricht vorzugsweise die physische Individualität des Monarchen. Der Monarch kann vorzugsweise mit der Pracht und Herrlichkeit umgeben werden, mit welcher der Herrscher zu umgeben ist, damit der Mensch in den Gesetzen nicht bloß willkürliche Satzungen, nicht bloß sein Werk erblicke, damit der Gehorsam gegen die Gesetze durch die Achtung für die Heiligkeit ihres Ursprungs verstärkt und geadelt werde. Wenn der Herrscher selbst dem Vernunftrechte nach als der Stellvertreter Gottes auf Erden betrachtet werden kann und zu betrachten ist, so ist es allein oder vorzugsweise die monarchische Verfassung, welche die Anwendung dieser Ansicht auf den wirklichen Staatsherrscher gestattet und vermittelt*). Daher ist auch die Religion so oft eine Stütze der monarchischen Verfassung geworden. So erhielt z. B. bei den Völkern Deutschen Ursprungs, — als sich bei denselben mit dem

*) Selbst in der Geschichte des Papstthums ist der Einfluss dieser Ansicht unverkennbar.

Christenthume zugleich die Ideen von dem göttlichen Rechte der Könige verbreiteten, welche die christliche Kirche aus den heiligen Schriften der Juden entlehnt hatte, — das Königthum eine Bedeutung, welche diesen Völkern in der Vorzeit unbekannt war¹⁾.

Endlich, — die Hauptsache! — die einherrschaftliche Verfassung hat gewisse Vorzüge vor andern Verfassungen, Vorzüge, welche, wenn auch der eine oder der andere derselben nicht ausschließlich der Ruhm der Monarchie ist, dennoch keine andere Verfassung in sich vereinigt. — Die Monarchie gewährt den kräftigsten Schutz gegen die inneren und die äußeren Feinde des Staates. Darum eignet sie sich vorzugsweise für Staaten, welche, sey es wegen ihrer Gröfse oder aus einem anderen Grunde, der Gefahr, sich aufzulösen, besonders ausgesetzt sind. Grofsen Staaten gewährt sie noch den eigenthümlichen Vortheil, dafs der Monarch von Zeit zu Zeit in allen Theilen seines Reiches persönlich anwesend seyn kann²⁾. Darum begünstigen Zeiten innerer Unruhen oder Zeiten einer auferordentlichen Kriegsgefahr sogar die Entstehung dieser Verfassung³⁾. In solchen Zeiten nehmen sogar Freistaaten zu einem zeitwierigen Königthume, — zu einer Diktatur, — ihre Zuflucht. Darum steigt in monarchischen Staaten die Gewalt der Regierung oft schon deswegen, weil die Zahl oder die Leidenschaftlichkeit derer zunimmt, welche den inneren Frieden bedrohen⁴⁾. — Der Vorstand (der Präsident) eines Freistaates ist der Parthei dienstbar, welcher er seine Erhebung verdankt⁵⁾.

1) Vgl. das Capitulare Ludovici Pii vom J. 853. cap. 2. und 13.

2) Auch hier wird man an den politischen Einflufs erinnert, welchen die Eisenbahnen und die Dampfschiffe dereinst haben werden.

3) Octavianus Augustus — Cromwell — Bonaparte.

4) Beispiele kann man aus der neuesten Geschichte Frankreichs entlehnen.

5) Wenn in den Vereinigten Staaten der neue Präsident zu einer andern Parthei, als der bisherigen, gehört, so werden in der Regel alle Beamte der Union gewechselt.

Der Monarch kann und soll über den Partheien stehn. Er soll sie bewachen, sie in den Schranken der Mäßigung erhalten, keine zur Alleinherrschaft gelangen lassen. Jedoch kann sich der Fall ausnahmsweise auch so stellen, daß sich der Fürst für die eine Parthei erklären muß, um die Alleinherrschaft oder die Oberherrschaft einer andern zu brechen. Ein Beispiel liefert die Geschichte des Kampfes, welcher sich in den Staaten Deutschen Ursprungs zwischen dem Adel und dem Bürgerstande während des Mittelalters entspann. In diesem Kampfe nahmen die Fürsten dieser Staaten weislich für den Bürgerstand Parthei. — So wie der Fürst stirbt, und ein anderer an seine Stelle tritt, verjüngt sich gleichsam der Staat. (*Adsunt spes novae.*) Allerdings ein zweideutiger Vortheil! und doch ein Vortheil, wenn man erwägt, daß die Aristokratie die Gefahr des Alterns, die Demokratie die Laune des Volks zu fürchten hat. — Nimmt man hierzu noch, daß die Menschen, wenigstens die meisten, eher den Worten als der Gesinnung nach Freunde der rechtlichen Gleichheit sind, — daß sie, einen Einzigen verherrlichend, ihrer eigenen Armseligkeit vergessen können, — daß bei einem Einzelnen leichter Gnade zu finden ist, als bei Vielen ¹⁾, — daß man in Streithändeln am meisten der Unpartheilichkeit desjenigen vertrauen kann, welcher, über allen stehend, dem Streite fremd ist ²⁾, — so wird man sich die große Zahl der Freunde, welche das Königthum hat, desto leichter erklären können. — Uebrigens versteht es sich von selbst, daß die einherrschaftliche Verfassung nach Zeit und Umständen noch besondere Gründe für sich haben kann. Sie ist z. B. eine Grundlage der dermaligen Verfassung des Europäischen Völkerstaates.

Jedoch die monarchische Verfassung hat auch ihre Feinde! Sie ist von Gefahren bedroht, welche ihr leicht

1) *Plus gratiae apud unum, quam apud multos. Tac.*

2) *Tac. Ann. III, 10.*

den Untergang bereiten können und welche ihr schon oft den Untergang gebracht haben.

Den gefährlichsten Feind hat die Monarchie in sich selbst. In keiner Verfassung kann so leicht ein Zwiespalt zwischen der Idee und der Wirklichkeit eintreten, als in der Monarchie. Alle die Gründe, welche so eben für diese Verfassung angeführt worden sind, gelten nur dem Königthume an sich (oder in abstracto.) Je höher diese Gründe das Königthum stellen, desto größer sind die Forderungen, welche das Königthum an seinen jeweiligen Vertreter macht, desto schwerer ist es diesem, jenen Forderungen Genüge zu leisten. Nicht Mangel an gutem Willen ist am meisten zu fürchten. (Denn ein Fürst, der sein Interesse von dem Interesse des Volks trennt, macht sich eines Verstandesfehlers schuldig.) Desto mehr Geistes- oder Charakterschwäche. Jedoch, der Fürst sey als Mensch auch noch so achtungswerth, allemal ist er der Gefahr ausgesetzt, von denen gemißbraucht zu werden, die um seine Gunst buhlen. Zwar wird es, von welcher Art auch die Verfassung seyn möge, nie an Menschen fehlen, welche die Gunst der Machthaber zu gewinnen trachten. Was z. B. in der Monarchie die Schmeichler des Fürsten sind, das sind in der Demokratie die Demagogen; Demagogen sind die Hofleute des Volks. (Daher sind die Beispiele nicht selten, daß, wenn sich eine Monarchie in eine Demokratie verwandelt, aus Hofleuten Demagogen wurden; und umgekehrt.) Dennoch ist eine Körperschaft, (die Aristokratie durch ihr Mißtrauen, die Volksherrschaft durch die Eifersucht der Partheien,) gegen die Künste der Schmeichelei gesicherter, als ein einzelner Mensch, als mithin der Fürst. Sein Urtheil kann sogar durch den Glauben an die Treue und Redlichkeit seiner Diener oder durch den Glauben an Freundschaft bestochen werden. — Darum bedarf die Monarchie schon in dem Interesse des Monarchen einer Verfassung, welche dem Mißbrauche der Fürstengewalt vorbeuge. Darum ist

der Freund des Königthumes nicht immer auch ein Freund des Königes d. i. des Königes, welcher die königliche Gewalt zu der und der Zeit ausübt. Darum enthält das Testament Ludwigs XVI. die merkwürdigen Worte: Wenn mein Sohn das Unglück haben sollte, König zu seyn! Darum sollte man einen Fürsten vor allen Dingen menschlich beurtheilen.

So sehr auch die monarchische Verfassung dem Interesse der Völker entspricht, so kann sie doch nach Zeit und Umständen das Volk auch zum Feinde haben. — Dieser Fall tritt z. B. ein, wenn ein Volk der monarchischen Verfassung, so wie sie bisher bei ihm bestand, entwachsen ist, ohne daß es die Aussicht entweder auf Reformen überhaupt oder auf solche Reformen hat, welche den Forderungen der Zeit entsprächen. — Derselbe Fall tritt auch dann ein, wenn, durch eine Revolution, die Verfassung des Staates, welche bisher eine Demokratie gewesen war, in eine Monarchie verwandelt wird. In einem Falle dieser Art muß sich der Stifter der Dynastie und wenigstens auch sein unmittelbarer Nachfolger durch das Talent zum Herrschen besonders auszeichnen, wenn nicht die in dem Volke lebenden Erinnerungen dem neuen Throne gefährlich werden sollen. (Dasselbe gilt von einem Fürstengeschlechte, von welchem ein anderes verdrängt oder welches, nach einer Revolution, wieder in den Besitz der höchsten Gewalt gesetzt worden ist.) — Auch der Fall gehört hieher, da die Stimmung des Volkes, aus irgend einem Grunde, eine antiroyalistische Richtung nimmt. Es ist z. B. kein gutes Zeichen, wenn sich in einer Monarchie die Spottsucht gegen die Person des Fürsten richtet.

Endlich, ein Erbadel ist nach Verschiedenheit der Umstände bald der geborne Freund bald der geborne Feind der Monarchie. Er schließt sich an den König an, wenn er die Gemeinen zu fürchten hat. Ihm lüstert nach Alleinherrschaft, wenn er mächtig genug ist, um die Gemeinen

in Gehorsam zu halten. Wer stürzte einst in Rom das Königthum? Wer lähmte im Mittelalter die königliche Gewalt in den Staaten Deutschen Ursprungs? Wer verschuldete Polens Untergang? Ein Erbadel!

ZWEITES HAUPTSTÜCK.

Naturlehre der einherrschaftlichen Verfassung.

1) In der Einherrschaft steht die Machtvollkommenheit einem einzelnen Menschen, (einem physischen Individuum,) zu; mit andern Worten, der Fürst, ein einzelner Mensch, vereinigt in der Monarchie alle Rechte der Machtvollkommenheit in sich. — Daher giebt es in der Erbmonarchie zwar ein Herrschergeschlecht d. i. ein Geschlecht, auf dessen Fortdauer die Stetigkeit der Regierungsnachfolge beruht, nicht aber ein regierendes Haus d. i. nicht eine Familie, welcher, als einer Gesamtheit, das Herrscherrecht zustände. Die Prinzen und Prinzessinen jenes Geschlechts stehen dennoch, der Unterthanenpflicht nach, in Reih und Glied mit den übrigen Unterthanen. Die Vorrechte, durch welche sie die Verfassung billig auszuzeichnen hat, beruhen nicht auf einer Mitherrschaft, sondern lediglich und allein auf dem Interesse der Monarchie. Sie haben z. B. den Zweck, die Achtung für den Fürsten durch die äußere Ehre und Würde, deren sein Geschlecht genießt, zu erhöhen, dem Ehrgeize dieses Geschlechts eine der Monarchie vortheilhafte Richtung zu geben. In den Deutschen Reichsländern stand die Landeshoheit dem Fürstenhause — und nicht dem jeweils regierenden Herrn — zu. Aber die Landeshoheit war zu Folge ihres Ursprungs, ein Mittelding zwischen der Machtvollkommenheit und der Grundherrlichkeit. Mit der Verfassung der monarchischen Staaten des Deutschen Bundes sind die vormaligen Rechte der

Agnaten nicht mehr vereinbar ¹⁾. — Zu Folge des obigen Grundsatzes kann sich der Herrscher nicht einen Mitherrscher zugesellen ²⁾, darf in der Erbmonarchie das Gesetz nicht mehr als Einen zur Thronfolge berufen ³⁾. — Auch das folgt aus jenem Grundsatz, daß in der Einherrschaft eine jede Macht und Gewalt aus einer Vollmacht des Fürsten abzuleiten ⁴⁾ und eine jede der Machtvollkommenheit des Fürsten gesetzte Schranke so zu betrachten ist, als ob sich der Fürst die Schranke selbst gesetzt hätte.

2) Das Herrscherrecht ist nicht ein *Eigen-
thumsrecht*, nicht ein Recht, mit welchem der Fürst nach Gefallen schalten und walten könnte ⁵⁾. Sondern das Herrscherrecht ist ein Recht, weil es eine Pflicht ist, es ist die Pflicht, das Rechtsgesetz, mit Rücksicht auf die in der Erfahrung bestehenden Verhältnisse, auszulegen und dieser Auslegung gemäß in Vollziehung zu setzen, es ist die Pflicht, die Verbindlichkeiten, welche den einzelnen Unterthanen schon von Rechtswegen obliegen, vor der Gefahr einseitiger Deutung und vor muthwilliger Verletzung zu bewahren. — Daher ist der Fürst nicht berechtigt, das Land (die Machtvollkommenheit) ganz oder theilweise

1) Dieser Satz ist z. B. für die Frage von entscheidender Wichtigkeit, ob eine Verfassung, welche ein Deutscher Bundesfürst seinem Volke gegeben hat, für den Regierungsnachfolger auch dann verpflichtend sey, wenn sie nicht mit dessen Zustimmung eingeführt worden ist.

2) Das römische Reich hatte — in späteren Zeiten — zuweilen mehr als einen Augustus. — Etwas anderes ist jedoch ein Mitregent.

3) In das ägyptische Reich der Ptolemäer folgten Bruder und Schwester zusammen. (Die sich daher mit einander verheiratheten!) Vgl. Montesquieu, des causes de la grandeur des Romains. Chap. V. — *Insociabile regnum!*

4) *Princeps fons omnis jurisdictionis.*

5) Man nennt die Monarchien, deren positives Recht von der entgegengesetzten Ansicht ausgeht, Patrimonialstaaten. Diese Ansicht würdiget eben so wohl den Fürsten, als das Volk, herab. Wenn das Volk nichts ist, was bleibt von dem Königthume übrig, als der Name? Wenn der Fürst sagen will: *L'état c'est moi*, so muß auch umgekehrt das Volk sagen können: Der Fürst ist mein Eigenthum.

zu veräußern, Nothfälle jedoch ausgenommen, also z. B. um den Frieden zu erhalten oder wiederzustellen ¹⁾). Selbst zur Niederlegung der Krone ist er nur dann berechtigt, wenn er überzeugt ist, daß er der Last nicht mehr gewachsen sey.

3) Der Fürst ist als Fürst Niemanden auf Erden zu Recht verantwortlich, oder wie das Englische Recht diesen Satz ausdrückt, der König kann nicht unrecht thun ²⁾). Es mag seyn, daß ein Volk gegen einen Fürsten, welcher den Gesetzen Hohn spricht, mit gewaffneter Hand aufstehen dürfe, um in offenem Kampfe die Krone dem Haupte des Unwürdigen zu entreißen. Aber ein Volk, das, nach errungenem Siege, seinen Fürsten vor Gericht stellt, verurtheilt, hinrichten läßt, entehrt sich, wie ein Feldherr, welcher den Anführer des feindlichen Heeres, den er besiegt und gefangen genommen hat, tödtet. Ein Volk, das so gegen seinen Fürsten verfährt, handelt nicht nur widerrechtlich sondern auch thörig. Das Blut eines hingerichteten Fürsten schreit um Rache; ein vertriebener Fürst ist mehr ein Gegenstand des Mitleids. Ein vertriebenes Königsgeschlecht ist seltner wieder zur Regierung gelangt, als das Geschlecht eines hingerichteten Fürsten. — Allerdings kann man aus dem vorliegenden Grundsatz eine Einwendung gegen den Werth der monarchischen Verfassung ableiten. Wenn auch der Fürst, weil er keinem irdischen Richter verantwortlich ist, eine desto größere Verantwortlichkeit vor Gott auf sich hat, so liegt doch in dieser keine äußere Gewährleistung für den rechtmäßigen Gebrauch der Freiheit, welche jener Grundsatz dem Fürsten zusichert. Es gehört daher das Gesetz, welches die Minister für die Regierungshandlungen des Fürsten verantwortlich macht, zu den schönsten Entdeckungen des

1) Gehören auch die s. g. Purifikationsverträge unter diese Ausnahme?

2) The king can do no wrong. Blackstone, comment. on the laws of England. B. 1. ch. 6. — In der (republikanischen) Sprache der Römischen Rechtsgelehrten: Princeps legibus solutus est. l. 31. D. de legibus etc.

Verstandes auf dem Gebiete der Staatskunst. Denn kein anderes Gesetz begegnet der Gefahr, welche von dieser Seite droht, so unmittelbar, als dieses.

4) Der Fürst ist als Fürst unsterblich. Wenn auch die Individuen wechseln, durch welche in der Monarchie die Idee der Machtvollkommenheit dargestellt wird, so hat doch der Regierungsnachfolger die Regierungshandlungen seines Vorfahrers als die seinigen zu betrachten und so sind doch die Unterthanen dem Regierungsnachfolger zu demselben Gehorsame, wie dem abgetretenen Fürsten, und zwar kraft Gesetzes, verpflichtet. — Daher bedarf es bei dem Absterben des Fürsten nicht erst einer Huldigung, um seinen Nachfolger in der Regierung des Gehorsams der Unterthanen zu versichern. Ein Gesetz oder Herkommen, welches eine solche Huldigung oder die Leistung eines Unterthaneneides fordert, ist nicht bloß überflüssig sondern selbst gefährlich. Denn es kann zu dem Irrthume verleiten, als ob der Fürst für seine Person und nicht als Vertreter einer Idee Gehorsam zu fordern berechtigt, der Unterthan nur kraft einer von ihm für seine Person eingegangenen Verbindlichkeit und nicht kraft Gesetzes Gehorsam zu leisten verpflichtet wäre. — Eben so ist es nicht gleichgültig, ob sich das Volk, wenn es von dem Monarchen spricht, oder ob sich der Fürst bei der Unterzeichnung amtlicher Schriften, dieses oder eines andern Wortes oder Ausdrucks bediene. Zweideutig ist die Bezeichnung des Fürsten durch das Wort: Der Herr. Passend sind dagegen die Ausdrücke: Der Kaiser, der König, der Fürst, die Krone. Der König von Spanien unterzeichnete sich, ganz im Geiste der monarchischen Verfassung: Ich, der König. In Japan ist der Name des jeweiligen Dairi, (des geistlichen Oberhaupts,) so lange der Dairi lebt, ein Geheimniß*).

*) Auch der Gebrauch kann hieher gerechnet werden, daß ein jeder Pabst, gleich nachdem er gewählt ist, seinen bisherigen Namen mit einem andern vertauscht.

DRITTES HAUPTSTÜCK.

Das Verfassungsrecht oder die Politik der Einherrschaft.

Eine jede Art der monarchischen Verfassung, ja jede einzelne Monarchie hat ihr besonderes Verfassungsrecht. Es giebt jedoch Grundsätze, welche von dem Verfassungsrechte der Monarchie überhaupt gelten. Von diesen in dem vorliegenden Hauptstücke. (Vgl. den zweiten Abschnitt dieses Buchs.)

Fast in allen Monarchien, oft schon bei noch ungebildeten Völkern, unterscheidet sich der Fürst von seinen Unterthanen durch gewisse äußere Zeichen seiner Würde; man naht sich ihm mit besonderen Ehrenbezeugungen; man bedient sich in den Anreden oder Vorträgen, die man an den Fürsten richtet, um ihm die gebührende Huldigung darzubringen, besonderer Ausdrücke und Wendungen u. s. w. Diese Symbole des Herrscherrechts und der Unterthanenpflicht frommen eben so sehr dem Volke, als dem Fürsten. Denn sie erinnern nicht bloß das Volk an den Gehorsam, den es dem Fürsten zu leisten hat, sondern auch den Fürsten an die Achtung, die er sich selbst und dem Volke schuldig ist. Sie mildern zugleich den Gehorsam, weil sie ihn adeln. Man irrt sich wohl nicht, wenn man zu den Ursachen, aus welchen der Despotismus der früheren Römischen Kaiser abzuleiten ist, auch die rechnet, daß die Sprache der Römer noch lange nach dem Sturze des Freistaates republikanisch blieb. Doch ist eine Symbolik, welche das Verhältniß des Fürsten zu seinem Volke als das Verhältniß eines Herrn zu seinen Knechten darstellt, nicht minder gefährlich. Der Deutschen Geschäftssprache dürfte dieser Vorwurf in einem gewissen Grade gemacht werden können.

In dem Wesen der Einherrschaft liegt ein Vorrecht; die Machtvollkommenheit ist in dieser Verfassung das Vorrecht des Fürsten. Darum entsprechen Vorrechte überhaupt dem Interesse dieser Verfassung.

Eben so ist Ungleichheit der Vermögensstände eine Stütze der Monarchie. Denn die Reichen bedürfen des kräftigeren Schutzes eines Monarchen, um ihre Reichthümer gegen die Scheelsucht der Armen zu vertheidigen. — Darum sind Gesetze, welche verhindern, daß sich Reichthümer in einem Geschlechte bleibend anhäufen, eines antimonarchischen Geistes, z. B. Gesetze, welche Substitutionen verbieten oder erschweren, oder welche den Pflichttheil (den Vorbehalt) der Kinder hoch ansetzen. *)

Daß die Verfassung einer Monarchie der Ausübung der Machtvollkommenheit gewisse Schranken setze, fordert eben so sehr das Interesse des Fürsten als das des Volkes. Gesetze und Einrichtungen, welche auf die Mäßigung der Fürstengewalt mit Umsicht berechnet sind, erleichtern das Gewissen des Fürsten. Sie sichern zugleich seinen Thron, indem sie z. B. dem Irrthume vorbeugen, als ob der Fürst, wenn er Gehorsam fordert und erzwingt, Mann gegen Mann stehe. Allerdings können andererseits Gesetze und Einrichtungen dieser Art den Nachtheil zur Folge haben, daß sie dem Fürsten das Regieren (ohnehin ein lästiges Geschäft!) verleiden. Aber allen Gesetzen und Einrichtungen müssen die Menschen zu Hülfe kommen, für welche sie bestimmt sind. Wo sich, wie z. B. in Persien oder in Marokko, der Monarch seiner Gewalt nur dann erfreut, wenn er über das Leben und über das Schicksal eines jeden seiner Unterthanen in einem jeden Augenblicke nach Lust und Laune gebieten kann, da ist eine beschränkte Einherrschaft überall nicht möglich. Glücklicher sind die Europäischen Völker. Ihre Fürsten kennen einen anderen und einen besseren Genuß, den ihnen die Regierung gewähren kann. Das verdan-

*) Also z. B. der Artikel 896. 913 des Code civil. Das Englische Recht ist in Beziehung auf beide Artikel das gerade Gegentheil des französischen Rechts. Darum steht in England die Monarchie weit fester, als in Frankreich.

ken wir dem Christenthume und den über Ehre und Schande herrschenden Meinungen.

Man hat die Grenzen, welche der Fürstengewalt durch die Verfassung gesetzt werden können und zu setzen sind, von den Gründen zu unterscheiden, welche den Fürsten abhalten können, von der ihm der Verfassung nach zustehenden Gewalt einen Mißbrauch zu machen, oder diese Gewalt über ihre verfassungsmässigen Grenzen auszudehnen. — Gründe dieser Art sind z. B. die Furcht vor Gott. Man braucht nur einen flüchtigen Blick auf die Geschichte zu werfen, um sich von dem Einflusse zu überzeugen, welchen die Verschiedenheit der positiven Religionen von jeher und überall auf die Verschiedenheit der Erfolge der monarchischen Verfassung hatte. Obwohl die katholische und die protestantische Kirche nur Zweige eines und desselben Stammes sind, so war doch schon die durch die Reformation herbeigeführte Verschiedenheit der Europäischen Monarchien, daß in einigen dieser Staaten die katholische Kirche die herrschende blieb, in andern der Protestantismus siegte, von einer Verschiedenheit in dem Gange begleitet, welchen die Entwicklung der monarchischen Verfassung in den Staaten der einen und in denen der andern Klasse nahm. — Ferner, die Furcht vor dem Volke, die Furcht vor Widerstand oder vor der Macht der öffentlichen Meinung. Als die Völker Deutschen Ursprungs endlich das Gehorchen gelernt hatten, neigte sich das Königthum fast überall zum Absolutismus hin. Denn man hatte noch nicht die Mittel entdeckt, Gehorsam gegen einen Fürsten und politische Freiheit mit einander zu paaren. — Ebenso Fürstenstolz, die Furcht des Fürsten, sich herabzuwürdigen. Jedoch kann dieser Stolz, wenn er Ziel und Mafs überschreitet, nicht etwa dem Volke allein, sondern dem Monarchen selbst gefährlich werden. Nicht selten sind in der Geschichte die Beispiele, daß der Fürst, um seine Würde durch das Zwielight des Geheimnissvollen zu steigern, sich in seinen Pallast erst freiwillig ein-

schloß, dann in denselben gebannt und endlich, dem Volke und den Geschäften fremd geworden, vom Throne gestossen wurde.

Von der Politik der Verfassung zu unterscheiden, jedoch mit ihr in Uebereinstimmung zu setzen, ist die Politik des Monarchen. Man kann diese Politik in den Satz zusammenfassen: Alles, was großartig und edel ist, ist auch königlich. Es ist daher z. B. nicht königlich, wenn sich der Fürst gegen irgend einen seiner Unterthanen Thätlichkeiten erlaubt,¹⁾ (schon der Zorn des Fürsten ist ein verzehrendes Feuer!) oder wenn er ein Versprechen nicht hält, das er gegeben, oder auch nur eine Hoffnung nicht erfüllt, die er erregt hat, oder wenn er mit dem Gelde geizt, anstatt mit dem Gelde nur sparsam zu seyn. Dagegen ist Prachtliebe die Leidenschaft, welche dem Fürsten, selbst wenn sie ihn zur Verschwendung verleiten sollte,²⁾ am ersten verziehen, ja wohl selbst zur Ehre gerechnet wird, besonders wenn sie sich in Bauwerken und durch Begünstigung der Kunst äußert. Auch in der Regierungsweise kann und soll sich die königliche Gesinnung des Fürsten aussprechen. So ehrt der Fürst in seinen Beamten sich selbst. Mag er auch Erfahrungen machen, welche seine Achtung für die Menschen erschüttern, so wird er doch, mißtrauisch gegen

1) Constant, der Kammerdiener Napoleon's, erzählt in seinen Denkschriften ein interessantes Beispiel zur Bestätigung dieses Satzes.

In dem Lager von Boulogne (1804) verlangte einst Napoleon von dem Admiral Bruix, welcher die zur Landung in England bestimmte Flotte (Nachen) befehligte, mit derselben auszulaufen. Der Admiral widersprach, einen Sturm voraussehend, nachdrücklich und beharrlich. Da hob Napoleon den Stock auf; der Admiral griff nach seinem Degen. Die Umstehenden wagten kaum zu athmen. Napoleon liefs den Stock sinken und entliefs den Admiral in nicht gemessenen Worten. (Ein anderer führte das Manöver aus. Der Sturm kam. Mehrere Barken scheiterten. Viele Menschen verloren das Leben.)

2) „Le roi, en dépensant, fait l'aumône!“ sagte Ludwig XIV. — Aber, kommt ein jeder Aufwand auch der Armuth zu statten? vermehrt ein Aufwand wie der andere den Wohlstand des Volks?

Andere, desto leichter in den Fehler verfallen, in sich selbst oder in sein Glück ein unbegrenztes Vertrauen zu setzen.¹⁾ Besonders aber durch sein häusliches oder Familienleben kann der Fürst die Liebe seines Volkes gewinnen. Wie sich der Fürst in dem Kreise seiner Familie verhalte, kann von einem Jeden seiner Unterthanen verstanden, von einem Jeden beurtheilt werden. In diesem Verhältnisse ehrwürdig ist er als Mensch ein Gegenstand der Verehrung, wird er auch als Fürst höher geachtet oder milder beurtheilt. Wie könnte der Fürst die Liebe, die er für die Seinigen hegt, seinem Volke vorenthalten? oder wie sollte er nicht wünschen, von seinem Volke geliebt zu werden, da ihn die Liebe der Seinigen glücklich macht? — Ich habe übrigens nicht auch der Maxime gedacht, daß der Fürst einem jeden seiner Unterthanen, der eine Bitte oder Beschwerde bei ihm anzubringen hat, in regelmässigen öffentlichen Audienzen zugänglich seyn soll. In den väterlichen Einherrschaften ist diese Maxime an ihrer Stelle, schwerlich aber in den konstitutionellen Monarchien.

VIERTES HAUPTSTÜCK.

Von der Erwerbung der Krone oder

von den Wahl- und den Erb-Monarchien.²⁾

In Beziehung auf die Art, wie der jeweilige Fürst zur Regierung gelangt (*quoad modum acquirendi*), sind

1) Vgl. Tacitus, hist. III, 54.

2) In diesem und in dem folgenden Hauptstücke werde ich nicht, wie in den vorhergehenden beiden Hauptstücken, die Naturlehre und die Politik der Einherrschaft von einander scheiden, — um die Darstellung nicht zu zerstückeln.

die Monarchien entweder Wahl- oder Erb-Monarchien. Es giebt noch eine dritte Art — Monarchieen, welche beziehungsweise Erb- und Wahlmonarchien zugleich sind. Mehrere Deutsche Völker hatten einst Monarchien dieser Art. Die Königswürde blieb bei einem und demselben Geschlechte; aber nach dem Tode des jeweiligen Königs wählte das Volk unter dessen Söhnen oder Seitenverwandten denjenigen zum Könige, welchen es für den würdigsten hielt. Ursprünglich mochte die Wahl unbeschränkt gewesen seyn; ¹⁾ in der Folge wurde sie zu einer bloßen Feierlichkeit; ²⁾ endlich trat an ihre Stelle die Krönung. Von den Monarchien dieser Art wird in dem Folgenden weiter nicht die Rede seyn.

Kaum ein anderer Grundsatz der Politik steht so fest als der (so demüthigend er auch für die Menschen ist), daß die Erbmonarchie vor der Wahlmonarchie den Vorzug verdiene. Ihn bestätigt die Geschichte aller der Staaten, welche Wahlmonarchien waren. Eine Hauptursache des Verfalls des altrömischen Reichs war die, daß die wenigen Geschlechter, in welchen die Kaiserwürde von Zeit zu Zeit erblich wurde, (die gens Julia und Flavia) sehr bald ausstarben. Der Verfall des Deutschen Reiches begann, als die Krone aufhörte, erblich zu seyn; und wo ist jetzt das Deutsche Reich auf der Karte von Europa zu finden? Aus demselben Grunde hat Polen seine politische Selbstständigkeit verloren; einst eine mächtige Erbmonarchie, dann ein Wahlreich, endlich ein zweideutiger Freistaat, ist es jetzt nur noch ein Nebenstaat oder eine Provinz von Rußland. — Und wie könnte es anders seyn? In der Erblichkeit der Krone spiegelt sich die Ewigkeit des Staates. Der Erbfürst, einem Geschlechte entsprossen, welches dem Staate seine Fürsten gegeben hat und geben wird, hat auch als Fürst eine

²⁾ Tacitus, Germ. c. 7. „Reges ex nobilitate sumunt.“

³⁾ Der neue König wurde auf einem Schilde in der Volksversammlung herumgetragen.

Vergangenheit und eine Zukunft. Aber der Wahlfürst steht als Fürst vereinzelt da; sein Daseyn ist mit dem seiner Vorgänger und Nachfolger in der Regierung nur durch das Gesetz, also nur künstlich verschmolzen, seine Regierung ist nur ein Bruchstück. Ein anderes Uebel ist das in der Wahlmonarchie von Zeit zu Zeit wiederkehrende Zwischenreich, das interregnum, ein Zustand, welcher allemal entweder den Staat oder die Verfassung oder auch beide zugleich gefährdet; das grösste die Wahl selbst. Schon in einem Freistaate regt die Wahl des Vorstandes oder Präsidenten nicht selten die Leidenschaften in dem Grade auf, daß die Verfassung Gefahr läuft, an dieser Klippe zu scheitern. (Beispiele liefert selbst die Geschichte der Vereinigten Staaten, ob sie wohl erst ein halbes Jahrhundert alt ist.) Aber in der Einherrschaft steigt die Gefährlichkeit der Wahl des Staatsoberhauptes mit ihrem Preise. Schon in der Erbmonarchie knüpfen sich an einen Regierungswechsel eine Menge neuer Hoffnungen und Besorgnisse. In der Wahlmonarchie haben die Wählenden noch überdies die Macht, diese Hoffnungen und Besorgnisse in Erfüllung zu setzen oder zu vereiteln. Dagegen setzt die Erbmonarchie dem Ehrgeize einen Damm, welchen er nicht zu überschreiten vermag. Sie läßt, wenn sie das Ansehn des Alters für sich hat, sogar den Gedanken nicht aufkommen, die Hand nach der Krone auszustrecken.*) Oder, wie könnte demjenigen, welcher dennoch diesen Gedanken faßt, entgehn, daß er das Erbrecht, welches er durch Verdrängung der jetzigen Dynastie verletze, eben so wenig für sein Geschlecht in Anspruch nehmen könne? Endlich, damit der Wahlfürst nicht der Art vergesse, wie er zur Krone gelangt ist, schreibt man ihm Bedingungen vor, an die er bei der Ausübung seiner

*) „Partout où l n'y a pas un centre de pouvoir incontestable, il se trouve des hommes qui espèrent l'attirer à eux. C'est ce qui arriva au mien.“ Worte Napoleon's in dem Manuscrit venu de St. Hélène. Lond. 1817.

Herrschergewalt gebunden seyn soll, Bedingungen, welche man, ein Todtengericht über den letztverstorbenen Fürsten haltend, bei einer jeden neuen Wahl mit neuen vermehrt, Bedingungen, welche überdiß öfter den Vortheil der Wählenden als das Gemeinbeste bezwecken. So steht aber endlich an der Spitze des Staates ein Mittelwesen, das mehr ist als ein Beamter, weniger als ein Fürst, ein Monarch, der für und über Alle herrschen soll und dennoch einer Parthei gehorchen muß. — Wenn die Regel, daß die Erbmonarchie der Wahlmonarchie vorzuziehen sey, eine Ausnahme leidet, so kommt diese Ausnahme in den geistlichen Einherrschaften vor. Die Verfassung der römisch-katholischen Kirche ist die einer geistlichen Wahlmonarchie, wenigstens nach dem päpstlichen Systeme; und gleichwohl hat diese Verfassung mehr, als irgend eine Europäische Monarchie, das Ansehen des Alters für sich. Eben so scheint sich in Tibet die Form der Wahlmonarchie bewährt zu haben. *) Woher diese Erscheinung? Ist es die grössere Bedächtlichkeit oder ist es das gemeinsamere Interesse einer Hierarchie, was der geistlichen Wahlmonarchie ein besseres Schicksal bereitet? Und doch dürfen wir aus der Geschichte des Papstthums, der geistlichen Einherrschaft, deren Schicksale uns allein genauer bekannt sind, den Schluß ableiten, daß auch die

*) Jedoch hat Tibet mehr als ein geistliches Oberhaupt. Eben so eigenthümlich ist die Art, wie nach dem Absterben eines dieser Oberhäupter der Nachfolger gewählt wird. Der Geist oder Gott, der in dem Verstorbenen wohnte wird von den höheren Lamas in einem andern Menschen entdeckt. S. Turner, Gesandtschaftsreise an den Hof des Techoo. (Teschu) Lama. Hamburg 1800. (Als dieser Reisende den Hof des Dalai Lama besuchte, war so eben ein neuer Dalai-Lama entdeckt d. i. gewählt worden. Ein Kind von sieben Jahren! Turner kann nicht genug den Anstand rühmen, mit welchem sich dieses Kind in einer Audienz, die er bei demselben hatte, zu betragen wufte. Dann sah er es wieder in einem Garten mit kindlichem Frohsinne spielen.) S. die a. Sch. S. 375. 387.

geistlichen Wahlmonarchien dem allgemeinen Loose der Wahlmonarchien nicht ganz entgehen können.¹⁾

Für das Schicksal der Wahlreiche ist besonders das entscheidend, wem das Wahlrecht zusteht. Weniger möchte auf die Wahl-Art oder Ordnung ankommen. In dem Freistaate von Venedig hatte die Verdachtsamkeit der Aristokratie Alles aufgeboten, um die Dogenwahl von dem Einflusse der mächtigeren Familien des Adels und von dem Einflusse der unter dem Adel herrschenden Partheiungen unabhängig zu machen. Und doch hatte man davon keinen andern Gewinn, als daß die Wahl desto geheimer und künstlicher geleitet wurde. Noch weniger läßt sich in einem Wahlreiche von den Formen der Wahl erwarten. — Am schlechtesten steht es mit den Wahlreichen, in welchen das Heer oder die Leibwache den Fürsten erwählt. Kein Fürst kann ungestraft der Grundlage seiner Macht vergessen; einem Fürsten also, welcher seinen Thron dem Heere verdankt, muß das Interesse des Heeres mehr gelten, als das des Volkes. Die Geschichte des Römischen Reichs enthält, besonders in den ersten Jahrhunderten seines Daseyns, mehrere Beispiele von Wahlen dieser Art. Einmal kam es sogar dahin, daß das Reich von den Prätorianern förmlich versteigert wurde.²⁾ Die Zwingherrschaft, welche auch aus diesem Grunde auf dem Volke lastete, würde noch drückender gewesen seyn, wenn sie nicht durch Einrichtungen gemildert worden wäre, welche sich größtentheils aus den Zeiten des Freistaates herschrieben. Am meisten hat sich dagegen die Wahl durch einen ständigen Ausschufs — durch Churfürsten — bewährt. Schon das Beispiel der römisch-katholischen Kirche, (in Fragen der Staatskunst überhaupt von

1) Eine zwiespältige Pabstwahl war die Ursache des langdauernden großen Schisma. — Auch an den Nepotismus der Päbste (der Vorzeit) darf erinnert werden.

2) Nach Ermordung des Kaisers Pertinax, im Jahr 193 v. Ch. G. Das Reich wurde dem Senator Didius Julianus, als dem Meistbietenden, zugeschlagen! Gibbon. Chap. 4.

besonderem Gewichte!) spricht dieser Wahlart das Wort. Unter Wenigen ist leichter Uebereinstimmung oder eine Majorität zu erzielen, als unter Vielen; je näher die Wählenden dem Throne stehn, desto mehr haben sie die Folgen einer zwiespältigen oder unpolitischen Wahl zu fürchten. In den Wahlreichen dieser Art sind es gewöhnlich die obersten Hof- oder Staatsbeamten, welchen das Wahlrecht zusteht. So waren im Deutschen Reiche die Erzämter, welche die Churfürsten bekleideten, die Grundlage ihrer Wahlstimmen. Eine ähnliche Einrichtung bestand einst in dem Mexikanischen Reiche,¹⁾ besteht in dem Königreiche Dahomey²⁾ (in Afrika). Ihr Entstehen läßt sich so erklären, daß es überall die obersten Beamten sind, welche bei dem Absterben des Fürsten die Zügel der Regierung in den Händen haben.

Das Thronfolgegesetz ist das Wahlgesetz der Erbmonarchie. Das Recht zur Thronfolge und die Ordnung der Thronfolge mit dem Wesen und dem Interesse einer Monarchie, die ein Erbreich ist, in Uebereinstimmung zu setzen, — ist die Aufgabe, welche ein solches Gesetz zu lösen hat. — Zu Folge dieses Principis sind 1) nur die leiblichen Nachkommen des Fürsten, und nicht Adoptivkinder, zur Regierungsnachfolge zu berufen. Ein Thronfolgegesetz, welches den Fürsten ermächtigte, die Regierung seinem Adoptivsohne zu überlassen, würde die Erbmonarchie in eine Wahlmonarchie (und in eine Wahlmonarchie der bedenklichsten Art) verwandeln.³⁾ — 2) Das Recht zur Regierungsnachfolge ist auf die eheli-

1) Als Mexiko von den Spaniern entdeckt wurde, hatten die sechs obersten Beamten und Vasallen das Recht, den Kaiser — aus einem bestimmten Geschlechte — zu wählen. Robertson, history of America. B. VII.

2) Hier wählen die beiden obersten Beamten den König unter den Kindern des letztverstorbenen Fürsten. Magazin von merkwürd. Reisebeschr. V. Bd. (Berlin 1791) S. 383.

3) Jedoch, dem Stifter einer Dynastie kann eine adoptio ad imperium verstattet werden. Galba. (Tacit. hist. I, 14 ff.) Napoléon.

chen Nachkommen des Fürsten zu beschränken; schon deswegen, weil uneheliche Kinder überhaupt nicht ihre Abstammung von dem und dem Vater genügend erweisen können. Unehelichen Kindern ist daher das Recht zur Regierungsnachfolge auch dann zu versagen, wenn sie von dem Fürsten durch die Ehelichung der Mutter legitimirt worden sind. — 3) Nur der Mannsstamm des Fürstenhauses, nur die Söhne und Sohnessöhne des Fürsten sind zur Regierungsnachfolge zu berufen. ¹⁾ Nicht als ob es, (wie Tacitus ²⁾ behauptet,) das Aeusserste in der Knechtschaft wäre, wenn ein Volk einem Weibe gehorcht. Vielmehr liegt in einem Thronfolgegesetze, welches den Weibsstamm nach Aussterben des Mannsstammes zur Regierungsnachfolge beruft, oder auch, (wie in England,) den Weibsstamm dem Mannsstamme in Beziehung auf die Regierungsnachfolge gleichstellt, ein sicheres Zeichen, daß das Volk, bei welchem ein solches Gesetz besteht, schon in einem gewissen Grade sich selbst zu regieren gelernt hat. Sondern weil das Weib durch die Abschließung einer Ehe in ein anderes Geschlecht übergeht und weil daher sogar die Selbstständigkeit des Staates durch die Thronfolge des Weibsstammes bedroht wird. Auch ist der Wunsch eines Volkes, von einem Fürsten seines Blutes oder seiner Wahl beherrscht zu werden, gewiss nicht unbillig. — 4) Nach dem Absterben des jeweiligen Fürsten kann jedesmal nur Einer aus dem Mannsstamme des Fürstengeschlechts zur Regierungsnachfolge gelangen. Die Bedingung, unter welcher

1) Man nennt diesen Grundsatz die *lex Salica*, *la loi Salique*. Dieser Name schreibt sich von einer Stelle in der *lex Francorum Saliorum* her, (*terra Salica non transeat ad foeminam*;) obwohl diese Stelle nicht unmittelbar von der Thronfolge handelt.

2) Germ. c. 45. — Als Pulcheria, die Schwester des Kaisers Theodosius des Jüngeren, den Römischen Kaiserthron bestieg, reichte sie ihre Hand sofort dem Senator Marcian — zu einer jedoch jungfräulichen Ehe. Gibbon, *history of the decline etc.* V, 306 (Basler Ausg.)

allein die Erbmonarchie mit der Einheit des Staates vereinbar ist.¹⁾ Die an sich vollkommenste Regel aber, welche in Gemäfsheit jenes Grundsatzes für die Ordnung der Regierungsnachfolge aufgestellt werden kann, ist die Ordnung der Erstgeburt oder Primogenitur. Dieser Ordnung spricht die Bestimmtheit, spricht die Stetigkeit, mit welcher nach der Erstgeburtsordnung die Regierung von dem Vater auf den Sohn übergeht, die Vorliebe der Eltern und der Natur für den Erstgeborenen, vielleicht auch das Recht der ersten Besitzergreifung das Wort. Jedoch muß die Eigenschaft des Friedensfürsten schon über die des Kriegsfürsten das Uebergewicht erhalten haben, damit ein Volk diese Ordnung der Regierungsnachfolge wählen oder dabei bestehen könne. Sonst verdient und sonst erhält gewöhnlich die Majoratsordnung den Vorzug; der Grund, warum bei mehreren Völkern, z. B. bei den Türken, nicht der erstgeborene, sondern der älteste Sohn, oder auch der Bruder des verstorbenen Fürsten, zur Regierungsnachfolge gelangt.²⁾ — 5) Jedoch es kann der Fürst, sey es, daß er minderjährig ist, oder daß er in eine Geistes- oder in eine Gemüthskrankheit verfällt, an der Ausübung der Machtvollkommenheit verhindert seyn. In Fällen dieser Art ist theils für die Reichsverwesung, theils für die Bevormundung des Fürsten Vorsorge zu treffen. Es ist rathsam, alsdann den nächsten volljährigen Regierungsnachfolger zum Reichsverweser, die Mutter, oder beziehungsweise die Gemahlin, zur Vormünderin zu bestellen, weil ein

¹⁾ In den Ländern des Deutschen Reichs verkannte man diesen Grundsatz, weil sich die Landeshoheit aus der Grundherrlichkeit entwickelte.

²⁾ Das sonderbarste Erstgeburtsrecht besteht (oder bestand?) wohl auf der Insel Taheiti. So wie dem Könige der erste Sohn geboren wurde, war dieser sofort der König, der Vater wurde Regent und Vormund. (Vielleicht die Folge von früheren Kriegen über die Thronfolge.) S. Magazin merkwürd. Reisebeschr. XXI. Bd. Berlin 1800.

Auftrag am besten demjenigen ertheilt wird, welcher für seine Person ein Interesse hat, denselben wohl auszurichten.¹⁾ Dagegen dürfte der Reichsverweser oder Regent nicht auch als solcher besondern Einschränkungen, — z. B. durch die Zuordnung eines Regentschaftsrathes, — zu unterwerfen seyn. Zwar regiert der Reichsverweser nur im Namen und anstatt eines Andern, auch in dem Falle der Minderjährigkeit des Fürsten, dem gewöhnlichsten Falle, nur vorübergehend. Aber das Interesse des Staates gestattet nicht, die Grundsätze des Vormundschaftsrechtes auf eine Regentschaft anzuwenden. Am allerwenigsten sind Beschränkungen dieser Art in denjenigen Monarchien erforderlich oder zulässig, deren Verfassung ohnehin die Macht des Fürsten beengt²⁾. Allemal ist die Ursache, welche eine Regentschaft nothwendig macht, gleich als eine chronische Krankheit der Monarchie zu betrachten. Darum verdienen die Gesetze Beifall, welche den Fürsten schon in einem vergleichungsweise frühen Alter für volljährig d. i. für befähigt zur Ausübung der Machtvollkommenheit erklären³⁾.

Sowohl in der Wahl- als in der Erb-Monarchie sind die Verhältnisse, in welchen der Fürst zu seiner Familie steht, und eben so seine Eigenthumsrechte auf eine dem Wesen und dem Interesse der monarchischen Verfassung entsprechende Weise zu bestimmen. Es wird jedoch von jenen Verhältnissen und von diesen Rechten in dem

1) Aus diesem Grunde haben einige neuere Familienstatute die Trennung der einen Bestallung von der andern — gegen das vormalige Herkommen — vorgeschrieben. — Vgl. über diese Lehre überhaupt die Verhandlungen des Britischen Parlaments, zu welcher die Gemüthskrankheit des Königs Georg III. Veranlassung gab.

2) In absoluten Monarchien können gegen sie andere Gründe sprechen. Das Testament Ludwigs XIV., welches dem Regenten, dem Herzoge von Orleans, einen Regentschaftsrath beordnete, wurde nicht ohne Grund umgestossen.

3) Nach allen neueren Familienstatuten ist der Fürst volljährig wenn er das 18te Jahr seines Alters, in Frankreich sogar wenn er das 15te zurückgelegt hat.

folgenden nur in Beziehung auf die erbliche Einherrschaft die Rede seyn. Denn, was wegen der einen und der andern in den Wahlmonarchien festgesetzt werden kann und soll, läßt sich nur mit Rücksicht auf die besondere Beschaffenheit einer jeden einzelnen Wahlmonarchie bestimmen.

Ueberall ist das gemeine Eherecht, — das des Landes oder das der Nation oder Kirche, zu welcher das Fürstengeschlecht gehört, — zugleich die Regel für *die* Ehen, welche von den Mitgliedern des Fürstengeschlechts abgeschlossen werden ¹⁾. Wie könnte und sollte es nicht auch für diese Ehen Gesetz seyn? Die Liebe — und der Tod — stellt alle Menschen gleich. (Und wohl dem Fürsten, wenn er als Mensch in der Ehe glücklich ist.) Allerdings aber steht das gemeine Eherecht, in wie fern es zugleich das Eherecht des Fürsten-Geschlechtes ist, in einer unmittelbaren und besonderen Beziehung auf das Interesse der Monarchie. Z. B. ein Recht, welches die Vielweiberei dem Fürsten wie dem Volke gestattet, hat für die Monarchie seine eigenthümlichen Nachtheile. Wo die Vielweiberei Rechtens ist, fehlt es sogar entweder an einem Gesetze für die Ordnung der Thronfolge oder an einer Gewährleistung für das unerschütterliche Ansehn eines solchen Gesetzes ²⁾. Eben so und aus demselben Grunde kann die Gültigkeit oder Wirksamkeit der Ehen, welche von den Mitgliedern des Fürstenhauses abgeschlossen werden, noch an besondere, dem gemeinen Eherechte unbekannte, Bedingungen geknüpft werden. Eine Bedingung dieser Art ist die des Deutschen Fürstenrechts, daß die Gemahlin dem Gemahle (und umgekehrt) ebenbürtig seyn muß. Jedoch, wenn man auch für diese Bedingung

1) Doch kommen Ausnahmen vor. So berichtet Tacitus (Germ. c. 18.) von den Deutschen: „Singulis uxoribus contenti sunt; exceptis admodum paucis, qui non libidine, sed ob nobilitatem pluribus matrimoniis ambiuntur.“

2) Das beurkundet die Geschichte des Mohamedanischen Reichs. Auch in China hat der Kaiser das Recht, seinen Nachfolger zu wählen.

anführen kann, theils, daß auf derselben die Verwandtschaftsverhältnisse unter den Europäischen Fürstengeschlechtern beruhn, Verhältnisse, welche mit dem Rechtszustande des Europäischen Völkerstaates in der innigsten Verbindung stehn, theils, daß Unterthanen, durch Verschwägerung dem Throne näher gestellt, verleitet und in den Stand gesetzt werden können, die Liebe des Fürsten, das Gemeingut des Volkes, sich zuzueignen, so sind doch auf der andern Seite die Streitigkeiten über die Regierungsnachfolge in Anschlag zu bringen, zu welcher jene Bedingung schon so oft Veranlassung gegeben hat. Besser läßt sich der Zweck dieser Bedingung auf einem indirekten Wege erreichen d. i. wenn man, (nach dem Vorgange einiger neueren Gesetze) die Gültigkeit der Ehe blos von der Zustimmung des Souverains abhängig macht ¹⁾. — Auch das Recht, welches das Verhältniß des Monarchen zu seinen Kindern und zu seinen übrigen Verwandten bestimmt, hat sich an das gemeine Recht anzuschließen. Allemal aber muß die Familie des Fürsten in einer strengeren Abhängigkeit von ihrem Haupte stehn, als die Familie eines Privatmannes von dem ihrigen. Es giebt ein böses Beispiel, es drohen noch gefährlichere Folgen, wenn der regierende Herr nicht Herr in seinem Hause ist ²⁾.

1) Erfreulich ist die Erscheinung, daß bei der Wahl einer fürstlichen Gemahlin jetzt nicht mehr in dem Grade, wie vormals, die Politik waltet. Eben so liegt in dem Art. 14. der Deutschen Bundesakte, welcher den standesherrlichen Geschlechtern das Recht der Ebenbürtigkeit zusichert, eine nicht genug zu rühmende Vorsorge für die Freiheit einer solchen Wahl. Das Wohl einer ganzen Nachkommenschaft steht auf dem Spiele, wenn

„der Fürst zur königlichen Frohne
ins Bette der Infantin steigt.“

Schiller.

2) Die Anwendung oder Entwicklung dieses Grundsatzes ist die Sache eines Familienstates. Bei der Abfassung eines solchen Statutes, (das in keinem Fürstenhause fehlen sollte,) verdient das Statut der vormaligen kaiserlich französischen Familie zu Rathe gezogen zu werden.

Damit die Monarchie das sey, was sie seyn kann und soll, damit der Fürst kein Interesse habe, welches von dem des Volkes verschieden wäre und mit dem Interesse des Volkes in Widerspruch gerathen könnte, darf der Fürst kein Privatvermögen besitzen, darf die Verfassung in dem Fürsten nicht zwei Personen, die des Fürsten und die des Privatmannes, unterscheiden. Wie dieser Grundsatz zu deuten und in Vollziehung zu setzen sey, lehrt das Verfassungsrecht der konstitutionellen Monarchie. Eine jede andere Art der monarchischen Verfassung kann ihn entweder gar nicht oder nur unvollkommen in Adwendung bringen.

FÜNFTES HAUPTSTÜCK.

Von den autokratischen und den repräsentativen Monarchien.

Die Monarchie kann nicht schlechthin eine Autokratie seyn d. i. der Fürst kann nicht alle Regierungsgeschäfte allein, ohne Räthe und Beamte, verrichten *), ausgenommen etwa da, wo er über Wenige und auch über diese nur in wenigen Fällen oder Beziehungen gebietet. Abgesehen von dieser Ausnahme sind die Grentzen, welche seiner Thatkraft, als der eines einzelnen Menschen gesetzt sind, zugleich Schranken seiner Herrschergewalt. Je größer daher der Staat oder die Menge der Regierungsgeschäfte ist, desto weniger kann der Fürst selbst regieren, desto mehr tritt seine persönliche Thätigkeit in den Hintergrund zurück.

Die Monarchie *kann* schlechthin eine repräsentative Einherrschaft seyn d. i. der Fürst kann

*) Es ist also in diesem Hauptstücke nicht von einer Vertretung oder Repräsentation des Volks die Rede.

die Ausübung der Machtvollkommenheit seinen Beamten, einem oder mehreren, schlechthin überlassen, mit dem einzigen Vorbehalte, daß ihm das Recht und die Macht verbleibt, denjenigen oder diejenigen, durch welche er vertreten wird, nach Gutbefinden zu wechseln. Beispiele von solchen Monarchien enthält die Geschichte der Mohamedanischen Staaten. Auch die letzten Könige der fränkischen Dynastie der Merowinger — les rois fainéants — wurden in dieser Ausdehnung von ihren Hausmaiern (Majores domus) vertreten.

Der Fürst *soll* sich nicht schlechthin durch seine Beamte vertreten lassen; er soll auch selbst regieren. — Das fordert sein eigenes Interesse oder das Interesse der monarchischen Verfassung. Ein Fürst, der seine ganze Gewalt in die Hände seiner Beamten, besonders in die eines einzigen, legt, läuft Gefahr, die Gewalt selbst zu verlieren. Die Beispiele, welche von der Möglichkeit einer schlechthin repräsentativen Monarchie bei dem vorhergehenden Satze angeführt worden sind, bestätigen zugleich die Gefährlichkeit, welche eine solche Verfassung für den Monarchen hat. Tiberius bedurfte seiner ganzen Verschlagenheit, um die Allgewalt, die er aus Arbeits- und Menschenen in die Hände des Sejan gelegt hatte, zurückzunehmen. — Eben so spricht das Interesse des Staats für jene Forderung. Der König soll für das Volk mehr seyn, als bloß das Bild der Machtvollkommenheit oder als bloß die bewegende Kraft, welche die Staatsmaschine im Gange erhält. Man erkennt insbesondere den Geist der konstitutionellen Monarchie, wenn man von dieser Verfassung den Satz aufstellt: Der König soll herrschen, nicht regieren, (le roi règne, il ne gouverne pas,) d. i. — denn kein anderer vernünftiger Sinn läßt sich in diesen Satz legen, — der König hat zwar sein Ministerium zu ernennen und nach Befinden zu wechseln, demselben aber die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten zu überlassen. Allerdings ist es ein Vorzug der konstitutionellen Monarchie, daß die Er-

folge dieser Verfassung weniger, als die anderer Formen der Monarchie, von den persönlichen Eigenschaften des Monarchen abhängen. Allein man würde diesen Vorzug in das Gegentheil verwandeln, wenn man dem Monarchen das Recht abspräche, mit seinen Ministern und durch sie zu regieren. Auch müßte man die Menschen wenig kennen, wenn man diesen Gedanken für ausführbar hielte. An die Stelle jener Regel ist vielmehr die Regel zu setzen: Nichts ohne den Fürsten, nichts allein durch den Fürsten.

Die Frage: Welche Angelegenheiten die Verfassung der Entscheidung oder Kenntnissnahme des Fürsten vorzubehalten habe, ist, nach der Verschiedenheit der Arten der Monarchie, so wie mit Rücksicht auf die Zeitumstände, bald so bald anders zu beantworten. Allemal aber muß die Ernennung der Beamten, wenigstens die der höheren, vom Fürsten abhängen ¹⁾, — darf kein Gesetz, keine Verordnung allgemeinen Inhalts ohne Zustimmung des Fürsten in Kraft treten können, — muß eine jede Regierungsmaßregel, bei welcher das Wohl und Wehe des ganzen Staates unmittelbar betheiligt ist, der Genehmigung des Fürsten bedürfen, — sind selbst gewisse, besondere Regierungshandlungen, z. B. Belohnungen und Begnadigungen, von der Regel auszunehmen, daß sich der Fürst auf die Leitung des Ganzen (oder auf das Regieren in der engeren Bedeutung) zu beschränken habe. Dagegen giebt es ein Staatsgeschäft, bei welchem sich der Fürst — von Rechtswegen — schlechthin vertreten lassen soll, — das Rechtsprechen ²⁾.

In der Monarchie, (wenn auch nicht in einer jeden,)

1) Wer das Recht hat, die Beamten zu ernennen, ist oder wird über kurz oder über lang Herr im Staate seyn.

2) Tiberius „non patrum cognitionibus satius iudiciis adsidebat in cornu tribunalis, ne praetorem curuli depelleret. Multaque eo coram adversus ambitum et potentium preces constituta. Sed dum veritati consulitur, libertas corrumpebatur.“ Tac. Ann. I, 75.

können die Beamten die Stellung haben, daß sie ebenso wohl Vertreter der Unterthanen, als Vertreter des Souverains sind, ohne daß die eine Eigenschaft der andern Eintrag thäte. Denn sie werden in der Einherrschaft einerseits aus dem Volke gewählt, sind also nicht, wie in der Aristokratie, selbst Mitglieder der herrschenden Körperschaft; sie werden andererseits nicht vom Volke gewählt, wie in der Volksherrschaft. Aus dem erstern Grunde trifft das Schicksal, welches sie dem Volke bereiten, schlechthin auch sie als Unterthanen. Aus dem letzteren Grunde genießen sie einer Unabhängigkeit vom Volke, welche ihnen in der Volksherrschaft um so mehr abgehn kann, da sie unter dieser Verfassung gewöhnlich nur von einer Parthei und nur auf eine bestimmte Zeit gewählt werden. Aus dem einen und aus dem andern Grunde aber begünstiget die Monarchie die Entstehung eines Amts- oder Korporationsgeistes in dem Beamtenstande, welcher dieser Stand in die Mitte zwischen dem Fürsten und dem Volke stellt. Je zahlreicher der Beamtenstand ist, je mehr die Arbeiten vertheilt sind, desto mehr wird sich diesen Stand in dieser Eigenschaft bewähren. Wie oft geschah es in den Deutschen Ländern, daß die landesfürstliche Kammer mit der Landesregierung in Streit gerieth. Wie oft sind noch jetzt die verschiedenen Ministerien in derselben Angelegenheit verschiedener Meinung.

ZWEITER ABSCHNITT.

Besonderer Theil der Verfassungslehre der Einherrschaft.

ERSTES HAUPTSTÜCK.

Von der Despotie oder der Zwingherrschaft.

Die Verfassung ist eine Despotie, wenn sie das Volk durch Furcht vor (mechanischem) Zwange einer Herrschaft der Willkühr unterwirft.

Die Despotie ist nicht schon ihrem Wesen nach die Herrschaft eines Einzigen. Auch die Aristokratie kann in Beziehung auf ihre Unterthanen eine Despotie seyn. Despotische Aristokratien kommen sogar in grosser Anzahl in der Geschichte vor. Denn die sogenannten Lehns- oder Feudalverfassungen gehören insgesamt unter diese Kategorie, also z. B. die Verfassungen, welche einst die Staaten Deutschen Ursprungs hatten ¹⁾. Ein Feudalreich hat zwar dem Namen nach einen König zum Oberhaupte, aber die Macht ist in den Händen eines Kriegsadels d. i. erblicher Häuptlinge, welche dem Könige nur als dem Haupte und Schutzherrn der unter ihnen bestehenden Konföderation und nur als Vasallen einen zweideutigen Gehorsam leisten, im übrigen aber, ein Jeder über seine Apterlehnsleute oder Grundholden oder über seinen Stamm, als Feldhauptleute gebieten. Wenn wir gleichwohl vorzugsweise die Zwingherrschaft eines Einzigen mit dem Namen einer Despotie bezeichnen, so ist der Grund der, daß die Despotie nur in der Form der Monarchie vollstän-

1) Eine ähnliche Verfassung hatte das Mexikanische Reich, als es von den Spaniern erobert wurde, haben noch jetzt mehrere Staaten Asiens. — Man kann sogar behaupten, daß die Feudalverfassung für gewisse Verfassungen ein nothwendiges Stadium ihrer Entwicklung sey.

dig dargestellt werden kann. (Auch in dem vorliegenden Hauptstücke wird das Wort: Despotie nur in diesem Sinne gebraucht werden.) — Eben so wenig ist, wenn die Verfassung die Eigenschaft einer Despotie hat, schon deswegen auch die Regierung despotisch. Eine despotische Verfassung giebt an und für sich dem Herrscher nur die Macht, despotisch zu regieren. Doch verleitet sie ihn leicht zu einer despotischen Regierungsweise, weil sie von ihm zu viel d. i. weil sie von ihm fordert, einer Macht, die ihrer Beschaffenheit und der Verfassung nach ungemessen ist, selbst Grentzen zu setzen. Auch kann sie ihn in die Nothwendigkeit versetzen, in einzelnen Fällen oder Beziehungen von dieser Macht einen willkührlichen Gebrauch zu machen. Aber, wenn es auch kein Ideal einer despotischen Verfassung giebt, so giebt es doch ein Ideal eines Despoten. Ja, dieses Ideal ist schon oft, z. B. von den Dichtern des Morgenlandes, mit so reizenden Farben geschildert worden, daß man versucht seyn könnte, der Despotie eine Lobrede zu halten, wenn nicht in jenen Schilderungen der Despot aufhörte, Despot zu seyn. Umgekehrt ist der Fall möglich, daß die Regierung despotisch seyn kann, ungeachtet die Verfassung nicht eine Despotie ist. Man kann sogar behaupten, daß eine jede monarchische oder aristokratische Verfassung, um Ruhe und Ordnung im Inneren des Staates zu erhalten, etwas von der Despotie entlehnen muß. (Daher das allgemeinere Interesse der vorliegenden Lehre!) — Endlich, auch die absolute oder die durch die Formen der Verfassung unbeschränkte Monarchie ist nicht mit der Despotie zu verwechseln. Eine jede Despotie ist zwar eine absolute Monarchie. Aber die Despotie ist kraft der Grundlage, auf welcher die Macht des Herrschers in der Despotie beruht, eine besondere Art der absoluten Monarchie; sie ist diejenige Art der Monarchie, welcher die Macht des Herrschers Alles, sein Recht nichts ist.

Jene Grundlage ist die Kriegsmacht des Herrschers, ein dem Herrscher ergebenes Heer. — Zwar schei-

nen in der Geschichte auch Beispiele von geistlichen Zwingherrschaften vorzukommen. Als eine Verfassung dieser Art könnte man z. B. die Verfassung der Assassinen, dieser in den Zeiten der Kreuzzüge so berüchtigten Völkerschaft oder Glaubensparthei, betrachten ¹⁾. Eine Grundlehre und die Hauptpflicht ihres Glaubens war unbedingter Gehorsam gegen ihr Oberhaupt, den Alten vom Berge. Auf sein Geheiß gaben sie sich augenblicklich den Tod; oder zückten sie den Dolch, um an einem Andern eine ihnen fremde Beleidigung zu rächen, obwohl der unmittelbaren Wiedervergeltung gewiss. (Wer den Tod nicht fürchtet, ist entweder der freieste Mann oder der gehorsamste Knecht.) Um sie gegen die Todesfurcht zu stählen, wurden sie oder wenigstens die Auserwählten in einer reizenden von der übrigen Welt abgesonderten Gegend unter dem Vorgeschmacke der Freuden einer andern Welt erzogen und dann, während eines künstlich bewirkten Schlafes, aus dieser Gegend wieder in die wirkliche Welt versetzt. Sie glaubten nun, das schöne Land ihrer Jugend, den Gegenstand ihrer Sehnsucht, sofort wieder zu betreten, wenn sie in dem Dienste ihres Herrn und Meisters den Tod fänden. Eben so ist man versucht, die Verfassung der Natchez, einer einst zahlreichen Völkerschaft in dem heutigen Louisiana ²⁾, unter die Kategorie der geistlichen Zwingherrschaften zu bringen. Das Oberhaupt des Stammes nannte sich Sonne und Bruder der Sonne. Seine Wohnung war das oberste Stockwerk eines ihm gewidmeten Tempels. Von hier aus begrüßte er jeden Morgen die aufgehende Sonne. Mit unumschränkter Gewalt gebot er über sein Volk. Wurde

1) Vgl. Wilken, Geschichte der Kreuzzüge. Th. II. (Lpz. 1813.) S. 239. — v. Hammer, Geschichte der Assassinen. Tübing. 1818

2) Die Völkerschaft scheint, wie so manche von den Stämmen der kupferfarbenen Menschenrasse, durch Kriege und Krankheiten untergegangen zu seyn. Vgl. The history of Canada from its first discovery, comprehending an account of the original establishment of the colony of Louisiana. By Heriot. Lond. 1803.

ihm ein Thronfolger geboren, so war diesem ein jedes Kind männlichen Geschlechts, das an der Mutter Brust war, geweiht. Seine Diener und Begleiter im Leben, ließen sich diese Geweihten, wenn er starb, mit Freude erdrosseln, um ihren Herrn auch in einer andern Welt zu bedienen. — Allein eine Herrschaft, die auf den guten Willen der Unterthanen zählen kann, mögen die Opfer, die sie von ihnen verlangt, auch noch so groß seyn, ist dennoch nicht eine Zwingherrschaft.

Zwingherrschaften verdanken ihren Ursprung bald einer Eroberung, da die Kriegszucht an strengeren Gehorsam gewöhnt, der Feldherr sich der Allmacht seines Worts erfreut, das Gewonnene durch dieselben Mittel zu bewahren ist, durch welche es gewonnen wurde; ¹⁾ bald einem Partheikampfe im Volke, oder einem Bürgerkriege, wenn nur das Machtwort eines Einzigen dem Zerfallen des Staates vorbeugen, oder die Erbitterung der unterliegenden oder besiegten oder den Uebermuth der obsiegenden Parthei im Zaume halten kann. Beispiele von dem ersteren Falle enthält die Geschichte der Asiatischen und der Afrikanischen Staaten, von dem letzteren die Geschichte der Griechischen und anderer Freistaaten ²⁾. — Auch scheint es Despotien zu geben, welche als Erzeugnisse der Denk- oder Gemüthsart der Nation zu betrachten sind, sey es, daß die Nation von keiner andern Verfassung einen Begriff hatte, als von einer Herrschaft der Willkühr, oder daß sie aus Feigheit das Aeußerste in der Knechtschaft erfahren mußte.

Die Zwingherrschaft hat allmal in sich selbst einen Feind; einen Feind, welcher ihr oder wenigstens dem Herrschergeschlechte schon oft den Untergang gebracht

1) Tacit. Hist. I, 30.

2) Einen Tyrannen nannten die Griechen überhaupt denjenigen, welcher die Volks- oder die Adelsherrschaft seines Vaterlandes — durch Gewalt oder List — in eine Einherrschaft verwandelt hatte.

Vgl. die Stelle b. Herodot: V, 92.

hat. Der Despot, durch die Verfassung zu Allem berechtigt und zu nichts verpflichtet, ist der Gefahr ausgesetzt, sich entweder durch Grausamkeiten verhaßt oder, indem er sich, um seinen Lüsten zu fröhnen, von den Geschäften zurückzieht, verächtlich zu machen.

Obwohl die Zwingherrschaft nur unter der Bedingung, daß sie die Herrschaft eines Einzigen ist, schlechthin eine Zwingherrschaft seyn kann, so steht sie doch zugleich mit dem Wesen der Monarchie in Widerspruch. Denn der Despot ist nicht als Repräsentant der Idee der Machtvollkommenheit, sondern er ist für seine Person, er ist als Individuum Herr und Herrscher. Darum ist er auch als Fürst oder im rechtlichen Sinne nicht unsterblich. Darum ist mit dieser Verfassung eine ein für allemal festgesetzte, eine von dem jeweiligen Fürsten unabhängige Ordnung der Thronfolge kaum vereinbar. Darum neigt sich eine jede Despotie zur Wahlmonarchie hin. — Selbst als eine Art der absoluten Monarchie betrachtet ist die Despotie eine mangelhafte Verfassung. Denn eine jede Despotie ist ein Doppelstaat. Den einen Staatsverein bildet die bewaffnete Macht, welche das Volk in Gehorsam hält, den andern das Volk, welches durch die bewaffnete Macht in Gehorsam gehalten wird. Nur der letztere kann dem Herrscher unbedingt unterworfen seyn. In Verhältniß zu dem ersteren hat der Herrscher bald mit den Anmaßungen der Kriegsbefehlshaber, bald mit der Aufsässigkeit der Menge zu kämpfen; er muß das Heer, durch welches und mit welchem er herrscht, durch Vorrechte und Gunstbezeugungen auszeichnen, damit es ihm desto gewisser gegen das Volk beistehe. — Aber noch mehr! die Despotie ist sogar der Demokratie verwandt! (*Les extrêmes se touchent*). Denn die Despotie stellt alle Unterthanen einander gleich, indem sie alle derselben Knechtschaft unterwirft. Sie macht eben so alle Aemter und Würden, die höchsten wie die niedrigsten, einem Jeden zugänglich, da der Weg zu allen Aemtern und Würden derselbe ist, — die Gunst und Gnade des

Fürsten. Dasselbe gilt von den Stellen im Heere. Dieses ist überdies, stolz auf seine Wichtigkeit, nicht weniger eifersüchtig auf seine Vorrechte, als in der Demokratie das souveraine Volk. Daher kommen in den Zwingherrschaften nicht selten Auftritte vor, welche an die Wirren der Volksherrschaft erinnern. Alles gehorcht dem Winke eines Einzigen; aber plötzlich bricht ein Aufstand des Heeres aus und der Herrscher muß siegen oder fliehen oder untergehen ¹⁾. — In der Regierungsform der Despotie muß das mechanische Princip vorherrschen. Vertheilung der Regierungsgeschäfte, so daß dem einen Beamten diese dem andern eine andere Art dieser Geschäfte übertragen wird, eine Organisation, welche dieselbe Sache der Beurtheilung mehrerer öffentlichen Stellen stufenweise zu unterwerfen gestattet, kollegialische Behörden sind in der Despotie nicht an ihrem Orte. — In dieser Verfassung muß es entweder gar keine Gesetze oder recht viele Gesetze geben. Da, je größer die Zahl der Gesetze ist, desto unvermeidlicher Kollisionen und Widersprüche unter ihnen sind, so ist die Herrscherwillkühr in dem letztern Falle eben so wenig, als in dem ersteren, durch Gesetze gebunden ²⁾.

Maximen des Despotismus: Ein besonders dringendes Anliegen des Despotismus, vielleicht das dringendste, ist die gänzliche Sonderung des Heeres vom Volke. Denn nicht nur giebt es kein besseres Mittel, das Heer zu einem für die Bändigung des Volkes tauglichen Werkzeuge zu machen, sondern es liegt in jener Sonderung zugleich eine gewisse Bürgschaft für den Gehorsam des Heeres. Das Vortheilhafteste für die Zwingherrschaft ist, wenn Stam-

1) Montesquieu, des causes de la grandeur des Romains c. 16. — Gibbon, history etc. T. I. p. 415. (Basler Ausg.)

1) So äußerte sich der Dr. Francia, Paraguay's vor kurzem (1838) verstorbener Dictator, über die Gesetzgebung, welche dem Interesse der Despotie entspreche. Ueberhaupt ist das Leben dieses merkwürdigen Mannes ein wichtiger Beitrag zu der Lehre von der Zwingherrschaft.

mesverschiedenheit die bewaffnete Macht und das Volk scheidet. Daher wird eine Zwingherrschaft am leichtesten und besten so gegründet, daß, in dem Falle einer Eroberung, und wenn die Sieger einer anderen Nationalität sind, als die Besiegten, der Eroberer das Volk, durch welches er siegte, (wie einst Cyrus seine Perser,) in das eroberte Land versetzt und ihm allein die Vertheidigung des Landes überträgt ¹⁾. Schon die Mafsregel hat sich als ein Geheimniß der Zwingherrschaft bewährt, wenigstens zu Leibwächtern Fremdlinge zu wählen. So waren Fremdlinge, Deutsche, schon unter den ersten Römischen Kaisern der Kern der Prätorianer ²⁾. So bildete der Sultan der Türken, Amurat III., seine Leibwache aus jungen Christensklaven ³⁾. Daß er diese zuvor zur Annahme des Islams nöthigte, brachte sein Glaube und nicht sein Vortheil mit sich. Jedoch giebt es noch andere, wenn auch minder wirksame, Mittel, das Heer vom Volke zu sondern. Man gebe z. B. dem Heere und nur dem Heere, eine eigene und glänzende Diensttracht; man verlege es in abgesonderte Wohnungen; ⁴⁾ man stelle es in allen und jeden Rechtssachen unter besondere Gerichte, man zeichne es überhaupt durch solche Vorrechte aus, welche, ohne den Gehorsam des Heeres zu gefährden, die Spannung zwischen ihm und dem Volke vermehren; man werbe nur Unverheirathete an und untersage den Angeworbenen die Ehe, und man darf sich der Hoffnung getrösten, auch so

1) Wenn sich der Eroberer durch die Umstände genöthigt sieht, auch die Besiegten zu den Waffen zu rufen, so ist die Aufgabe schon schwieriger. Mit besonderer Klugheit scheint die Chinesische Regierung diese Aufgabe gelöst zu haben. Sie unterhält zwei stehende Heere, das Mongolische (Tartarische) und das Chinesische. Jenes ist das bevorrechtete.

2) Tacit. Ann., I, 24.

3) Xenophon giebt dem Helden seiner Cyropädie (Libr. VII.) Eunuchen zu Leibwächtern. — In einigen Negerstaaten besteht die Leibwache des Fürsten aus — Weibern.

4) Tacit. Ann. IV, 2. — In England wurde der Plan, das Heer in Baraken zu verlegen, nur mit grossem Widerspruche ausgeführt.

das in Frage stehende Ziel zu erreichen. — Jedoch, obwohl schon die Sonderung des Heeres vom Volke dem Herrscher den Gehorsam des Heeres in einem gewissen Grade verbürgt, so reicht sie doch allein noch keinesweges hin, auch dieses Anliegen des Despotismus zu befriedigen. Sie kann sogar, indem sie zugleich den Trotz und Uebermuth des Heeres steigert, in der entgegengesetzten Richtung wirken. Zu den Mitteln, durch welche die dem Zwingherrs von dieser Seite drohende Gefahr abgewendet werden kann, gehört nun vor allen Dingen die Kriegszucht, diese durch den Trieb der Selbsterhaltung gebotene Knechtschaft, welche um so grössere Wunder wirkt, da sie nicht, wie eine andere Knechtschaft, herabwürdigt, sondern verdienstlich ist ¹⁾. Jedoch der Despotismus bedarf noch anderer auf sein Interesse unmittelbar berechneten Mittel, um das Heer in Gehorsam zu halten. Der Zwingherr hat sich z. B. mit einer besonders bevorrechteten Leibwache zu umgeben; beneidet von dem übrigen Heere, eifersüchtig auf ihre Vorrechte, wird eine solche Leibwache gehorchen und dem übrigen Heere Gehorsam gebieten, um sich selbst in ihrer Stellung zu behaupten ²⁾. Eben so liegt es in dem Interesse eines Zwingherrn, Spaltungen unter den verschiedenen Abtheilungen des Heeres zu veranlassen, ingleichen das Heer, durch die Verlegung der Mannschaft an verschiedene Orte, zu vereinzeln ³⁾. Aber, auch wenn der Zwingherr von diesen Mitteln Gebrauch macht, wird noch immer der Boden unter seiner

1) Als August endlich die höchste Gewalt errungen hatte, war eine seiner ersten Sorgen, die Kriegszucht wieder herzustellen. Lange blieb die disciplina Augusti das Grundgesetz des Römischen Heeres. Sie wird noch in den Pandekten erwähnt.

2) Hiermit scheint zwar das Verhalten der Janitscharen im Osmanischen Reiche in Widerspruch zu stehn. Aber der Fehler war der, daß es, außer den Janitscharen, keine andere stehende Kriegsmannschaft gab. — Es versteht sich übrigens von selbst, daß alle diese Maximen auch eine andere Deutung und Stellung zulassen.

3) Tacit. Hist. I, 51. — Auch ist dieselbe Mannschaft nicht lange an demselben Orte als Besatzung zu lassen.

Herrschaft schwanken, sobald die Kriegszucht in einem langen Frieden erschlaft, oder der Fürst nicht mehr an der Spitze seines Heeres erscheint, oder das Kriegsglück den Fahnen des Fürsten beharrlich untreu wird. Der König ist das Lebensprincip und das Lebensende der Despotie! — Der Despot hat sich mit einer Pracht und Herrlichkeit zu umgeben, welche ihn in den Augen seiner Unterthanen in ein übermenschliches Wesen verwandelt. Wenn Tippo Saib des Morgens aufstand, mußten sich 500 Elephanten vor ihm niederwerfen! Der Despot muß sich nur selten dem Volke zeigen, das Erscheinen vor seinem Antlitze nicht einem Jeden gestatten, denen, die sich ihm nahen, die Beobachtung eines demüthigenden Ceremoniels auferlegen. Die Grönländer feiern ein Fest, wenn sie die Sonne das erstemal im Jahre erblicken; wir halten das Scheinen der Sonne für unser Recht. — Es liegt in dem Interesse des Despoten, seine Allgewalt von Zeit zu Zeit durch einzelne Handlungen der Herrscherwillkühr zu offenbaren, z. B. den Einen aus dem Staube zu einer der höchsten Stellen im Staate plötzlich emporzuheben, einen Andern von der Höhe herabzustürzen, auf welche er ihn gestellt hat*), den Schuldigen zu begnadigen, den Unschuldigen mit dem Schuldigen zu bestrafen. — Eben so ist es der Vortheil eines Despoten, die Angeber, (die delatores,) zu begünstigen und zu belohnen; in die Geheimnisse der Unterthanen, durch Auspäher, u. s. w. einzudringen, den Lauf der Gerechtigkeitspflege zu hemmen oder durch Machtsprüche zu stören. — Das Machtwort, das ein solcher Herrscher einmal gesprochen hat, muß unabänderlich seyn, wie ein Götterspruch. In dem altpersischen Reiche konnte der Fürst den Verbrecher, den er verurtheilt hatte, nur so begnadigen,

*) In der Türkei wurde bisher, (bis zum Jahre 1838) alljährlich eine Liste bekannt gemacht, welche diejenigen benannte, die für das nächste Jahr die höheren und höchsten Aemter im Staate verwalten sollten. Eine dem Geiste der Despotie vollkommen entsprechende Einrichtung.

dafs die Strafe gleichwohl an den Kleidern des Begnadigten vollzogen werden mußte ¹⁾). — Ist das Volk der Knechtschaft noch ungewohnt, so wird es rathsam seyn, ein despotisches Gesetz, das bei seinem Erscheinen Unzufriedenheit erregt, anfangs, eine kürzere oder längere Zeit, unvollzogen zu lassen. — Denique, mundus vult decipi.

Gleichwohl hat auch die Despotie ihre Lichtseite. — Diese Verfassung ist vor allen andern geschickt, einen grossen Staat, dessen Einheit nicht auf der Nationaleinheit des Volkes beruht, zusammenzuhalten. Die Römer unterwarfen sich einem Imperator d. i. dem Haupte des Heeres, damit die vielen, der Sprache und der Sitte nach ungleichartigen Völker, welche von ihnen nach und nach unterjocht worden waren, nicht des Gehorsams vergäfsen. — Auch das läfst sich zum Vortheile der Despotie geltend machen, dafs die Blitze des fürstlichen Zorn's weit seltener den gemeinen Mann, als die Grossen und Mächtigen treffen, die Willkühr des Herrschers daher zugleich eine Schutzwache gegen die Willkühr der Beamten ist ²⁾); — dafs der Mensch, durch eine Verfassung dieser Art ewig in einen Zustand der Nothwehr versetzt, zur Entwicklung seiner Kräfte desto mächtiger aufgefordert wird; — dafs dieselbe Verfassung in so fern einen eigenthümlichen Reitz hat, als sie das Leben in ein Wag- und Glücksspiel verwandelt ³⁾).

Jedoch alle diese Vortheile sind nur ein schwacher und ungewisser Ersatz für all das Unheil, welches die Zwingherrschaft in ihrem Gefolge hat ⁴⁾). — Wenn die einherrschaftliche Verfassung desto vollkommener ist, je weniger sie das Schicksal des Volkes von den Eigen

1) Gaudin, essai historique sur la législation de la Perse, Par. 1789.

2) Vgl. Chardin, Reise nach Persien. In der Sammlung der besten und neuesten Reisebeschreibungen. Bd. VI. (Berlin 1768.)

3) Glücksfälle, Beispiele von, in der Lotterie des Lebens gezogenen, Gewinnsten sind das Hauptthema der arabischen Märchen.

4) Ueber die nachtheiligen Folgen des Depotismus s. A tour to Sheeraz. By Waring. Lond. 1807.

schaften des jeweiligen Fürsten abhängig macht, so hängen dagegen in der Zwingherrschaft die Erfolge der Staatsverwaltung allein von dem persönlichen Werthe des jeweiligen Herrschers ab. Und was hat man wohl von einem Fürsten zu erwarten, welcher die Menschen verachten muß, weil er über sie nach Willkühr und Laune gebieten kann? von einem Fürsten, welcher eben deswegen, weil er die Menschen verachten muß, nur zu geneigt seyn wird, sich für die Einsamkeit seines Daseyns durch sinnliche Genüsse zu entschädigen? von einem Fürsten endlich, welcher unter der verdachtsam-strengen Zucht seines Vorgängers herangewachsen ist? — Eine Verfassung ist desto vollkommener, je vortheilhafter sie auf die Sittlichkeit des Volkes wirkt. Aber in der Zwingherrschaft reißt die Ueberzeugung, daß der Zufall die Welt beherrsche, Glück oder Verschmitztheit die Stelle des Verdienstes vertrete, alle Stände zur Kriecherei oder zur Eigenmacht, zu blinder Unterwerfung oder zur Vermessenheit hin. Eine jede Macht und Gewalt wird zur Unterdrückung Anderer benutzt, weil man das eigene Schicksal durch Wiedervergeltung zu mildern glaubt. Man nimmt Geschenke, weil man Geschenke machen muß. Man sucht, in einer jeden Stellung unsicher, um einen jeden Preis höher zu steigen. Man setzt alles auf das Spiel, weil schon Alles auf dem Spiele steht. Wenn der Tugend und des Lasters derselbe Ausgang wartet, so ist der der Mannhaftere, welcher nicht unverdient fällt. Wenn der Unterthan, wie in Persien*), in dem Fürsten das Sinnbild der Gewaltthätigkeit erblickt, so ist es kein Wunder, wenn er diesem Vorbilde selbst nachahmt. So stolz sich aber der Mächtige gegen die ihm Untergebenen brüstet, so demüthig beugt er sich vor den über ihn Stehenden. Der Despotismus kann die Menschen sogar

*) Gaudin, essai historique sur la législation de la Perse. Par. 1789.

in dem Grade erniedrigen, daß sie nicht warten, bis die Knechtschaft kommt, sondern ihr entgegengehn¹⁾).

Zum Glück ist die Zahl der Beispiele von streng-despotischen Verfassungen, welche in der Geschichte vorkommen oder welche noch jetzt bestehn, denn doch nur gering. In der scheußlichen Gestalt, in welcher der Despotismus noch jetzt auf einigen Negervölkern, z. B. in dem Reiche Dehomey, lastet oder in welcher er einst auf den Hindus unter ihren Mohamedanischen Beherrschern lastete, ist die Zwingherrschaft denn doch nur eine seltene Erscheinung²⁾. — Wenn auch die Verfassung eines Reichs, zu Folge der Grundlage der Herrschergewalt, eine Despotie ist, so hält doch häufig die Religion die Willkühr des Herrschers in gewissen Schranken. So besitzen z. B. die Völker, welche sich zum Islam bekennen, ungeachtet des despotischen Charakters ihrer Verfassungen, in dem Koran eine Verfassungsurkunde, welche der Fürst nicht ohne seine Gewalt zu gefährden verletzen kann³⁾. Zwar kennt der Koran keine Priesterschaft. Aber die Stelle derselben vertreten die Ausleger des Korans, Ulemas genannt. — Auch die Verwandtschaft der Despotie mit der Demokratie ruft zuweilen Einrichtungen ins Leben, welche den Despotismus mäßigen. In der Turkey hat jede Ortschaft ihren Vorstand, welcher, von der Gemeinde gewählt, diese in Verhältniß zu den Staatsbeamten vertritt. In den Städten giebt es noch überdies Zünfte, Vereine zur Wahrung der Rechte der Zunftgenossen. Alle Einwohner einer Stadt, die, welche in den Diensten des Großsultans stehn, allein ausgenom-

1) Historischer Versuch über die Revolution in Paraguay und die Direktorialregierung des Dr. Francia. Von Renger und Longchamps. Stuttg. 1827.

2) Magazin von merkwürd. neuen Reisebeschr. Bd. V. (Berlin 1791). S. 383. — Bibliothek der neuesten und wichtigsten Reisebeschr. Von Sprengel. Bd. IX. (Weimar 1803.) S. 151.

3) Législation Orientale etc. Par Anquetil Duperron. Amsterd. 1778. — Principles of Asiatic Monarchies. By Patton.

men, gehören zu der einen oder der andern dieser Zünfte ¹⁾).

Uebrigens hat der Despotismus nicht für ein jedes Volk dieselben Schrecknisse. Wer, wie die Bekenner des Islams, an ein Fatum glaubt, erblickt in einem ihn treffenden Gewaltstreiche nicht eine Handlung der Willkühr sondern die Erfüllung eines Schicksals, das ihm von Ewigkeit her unabänderlich bestimmt war ²⁾. Wer, wie die Römer ³⁾, das Leben als ein Gewand betrachtet, das man nach Gefallen ablegen kann, wird den Tod, auch wenn er ihm gegeben wird, nicht für das Aeufserste der Uebel halten. Darum beugen sich die Mohamedaner williger unter eine Gewaltherrschaft. Darum fand bei den Römern die Zwingherrschaft, die auf die Tage des Freistaates folgte, kaum einen Widerstand.

ZWEITES HAUPTSTÜCK.

Von den

väterlichen oder patriarchalischen Einherrschaften.

Keine andere Verfassung kommt so häufig in der Geschichte vor, als die, welche das Volk unter eine väterliche oder vormundschaftliche Gewalt stellt. Man darf behaupten, daß diese Verfassung für alle die Völker ein Bedürfnis sey, welche weder auf einer der niedrigsten

1) S. Olivier's Reise durch die Turkey. In Sprengel's n. Bibliothek etc. Bd. VI. (Weimar 1802.) — Ein neuerer Reisebeschreiber, Urquhart, schlägt die Gemeindeverfassung des türkischen Reichs so hoch an, daß er ihr hauptsächlich die Erhaltung dieses Reiches zuschreibt.

2) Der Fatalismus ist die Religion des Despotismus. Gibbon I, 136. (Basler Ausg.)

3) „Documenta sequentia erunt bene Arruntium morte usum.“ Tacit. Ann. VI. 48. — Man kann diese Ansicht als das Gegentheil der fatalistischen betrachten. (Bei den Türken sind Selbstmorde usersst selten.)

noch auf einer der höchsten Stufen der geistigen und sittlichen Bildung stehn. Ein Mittelzustand, (und die väterlichen Herrschaften halten die Mitte zwischen der Despotie und der Demokratie,) ist in einer jeden Beziehung das Loos der Menschheit. Die Natur selbst stellte in der Gewalt des Familienvaters ein Vorbild der väterlichen Herrschaften auf. Dürfte man das Regieren einer jeden andern Arbeit gleichstellen, so könnte man auch das Princip der Theilung der Arbeiten zur Erklärung des Ursprungs und als einen Beweis für den Werth dieser Verfassungen benutzen.

Der Grundsatz dieser Verfassungen ist: Alles für das Volk und nichts durch das Volk! (Dagegen lautet der Grundsatz der Despotie so; Alles für und alles durch den Fürsten! — der der Demokratie: Alles für und Alles durch das Volk!)

So verschieden auch die Grundlagen sind, auf welchen die väterlichen Herrschaften beruhen, so sind doch diese Grundlagen einander so nahe verwandt, und so haben sie doch eine so grofse Anziehungskraft gegen einander, dafs eine in der Erfahrung bestehende väterliche Herrschaft selten blos eine dieser Grundlagen hat. Allemal aber entscheidet nur die eine oder die andere über den Grundcharakter einer solchen Verfassung *).

1) Von den stammväterlichen Einherrschaften.

Die Natur hat die Menschen durch die Verbindung zu einander gesellt, welche sie unter den Mitgliedern einer und derselben Familie stiftete. Aus mehreren mit einander verwandten Familien erwachsen mit der Zeit Stämme. Diese bedurften dann irgend einer Regierung, irgend einer Leitung in den allen Stammesgenossen gemeinschaftlichen Angelegenheiten. So entstanden Staatsvereine. Die ersten Staatsvereine waren insgesamt zugleich Stammesvereine d. i. sie bestanden aus Familien derselben Ab-

*) Die vorstehende Einleitung bezieht sich auch auf die väterlichen Aristokratien.

stammung. So lange nun der gemeinschaftliche Stammvater dieser Familien lebte, war er das von der Natur selbst eingesetzte Haupt des einen und des andern Vereines, hatte der Stamm, in der Eigenschaft eines wenn auch noch so unvollkommenen Staatsvereines, eine stammväterliche Verfassung in der eigentlichen Bedeutung. Der Stammvater verdankte das Ansehn, das er als Stammesfürst hatte, allen den Ursachen, welchen ein Familienvater die Gewalt verdankt, die er über die Seinigen übt. Er verdankte dieses sein Ansehn dem geistigen und moralischen Uebergewichte, das er über seine Nachkommen hatte, vielleicht auch einem geheimen Einflusse des zwischen Eltern und Kindern bestehenden physischen Verhältnisses.

Aus dieser stammväterlichen Einherrschaft in der eigentlichen Bedeutung konnte sich nun leicht, ja mußte sich nach Zeit und Umständen eine andere jener verwandte stammväterliche Einherrschaft, eine stammväterliche Einherrschaft in der uneigentlichen Bedeutung entwickeln, d. i. die Verfassung, welche die Eigenschaft und die Rechte des Ahnherrn des Stammes — oder des Stammvaters in der eigentlichen Bedeutung — in seiner Nachkommenschaft nach einer gewissen Reihenfolge erblich macht, welche also den jeweiligen Erbfürsten des Stammes zugleich (*per fictionem*) als den Vater des Stammes betrachtet*). Die Söhne des ersten Stammvaters stifteten wieder neue Familien; aber nur Einer folgte dem Vater in der Würde des Stammeshauptes, gewöhnlich der Erstgeborene, zuweilen auch der Tapferste. Dieser verfiel dann, da er sich schon auf ein Beispiel einer solchen Nachfolge berufen konnte, dieselbe Würde wieder auf eine ähnliche Weise auf seine Nachkommen. Alle- mal aber mußte auf die Ausbildung und selbst auf die

*) In der Folge werde ich allein, diese uneigentliche Bedeutung der stammväterlichen Einherrschaft der Erörterung dieser Verfassung zum Grunde legen.

Entstehung dieser Verfassung die Lebensart des Volkes einen entscheidenden Einfluss haben. Die Viehzucht z. B. scheint der Entstehung dieser Verfassung besonders günstig zu seyn. Denn ein Stamm, der von der Viehzucht lebt, bedarf, da er von Zeit zu Zeit neue Weideplätze aufsuchen muß, eines ständigen Oberhauptes. Auch entsteht in einem solchen Stamme sehr bald eine Ungleichheit der Vermögensumstände*). — Uebrigens konnte die Verfassung der stammväterlichen Einherrschaft auch so entstehen und sie scheint nicht selten auch so entstanden zu seyn, daß sich in einem Stamme, dessen streitbare Männer anfangs dem Rechte nach einander gleich standen, ein gewisses Geschlecht durch Großthaten in dem Grade auszeichnete, daß der Stamm dem jeweiligen Haupte dieses Geschlechts, gleich als dem Ahnherrn des gesamten Geschlechts, Gehorsam leistete. Wo der Staatsverein einen Stammesverein zur Grundlage hat, kann das Oberhaupt des Staates kaum anders, als unter dem Bilde des Stammvaters gedacht werden.

Die Verfassung der stammväterlichen Einherrschaft ist in ihrer ursprünglichen Gestalt einfach, wie das Leben der Stämme, bei welchen sie in dieser Gestalt vorkommt. Der Stammesfürst, (der Scheikh, der Kazike, u. s. w.) hat nur in gewissen Angelegenheiten und Verhältnissen Macht oder Einfluss. Er spricht Recht unter den Stammesgenossen, (gewöhnlich am Eingange seines Zeltes oder auf einem freien Platze;) aber bis zum Strafen erstreckt sich noch kaum seine Gerichtsbarkeit. Er ist, wenn der Stamm von Zeit zu Zeit mit Fremden in einen Handelsverkehr tritt, gewöhnlich der Mittelsmann. Eben so ist er gewöhnlich der einzige Priester des Stammes, wenn dieser anders

*) J. D. Michaelis, Mosaisches Recht. §. 79. — Auch die Geschichte der Bauerschaften in Westphalen liefert einen interessanten Beitrag zu der Geschichte der Entstehung der stammväterlichen Einherrschaften. Vgl. Möser's Osnabr. Geschichte und Kindlinger's Schriften. — Die Clans der Schottischen Hochlande hatten ebenfalls eine stammväterliche Verfassung.

einen gemeinsamen Kultus hat; er allein bringt den Göttern die herkömmlichen Opfer dar, oft schon deswegen, weil er allein die Kosten dieser Opfer zu bestreiten vermag. Sind Beschlüsse zu fassen, welche in das Wohl des ganzen Stammes eingreifen, — z. B. über Krieg und Frieden, über die Wahl einer neuen Niederlassung oder eines neuen Weidplatzes, — so hat er die Meinung der übrigen Familienhäupter zu vernehmen und zu befolgen. Selbst im Kriege ist er nicht immer der Anführer des Stammes. Denn oft ist sein Ansehn eines friedlichen Ursprungs; oder, wenn auch der Erbfürst des Stammes seine Würde den Kriegsthaten seiner Alvorderen verdankt, so steht doch die Erblichkeit dieser Würde ihrer bleibenden Vereinigung mit dem Kriegsbefehle im Wege¹⁾.

Man sollte nicht erwarten, daß eine so einfache Verfassung, wie die der stammväterlichen Einherrschaft ist, daß eine Verfassung, welche nur auf das Bedürfnis eines Stammes, also einer kleinen Menschenzahl berechnet zu seyn scheint, auf große Reiche übertragen werden könnte, und selbst auf solche, in welchen mehrere Stämme oder Nationen der Herrschaft eines Einzigen unterworfen sind. Und doch giebt es Beispiele dieser Art.

Schon die Fälle gehören in einem gewissen Grade hieher, da ein Stamm, welcher unter der väterlichen Herrschaft eines Einzigen steht, diese Verfassung, auch nachdem er sich andere Stämme oder Völker unterthan gemacht hat, für sich selbst beibehält, sey es, daß er den unterjochten Stämmen oder Völkern ihre bisherige Verfassung läßt, oder daß er sie nach dem Kriege beherrscht. Das Reich des Hunnenköniges Attila²⁾ und

1) Was Tacitus (Germ. c. 7) von den Deutschen berichtet: Reges ex nobilitate, duces ex virtute sumunt, ist fast das gemeine Recht der Völkerschaften, welche unter einer stammväterlichen Einherrschaft stehn. S. z. B. Geschichte der Amerikan. Indianer. Von Adain. A. d. franz. Breslau. 1782. S. 283. v. Zimmermann, Taschenb. der Reisen. III. Jahrg. Lpz. 1804. Magazin von merkw. neuen Reisebeschr. Bd. X (Berl. 1793.) Bd. XXXI. (Ebend. 1810.)

2) Der Hauptschriftsteller über die Verfassung des Hunnenreiches ist

das Chalifat unter den ersten vier Chalifen ¹⁾ waren Reiche dieser Art.

Noch mehr gehört hieher ein anderes Beispiel, — die (höchst sonderbare) Verfassung, welche einst das Medische Reich hatte. „Die Meder,“ erzählt Herodotus ²⁾ „hatten von sich dieselbe Meinung, wie die Perser, daß sie sich für das erste aller Völker hielten, und die übrigen in eben dem Maße für geringer und verächtlicher ansahen, als sie in einer größeren Entfernung von ihnen ihre Wohnsitze hatten. In dem Medischen Reiche herrschten daher die Völker über einander. Die Meder selbst nämlich über alle und unmittelbar über diejenigen, welche ihnen zunächst wohnten; diese eben so über ihre Nachbarn, und diese wieder über die, welche auf sie den Wohnsitzen nach folgten.“ Es scheint also das Verhältniß, welches in dem herrschenden Stamme zwischen dem Königsgeschlechte und den übrigen Geschlechtern eintrat, auf das Verhältniß zwischen jenem Stamme und der ihm unterworfenen Stämmen und Völkern angewendet worden zu seyn ³⁾.

Jedoch die stammväterliche Einherrschaft, welche, als Verfassung eines großen Reichs, in ihrer Art die vollkommenste ist, ist die des Chinesischen Reichs, des größten Reichs der Erde ⁴⁾, eine Verfassung, welche, wenn auch nicht Nachahmung, doch theils als ein Meisterwerk des menschlichen Verstandes, theils wegen ihres Alters, und weil sie sich selbst unter einer dauernden

Procopius, de legat. ad Hunnos. — Die Größe Attila's, die Größe des Einflusses, den er auf sein Zeitalter hatte, tritt vielleicht noch mehr in der Sage als in der Geschichte hervor.

1) Des effets de la religion de Mohammed pendant les premiers siècles de sa fondation. Par Oelsner. Par. 1810.

2) I, 134.

3) Vgl. Heeren, Ideen über die Politik etc. der vornehmsten Völker der alten Welt. Erste Abth. Perser. Erster Abschnitt.

4) Vgl. (außer den älteren noch immer schätzbaren Werken von Du Halde, de Guignes u. s. w.) The Chinese etc. By Davis. Lond. 1836. II. Vol. und China opened. By Gutzlaff. Ebend. 1838.

Fremdherrschaft erhalten hat, Bewunderung verdient¹⁾. Wenn auch die älteste Geschichte dieses Reichs in das Gebiet der Sage gehört, so kann man sich doch die Entstehung der Verfassung China's kaum anders als so erklären, daß die stammväterliche Einherrschaft, welche ursprünglich nur die Verfassung eines in China lebenden Stammes war, im Verlaufe der Zeit und als dieser Stamm die andern Stämme desselben Landes seiner Herrschaft unterwarf, die Verfassung des Reiches wurde. Auch wissen wir wenigstens so viel, daß China ursprünglich von mehreren Stämmen bewohnt wurde, welche dann einer derselben mit Waffengewalt zu einem Staate vereinigt²⁾.

Der Fürst, (der Kaiser) ist der Vater seines Volkes! — in diesem Satze ist die Grundlage der Verfassung und Verwaltung des Chinesischen Reichs enthalten. Der Kaiser soll nach der Lehre des Kon — Fu — Tchee, (Confucius,) sein Reich, wie ein Hausvater sein Haus, ordnen und regieren.

1) Die Schriftsteller lassen fast insgesamt, selbst den neuesten Schriftsteller über China, den Missionair Gutzlaff nicht ausgenommen, der Chinesischen Verfassung nicht Gerechtigkeit widerfahren. Die Politik, welche die Chinesische Regierung (nicht ohne Grund) gegen die Fremden beobachtet, die allerdings nicht friedliche und freundliche Stellung der Chinesischen Behörden zu Kanton gegen die Europäer und das Sittenverderben dieser großen Handelsstadt scheinen nicht ohne Einfluß auf die Ansichten jener Schriftsteller geblieben zu seyn. Aber das Lob der Gerechtigkeits- und Ordnungsliebe, welche die, unter Chinesischem Schutze stehenden Völker der Chinesischen Regierung ertheilen, spricht gar sehr zum Vorthelle dieser Regierung. Vgl. die Zeitschrift: Das Ausland. Jahrgang 1838. Nr. 256 Und wie hätte dieses unermessliche Reich so lange bestehen können, wenn sich seine Verfassung nicht durch ihre Früchte bewährte?

2) Den Rechtszustand des Chinesischen Reiches kann man vorzugsweise aus folgendem Werke kennen lernen: *Thing - Leu - Lee being the fundamental laws and a selection of the supplementary statutes of the penal Code of China. Translated from the Chinese. By Sir G. Th. Staunton. Lond. 1810. 4. A. d. E.* ist das Werk in das Französische übersetzt worden von F. Renouard de Sainte Croix. Par. 1811.

In Uebereinstimmung mit dem Geiste einer väterlichen Herrschaft erstreckt sich 1) die Gesetzgebung und die Vorsorge der Regierung auf alle und jede Angelegenheiten und Verhältnisse des heimlichen und des öffentlichen Lebens. Ueberall, in der Heimath und auf Reisen¹⁾ ist der Chinese von dem Auge der Regierung bewacht. Alle Gewerbe stehen unter der strengsten Aufsicht.²⁾ Bei Strafe muß der Landmann sein Feld bestellen;³⁾ er ist nur ein von dem Kaiser, dem alleinigen Eigenthümer des Bodens,⁴⁾ angestellter Feldarbeiter. Und so zahlreich auch die Gesetze sind, welche auf bestimmte Vergehen eine bestimmte Strafe setzen, so bedrohen sie doch noch überdiess eine jede Handlung, welche gegen irgend eine gesetzliche Vorschrift oder gegen die Sitte, oder gegen den Geist der Gesetze verstossen werde, mit einer Strafe.⁵⁾ — 2) Die gesammte Gerichtsbarkeit hat den Charakter einer Zucht- oder Disciplinargerichtsbarkeit. Der Unterschied zwischen der bürgerlichen und der Straf-Gerichtsbarkeit ist den Chinesischen Gesetzen so gut wie unbekannt; z. B. auch der säumige Schuldner wird (zu seiner Besserung) bestraft⁶⁾. Der Richter hat alle Vergehungen von Amts wegen zu ahnden⁷⁾. Auf die Mehrzahl derselben ist Züchtigung mit einem Bambusrohre gesetzt. Jedoch auch die bessere Seite einer Disciplinargerichtsbarkeit tritt in den Chinesischen Gesetzen hervor. Kein Todesurtheil kann vollzogen werden ohne die kaiserliche Bestätigung erhalten zu haben⁸⁾. Das Gesetz stellt die Veshafteten unter die besondere Obhut der kompetenten Be-

1) Die Vorschriften über die Reisepässe sind von einer Strenge, welche selbst in Europa unübertroffen ist. S. Sect. 220 221. 224. 225. des a. GB.

2) Sect. 156. 157.

3) Sect. 88. 79.

4) Krusenstern, Reise um die Welt. Th. II. Abth. II. Berlin 1812.

5) Sect. 385. 386.

6) Sect. 332.

7) Du Halde, Beschreibung des Chin. Reichs. Bd. V. Zus.

8) Sect. 1.

hörden¹⁾. — 3) Die väterliche Gewalt ist ihrem Wesen nach auf die Jahre der Unmündigkeit (oder Minderjährigkeit) des Kindes beschränkt. Eine Regierung, wie die Chinesische, muß daher vor allen Dingen darauf Bedacht nehmen, das Volk in einem Zustande zu erhalten, in welchem es, unmündig, einer väterlichen Herrschaft bedarf und derselben sich darbietet. Dieses erkennend suchen die Chinesischen Gesetze z. B. den Verkehr zwischen dem In- und Auslande möglichst zu verhindern oder wenigstens auf alle Art und Weise zu erschweren. Der Handel mit Fremden ist zur See schlechthin verboten, zu Lande nur gegen besondere Erlaubnisscheine verstattet²⁾. Fremde werden nicht im Lande geduldet³⁾; selbst Gesandte dürfen nur kraft einer ausdrücklichen Erlaubnis und nur unter strenger Aufsicht in das kaiserliche Hoflager ziehn⁴⁾. Auf die Auswanderung steht Todesstrafe⁵⁾. Alle Künstler und Handwerker sind an die hergebrachten Formen und Muster gebunden; eine Neuerung, eine Erfindung wird bestraft⁶⁾. Eben so suchen die Gesetze die Regierung und das Volk von dem Strudel zurückzuhalten, in welchen das Geld, da wo es die Seele des Waarenverkehrs ist, die Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft fortreißt. Die Regierung prägt nur Kupfermünzen; die Steuer werden nur in Erzeugnissen des Bodens und des Kunstfleisses erhoben; der Handel ist größtentheils Tauschhandel⁷⁾. Mit einem Worte, das

1) Sect. 398. 401.

2) Sect. 220. Staunton's Anm. zur Sect. 225. — Für den Handel in Kanton bestehen besondere Gesetze.

3) Eine Ausnahme macht die Russische Mission zu Peking — kraft eines unter Peter 1. abgeschlossenen Vertrages.

4) Sect. 224. 225.

5) Sect. 224. 255.

6) Sect. 156. 175.

7) Sect. 86. 92. 118 ff. 153 f. — Das Silber wird gewogen. Die Haupteinnahme des kaiserlichen Schatzes ist der Grundzehnte. Dieser und die Abgaben von den Erzeugnissen des Kunstfleisses werden in die öffentlichen Magazine abgeliefert.

Land abzuschließen, Alles beim Alten zu erhalten, sind die Grundmaximen der Chinesischen Regierung. — 4) Die gehörige Besetzung der Aemter und eine strenge Aufsicht über die angestellten Beamten ist das besondere Anliegen einer väterlichen Regierung. Die Gesetze China's haben auf dieses Anliegen in seinem ganzen Umfange Bedacht genommen. Das Verdienst kann zu einem jeden Amte, auch zu den höchsten Aemtern, gelangen; und nur dem Verdienste soll Anstellung und Beförderung im Staatsdienste werden. Nicht nur der Anstellung im Staatsdienste geht eine, nach der Beschaffenheit des Amtes mehr oder weniger strenge, Prüfung voraus, sondern auch die, welche bereits als Beamte angestellt sind, werden am Ende eines jeden Jahres von neuem geprüft¹⁾. Die gehörige Besorgung der öffentlichen Geschäfte ist schon durch den Organismus der Staatsverwaltung in einem hohen Grade verbürgt. Der Kriegsbefehl ist von dem Friedensbefehl getrennt, letzterer, nach der Verschiedenheit seiner Gegenstände, verschiedenen Behörden zugeheilt; die öffentlichen Angelegenheiten werden im Ganzen mehr von kollegialischen Behörden als von einzelnen Beamten erlediget; der Geschäftskreis einer jeden Stelle ist durch die Gesetze auf das Genaueste bestimmt; die niederern Behörden werden von den höheren mit Strenge, die derselben Stufe von einander gegenseitig mit Eifersucht bewacht²⁾. Außerdem aber besteht ein eigener Rath der Aufseher, welcher selbst dem Kaiser Vorstellungen über gesetzwidrige Handlungen zu machen berechtigt ist³⁾; in einem jeden der obigen Gerichte und Verwaltungsräthe ist ein Kronanwalt angestellt, welcher über die Beobachtung der Gesetze zu wachen hat⁴⁾; die unteren Behörden müssen den über sie gesetzten, die höch-

1) Sect. 21.

2) Du Halde. De Guignes.

3) Staunton, Anmerk zur Sect 171.

4) Du Halde.

sten dem Kaiser von Zeit zu Zeit die Mängel und Gebrechen anzeigen, die sie in der Staatsverwaltung entdeckt, so wie die Fehler, die sie selbst bei ihrer Amtsführung begangen haben ¹⁾. — 5) Nicht minder streng werden die einzelnen Unterthanen beaufsichtigt. Z. B. je zehn und je hundert Hausväter bilden eine Genossenschaft. Die Mitglieder eines Zehntens sind für einander verantwortlich. Das Hundert steht unter einem Aufseher, welcher, in Verbindung mit einem Rathe von zehn Mitgliedern des Hunderts, für die gehörige Erfüllung der dem Hunderte gegen den Staat obliegenden Schuldigkeiten zu sorgen hat ²⁾. (Freilich mag Manches in den Gesetzen stehn, was nicht eben so in der Wirklichkeit steht. Es giebt Gesetzgebungen, welche, um so viel als möglich zu erlangen, zu viel verlangen.)

Wenn hiernach schon der gesammte Bau der Chinesischen Reichsverfassung der Idee einer stammesväterlichen Einherrschaft, diese Idee in ihrer Anwendung auf ein großes Reich betrachtet, auf das vollkommenste entspricht, so bestehen noch überdiess in China einige Einrichtungen und Gesetze, welche auf die Erhaltung und Befestigung dieser Verfassung besonders und unmittelbar berechnet sind. — 1) Ein Hauptzweck der Chinesischen Gesetze ist, die Bande der Verwandtschaft und ins besondere die zwischen Eltern und Kindern theils fester zu knüpfen, theils in einen unmittelbaren Zusammenhang mit der Grundlage der Staatsverfassung zu setzen. Daher kommen z. B. Vorrechte auch den Anverwandten des Bevorrechteten zu statten; ³⁾ ausgezeichnete Thaten und Verdienste werden auch den Nachkommen und bis zum zweiten und dritten Gliede vergolten; ⁴⁾ Vergehungen

1) Sect. 171.

2) Sect. 83. *Travels in China.* By J. Barrow. Lond. 1803. 4. — Es werden in China genaue Listen über den Stand der Bevölkerung gehalten. Sect. 78. 79.

3) Sect. 5.

4) Sect. 8.

werden milder bestraft, wenn sie zum Besten eines Anverwandten begangen wurden.¹⁾ Umfassend und streng ist die väterliche Gewalt; selbst auf das Recht über Leben und Tod scheint sie sich zu erstrecken.²⁾ Elternmord gehört zu den Hauptverbrechen des Chinesischen peinlichen Rechts;³⁾ schon Mißhandlungen, an den Eltern verübt, werden mit dem Tode bestraft.⁴⁾ Den Eltern ist auch nach ihrem Tode durch Bestattung und Trauer die gebührende Achtung von den Kindern zu bezeigen; wer die Leichen seiner Eltern oder Großeltern unbeerdiget läßt, wird mit dem Tode bestraft.⁵⁾ An das Verhältniß zwischen Eltern und Kindern reihen nun die Gesetze unmittelbar das Verhältniß zwischen dem Kaiser und dem Volke. Der Kaiser ist der Vater des gesammten Volkes; er vereinigt in sich die Rechte und Ansprüche aller einzelnen Familienhäupter. In der Sprache eines Vaters spricht er zu seinen Unterthanen; nicht selten fordert er sie sogar auf, ihn zu belehren und zu warnen, oder klagt er sich auch vor ihnen einer Verschuldung an. (Geschieht nicht Aehnliches auch in Familien, in welchen Eltern und Kinder einander gegenseitig achten?) Dieselbe Sprache sollen die Stellvertreter des Kaisers, die Mandarinen, zu dem Volke sprechen; auch sie sollen die Väter des Volkes seyn. Sie haben ihren Amtsbefehlen von Zeit zu Zeit durch öffentliche Reden oder

1) Sect. 321. Dagegen trifft die Strafe eines Vergehens zuweilen auch die Anverwandten des Thäters. Sect. 254.

2) Arg. Sect. 319.

3) Sect. 2. 244. (Das Gesetzbuch klassificirt die Verbrechen. Den Elternmord setzt es in die erste Klasse.)

4) Sect. 319.

5) Sect. 105. 176. 181. 276. — Mit der Heiligkeit des Verhältnisses der Kinder zu den Eltern in Widerspruch scheint das Gesetz zu stehn, welches den Chinesen die Vielweiberei gestattet. Doch hat diese die mildere Gestalt, daß nur eine Frau die vollen Rechte einer Ehefrau hat. Sect. 103 und Staunton in der Anm. zu dieser Section.

Anschläge Rath und Unterricht zu geben, auch sie jederzeit unweigerlich vor sich zu lassen.¹⁾ — 2) Das groſſe Geheimniſſ der meisten Religionsstifter, die Andacht in Andachtsübungen, die innere Gottesverehrung in einen äufseren Gottesdienst aufzulösen,²⁾ ist auch das Geheimniſſ der Chinesischen Verfassung. In dem peinlich abgemessenen Ceremonielle, welches im Verhältnisse zu dem Kaiser und den Mandarinen zu beobachten ist, liegt eine wesentliche Bürgschaft für den Gehorsam der Unterthanen. Und dieses Ceremoniell hat wieder das zur Grundlage oder Stütze, welches, mit nicht minderer Strenge, die Formen des geselligen Umganges bestimmt.³⁾ (Sollte der Vorwurf der Falschheit, welcher den Chinesen gemacht wird, gegründet seyn, so würde in demselben ein neuer Beweis für den nachtheiligen Einfluß einer Gesetzgebung liegen, welche sich der Sinnesart des Menschen durch eine bestimmte Aeusserung desselben versichern will⁴⁾) — Endlich, 3) Wie mit der Würde des Stammesfürsten die priesterliche schon ursprünglich verbunden zu seyn pflegt, so ist die Vereinigung beider Würden in derselben Person auch jetzt noch ein Grundsatz der Chinesischen Verfassung. Der Kaiser bringt als oberster Priester, seine Stellvertreter, die Mandarinen, bringen in den einzelnen Landesbezirken dem Himmel und der Erde und dem Geiste, der über das Schicksal der Menschen waltet, die herkömmlichen Opfer dar.⁵⁾

1) Du Halde.

2) Gibbon I, 247. — Es ist schwer, sich die Allgewalt zu erklären, welche der Kultus, in wie fern er gewisse bloß äußerliche Handlungen zur Pflicht macht, über den Menschen ausübt. Diese Handlungen werden den Menschen gleichsam zur anderen Natur.

3) Sect. 173 174. Du Halde. — Es besteht in Peking ein eigenes Collegium für die Aufrechthaltung des herkömmlichen Ceremoniells, Li-Pu genannt.

4) Wer in äußerer Achtungsbezeigungen gegen dich zu weit geht, entschädigt sich leicht durch Verachtung, die er im Inneren gegen dich hegt.

5) Sect. 173. 174. — Neben dieser, wie es scheint, sehr einfachen,

II. Von den geistlich-väterlichen Einherrschaften.

Verfassungen, welche auf einem Gottesrechte beruhen, sind in der Regel Einherrschaften, selten Aristokratien.¹⁾ Auch in den Götterlehren schimmert die Idee eines einzigen Gottes durch. Eine Priesterherrschaft bedarf eines Oberhauptes, da sie innere Spaltungen vorzugsweise zu befürchten und zu scheuen hat.²⁾

Die eine Art der geistlichen Einherrschaft ist die Gottesherrschaft, die Theokratie. Sie kommt in zwei verschiedenen Gestalten in der Geschichte vor. 1) Der Herrscher ist ein verkörperter Gott, ein Mensch, in welchem, nach dem Glauben des Volks, die Gottheit sich offenbart. Eine Verfassung dieser Art hat Tibet,³⁾ hatte Peru, als es von den Europäern entdeckt wurde,⁴⁾ hatte einst Ja-

Nationalreligion bestehen in China drei Religionssysteme, von welchen ein jedes seine Bekenner hat. Wie diese Systeme neben jener Religion bestehen können, ist uns noch nicht genugsam bekannt.

1) Jedoch zuweilen. Die lateinische Kirche hat nach dem bischöflichen Systeme eine aristokratische Verfassung. S. ein anderes Beispiel in den Asiatic Researches. Vol. 1. (Lond. 1807.) Vielleicht gehört hieher auch das altrömische Patriciat. — Eine Volksherrschaft, welche ein Gottesrecht zur Grundlage hätte, scheint in das Gebiet des Unmöglichen zu gehören. Und doch ging die Parthei der Independenten, welche sich in England während der Revolution bildete, von der Idee einer solchen Verfassung aus.

2) In Meroe (südlich von Aegypten) herrschte einst eine mächtige Priesterschaft. Aber sie wählte einen König aus ihrer Mitte. Heeren, Ideen über die Politik der Völker der alten Welt. Aethioper. 2ter Absch. — Auch auf die Entstehung oder Entwicklung des Pabstthums hatte das Bedürfnis der Einheit einen entscheidenden Einfluss.

3) Die Verfassung Tibet's ist uns jedoch nur noch unvollkommen bekannt, ins besondere das Verhältniss unter den drei obersten Lamas. In den neueren Zeiten ist Tibet unter die Schutzherrschaft des Kaisers von China gestellt worden.

4) Die Peruanische Verfassung war eine in einem hohen Grade ausgebildete Verfassung; sie hatte viel Aehnlichkeit mit der Chinesischen. (Auch war sie wahrscheinlich Asiatischen Ursprungs.) Vgl.

pan. *) Man kann diese Form der geistlichen Einherrschaft als das Ideal einer solchen Herrschaft betrachten. Daher das den übrigen Formen derselben Verfassung gemeinsame Streben, sich diesem Musterbilde zu nähern. (Ist nicht das Oberhaupt der Lateinischen Kirche von den Vertheidigern des päpstlichen Systemes beinahe vergöttert worden?) Es scheint diese Verfassung besonders so entstanden zu seyn, daß bei einer noch ungebildeten Völkerschaft plötzlich ein hochbegabter Fremdling erschien, welcher sie mit den Wohlthaten der Kultur und Civilisation bekannt machte und nun von ihr zum Danke als ein Wesen höherer Art verehrt wurde. Daß die Peruanische Verfassung dieses Ursprunges war, läßt sich sogar fast geschichtlich nachweisen. Das Königsgeschlecht der Peruaner stammte von Manko Kapak und seinem Weibe, Mama Okollo, ab. Diese, Fremdlinge oder, in der Sprache der Sage, Kinder der Sonne, hatten die Peruaner zuerst im Ackerbau und in den Künsten des Friedens unterrichtet, sie zuerst zu einem Volke vereinigt, ihnen zuerst Gesetze und einen Kultus gegeben. Jedoch konnte eine Verfassung dieser Art auch so entstehen, daß Einer aus dem Volke sich als einen Gottmenschen beglaubigte. Unter den Dahomiern lebte ein Wunderthäter, Namens Wudnus, der sich dem Könige gleichstellte. Bei einem Feste tödtete ihn der König. Und doch hatte man ihn für unverwundbar

über diese merkwürdige Verfassung: Robertson: history of America. Buch VII. Lettres Américaines. Par le Comte Carli. Par. II. Ts. 1788. Voyage de Humboldt et Bonpland. Relat. histor.

*) Japan hatte einst nur ein Oberhaupt, den Dairi, einen verkörperten Gott. Kriege, die Jahrhunderte lang dauerten und erst im 16ten Jahrhunderte (im J. 1585) zu einem entscheidenden Resultate führten, veranlaßten, daß der oberste Feldherr des Dairi, jetzt Kubo genannt, die weltliche Gewalt an sich rifs. Die jetzige Verfassung Japan's hat große Aehnlichkeit mit der Verfassung der Staaten Deutschen Ursprungs während des Mittelalters. S. Thunberg's Reisen, in dem Magaz. von merkw. neuen Reisebesch. Bd. VII. (Berl. 1792.)

gehalten. Da fiel alles Volk nieder vor dem Könige und rief: Du allein bist der Gott der Götter; dir allein gebührt die Ehre! ¹⁾ — 2) Das Volk wird von einem Gotte beherrscht, der, unsichtbar, seinen Willen von Zeit zu Zeit durch Wunder kund giebt. Eine Verfassung dieser Art war die, welche Moses dem Volke Israel gab. ²⁾ In wichtigen Angelegenheiten wurde Jehova durch das „Urim und Thummim“ befragt; von Zeit zu Zeit sollten Propheten dem Volke den Willen des Herrn verkündigen. Vielleicht hatten in den Staaten der Hellenen die Orakel ursprünglich eine ähnliche Bedeutung.

Die andere Art der geistlichen Einherrschaften ist die, daß ein Mensch, als Stellvertreter der Gottheit oder als Priester, über das Volk (sowohl in geistlichen als in weltlichen Angelegenheiten) gebietet. Eine solche Verfassung bestand z. B. bei den Preussen der Vorzeit. Das Oberhaupt dieses Volkes, Kriwe, Kriwatu genannt, vereinigte in sich, als oberster Priester der Götter, die geistliche und die weltliche Gewalt. ³⁾ Diese Verfassungen unterscheiden sich von denen der ersten Klasse auch dadurch, daß sie nicht, wie diese, schon ihrem Wesen nach absolute Monarchien sind. Vielmehr ist in den geistlichen Einherrschaften dieser Art die Gewalt des Staatsoberhauptes gewöhnlich durch eine Priesterschaft beschränkt, von welcher meist das Oberhaupt selbst gewählt wird.

So verschieden auch die geistlichen Einherrschaften in Beziehung auf die Regierungsart sind und, — da ihnen bald dieser bald ein anderer Glaube zum Grunde

1) Bibliothek der neuesten und wichtigsten Reisebeschr. Bd. IX. (Weimar 1803.) S. 151.

2) J. D. Michaelis, Mosaisches Recht. (Ein Meisterwerk, das auch von Staatsmännern gelesen zu werden verdient.) §. 35. 52. — Doch nicht vollkommen entsprach die Verfassung des Volkes Israel dieser Idee. Weislich hatte Moses dem Volke die Freiheit gelassen, die Formen der Verfassung nach Zeit und Umständen zu verändern.

3) Voigt, Geschichte Preussens. Königsb. 1827. Bd. I.

liegt, — seyn müssen, so gehören sie doch in der Regel unter die Kategorie der väterlichen Einherrschaften. Da sie sich allemal auf den Glauben des Volkes stützen, so versetzen sie den Herrscher in die Nothwendigkeit, zur Bewahrung und Verstärkung seiner Macht den Glauben des Volks zu schonen, also sich theils an die durch diesen Glauben geheiligten Vorschriften zu binden, theils einer Regierungsweise zu enthalten, welche das Volk, weil sie seine Wünsche und Bedürfnisse unberücksichtigt liefse, an seinem Glauben irre machen könnte. ¹⁾ Wohl aber können diejenigen eine solche Herrschaft zu fürchten haben, welche, derselben unterworfen, eines andern Glaubens sind, als der Herrscher.

Die schwache Seite dieser Verfassungen ist der Krieg. Von einem Oberhaupte, das als ein Mensch gewordener Gott oder als ein Stellvertreter der Gottheit gebietet, erwartet man billig, daß es, in einem Kampfe mit inneren oder mit äußeren Feinden, im Stande seyn werde, den Sieg an seine Fahnen zu fesseln. Aber der Erfolg kann diese Erwartung, die vielleicht durch Prophezeiungen noch gesteigert worden ist, Lügen strafen. Oder es kann auch der Feldherr, welchem der geistliche Herrscher, seiner Schwäche oder seiner Würde eingedenk, den Oberbefehl über das Heer übertragen hat, siegreich, und daher der Anhänglichkeit des Heeres gewiß, die ihm anvertraute Macht und Gewalt gegen den Herrscher kehren. ²⁾ — Diese Unvereinbarkeit des Schwertes mit dem Priesterthume ist zugleich die Ursache, warum die geistliche und die weltliche Gewalt weit häufiger von einander getrennt, als in derselben Person oder Körperschaft vereinigt, in der Geschichte vorkommen. Auch da aber oder besonders da, wo diese zwei Gewalten neben einander bestanden oder bestehen, bewährte oder bewährt die geistliche Herrschaft fast immer ihren väter-

1) Unter dem Krummstabe ist gut wohnen.

2) Vgl. oben S. 152. Anm.

lichen Charakter. Ja, wenn man auch den Ursprung der Staaten nicht so zu erklären hat, daß sich die Menschen zuerst unter eine geistliche Herrschaft beugten, so scheint doch die Begründung des Ansehns einer Priesterschaft das Mittel gewesen zu seyn, auf welches die Menschen zuerst verfielen, um die Ausübung der Staatsgewalt an eine gewisse Ordnung und Regel zu binden. ¹⁾ Die Macht des Priesters reicht weiter als der Arm des Königs; sie reicht hinüber in eine andere Welt. Die Aegyptischen Priester hielten über einen jeden König ein Todtengericht, dessen Spruch über den Nachruhm des Verstorbenen in dieser, über sein Schicksal in der andern Welt entschied. ²⁾

Beruhet eine Verfassung auf einem Gottesrechte, so kommt ihr kraft ihres Wesens die Eigenschaft der Unabänderlichkeit zu. Der Hauptschlüssel zur Geschichte dieser Verfassungen! In der Menschenwelt ist Alles veränderlich, ewig nichts. Eine Verfassung dieser Art muß also entweder das Unmögliche versuchen, d. i. das Volk auf die Stufe der Kultur zu bannen suchen, auf welcher sie es zur Zeit ihres Ursprungs getroffen hat, oder sie muß, sich neu gestaltend, wenn es die Zeitumstände fordern, ihrem Principe untreu werden und so an ihrem eigenen Untergange arbeiten, oder sie kann über kurz oder lang nicht einer Revolution entgehn. Man betrachte z. B. die Schicksale der römisch-katholischen Kirche. Die Verfassung dieser Kirche, welche sich unter Gregor VII. festgestellt und unter seinen nächsten

1) Wo es eine Priesterschaft giebt, haben auch übrigens ungebildete Völkerschaften eine geordnetere Verfassung, als andere derselben Abkunft; z. B. in Afrika, s. Lichtenstein's Reisen in das südliche Afrika, Th. II. (Berlin, 1812.) auf den Inseln der Südsee, s. Cook's zweite Entdeckungsreise. A. d. E. übers. v. Forster. Bd. II. (Berlin, 1788.) S. 319.

2) Bestritten wird die Existenz dieses Gerichts von Heyne in der Abh. De judicio, quod defunctis Aegyptiorum regibus subeundum erat. (Opusc. acad. Vol. I. Gött. 1785. n. 4.) S. dagegen mein Pr. de judiciis in reges defunctos redditus. Heidelb. 1819.

Nachfolgern vollständig entwickelt hatte, war auf die Ewigkeit berechnet. Aber das Zeitalter ihres Ursprungs vermochte sie nicht zu verewigen. Der unruhige Geist der Völker Deutscher Nation strebte vorwärts. Der Kampf zwischen Staat und Kirche, welchen jene Verfassung, wo nicht entzündete, doch heftiger entflammte, vermehrte die Aufregung. Die Deutschen hatten sich von jeher durch den Hang zu Abentheuern ausgezeichnet. Die Kirche verlieh diesem Hange, indem sie die römisch-katholische Christenheit zu Kreuzzügen aufforderte, einen neuen Reiz. So wurde der Boden, auf welchem sie den Bau ihrer Herrschaft aufgeführt hatte, immer unsicherer. Sie schlug jetzt, die Gefahr vollkommen ermessend, einen andern Weg ein; sie entschloß sich zu Reformen. (Kirchenversammlungen zu Konstanz, zu Basel.) Doch dem Gelingen des Planes stand das Princip ihrer Verfassung im Wege. Vielleicht beschleunigte dieser Versuch sogar den Untergang ihrer Alleinherrschaft. Es blieb nichts übrig, als eine Revolution. Und die erfolgte; die Reformation war eine gewaltsame Umgestaltung der Verfassung der römisch-katholischen Kirche, wenn auch nur eines Theils dieser Kirche. Man hat der Reformation den Vorwurf gemacht, daß sie, die Grundfesten der Kirchenverfassung erschütternd, kirchliche Reformen verhindert habe. Die Rechtfertigung der Reformation lag in der Unmöglichkeit einer Reform. *) Aut sint ut sunt, aut non sint! sagte der Ordensgeneral der Jesuiten, als er zu einer Reform des Ordens, unmittelbar vor dessen Auflösung, aufgefordert wurde.

III. Von den landesväterlichen Einherrschaften.

Eine jede Art des Reichthums kann der Macht des Fürsten zur Grundlage dienen. (Denn Reichthum, worin

*) Dieser Vorwurf ist besonders von Schmidt (Neuere Geschichte d. Deutschen. Bd. I. Hptst. 21. 22.) gegen die Reformation geltend gemacht worden. S. dagegen: Reinhold, Ehrenrettung der Luther. Reformation. Jena 1789.

er auch bestehe, ist allemal Macht.) Und es hat, wie die Geschichte lehrt, der Macht des Fürsten bald diese, bald eine andere Art des Reichthums zur Grundlage gedient. Bald z. B. der Besitz einer grossen Heerde. Darum ist bei den Völkern, welche, (in Mittelasien, in Arabien, im nördlichen und im südlichen Afrika,) von der Viehzucht leben, die Einherrschaft sogar die gewöhnlichere Verfassung.¹⁾ — Bald Geldreichthum. Die Mediceer wurden aus Kaufleuten Fürsten. — Bald der Reichthum, welcher auf dem Besitze grosser Landgüter beruht. Wie viel diese Art des Reichthumes zur Entstehung und Befestigung der monarchischen Verfassung beitragen kann, beurkundet ins besondere die Geschichte der Staaten Deutschen Ursprungs. Die ältesten Deutschen Königsgeschlechter waren zugleich die begütertsten des Landes.²⁾ Die Deutschen Reichsfürsten waren früher Landherren, als Landesherren. Noch jetzt steht in den Europäischen Monarchien die Selbstständigkeit der Macht des Fürsten mit dem grösseren oder geringeren Bestande des Kammer - oder Krongutes³⁾ in einem gewissen Verhältnisse.

Unter den verschiedenen Arten des Reichthumes, welche der Macht des Fürsten zur Grundlage dienen können, ist die zuletzt angeführte für diesen Zweck die tauglichste. (Kaum hatten die Mediceer ihre Macht in Florenz

1) Die Völker Slavischer oder Sarmatischer Abkunft scheinen ursprünglich von der Viehzucht gelebt zu haben. Tacit. German. c. 46. Dieser ursprünglichen Lebensart jener Völker dürfte es hauptsächlich zuzuschreiben seyn, daß ihre Verfassungen sich so ganz anders entwickelt und gestellt haben, als die der Völker Deutscher Abkunft.

2) Daher noch jetzt die metaphorische Bedeutung, in welcher z. B. das Wort: Hof (für Regierung) gebraucht wird.

3 Kammergut ist Eigenthum des Fürstenhauses oder das Stammgut dieses Hauses; Krongut ist Eigenthum des Staates. — Ich habe beide Worte mit einander im Texte verbunden, weil in der vorliegenden Beziehung zwischen Kammer - und Krongute kein Unterschied ist.

befestiget, als sie ihre Kapitalien sofort in Grundstücken anlegten.) Alles das, was überhaupt dem Grundeigenthume den Vorzug vor einem jeden andern Eigenthume giebt, — seine Sicherheit, sein von den Schwankungen des Geldmarktes unabhängiger Werth, — spricht ihm auch als einer Grundlage der Fürstenmacht das Wort.

Monarchien, in welchen sich die Macht des Fürsten auf seinen liegenschaftlichen Reichthum gründet oder stützt, haben schon ihrem Wesen nach den Charakter väterlicher Herrschaften. — Einerseits hat in den Monarchien dieser Art der Fürst besonders dringende Gründe, das Wohl des Landes als das seinige zu betrachten und zu befördern. Denn das Interesse eines jeden Grundeigenthümers und mithin, in den Verfassungen dieser Art, auch das des Fürsten, ist mit dem Interesse des Gemeinwesens wesentlich und unzertrennlich verflochten. Wenn die Bevölkerung des Landes zunimmt, der Wohlstand des Volkes im Fortschreiten ist, Ruhe und Friede im Innern und nach aussen herrscht, so kommen alle diese Vortheile auch dem Grundeigenthümer zu statten; dagegen trifft ein jedes Unglück, von welchem das Land heimgesucht wird, auch ihn, ja ihn oft vorzugsweise. Auf keinen Fall kann er sich einer gemeinen Noth so leicht und so schnell, wie z. B. der Kapitalist, entziehen. (Er kann nicht so, wie dieser, sagen: *Omnia mea mecum porto!*) Alles dieses aber gilt von einem Fürsten, dessen Macht den Besitz bedeutender Kron- oder Kammergüter zur Grundlage oder zur Stütze hat, da er der reichste Grundeigenthümer des Landes ist, desto mehr. — Andererseits kann und wird sich einem solchen Fürsten die Stellung, welche er als Landesfürst zum Lande hat, kaum anders darstellen, als wie das Verhältniß, in welchem er zu dem Kammer- und Krongute steht. Er wird zwar als Fürst das Land glimpflich regieren, wie er als Grundherr seine Besitzungen pfleglich zu verwalten hat. Gleichwohl wird er geneigt seyn, die Eigenschaften des Herrn,

die er in dem letzteren Verhältnisse hat, auch in den erstern geltend zu machen.

Dieser allgemeinen Schilderung der landesväterlichen Einherrschaften entsprachen ehemals die Monarchien Deutschen Ursprungs ohne Ausnahme. Die Fürsten dieser Staaten, zugleich die reichsten Grundherren des Landes, reisten im Lande herum, bald auf diesem bald auf einem andern ihrer Höfe sich aufhaltend, sich im Privatleben von anderen Grundherren nur durch ein zahlreicheres Hofgesinde unterscheidend, immer dem Volke nahe und zugänglich. Dieselben Diener oder Beamten waren sowohl über die Hofhaltung als über die Staatsverwaltung gesetzt.¹⁾ Eben so hatten die unteren Stellen meist sowohl die Regierungsgeschäfte als die Verwaltung des Kammergutes oder die Erhebung der fürstlichen Einkünfte zu besorgen. Man regierte wie man wirthschaftete. Zwar änderte sich mit der Zeit gar Vieles. Aber nur da, wo in neueren Zeiten die einherrschaftliche Verfassung im Geiste des Repräsentativsystemes umgestaltet worden ist, ist der ursprüngliche Charakter dieser Monarchien gänzlich erloschen. Ja selbst in den konstitutionellen Monarchien erinnert den aufmerksamen Beobachter noch Manches an die Tage anderer Jahre. Wenn z. B. der Fürst, sobald der Frühling wiederkehrt, die rauchumwölkte Stadt verläßt, um sich auf dem Lande der schöneren Jahreszeit zu erfreuen, vielleicht auch mit der Landwirthschaft zu beschäftigen²⁾, — liegt nicht in dieser so allgemein verbreiteten Sitte eine Erinnerung an die Gewohnheiten der Ahnen, ein Band zwischen der Gegenwart und der Vergangenheit?

1) Noch jetzt findet man in mehreren Deutschen Ländern auf den Rittergütern einen Diener, welcher, der Hofmeier, Griselbauer u. s. w. genannt, über das übrige Hofgesinde gesetzt ist. Der Major domus (der königliche Hausmeier) in Frankreich und in Spanien, der High Stewart in England, der Jarl der Schwedischen Könige waren desselben Ursprungs. Aber sie hatten zugleich als Staatsbeamte die wichtigsten Funktionen.

2) Die Engländer nannten den König Georg III — the farmer George.

Jedoch zu dieser Grundlage, welche bei den Völkern Deutscher Nation die Macht des Fürsten ursprünglich hatte, kam in der Folge noch eine andere hinzu, eine Grundlage so ähnlicher Art, daß die Wissenschaft kaum eine Scheidlinie zwischen beiden zu ziehen vermag. Die Einherrschaften dieser Völker wurden im Verlaufe der Zeit *landesherrliche* Einherrschaften; die Landesfürsten, ursprünglich nur unter den Grundherren des Landes die reichsten, wurden mit der Zeit *Landesherren*. Wenn nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen das Oberhaupt des Staats nur als Beherrscher des Volkes Eigenthümer des Landes ist, wenn hiernach die Pflichten, welche der Herrscher gegen das Volk auf sich hat, von Rechtswegen den Maafsstab für die in jenem Eigenthume enthaltenen Rechte sind, so kehrte dagegen die jetzt in Frage stehende Rechtstheorie das Verhältniß um. Zu Folge dieser Theorie also hatte der Monarch, als Landesherr d. i. als Eigenthümer des Landes, die Eigenschaft des Herrschers, war das Eigenthum am Lande der Rechtsgrund der Machtvollkommenheit. Die Theorie versetzte, der Sache nach, das Verfassungsrecht in das Gebiet des bürgerlichen Rechts. (Ich will die Verfassungen, deren Rechte diese Theorie zum Grunde liegt, *Territorial- oder Landesverfassungen* nennen.)

Man könnte oder sollte erwarten, daß diese Theorie die Monarchien Deutschen Ursprungs in Despotien verwandelt haben müßte. Wenn der Fürst Eigenthümer des Landes und in dieser Eigenschaft Beherrscher des Volkes ist, folgt nicht daraus unmittelbar, daß das Volk dem Zuhöre eines Grundstückes, (dem *instrumento fundi*,) gleichzustellen sey? daß der Fürst eben so über Land und Leute, (ein eben so umheimlicher als vormals gewöhnlicher Ausdruck!) zu verfügen befugt sey, wie der Grundeigenthümer über sein Grundstück sammt dessen Zuhöre?

In der That hatte auch diese Theorie der nachtheili-

gen Folgen genug. Sie hatte z. B. Landestheilungen,¹⁾ sie hatte eben so ein sehr hartes Eroberungsrecht²⁾ in ihrem Gefolge. Gleichwohl stellte sich im Leben Vieles besser, als die Anwendung jener Theorie erwarten liefs. Andere Ursachen hemmten die Wirksamkeit oder verbesserten die Fehler des Grundsatzes, dafs das Eigenthum am Lande der Rechtstitel der Machtvollkommenheit des Fürsten sey.

Schon der Umstand mußte in die Territorialverfassung einen besseren Geist legen, dafs die Macht des Fürsten denn doch nach wie vor den Reichthum zu ihrer wahren Grundlage hatte, den er dem Besitze des Kammer- oder Krongutes verdankte. Wenn auch der Fürst von nun an das ganze Land als sein Stammgut betrachten konnte, so hatte sich doch deshalb nur sein ursprüngliches Besitzthum vergrößert, so stand er doch nunmehr nur einem gröfseren Hauswesen vor. Hatte er als Grundherr Ursache gehabt, väterlich zu regieren, so hatte er eben so wohl und noch mehr Ursache, als Landesherr Vater des Landes zu seyn. In der Eigenschaft des Landesherrn, die er nunmehr hatte, lag sogar eine unmittelbare Aufforderung, das Land nach denselben Grundsätzen, wie sein Stammgut, zu verwalten.

Jedoch es enthielt überdies das gemeine Recht der Völker Deutschen Ursprungs mehrere Grundsätze, welche theils dem Mißbrauche einer landesherrlichen Gewalt vorbeugten theils einer dem Interesse des Landes ent-

1) Die älteren Landestheilungen, — z. B. die Theilung unter den Söhnen Ludwigs des Frommen, — beruhten auf einem andern Grunde.

2) William the conqueror, Herzog der Normandie, theilte das Land in 75000 Ritterlehne und in 700 Baronien ein. Die einen und die anderen verlieh er fast insgesammt denen, die ihm bei der Eroberung Hülfe geleistet hatten. Fast alles Grundeigenthum kam in andere Hände. (Man übersetzt den Beinamen: the conqueror, durch den Eroberer. Aber das Wort dürfte vielmehr auf den Unterschied zwischen Stammgut und Errungenschaft, — bona avita, und b. noviter acquisita, acquêts, conquêts, — zu beziehen seyn. England war für den Herzog eine Errungenschaft.)

sprechenden Ausbildung der Territorialverfassung zu stat-
ten kamen. — *Erstens*: Zu Folge der Grundsätze dieser
Verfassung wurde das Land nach demselben Rechte be-
sessen und vererbt, wie das Stammgut. Die Einschrän-
kungen, welchen der jeweilige Besitzer oder Nutznießer
des Stammgutes, als solcher, unterworfen war, (z. B.
die Unveräußerlichkeit des Stammgutes,) galten daher
eben so wohl dem jeweiligen Landesherrn als solchem.
Zweitens: Die Landeshoheit oder Landesherrlichkeit war
nur eine Ausdehnung oder Steigerung eines weit älteren
Rechts, des Rechts der Grundherrlichkeit¹⁾. Wer ächtes
Eigen besaß, war nach dem ältesten Deutschen Rechte
nicht bloß Eigenthümer des Grundes und des Bodens,
(nicht bloß dominus fundi in sensu juris Romani,) son-
dern zugleich Grundherr d. i. er hatte nicht bloß die in
dem (Römischen) Eigenthume enthaltenen Rechte, son-
dern zugleich eine wenn auch untergeordnete Hoheit über
seine Grundherrschaft und über seine Grundholden *). Das
Römische dominium ist ein untheilbares Recht,²⁾ die
Deutsche Grundherrlichkeit hatte nicht dieselbe Eigen-
schaft. Der Grundherr blieb noch immer Grundherr, wenn
er auch die Ausübung seiner grundherrlichen Rechte
ganz oder zum Theil Andern überließ. Als daher in den
Staaten Deutschen Ursprungs der König zur Landesho-
heit oder Landesherrlichkeit gelangte, trat er, als Lan-
desherr, zu den Land- und Grundherren³⁾ nur in das-

1) Vgl. meine Abh. Der Kampf des Grundeigenthumes gegen die
Grundherrlichkeit. Heidelb. 1832. — Selbst die Worte; Eigenthum,
Grundeigenthum, sind vergleichungsweise erst neueren Ursprungs.
Dagegen hat sich das Andenken an das altdeutsche Grundherrlich-
keitsrecht in den Ausdrücken erhalten: Grundherr, Grundherr-
schaft, Herr von, Landesherr, Landesherrschaft u. s. w.

*) Vgl. Marc ulfi form. I, 17.

2) Die Eintheilung des dominii in das d. directum und utile hat kei-
nen Sinn, wenn man das Wort dominium in der Bedeutung des
Römischen Rechts nimmt. Anders wenn man unter dominium die
Grundherrlichkeit versteht.

3) Ich verstehe unter Landherren (domini terrae, Dynasten,) die
Besitzer der größeren, unter Grundherren die Besitzer der klei-

selbe Verhältniß, in welchem diese zu ihren Hintersassen standen. Die Rechte der Land- und Grundherren standen mit der Landeshoheit so wenig im Widerspruche, daß diese vielmehr jenen Rechten zur Stütze diene. Denn beide, die Landes- und die Grundherrlichkeit, waren ihrem Wesen nach nur ein und dasselbe Recht, die Sicherheit der einen war auch die Sicherheit der andern. *Drittens*: Für das Verhältniß der Land- und Grundherren zu dem Landesherrn war besonders der Grundsatz des altdeutschen Rechts von entscheidender Wichtigkeit, daß die Grundherrschaften nicht ohne Zustimmung ihrer Herrn besteuert werden durften. Zu Kriegsdiensten waren die Grundherren verpflichtet; auch that es ihrer persönlichen Freiheit keinen Eintrag, wenn sie vertragsweise in Kriegsdienste traten. Sonst aber waren sie, sowohl für ihre Person als wegen ihrer Herrschaften, frei von Diensten und Abgaben ¹⁾.

In Gemäßheit dieser Grundsätze bildete sich die Territorialverfassung nach und nach so aus: Das Recht des Königshauses ²⁾ war das der adlichen Geschlechter überhaupt. Das Staatsgebiet war gleichsam aus zwei Theilen zusammengesetzt. Ueber den einen Theil des Landes gebot der Fürst unmittelbar und als Herr, über den andern nur mittelbar und nur als Oberherr. Jener bestand aus den Stammgütern des Fürstenhauses, dieser aus den größeren und kleineren Grundherrschaften, welche wieder so viele kleinere Gebiete bildeten. Die Oberherrlichkeit des Fürsten über diese Gebiete der Land- und Grundherren war hier von einem größeren dort von einem kleineren Umfange, wie es nun das Herkommen eines jeden Landes mit sich brachte. Die Ausgaben, welche jetzt Staatsausgaben genannt werden, (den Aufwand für

neren Grundherrschaften. Der Ausdruck: *Domini terrae*, kommt in diesem Sinne schon frühzeitig in den Urkunden vor. S. z. B. Schöpflin, *Alsatia illustrata*. I, 622.

1) Montag, Geschichte der Deutschen staatsbürgerlichen Freiheit. Bd. 1. Th. 1. (Bamb. u. Würzb. 1812.) Abh. 1. §. 2. 4.

2) *Jus privatum principum*.

die Hofhaltung, die Staatsausgaben in der engeren Bedeutung,) bestritt der Fürst theils mit dem Ertrage des Kammergutes theils mit den Mitteln, welche ihm kraft seiner Regalien zu Gebote standen. Man belegte aber mit dem Namen Regalien diejenigen durch das Herkommen bestimmten Hoheitsrechte, von welchen der Fürst, kraft eigener Macht und Gewalt, unmittelbar oder mittelbar, ein Einkommen oder sonst einen Geldvortheil bezog. Uebrigens beruhten diese nutzbaren Hoheitsrechte auf mehreren und verschiedenartigen Gründen ¹⁾. Abgesehn von den Regalien hatten die Land- und Grundherren dem Könige nur Kriegsdienste zu leisten. Wollte ihnen der König noch andere Lasten auferlegen, so bedurfte er ihrer Zustimmung. Als nun im Verlaufe der Zeit die Landesbedürfnisse zu, die Einkünfte aus den Kammergütern und Regalien (wegen der oft erzwungenen Freigebigkeit der Könige) abnahmen, so sahen sich die Könige genöthiget, die Land- und Grundherren um Steuerbewilligungen, und nach und nach immer häufiger, anzusprechen. So geschah es denn, daß die Reichs- und Landtage, welche ehemals nur, um über Krieg und Frieden oder über eine allgemeine Landesnoth zu berathschlagen oder als Landgerichte gehalten worden waren, eine neue Grundlage und Bedeutung erhielten. Das Recht der Land- und Grundherren auf Reichs- oder Landtagen Sitz und Stimme zu haben, beruhte von nun an auf dem Rechte der Steuerbewilligung, auf dem Rechte, Steuern von ihrem Einkommen oder (kraft ihrer Grundherrlichkeit und mithin jure pro-

1) Einige dieser Rechte waren schon in den ältesten Zeiten Ausflüsse der königlichen Gewalt, wie z. B. das Recht, die verwirkten Geldstrafen, ganz oder zum Theile, zu beziehn. (Tacit. Germ. c. 12.) — Andere, z. B. das Münzrecht, giengen von den Römischen Kaisern auf die Könige der Deutschen über. — Wieder andere beruhten auf dem aus der Landesherrlichkeit sich ergebenden Eigenthume an herrenlosem Gute. Dieses jus in adespota wurde besonders von den Rechtsgelehrten mehr und mehr ausgebildet und ausgedehnt. — Vgl. K. H. Lang, histor. Entwicklung der Deutschen Steuerverfassung. Berlin 1793.

prio,) von dem ihrer Hintersassen zu bewilligen. Vormal's nur Rathgeber des Fürsten oder Beisitzer des obersten Gerichtshofes, waren jetzt die Land- und Grundherren in einer der wichtigsten Regierungsangelegenheiten zu einer entscheidenden Stimme gelangt. An das Recht der Steuerbewilligung ließen sich wieder, — nach der Rechtsregel: *Quilibet modum liberalitati suae adjicere potest*, — andere Rechte anknüpfen. Auch erhielt jenes Recht überall durch die Bedingungen, welche man der Bewilligung der Steuern hinzufügte, einen Zuwachs an anderen Rechten, an Rechten, welche, wenn auch hier von größerem dort von geringerem Umfange, doch überall ihrem Stamme verwandt waren ¹⁾. — Als Steuerbewilligungen in Gang kamen, wurden auch die Städte oder städtischen Gemeinheiten zu den Reichs- und Landtagen einberufen; schon weit früher war auf diesen die Geistlichkeit gegenwärtig gewesen. Nun hatte zwar die Reichs- und Landstandschaft des geistlichen und die des Bürgerstandes in so fern eine der Territorialverfassung fremdartige Grundlage, als jener Stand seinem geistigen Uebergewichte dieser seinem Geldreichthume das Stimmrecht verdankte. Gleichwohl stand auch das Stimmrecht dieser Stände mit dem Geiste der Territorialverfassung in Einklang. Denn auch die Bischöffe und Aebte waren, als Verwalter und Nutznießer des Kirchengutes, Land- und Grundherren; auch die Städte hatten es, durch könig-

1) Die Reichs- und Landständische Verfassung ist also von der Verfassung der konstitutionellen Monarchie wesentlich verschieden. Die Reichs- und Landstände haben nicht *ex delegatione* s. *mandato populi* sondern als Grundherren und mithin *jure proprio* ein Stimmrecht. Die Reichs- und Landtage sind in so fern mit den Kirchenversammlungen der katholischen Kirche zu vergleichen. — Eben so wenig hat man bei jener Verfassung an die Trennung der gesetzgebenden Gewalt von der vollziehenden zu denken. — Vgl. K. H. Lang, Prüfung des vermeintlichen Alters der Deutschen Landstände. Gött. 1796. Posse, über das Staatseigenthum in den Deutschen Reichslanden und das Repräsentationsrecht der Landstände. Rostock u. Leipz. 1794.

che und landesfürstliche Gnadenbriefe, dahin zu bringen gewußt, daß sie ihre Gemarkungen nach dem Rechte der Grundherrlichkeit besaßen. (Es dürfte der Territorialverfassung überhaupt das Lob gebühren, daß sie leicht das Fremdartige sich aneignen oder ihren Charakter dem Fremdartigen mittheilen kann).

Wenn schon die Entstehung der Territorialverfassung, als einer Form der monarchischen Verfassung, erst in die Zeiten des Mittelalters fällt, so kann man doch aus genügenden Gründen behaupten, daß die Völker Deutschen Ursprungs schon weit früher Territorialverfassungen in dem Sinne hatten, daß zwar nicht der König aber die Volksgemeinde der Landesherr war und in dieser Eigenschaft als Herr im Lande betrachtet wurde. Es scheint nämlich den geschichtlich-ältesten Verfassungen dieser Völker der Plan zum Grunde gelegen zu haben ¹⁾:

1) Der Staatsverein beruht auf einem Vertrage. Daher wurde das von dem Volke ausgegangene oder angenommene Gesetz der unter den Mitgliedern der Volksgemeinde abgeschlossene Vertrag genannt, und in der Eigenschaft eines Vertrages von den Verordnungen des Königes unterschieden ²⁾. Daher ferner die Rechtsregel, *quemlibet sua lege vivere* ³⁾. (Ein Vertrag ist nur für diejenigen, welche ihn abgeschlossen haben, verpflichtend.) 2) In jenem Vertrage standen nur die Grundherren des Landes d. i. nur diejenigen, welche, für ihre Person frei, ein von Frohnen und Zinsen freies Gut

1) Schon bei Tacitus blickt dieser Plan durch. Bestimmter tritt er nach der s. g. großen Völkerwanderung in den Gesetzen der Deutschen Völker hervor. Besonders bei diesen Völkern aber kann man von der Folgezeit auf die Vorzeit Schlüsse ziehen. Vielleicht ist sogar das heutige Deutschland von der Germania des Tacitus nicht so verschieden, als man gewöhnlich glaubt.

2) Vgl. Baluz. praef. ad Capitul. regum Francorum §. 5. Eccard, praef. ad legem Salicam. Lex Visig. VI, I, 7.

3) *Vel quam elegisset.* Ler Longob. II, 51, 1. — Aber liegende Gründe standen unter dem Rechte des Landes. In dieser Beziehung war das Gesetz nicht ein Vertrag, sondern ein Gebot.

besaßen ¹⁾. Die Volksgemeinde war der Herr des Landes. Denn in ihr waren die Herren der Bestandtheile des Landes vereinigt; von ihr hatten sie ihre Grundherrlichkeit. Da aber die Grundherrschaften ihrem Umfange nach gar sehr von einander verschieden waren, so war der Staatsvertrag schon seinem Wesen nach ein ungleicher Vertrag. Es gab bei den Deutschen schon in den ältesten Zeiten einen grundherrlichen Adel ²⁾. ³⁾ Der Vertrag, welcher dem Staatsvereine zum Grunde lag, wurde von der Gemeinde mit einem jeden Einzelnen, der zu dem Besitze einer Grundherrschaft und so zu dem Rechte gelangte, in den Verein aufgenommen zu werden, besonders und förmlich abgeschlossen. Dieses geschah mittelst der Belehnung oder Investitur, einer Handlung, durch welche der neue Grundherr in seiner Grundherrlichkeit von dem Landesherrn befestiget, als Gemeindeglied von der Gemeinde in Pflicht genommen wurde ³⁾. ⁴⁾ Der König war der Schutz- und Schirmherr des Bundes ⁴⁾. Er hatte in dieser Eigenschaft die Pflicht und

1) S. Montag a. a. O.

2) Tacit. German. c. 11. 13.

3) Man denke bei dieser Investitur, der *investitura allodialis*, nicht an die weit spätere und von ihr abgeleitete *investitura feudal*. Dafs jene allgemein in Gebrauch war, bestätigen eine Menge Zeugnisse, die, wenn auch aus vergleichungsweise späteren Zeiten, dennoch zu dem Schlusse ermächtigen, dafs die *inv. allod.* schon dem ältesten Deutschen Rechte bekannt war, schon nach diesem Rechte in das innerste Wesen der Verfassungen der Deutschen eingriff. Vgl. Senkenberg, *Corpus j. Germ.* T. I, P. II. p. 44. v. Westphalen, *Monumenta Cimbrica*. Praef. ad T. II. u. III. Blackstone, *comment. on the laws of England*. II, 20. 22. — Diese Investitur hatte sich namentlich auch in dem nördlichen Frankreich, also in dem ältesten Wohnlande der Franken, bis in die neuesten Zeiten erhalten. Vgl. Merlin *répert. de jurispr.* v. *Conditions de manbournie*. *Conditionner un héritage*. *Déshéritance*. *Manbour*. *Nantissement*. In vielen Deutschen Ländern ist sie noch jetzt, bald unter diesem bald unter einem andern Namen, in Gebrauch. S. z. B. das Landrecht des G.H. Baden. S. 1583 a.

4) Vgl. die S. 166. Anm. 2. a Stellen.

das Recht, die Gesetze d. i. die Bedingungen des Bundesvertrages theils durch Verordnungen auf besondere Fälle anzuwenden ¹⁾ theils zwangsweise in Vollziehung zu setzen ²⁾.

Schon in den ältesten Zeiten also hatten die Völker Deutschen Ursprungs Territorialverfassungen. Nun trat zwar zwischen diesen Territorialverfassungen und denen der späteren Zeit der wesentliche Unterschied ein, daß jene demokratische diese aber monarchische Territorialverfassungen waren. Jedoch die Entstehung der letzteren war durch den Bau der älteren Verfassungen schon vorbereitet, der Plan, wie diese in jene umgestaltet werden konnten, schon vorgezeichnet. Der Bau der älteren Verfassungen erleichterte sogar diese Umgestaltung. Denn in zusammengesetzten Verfassungen kann leicht der eine oder der andere ihrer Bestandtheile entweder untergehn oder das Uebergewicht erhalten. In den Staaten Deutschen Ursprungs kamen noch besondere Ursachen hinzu, welche jene Umgestaltung beförderten. Eine Hauptursache lag in den Veränderungen, welche im Verlaufe der Zeit in dem Kriegswesen vor sich giengen ³⁾. Mit

1) Der König schwor dem Volke, das Volk dem Könige. Eine besonders bemerkenswerthe Stelle über den letzteren Eid s. in dem Cap. vom J. 802. c. 2. — Der Schirm des Königs erstreckte sich insbesondere auch auf die Wehrlosen. Baluz. I, 377. Sächs. Landrecht. II, 61. 66. 71. III, 2. 7. 30. Schwäb. Landr. 195, 3.

2) Daher wird oft mit dem Worte: Königsbann, die königliche Gewalt überhaupt bezeichnet. Baluz I, 377. DuCange v. banus. Sächs. Landrecht. III, 64. (Des Königes Bann, sagt hier die Glosse, ist des Königes Gezwang.)

3) Der Dienst zu Ross verdrängte mit der Zeit fast ganz den Dienst zu Fufs. Eine Hauptursache, daß die ärmeren Grundherren den reicheren zins- und dienstpflichtig wurden. „De Frisionibus volumus ut — — caballarii omnes generaliter ad placitum nostrum veniant bene praeparati. Reliqui vero pauperiores septimum praeparare faciant, et sic ad condictum placitum bene praeparati hostiliter veniant.“ Capit. Caroli M. de a. 807. c. 2. 6. (Auf dem Lande werden alle öffentlichen Lasten leicht Grundlasten.)

einem Worte, man kann sich die Entstehung der Territorialverfassungen nur so erklären, daß sich mit der Zeit zwar die Form nicht aber die Grundlage der altdeutschen Staatsverfassungen veränderte.

Von besonderer Wichtigkeit für die Geschichte jener Verfassungen ist das **Lehnswesen**. (Institutum feudale.)

Zwar irren sich diejenigen, welche annehmen, daß alle Staaten Deutschen Ursprungs während des Mittelalters eine Lehnsvorfassung hatten, welche also die Territorial- und die Lehn- oder Feudalvorfassung als eine und dieselbe Staatsvorfassung betrachten ¹⁾. Es läßt sich geschichtlich nachweisen, daß die Lehnsvorfassung, so wie sie allein in Frankreich ihren Anfang nahm, so auch nur über diejenigen Länder sich verbreitete, welchen sie von den Franken gegeben oder überliefert wurde. Deutschland, Italien, England, ²⁾ hatten diese Vorfassung, nicht aber die Skandinavischen Reiche, oder Schottland oder Spanien. Sondern die Lehnsvorfassung war nur eine Art der Territorialvorfassung, dieses Wort in der oben bestimmten Bedeutung genommen. Allerdings war in den Lehnstaaten der König als Lehnsherr zugleich Landesherr. Ja es waren die Lehnsvorfassungen, weil und in wie fern sie ein förmliches Anerkenntniß der Landeshoheit enthielten, sogar vorzugsweise Territorialvorfassungen oder gleichsam die Blüthe dieser Vorfassungen ³⁾. Dagegen bestimmte das Lehnrecht (das jus feudale) das Verhältniß zwischen dem Lehnsherrn und

1) Sehr viele Schriftsteller sind in diesen Irrthum verfallen. Z. B. Robertson in der Einleitung zu seiner Geschichte Karls V. Eben so der Vf. des folgenden Werks: Nordens Staatsvorfassung etc. Von Tyge Rothe. A. d. Dän. von Reichel. Kopenh. u. Lpz. II Thle. 1784. 89.

2) Auch die Feudalvorfassung des Königreiches Jerusalem war Europäischer Abkunft.

3) Auch das heutige Englische Recht betrachtet den König als den Herrn des Grundes und des Bodens. Eben so kommen noch in dem heutigen französischen Rechte Spuren von der ehemaligen Landesherrlichkeit des Königes vor. S. den C. civil. Art. 539.

den Vasallen anders, als in den Staaten, welche nicht eine Lehnsvorfassung hatten, das Verhältniß zwischen dem Landesherrn und den Land- und Grundherren bestimmt war. — Wohl aber war die Lehnsvorfassung nichts anderes als ein Zweig oder als eine eigenthümliche Modification der Territorialvorfassung. VormalS war die Volksgemeinde oder die Nation der Landes- und Lehnsherr, nach der Lehnsvorfassung hatte beide Eigenschaften der König. Wenn wir auch, aus Mangel an hinreichenden Nachrichten, die Entstehung der Fränkischen Lehnsvorfassung d. i. die Art, wie sich das Frankenreich nach und nach in einen LehnSstaat verwandelte, nicht Schritt für Schritt verfolgen können, so scheint doch der Hergang der Sach der gewesen zu seyn, daß die fränkischen Könige des zweiten Herrscherstammes, anfangs um sich auf dem unter ihnen schwankenden Throne zu befestigen, in der Folge auch nothgedrungen, der Investitur des ältesten Deutschen Rechts eine neue Beziehung, Regel und Ausdehnung gaben. Zuerst wurden einzelne Güter, dann die Aemter, endlich die Gewaltsbezirke der Kriegsbefehlshaber und Beamten nach diesem neuen Gesetze verliehen. Der Plan, ursprünglich auf das Interesse des Königes berechnet, schlug jedoch, unter dem Einflusse der Vorstellungen, welche das altdeutsche Recht mit der Investitur verband, zum Nachtheile der königlichen Gewalt aus ¹⁾).

Wenn man auch den Territorial- und Lehnsvorfassungen, welche die Staaten Deutschen Ursprungs während des Mittelalters hatten, den Vorwurf machen kann, daß Anarchie und — in Beziehung auf den gemeinen

1) In der Geschichte des Ursprungs der Lehne, also in der Geschichte der Entstehung der Lehnsvorfassung im Frankenreiche, ist vieles dunkel. Daher die Verschiedenheit der Meinungen über diesen Gegenstand. Besonders die Geschichtsforscher Frankreichs haben sich um diesen Theil der fränkischen Geschichte verdient gemacht. Ihre Meinungen findet man zusammengestellt b. Merlin, Répertoire de jurispr. v. fief.

Mann (oder villain) — Despotismus in ihrem Gefolge waren, so ist man doch, wenn man die aufregende Kraft in Erwägung zieht, welche theils schon in ihrem Wesen lag, theils durch den Kampf zwischen Staat und Kirche und durch die Eifersucht zwischen dem Adel und dem Bürgerstande noch gesteigert wurde, eben so wohl versucht, auf jene Verfassungen eine Lobrede zu halten. Sie waren für die Europäische Menschheit der Kampfplatz, auf welchem sie sich austoben mußte, damit sie zu einer höheren Kultur und Civilisation gelangen könnte. Die geistlich-väterlichen Einherrschaften gebieten dem Volke Stillstand. Auch die landesväterlichen Einherrschaften sind dem Fortschreiten des Volkes, wenn schon weniger, abhold. Die Völker Deutschen Ursprungs bewahrte die Eigenthümlichkeit ihrer Territorialverfassung vor der Gefahr des Stillstehens, mit welcher sie eine rein landesväterliche Verfassung bedroht haben würde.

IV. Von den republikanischen Einherrschaften.

Diejenigen Staatsverfassungen, welche, obwohl Einherrschaften, dennoch das Volk zur Ausübung oder zur Mitausübung der gesetzgebenden Gewalt berufen, — nenne ich republikanische Einherrschaften.

Mannigfaltig sind die Gestalten, welche diese Verfassung annehmen kann, und nach Verschiedenheit der Völker und Zeiten angenommen hat. Ihre einfachste Form ist vielleicht die, daß das Gesetz vom Volke ausgeht, der Fürst, das nicht verantwortliche Oberhaupt des Staates, die Gesetze, (abgesehn von den Fällen, in welchen sie Selbsthülfe gestatten,) in Vollziehung zu setzen hat; die künstlichste und vollkommenste aber vielleicht die konstitutionelle Monarchie.

Die geschichtlich-ältesten Verfassungen der Germanischen Völker waren republikanische Einherrschaften. Im Verlaufe der Jahrhunderte versuchten sich diese Völker in mehreren anderen Verfassungen. Jetzt scheinen sie zu ihrer ersten Liebe zurückkehren zu wollen. Schon

sind mehrere Germanische Staaten konstitutionelle Monarchien, andere im Uebergange zu dieser Verfassung.

Wird die Verfassung der konstitutionellen Monarchie das leisten, was von ihr so Viele hoffen? wird sie den Europäischen Völkern auf die Dauer genügen? Oder ist sie ebenfalls nur eine Vorbereitung zu einer anderen Verfassung? Oder steht dem Germanischen Europa ein ähnliches Schicksal bevor, wie das war, welches der Römerwelt in dem südwestlichen Europa ein Ende machte?

Auf jeden Fall hat die Verfassung der konstitutionellen Monarchie ein so erhebliches Zeitinteresse, daß sie schon deswegen in dem vorliegenden Werke ausführlicher darzustellen ist. Diese Darstellung bleibt jedoch dem neunzehnten Buche vorbehalten. Denn die konstitutionelle Monarchie ist eine Vereinigung der repräsentativen Demokratie mit der erblichen Einherrschaft. Zuvörderst also mußte von jener Verfassung gehandelt werden.

SIEBENZEHNTES BUCH.

Des

*besonderen Theiles der Verfassungslehre
zweites Buch.*

Von der

Aristokratie oder Adels herrschaft.

ERSTES HAUPTSTÜCK.

Begriff dieser Verfassung. — Ihre Entstehung.

Die Aristokratie oder die Adels herrschaft ist diejenige Staatsverfassung, in welcher die Machtvollkommenheit einer von der Volksgemeinde verschiedenen engeren Gemeinde, — einem Ausschusse aus dem Volke, — kraft eigenen Rechtes zusteht. Ich sage kraft eigenen Rechtes; um diese Verfassung von dem Falle zu unterscheiden, da das Volk die Ausübung seiner Machtvollkommenheit einer kollegialischen Behörde (einer Convention) für eine gewisse Zeit ausdrücklich übertragen hat.

Es führt diese Verfassung den Namen: Aristokratie d. i. Herrschaft der Würdigsten. Denn dieser Verfassung liegt die Idee zum Grunde, daß diejenigen, welche in dem Besitze der Machtvollkommenheit sind, sich dieses ihres Vorrechts würdig zu erweisen haben, so wie die Erwartung, daß sie sich desselben würdig erweisen werden.

Dieselbe Verfassung führt den Namen; Adels herr-

schaft¹⁾. — Es giebt bei einem Volke einen Adel, den man den politischen Adel nennen kann, wenn eine Klasse des Volkes in dem Besitze eines Vorzuges ist, welcher ihr einen überwiegenden Einfluss auf die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten (de facto) verschafft. Einen Adel dieser Art bilden z. B. in den Vereinigten Staaten die Reichen, die Whigs. Die reicheren Bürger dieser Staaten haben zwar keine Vorrechte, wohl aber vermöge ihres Reichthumes ein vorzügliches politisches Gewicht, ein ihnen gemeinschaftliches besonderes Interesse. — Von diesem Adel verschieden ist der staatsrechtliche Adel oder der Adel in der staatsrechtlichen Bedeutung, ein Adel, welcher politische Vorrechte d. i. Vorrechte hat, die sich entweder auf die Machtvollkommenheit, (auf die Staatsverfassung,) oder auf die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten, (auf den Staatsdienst,) beziehen. Der staatsrechtliche Adel also ist entweder ein Verfassungs- oder ein Regierungsadel oder auch beides zugleich²⁾. — Die in Frage stehende Verfassung, die Aristokratie, ist nun eine Adelsherrschaft, das Wort: Adel, in seiner staatsrechtlichen Bedeutung genommen. Denn in ihr giebt es einen Verfassungsadel; ihn bilden die Mitglieder der herrschenden Körperschaft. Zwar ist dieser Adel, wenn er anders nicht hlos ein Bestandtheil einer andern Beherrschungsform ist, allemal zugleich ein Regierungsadel. Denn wie könnte wohl eine Aristokratie auf die Dauer bestehn, wenn sie den Zutritt zu dem Staats-

1) Das Wort: Adel, bezeichnet in seiner ursprünglichen Bedeutung das Grundeigenthum oder die Grundherrlichkeit. (Der Germanische Adel ist seinem Ursprunge nach ein grundherrlicher Adel. Daher giebt es umgekehrt nach einigen Germanischen Rechten einen dinglichen Adel. Eccard, ad leg. Sal. p. 34. Biener, comment de origin. etc. jurium German P. II. Vol. II. p. 75.) — Auch an dieses Wort, (so wie an die gleichbedeutenden Worte anderer Sprachen,) knüpft sich der Begriff der Würdigkeit an. (Adel, edel. Nobilis, namhaft.)

2) Der letztere ist entweder für gewisse Aemter ausschliesslich wählbar, oder auch in dem erblichen Besitze gewisser Aemter.

dienste einem Jedem im Volke offen liefse? Gleichwohl ist es auch für eine Aristokratie, welche beide Eigenschaften in sich vereinigt, von der höchsten Wichtigkeit, des Unterschiedes zwischen der einen und der andern Eigenschaft eingedenk zu seyn. Ein Verfassungsadel ist vorzugsweise in der Eigenschaft eines Regierungsadels ein Gegenstand des Neides und der Eifersucht. Es ist daher das Interesse eines Verfassungsadels, die Rechte, die er in der andern Eigenschaft hat, zu beschränken oder auch, (z. B. in der konstitutionellen Monarchie,) ganz aufzugeben, damit er als Verfassungsadel desto fester stehe.

Jedoch, wenn auch in der Aristokratie die herrschende Körperschaft, als ein Ganzes betrachtet, ein Adel in der staatsrechtlichen Bedeutung ist, so hat sie doch deswegen noch nicht in Beziehung auf ihre einzelnen Mitglieder dieselbe Eigenschaft. Vielmehr ist die Aristokratie in dieser Beziehung nur in so fern eine Adelsherrschaft d. i. nur in so fern eine auf einem Vorrechte beruhende Verfassung, als sie eine erbliche Aristokratie ist d. i. als die einzelnen Mitglieder der herrschenden Körperschaft ihre Theilnahme an der Machtvollkommenheit einem Geburtsrechte verdanken*). Nur die erblichen Aristokratien also sind schlechthin (oder in sensu eminenti) Adelsherrschaften. Alle anderen Aristokratien nähern sich mehr oder weniger der Volksherrschaft. Die Verfassung der katholischen Kirche z. B., obwohl, (wenigstens nach dem bischöflichen Systeme,) eine Aristokratie, ist dennoch, in wie fern sie einem jeden Mitgliede der Kirche das Recht zusichert, in den geistlichen Stand zu treten, einem jeden Mitgliede der Kirche die Aussicht eröffnet, zu den höchsten Würden in der Kirche zu gelangen, zugleich der Demokratie verwandt. (Unter den Ursachen, auf welchen die Dauerhaftigkeit der Verfassung dieser Kirche

*) Ein Adel, der blos ein Regierungsadel ist, ist nicht ohne das Merkmal der Erblichkeit denkbar.

beruht, vielleicht nicht die letzte!) Umgekehrt erklärt sich hieraus, warum man mit den Worten: Adel, Adels-herrschaft gewöhnlich die Nebenbedeutung der Erblichkeit verbindet.

Die Entstehung der aristokratischen Verfassungen ist im allgemeinen auf dieselbe Weise, wie die der Monarchien, zu erklären*). Ueberall entwickelte sich der staatsrechtliche Adel aus einem politischen Adel; überall verdankte jener Adel wahren Vorzügen seinen Ursprung. Dieselben Vorzüge, welche bei der einen Völkerschaft die Oberherrlichkeit eines Einzigen zur Folge hatten, stellten bei einer andern Völkerschaft mehrere, welche zusammen in dem Besitze dieser Vorzüge waren, an die Spitze der öffentlichen Angelegenheiten. Es kam nur darauf an, diese Vorzüge in bleibende Vorrechte, sey es in Vorrechte einer Körperschaft, sey es in Vorrechte gewisser Geschlechter, zu verwandeln. In der einen und in der andern Beziehung kam einem politischen Adel, wo es einen solchen gab, der Geist zu statten, welcher in einer jeden Körperschaft lebt, der Geist, welcher daher der Korporationsgeist genannt wird. Die Entstehung eines erblichen Adels begünstigten noch überdies andere und besondere Ursachen. Zwar scheint in dem Gedanken, daß der Beruf zum Herrschen oder zum Regieren von dem Vater auf den Sohn forterbe, ein Widerspruch zu liegen. (Und doch läßt sich die Erblichkeit des Adels nur durch die Erblichkeit dieses Berufs rechtfertigen!) So sonderbar ist dieser Gedanke, daß es nicht befremden darf, wenn ihn Völker einer andern Civilisation, als die unsrige ist, kaum zu fassen vermögen. Unter den Geschenken, welche der Britische Gesandte, Lord Mackartney, dem Kaiser von China überbrachte, befand sich ein Kupferstich, auf welchem der Herzog von Bedford im Jünglingsalter abgebildet war. Ein Mitglied der Gesandtschaft, Barrow, beauftragt, die unter dem Kupferstiche stehenden Ehrennamen des Herzogs ins Chi-

*) Das Folgende gilt auch von dem Ursprunge des Regierungsadels.

nesische zu übersetzen, suchte sich den Mandarinen, durch welche die Uebersetzung an den Kaiser gelangen sollte, dadurch verständlich zu machen, dafs er den Herzog Tagin, einen grossen Mann des zweiten Ranges! nannte. Die Mandarinen erinnerten, dafs Barrow wohl den Vater meine. Als Barrow nun von der Erblichkeit der Herzogswürde sprach, lachten die Mendarinen herzlich über die Idee eines Menschen, der ein geborener Gesetzgeber sey, während in China so manche Jahre des angestrengtesten Fleisses erfordert würden, ehe man die Prüfung auch nur für die unterste Klasse der Aemter bestehen könne¹⁾. — Gleichwohl liegt es eben so wohl in der Natur der Menschen, dafs sie ihre Macht als ein Vorrecht auf die Nachkommen zu vererben suchen, als dafs sie die Verdienste des Vaters den Kindern anrechnen. Geniesen doch auch in China die Nachkommen des Con-fu-tze gewisser Ehrenrechte²⁾. Alles in der Menschenwelt hängt von dem Zufalle der Geburt ab. Wie könnten und sollten also die Menschen nicht auf die Gunst dieses Zufalls einen Werth legen?³⁾ Ueberdies aber kann sich der Widerspruch, der an sich in der Erblichkeit des Berufs zum Herrschen oder zum Regieren liegt, in der Wirklichkeit heben oder

1) Travels in China etc. By J. Barrow. Lond. 1803. 4.

2) Eben so in der Turkey die Nachkommen Mohamed's. — „Magna patrum merita“, berichtet Tacitus von den Deutschen, „principis dignationem etiam adolescentulis assignant.“ German. c. 13.

3) Zugleich ein Grund für den Adelsstolz oder zur Erklärung dieses Stolzes. Der Geburtsadel ist ein Gut, das Niemanden gegeben, Niemanden genommen werden kann. Nur die Auswüchse dieses Stolzes sind verdamulich. Z. B. Die christliche Religion, äufserte sich der Baron von Flachslanden, hat allerdings ihre Geheimnisse, welche dem menschlichen Verstande unzugänglich, gewissen Leuten mehr als auffallend zu seyn scheinen. „Mais il n'en est pas moins vrai, que vous devez vous faire gloire de croire en Jésus-Christ. Car, comme homme, il appartient à la plus ancienne maison de l'univers. Ce n'est pas un bourgeois comme Numa, mais un excellent gentilhomme qui aurait été reçu sans difficulté dans tous les chapitres d'Allemagne, et cela seul décide en sa faveur.“

Memoir. de Louis XVIII. T. VII. p. 197.

mildern. Mannhafte Väter erzeugen mannhafte Söhne¹⁾. (Ursprung des erblichen Kriegsadels.) Eine Geheimlehre kann den Nachkommen als ein ausschliessliches Besitzthum überliefert werden. (Ursprung des erblichen Priesteradels.) Reichthum ist seinem Wesen nach vererblich. Aber Reichthum ist Macht; Reichthum gewährt seinem Besitzer zugleich die Mittel, sich eine höhere Bildung zu verschaffen. (Ursprung des erblichen Geld- und des erblichen Landadels.) Ueberhaupt, wer hat, dem wird gegeben; ein Vorzug hilft zu dem andern, eine Erbschaft zu den übrigen.

ZWEITES HAUPTSTÜCK.

Die Naturlehre

der Aristokratie oder Adelsherrschaft.

Eine jede Aristokratie ist ein Doppelstaat. — Die herrschende Körperschaft ist *erstens*, für sich betrachtet, ein Staatsverein. In so fern ist auf die Aristokratie alles das in der Regel anwendbar, was von der Demokratie gilt. Die herrschende Körperschaft bildet *zweitens*, im Verhältniss zu ihren Unterthanen betrachtet, mit diesen zusammen einen Staatsverein. In so fern gelten von der Aristokratie in der Regel dieselben Grundsätze, wie von der Monarchie. (Die Aristokratie ist also das Mittelglied zwischen der demokratischen und der monarchischen Verfassung).

Bei der Anwendung dieser Analogien hat man jedoch die Eigenthümlichkeit der Aristokratie nicht zu übersehn, daß in dieser Verfassung einerseits die Zahl der Mitglieder der herrschenden Körperschaft²⁾ vergleichungsweise

1) Fortes creantur fortibus et bonis etc. Horat.

2) Auch die Gesammtheit der einer und derselben Herrschaft unterworfenen Individuen ist eine Körperschaft, eine universitas. Ich

geringer ist, als in der Demokratie, und andererseits die Herrschergewalt, welche in der Monarchie einem einzelnen Monarchen zusteht, das Recht einer Körperschaft ist. (Die Aristokratie ist eine Demokratie nach einem verkleinerten, eine Monarchie nach einem vergrößerten Maſsstabe.) Nun bildet sich in einer jeden Körperschaft, welche weder zu viele noch zu wenige Mitglieder zählt, jener eigenthümliche Geist, welcher, der Korporationsgeist genannt, die mannigfaltigsten Gestalten annimmt und in einer jeden seiner Gestalten eine ihm inwohnende Lebenskraft hat. Die Mitglieder der herrschenden Körperschaft haben als solche dasselbe Interesse; sie haben dieses Interesse gegen dieselben Feinde oder Mitwerber zu vertheidigen; der Einzelne wiegt desto mehr, je mehr das Ganze wiegt; das Ansehn, zu welchem das eine oder das andere Mitglied der Körperschaft in dieser gelangt, kommt ihm zugleich gegen Dritte zu statten; entstehen Partheien in der Körperschaft, so sind diese ein neuer Grund, das Interesse des Ganzen zu der Sache eines jeden Einzelnen in der Korporation zu machen. Oft verwebt sich dieser Geist noch mit der Liebe der Eltern zu ihren Kindern. Denn bald geht die Eigenschaft eines Korporationsgliedes schon von Rechtswegen auf die Kinder über, bald sind diese wenigstens zum Eintritte in die Körperschaft vorzugsweise berechtigt. Oder es glauben die Mitglieder der Körperschaft, wenn sie zum ehelosen Leben verpflichtet seyn sollten, weil eine Körperschaft unsterblich ist, in der ihrigen fortzuleben²⁾). Dieser Korporationsgeist lebt auch in einer jeden Aristokratie, da sie weder ein zu zahlreicher noch ein zu beschränkter Verein ist. Er lebt in ihr sogar vorzugsweise, da er in ihr auf das Herrschen gerichtet ist. Schon in einem Regierungsadel waltet er mit Macht.

verstehe jedoch hier unter einer Körperschaft eine von dieser Gesamtheit verschiedene Gemeinde.

2) Das Cölibatsgesetz, welchem die Geistlichkeit der katholischen Kirche unterworfen ist, dürfte deswegen so große Wunder gewirkt haben, weil es den Wunsch, in Nachkommen fortzuleben, auf die Fortdauer der Hierarchie richtete.

Diesem Korporationsgeiste verdankt die Aristokratie zuvörderst das festere Zusammenhalten ihrer Mitglieder, die Bürgschaft, welche sie in sich selbst für ihre Fortdauer hat. Die Individualität, welche der Herrscher in der Monarchie nach physischen Gesetzen hat, hat er in der Aristokratie nach psychologischen Gesetzen. Die Demokratie hat vor allem die *incuria reipublicae, ut alienae* zu fürchten. Nicht so die Aristokratie. — Demselben Geiste hat die Aristokratie die Stetigkeit ihrer Einrichtungen und ihrer Politik zu verdanken, einen Vorzug, den sie sowohl vor der Monarchie als vor der Demokratie voraus hat. Ihr droht nicht, wie der Monarchie, der Uebergang der höchsten Gewalt von einem Individuo auf das andere ihr drohen nicht, wie der Demokratie, die Launen und Leidenschaften der Menge Gefahr, denn sie ist als eine Gesammtheit unsterblich; nur allmählig sich erneuernd, bewahrt sie getreulich die Ueberlieferungen der Vorzeit; sie ist bedächtlich, weil sie sowohl gegen ihre Mitglieder als gegen ihre Unterthanen mißtrauisch ist. Der Römische Freistaat bestand Jahrhunderte lang, weil seine Aristokratie ¹⁾ die Veränderungen, welche die Zeit gebieterisch forderte, allmählig herbeizuführen wufste; er schritt von einer Eroberung zu der andern fort, weil seine auswärtige Politik immer dieselbe blieb ²⁾. — Jedoch, eben deswegen, weil eine Aristokratie, eine Gesammtheit, immer dieselbe ist, kann sie leicht die Veränderungen übersehn, die außer ihr vor sich gehn; sie ist der Gefahr ausgesetzt, zu altern, weil sie nicht das Alter fühlt. Selbst die Römer verfielen in jenen Fehler, als

1) Als das Patriciat gestürzt wurde, trat nur eine andere Aristokratie an die Stelle der bisherigen oder nahm vielmehr diese nur diejenigen Geschlechter in ihre Mitte auf, welche ihr dem Reichthume nach gleichstanden. Vgl. die Rede des Marius b. Sallust. *Bellum Jugurth.* c. 85.

2) Napoleon machte sich (auf Helena) den Vorwurf, daß er den aristokratischen Geist der Oesterreichischen Regierung zu spät erkannt habe.

sie sich von den Völkerschaften Italiens das Römische Bürgerrecht abdringen ließen, anstatt es ihnen zu rechter Zeit freiwillig zu ertheilen.

DRITTES HAUPTSTÜCK.

Die Politik oder das Verfassungsrecht der Aristokratie.

Die Eigenschaft eines Doppelstaates, welche der Aristokratie zukommt, ist auch der Darstellung der Politik oder des Rechts dieser Verfassung zu Grunde zu legen. Was jedoch einer Aristokratie für sich Vorthail bringt, entspricht fast immer zugleich dem Interesse, welches sie in Verhältniß zu ihren Unterthanen hat. Denn sie hat mit demselben Mißtraun sich selbst und ihre Unterthanen zu bewachen.

I. Die Politik

der Aristokratie, diese für sich betrachtet.

1) Die Grundsätze, die von der Organisation der Demokratie gelten, (das Wort: Demokratie, im Sinne der Griechen genommen*) sind in der Regel auch auf die Organisation der Aristokratie anwendbar. — Daher müssen die Mitglieder der herrschenden Körperschaft der Macht nach einander lohngefähr gleichstehn, wenn nicht die Aristokratie über kurz oder über lang entweder in eine Oligarchie ausarten oder in die Monarchie übergehn soll. Die Verfassung des ehemaligen Freistaates von Venedig, — eine Verfassung, welche, in ihrer Art ein Musterbild, von einem Jeden studirt zu werden verdient, der sich mit dem Geiste einer auf die Macht des Reichthumes gegründeten Erbari-

*) Vgl. das folgende Buch.

stokratie vertraut machen will, — hatte zwar alle Mittel erschöpft, um die einzelnen Nobili dem Rechte nach einander gleichzustellen¹⁾. Gleichwohl war sie, da ein grosser Theil des Venetianischen Adels verarmt war, in der Wirklichkeit eine Oligarchie der reicheren Familien. Dem Adel der Germanischen Völker ist es nur selten gelungen, eine selbstständige Herrschaft zu begründen. Die Ungleichheit der Vermögensumstände der adlichen Geschlechter war die Ursache, daß alle einen Herrn über sich anerkennen mußten. Dem Pabstthume war nichts so förderlich, als die Spannung zwischen der hohen und der niedern Geistlichkeit und die zwischen den Erzbischöffen und den Bischöffen. — Aus demselben Grunde kann eine Aristokratie keinen gröfseren Fehler begehn, als wenn sie selbst in die Hände Einzelner eine Macht legt, welche gegen die Verfassung gerichtet werden kann. Daher ist es das Interesse dieser Verfassung, daß die Gewalten unter viele öffentliche Behörden vertheilt werden, daß eine jede Behörde eine kollegialische Verfassung oder der einzelne Beamte eine kollegialische Behörde zur Seite habe, daß eine Stelle von der andern abhängig sey²⁾, ein jedes Amt nur auf eine bestimmte Zeit verliehen werde. Besonders der Befehl über das Heer kann dieser Verfassung gefährlich werden. Daher ist es nicht selten geschehn, daß Aristokratien, (z. B. die Italiens,) diesen Befehl Fremdlingen übertrugen, weil sie den Sieg nur dann nicht zu fürchten hatten, wenn sie ihn einem einzelt stehenden Feldherrn verdankten³⁾. Jedoch, alle diese Mafsregeln sichern die Aristokratie noch nicht genugsam gegen die Gefahr, dem Ehrgeize Einzelner ihres

1) Zu diesem Ende war z. B. die Dogenwahl besonders künstlich organisirt. Dennoch wurde sie von den reicheren Familien geleitet. Ein warnendes Beispiel für diejenigen, welche Alles von den Formen einer Verfassung erwarten.

2) Vgl. Cic. in Bruto. c. 14. Liv. IV, 6. VII, 17. 18.

3) Muratori, Antiquit. Italiae. T IV. Diss. 46. — Auch wegen einiger anderen Aemter beobachteten die Italienischen Freistaaten dieselbe Politik.

Mittels oder einer inneren Partheiung zu erliegen. Das souveraine Mittel ist die Bestellung einer Behörde, welche, mit außerordentlichen Vollmachten ausgerüstet, die Aristokratie gegen sich selbst in Schutz zu nehmen im Stande ist. Diese Bestimmung hatte z. B. in Sparta (und in andern aristokratischen Freistaaten Griechenlands) die Ephorie¹⁾, in Venedig das Kollegium der Zehner, (i Deci,) sammt dessen engerem Rathe, den Staatsinquisitoren²⁾. Allerdings kann eine solche Behörde der Selbstständigkeit der herrschenden Körperschaft gefährlich werden, die Aristokratie in eine Oligarchie verwandeln³⁾. Dennoch ist sie mit dem Geiste der Aristokratie noch immer in so fern vereinbar, als eine jede Aristokratie beziehungsweise eine Oligarchie ist.

2) Dem Interesse einer Aristokratie entspricht alles das, was den Korporationsgeist hegt und pflegt. — Darum muß eine Grundmaxime der Aristokratie seyn, die Ihrigen nicht fallen zu lassen. Hat Einer ihres Mittels eine Strafe verwirkt, so ist die Bestrafung des Schuldigen den Augen des Publikums möglichst zu entziehen oder auch mit irgend einer Auszeichnung zu verbinden⁴⁾. — Darum darf in Ehre und Rang kein anderer Unterschied zwischen den Mitgliedern der herrschenden Körperschaft eintreten, als der, welcher auf einem Amte beruht. (Die weltlichen Orden, welche

1) Lachmann, die Spartanische Staatsverfassung etc. Bresl. 1836. S. 209.

2) Auch die Censur der Römer und die Inquisition der katholischen Kirche können hier angeführt werden.

3) Die Ephorie hatte in Sparta diese Folge. S. Lachmann a. a. O. Auch die Verfassung des Freistaates von Venedig neigte sich zur Oligarchie hin. Daher der Antrag, der im Jahr 1761. in dem grossen Rathe dieses Freistaates auf die Aufhebung des Kollegiums der Zehner — jedoch ohne Erfolg — gemacht wurde. (Oft hat mir mein Oheim, der Professor Klausing, der sich damals in Venedig aufhielt, von den glänzenden Reden erzählt, die damals von den ersten Männern der Republik für und wider den Antrag gehalten wurden.)

4) In England werden Pairs geköpft, Andere gehängt.

in den Europäischen Monarchien seit den Zeiten des Mittelalters gestiftet worden sind, haben dem vormaligen Korporationsgeiste des Adels dieser Staaten keinen geringen Eintrag gethan.) — Darum fordert es das Interesse der Aristokratie,¹⁾ daß ihre Mitglieder eine Standestracht haben. Nur darf diese nicht durch ihre Pracht die Augen des Volks verletzen. In dem Freistaate von Venedig war die Standestracht der Nobili ein langer schwarzer Rock.

3) Die Aristokratie, der Gefahr des Alterns ausgesetzt, hat gegen diese Gefahr besondere Vorkehrungen zu treffen. — Darum trägt die Kastenverfassung den Keim des Todes in sich. Darum kann eine jede andere Erbaristokratie keinen gröfseren Fehler begehn, als wenn sie die Verleihung des Adels über die Gebühr erschwert¹⁾. — Der Freistaat von Venedig hatte, in Erwägung jener Gefahr, die wohlberechnete Einrichtung getroffen, daß nach dem Tode eines Dogen jedesmal fünf Reformatoren, (Correttori genannt,) gewählt wurden, welche die Gesetze, von deren Nothwendigkeit man sich während der Verwaltung des letztverstorbenen Dogen überzeugt hatte, vorzuschlagen und noch vor der Wahl eines neuen Dogen zur Abstimmung zu bringen hatten. — Freilich werden diese und ähnliche Mafsregeln dem Uebel nicht ganz abhelfen. Das Mißtraun und der Machtneid einer Aristokratie sind so grofs, ihre Undankbarkeit gegen das Verdienst ist so abschreckend²⁾, daß ihre Mitglieder leicht einer allgemeinen Mittelmäßigkeit verfallen können, und um so leichter, da Vorrechte fast immer mit Vorurtheilen verbunden sind. Die Aristokratie gedeiht nur entweder im Kampfe mit auswärtigen Feinden

1) Einst gab es in den Europäischen Staaten aufser dem erblichen Adel, einen Adel des Verdienstes; ihn bildeten die Doctores juris. Eine Einrichtung, welche dem Interesse der Erbaristokratie besonders entsprach! — In einigen Deutschen Staaten hat die Verleihung eines Ordens den persönlichen Adel zur Folge. Auch ein solches Gesetz gereicht zum Vortheile des erblichen Adels.

2) Die Geschichte Venedigs enthält schauerliche Beispiele dieser Undankbarkeit. S. Daru, *histoire de Venise*. IV, 224.

oder in einer Verfassung, welche zugleich einen demokratischen Bestandtheil hat.

4) Eine jede Aristokratie hat auf die Erhaltung der eigenthümlichen Grundlage ihrer Macht Bedacht zu nehmen. — Der Adel der Germanischen Völker ist in Beziehung auf die ursprünglichen Grundlagen seiner Macht theils ein Kriegs- theils ein grundherrlicher Adel. In demselben Verhältnisse, in welchem er die eine und die andere Eigenschaft bei dem einen Volke mehr bei einem andern weniger zu bewahren gewußt oder vermocht hat, ist sein Einfluss in den Staaten jener Völker auch jetzt noch bald mehr bald weniger bedeutend*). Vorrechte lassen sich nicht schon als solche auf die Dauer behaupten. *Fallax est potentia non sua vi nixa.*

II. Die Politik

der Aristokratie, diese im Verhältniß zum Volke betrachtet.

Man kann die Politik, welche die Aristokratie, — sowohl die Gesammtheit als ein jeder Einzelne ihres Mittels, — zu befolgen hat, in die Worte zusammenfassen: Mäßigung, Stolz, Uneigennützigkeit, Machtneid.

1) Mäßigung. — Die Herrschaft Vieler ist schon als solche drückender, als die eines Einzigen. Sie ist überdies deswegen unleidlicher, weil man sich lieber von einem Höhern als von seines Gleichen befehlen läßt, in der Aristokratie aber das Volk Veranlassungen und Anforderungen genug hat, die Mitglieder der herrschenden Körperschaft für seines Gleichen zu halten. — Daher muß eine Aristokratie, um ihre Vorrechte gleichsam in Vergessenheit zu bringen, vor allen Dingen mit Mäßigung regieren. In dem Freistaate von Venedig war die Polizei mehr als nachsichtig; selbst im Sprechen genoß man

*) Darum war z. B. die Lehnsfähigkeit, zu welcher der Bürgerstand in Deutschland gelangte, ein für den Deutschen Adel höchst nachtheiliges Ereigniß.

einer unbeschränkten Freiheit, nur eine jede Unterhaltung über die Angelegenheiten des Freistaates war verpönt. Die geistlichen Herrschaften unterwerfen das Volk zwar einer strengen Gesetzgebung; desto geneigter sind sie zum Dispensiren und Absolviren. — Daher frommen einer Aristokratie organische Einrichtungen, welche den Zweck haben, entweder die herrschende Körperschaft, als ein Ganzes, oder ihre einzelnen Mitglieder in den Schranken zu erhalten. Den ersteren Zweck hatte z. B. das Amt der Römischen Volkstribunen, so lange sich diese Amt auf das *jus intercedendi* beschränkte. Den letzteren, neben den schon sonst erwähnten Einrichtungen, die Ephorie der Spartaner ¹⁾ und die Staatsinquisition in Venedig.

2) Stolz. — Es ist hier der Stolz gemeint, der von der Verletzung des äusseren Anstandes abhält. Auch der Stolz ist gemeint, welcher zwischen Arbeiten und Beschäftigungen, die mit dem Berufe zum Herrschen oder zum Regieren vereinbar sind, und solchen, die sich mit diesem Berufe nicht vereinigen lassen, einen Unterschied macht. Denn diese Unterscheidung würde nicht die Meinungen und Sitten so vieler Völker für sich haben, wenn er nicht auf einem tieferen Grunde, als auf einem bloßen Vorurtheile d. i. wenn er nicht auf der Verschiedenheit des Einflusses beruhte, welchen Arbeiten und Beschäftigungen nach ihrer verschiedenen Beschaffenheit auf den Charakter haben ²⁾. — Dagegen ist nicht der Stolz gemeint, welcher in Verachtung Anderer ausartet. Dieser Stolz kann sogar, da er verletzt, ohne Achtung zu gebieten, der Aristokratie den Untergang bringen und er

1) Die Ephoren scheinen nicht von den Spartanern, (oder von der Aristokratie des Freistaates,) sondern von den Lacedämoniern (oder von der grösseren Gemeinde) gewählt worden zu seyn. Arist. Polit. II, 9.

2) Auch das Recht der katholischen Kirche macht diesen Unterschied, was die der Geistlichkeit verstatteten Nebenarbeiten und Beschäftigungen betrifft. Vgl. die Titel der Dekretalen *de vita et honestate clericorum* und *ne clerici vel monachi secularia negotia tractent*.

hat ihr nicht selten den Untergang gebracht. Doch es ist schon schwer, zwischen Stolz und Hochmuth (*superbia*) die Scheidlinie zu ziehn, noch schwerer aber, die Scheidlinie nicht zu überschreiten. Darum sind in der Aristokratie Einrichtungen an ihrer Stelle, welche den Adel an die Achtung erinnern, welche er dem Volke schuldig ist. Der Doge von Venedig mußte die Einwohner von Povegia jährlich einmal zu einem Gastmale einladen und bei dieser Gelegenheit dulden, daß er von fünf und zwanzig gemeinen Fischern auf die Wange geküßt wurde. Vielleicht lag in den Saturnalien der Römer ursprünglich ein ähnlicher Sinn*).

3) Uneigennützigkeit. — Die Aristokratie darf ihre Vorrechte nicht ausbeuten. Wie könnte sie sonst stolz seyn? wie Achtung gebieten? — Darum hatte die Verfassung des Freistaates von Venedig gewisse Aemter, die, ohne Macht zu geben, sehr einträglich waren, dem Bürgerstande weislich vorbehalten. — Darum untersagt das Recht der katholischen Kirche den Geistlichen für ihre Amtsverrichtungen einen Lohn zu nehmen. — Das Schicksal, welches den Adel Frankreichs getroffen hat, läßt sich zum Theil aus dem Mißbrauche erklären, den dieser Adel von der Freigebigkeit der Krone gemacht hatte.

Endlich: 4) Machtneid. — Am würdigsten äußert sich dieser Neid so, daß der Adel alle die Vorzüge in sich zu vereinigen sucht, welche überhaupt politischen Einfluß gewähren, — als da sind Verdienste, Welt Erfahrung, Kenntnisse u. s. w. Während des Mittelalters verschmähte es! der Geburtsadel der Germanischen Völker, sich mit den Wissenschaften zu beschäftigen. Die Geistlichkeit, der Stand der Gelehrten benutzten diesen Fehler. Endlich erkannte und verließ der Adel seinen Irrthum. Aber ganz konnte er das verlorene Gebiet

*) Auch an das Fußwaschen der katholischen Kirche — am grünen Donnerstage — darf hier erinnert werden.

nicht wieder erobern. — Jedoch, so wachsam auch eine Aristokratie seyn mag, nicht immer, ja nur selten kann sie den Plan durchführen, zugleich der einzige politische Adel des Volks zu seyn und zu bleiben. Allemal also droht der Aristokratie von dieser Seite die Gefahr, entweder unterzugehen, oder doch die Alleinherrschaft aufgeben zu müssen.¹⁾ Selbst der Grundcharakter ihrer Macht kann dem Gelingen jenes Planes im Wege stehn. Das gilt namentlich von den priesterlichen Aristokratien. Doch lehrt die Geschichte der katholischen Kirche, wie selbst eine Hierarchie aus dem Kampfe bald mit dieser, bald mit einer andern Macht, die neben ihr entstanden ist, siegreich hervorzugehen vermag, wenn sie ihre Politik den Zeitumständen anzupassen versteht.²⁾

VIERTES HAUPTSTÜCK.

Von den Arten der Aristokratie.

Die Aristokratie begreift eben so viele und dieselben Arten unter sich, wie die Monarchie. Also:

1) Die despotischen Aristokratien. — Mit zwingherrschaftlicher Willkühr geboten einst die Spartaner über die unglücklichen Heloten, die Mamelucken über die friedlichen Einwohner Aegyptens. Despotische Aristokratien lasten gewöhnlich noch schwerer auf dem verknechteten Volke, als despotische Monarchien. Die despoti-

1) Z. B. in allen Germanischen Staaten ist der Geldadel dem Landadel gefährlich geworden. Auch in der Geschichte des Unterganges des Römischen Freistaates spielt der Geldadel — der *ordo equester* — eine wichtige Rolle. Vgl. meine Schrift: Sulla, als Ordner der Römischen Staatsverfassung dargestellt. Heidelb. 1884.

2) Stiftung des Franziskaner Ordens, — Jesuiten — Hinneigung der Hierarchie zur Volkspartei.

sche Aristokratie sucht das, was ihr an innerer Kraft abgeht, durch Strenge zu ersetzen; sie stellt das Volk unter so viele Herren, als sie Mitglieder zählt. Der Vorwurf, den man den Spartanern gemacht hat, daß sie von den Ephoren von Zeit zu Zeit die Erlaubniß erhielten, auf die Heloten, wie auf Wild, Jagd zu machen, damit sich ihre Zahl nicht in einem gefahrdrohenden Grade vermehrte, scheint nicht blos auf einer Sage zu beruhen. *) — Eine Aristokratie dieser Art ist allemal zugleich, die herrschende Körperschaft für sich betrachtet, ein stehendes Heer. Ihre Verfassung steht daher unter dem Einflusse aller der Ursachen, welche dem Kriegswesen hier diese, dort eine andere Gestalt geben. (Wie sonderbar war z. B. die Art, wie sich das Heer der Mamelucken ergänzte!) Die Grundsätze also, welche oben von den Aristokratien überhaupt aufgestellt worden sind, sind auf die despotischen nur bedingungsweise anwendbar.

2) Die stammväterlichen Aristokratien. — Auch die Aristokratien dieser Art kommen in der Geschichte nicht selten, namentlich bei noch ungebildeten Völkerschaften, vor. Dieselben Ursachen, welche bei dem einen Stamme die Entstehung einer stammväterlichen Einherrschaft veranlassen, können und müssen, nach Zeit und Umständen, bei einem andern Volke die Entstehung einer stammväterlichen Aristokratie zur Folge haben. Insbesondere gehören in die Klasse dieser Aristokratien die Kastenverfassungen. Dem Baue dieser Verfassungen liegt der Plan zum Grunde, die unter den Mitgliedern einer und derselben Nation eintretende Verschiedenheit der Stände in dem Geiste und in dem Interesse der Aristokratie zu benutzen, d. i. einerseits die herrschende Kaste, (oder die beiden herrschenden Kasten, die Priester- und die Kriegerkaste) sowohl gegen den Ehrgeiz Einzelner

*) S. Manso, Sparta. (III. Bde. Leipz. 1800. ff.) I. Bd. 1. Th. Zehnte Beilage. — Obwohl den Vorwurf mildernd stimmt doch Lachmann (in der a. Schr. S. 148.) in der Hauptsache mit Manso überein.

ihres Mittels als gegen das Aufstreben der übrigen Kasten und andererseits die unteren Kasten gegen die Verkümmernng ihres Erwerbes durch die höheren Kasten in Schutz zu nehmen. Der diesen Verfassungen eigenthümliche Plan ist also der, die Politik einer Aristokratie in eine unabänderliche Naturordnung zu verwandeln.

3) Die geistlichen oder priesterlichen Aristokratien. — Den Verfassungen dieser Art kommt ins besondere das zu statten, daß die Politik, welche die Aristokratie überhaupt zu befolgen hat, fast in einer jeden Beziehung zugleich die ist, welche einer Priesterschaft die eigenthümliche Grundlage ihrer Macht zum Gesetze macht.

4) Die Aristokratien, deren Grundlage der Reichtum der Mitglieder der herrschenden Körperschaft ist. — Verfassungen dieser Art entstanden z. B. so, daß in einem städtischen Gemeinwesen Handel und Gewerbe mit der Zeit eine scharfe Scheidlinie zwischen Reichen und Armen zogen, oder so, daß bei einem Volke, das vom Ackerbaue lebte, der Grund und Boden in einem hohen Grade ungleich vertheilt war.¹⁾ Des ersteren Ursprungs war die Aristokratie z. B. in Karthago,²⁾ in den aristokratischen Freistaaten Griechenlands, in denen der Germanischen Völker,³⁾ des andern Ursprungs der Adel, der auf den Reichs- und Landtagen der Germanischen Völker Sitz und Stimme hatte. Schroffer war fast immer in den Aristokratien der ersteren als in denen der letz-

1) Hierher gehört Adam Smith's (Ueber die Natur und die Ursachen des Nationalreichthums. Bd. V. Abth. II.) Bemerkung: Bei einem noch unkultivirten Volke verwendet der Landherr seinen Ueberfluß auf die Unterhaltung eines zahlreichen Gefolges. (Desto leichter also kann bei einem solchen Volke ein Landadel entstehen. — Uebrigens kann auch die Viehzucht Veranlassung zur Entstehung eines Adels der dritten Art werden.

2) Aristot. Polit. II, 8.

3) Jedoch war in einigen städtischen Gemeinwesen dieser Völker der Adel ursprünglich Landadel, der in die Städte sich niederliefs oder Burgrecht gewann.

teren Art der Abstand zwischen der herrschenden Körperschaft und dem Volke, erbitterter der Kampf zwischen beiden; ¹⁾ sey es, daß die Herrschaft eines Landadels gesicherter oder daß sie an sich milder ist, als die eines Geldadels.

5) Die durch einen demokratischen Bestandtheil gemäßigten Aristokratien. — Die Aristokratien dieser Art lassen, wie zusammengesetzte Verfassungen überhaupt, die mannigfaltigsten Modifikationen zu und kommen in der Geschichte bald in dieser bald in einer andern Gestalt vor. Einer der gewöhnlichsten Fälle ist der, daß die Aristokratie in den das Gesamtwohl des Staates betreffenden Angelegenheiten, z. B. wenn neue Gesetze zu geben oder die schon bestehenden abzuändern sind, an die Zustimmung der Volksgemeinde gebunden ist. ²⁾

1) Mit welcher Erbitterung bekämpfte z. B. die aristokratische und die demokratische Parthei einander in den Griechischen Städten.

2) Vgl. z. B. über die Verfassung Sparta's: Lachmann in der a. Sch. S. 194. — Ueber die geschichtlich ältesten Verfassungen der Deutschen Völker: Tacit. German. c. 11.

191 ACHTZEHNTES BUCH.

Des

besonderen Theiles der Verfassungslehre *drittes Buch.*

Von der

Demokratie oder der Volksherrschaft.

EINLEITUNG.

Um die Demokratie von der Aristokratie mit wissenschaftlicher Schärfe zu unterscheiden, hat man unter der Demokratie diejenige Staatsverfassung zu verstehn, welche die Machtvollkommenheit in die Hände der sämtlichen — physisch stimmfähigen und nicht in Privatdiensten stehenden ¹⁾ — Mitglieder des Staatsvereines legt. Diejenigen Verfassungen, welche man als geschichtliche Beispiele der Demokratie anführt, sind oft der Sache nach Aristokratien, mit dem einzigen Unterschiede, dass in ihnen die Zahl der Mitglieder der herrschenden Körperschaft im Verhältniss zu der Zahl der Unterthanen gröfser ist, als in den Verfassungen, welche man ausschliesslich oder vorzugsweise Aristokratien zu nennen pflegt. ²⁾ Diesen Demokratien

1) Die letztere Eigenschaft ist erforderlich, weil sonst — gegen den Grundsatz der rechtlichen Gleichheit — der Dienstherr eine doppelte Stimme haben würde, die seinige und die seines von ihm abhängigen Dieners.

2) Z. B. Auch die Athenienser hatten Beisassen. (Μέτοικοι.) — Eine jede Demokratie, die Eroberungen macht, verwandelt sich, wenn sie nicht den Besiegten das Bürgerrecht ertheilt, in eine Aristokratie. — Beispiele ächter Demokratien findet man fast nur bei noch ungebildeten Völkerschaften. Jedoch auch in den Urkantonen der Schweiz hat sich die ächte Demokratie erhalten.

also kommt ihr Name nur vergleichungsweise zu. — Ich werde der vorliegenden Untersuchung zwar den streng wissenschaftlichen Begriff — oder die Idee — der Demokratie zum Grunde legen. Jedoch ist das, was von der Idee dieser Verfassung gilt, auch auf die Demokratien in der relativen Bedeutung in dem Grade anwendbar, in welchem sie sich der Idee nähern.

Die Demokratien sind entweder autokratische oder repräsentative Volksherrschaften. In jenen herrscht und regiert das Volk, übt es also die Rechte der Machtvollkommenheit nicht bloß durch Männer seiner Wahl, sondern, wenigstens zum Theil, selbst aus. In diesen ist das Volk auf die Wahl seiner Vertreter und Beamten beschränkt, ohne daß es irgend eine Art der Regierungsgeschäfte selbst besorgte.¹⁾ Man kann den Unterschied zwischen diesen beiden Arten der Demokratie auch so ausdrücken: In der autokratischen Volksherrschaft regiert sich das Volk unmittelbar selbst, in der repräsentativen nur mittelbar.

Schon dem einzelnen Menschen ist es schwer, noch schwerer also muß es einem Volke seyn, sich selbst zu regieren. Die Demokratie kann daher nur bei den Völkern gedeihen, welche entweder noch kaum eine Regierung haben, oder welche schon in einem hohen Grade kultivirt und civilisirt sind.²⁾ Jedoch dürften die repräsentativen Demokratien vor den autokratischen das voraus haben, daß sie auch bei Völkern bestehen können, welche mehr, als jene, von dem Staate fordern, weniger, als diese, der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten gewachsen sind.

1) Eine schlechthin autokratische Demokratie kann höchstens bei einer Völkerschaft vorkommen, deren politische Einheit sich auf die Berathung einiger wenigen gemeinsamen Angelegenheiten beschränkt.

2) In der Folge wird ausschließlich auf die Demokratien dieser Völker Rücksicht genommen werden.

Man kann das Repräsentativsystem¹⁾ eine Entdeckung der Engländer nennen. Denn ehe dieses System in England eingeführt wurde, war es sowohl der Wissenschaft als der Praxis unbekannt. Selbst die Griechischen Freistaaten waren, ungeachtet der Mannigfaltigkeit und Beweglichkeit ihrer Verfassungen, nicht auf das Repräsentativsystem verfallen; und eben so wenig gedenken desselben die Griechischen Philosophen, ob sie wohl den Versuch machten, alle überhaupt möglichen Staatsverfassungen aufzuzählen.²⁾ Jedoch auch in England wurde das Repräsentativsystem nicht planmäfsig eingeführt, gieng nicht die Wissenschaft der Praxis, sondern diese jener voraus. Denn es entwickelte sich in England das Repräsentativsystem aus der früheren reichsständischen Verfassung dieses Landes; nicht auf einmal, sondern durch Verbesserungen, welche man mit dieser Verfassung, um ihren offenkundigen Mängeln abzuhelpen, nach und nach und im Einzelnen vornahm, ohne anfangs zu ahnden, dafs man einen ganz neuen Weg betrete.³⁾ Von England aus verbreitete sich das Repräsentativsystem über Schottland und Irland, auch über mehrere Britische Kolonien, besonders über die in Nordamerika. (Noch jetzt geschieht es, dafs eine neue Britische Kolonie, so wie ihre Britische Bevölkerung und ihr Wohlstand zunimmt, ein eigenes Parlament erhält.) Als sich die Britischen Kolonien (zum Theil) vom Mutterlande losrissen, wurde in

1) Man verwechsle das Repräsentativsystem nicht mit der Repräsentativverfassung. Die Repräsentativverfassung ist die Verfassung eines Freistaates. Aber das Repräsentativsystem liegt auch der konstitutionellen Monarchie beziehungsweise zum Grunde.

2) Z. B. Plato, Aristoteles, Polybios. — Vielleicht war das Repräsentativsystem mit den politischen Ansichten der Griechen schlechthin unvereinbar. Denn zufolge dieser Ansichten bestand die politische Freiheit in der Theilnahme am Regieren.

3) Vgl. Zeitschrift für die Gesetzgebung und Rechtswissenschaft des Auslandes. Herausg. von Mittermaier und mir. Bd. II. S. 476. Bd. III. S. 482. — The Rise and Progress of the English Constitution. By J. A. Stephens. Lond. 1839. II. Vol.

ihnen, welche sich nun den Namen der „Vereinigten Staaten“ (United States) beileigten, die Verfassung der konstitutionellen Monarchie in die der repräsentativen Demokratie, (in die Verfassung also, welche schlechthin dem Repräsentativsysteme entspricht,) umgestaltet. Leicht war der Uebergang von der einen Verfassung zu der andern; es brauchte fast nur an die Stelle des bisher von dem Könige ernannten Vorstandes der Regierung ein von dem Volke gewählter gesetzt zu werden.¹⁾ Zugleich aber machten die Vereinigten Staaten eine neue Anwendung von dem Repräsentativsysteme; sie legten dasselbe der „Union“, d. i. der Konföderation, zum Grunde, welche sie unter sich abschlossen. In dem laufenden Jahrhunderte ist das Recht der Repräsentativverfassung sogar das gemeine Recht der Europäischen Bevölkerung der neuen Welt geworden.²⁾ (Spanische Kolonien in Südamerika. Brasilien ein Kaiserreich näher dem Freistaate.) — Auf dem Europäischen Festlande, wo die Britische Verfassung schon lange, (besonders seitdem sie in Montesquieu einen beredten Lobredner gefunden hatte,) ein Gegenstand der Bewunderung gewesen war, wurde das Repräsentativsystem zuerst in Frankreich eingeführt; in der Folge aber noch in mehreren andern Staaten; in diesen anfangs durch das Machtgebot Frankreichs, späterhin nach dem Beispiele Frankreichs oder aus Ueberzeugung von dem Werthe des Systemes. (Schon ist es dahin gekommen, daß das Repräsentativsystem fast in dem ganzen westlichen Europa entweder bereits zur Herrschaft gelangt ist, oder wenigstens (in Spanien) die Hoffnung hat, demnächst den Sieg zu erringen, bald als eine Modifikation der Monar-

1) Auch behielten einige unter den V. St. ihre bisherige Verfassung fast unverändert bei. Andere entschlossen sich zu einer ausgedehnteren Reform. Vgl. Story, commentaries on the constitution of the U. St. Boston u. Lond. 1834. III. Vol.

2) Vergleiche man dieses Recht mit dem Verfassungsrechte der Europäischen Staaten, — welche Aussichten eröffnen sich in die Zukunft!

chie, bald, (z. B. in mehreren Kantonen der Schweiz, in der freien Stadt Frankfurt,) als eine eigenthümliche Form der Demokratie. In Großbritannien entwickelte sich das Repräsentativsystem aus dem früheren Rechtszustande dieses Reichs, in allen andern Staaten ist es planmässig eingeführt worden ¹⁾).

Unter allen den autokratischen Demokratien, welche die Geschichte kennt, dürfte die Demokratie der Athenienser ²⁾ dem Ideale einer solchen Verfassung am nächsten kommen. Die auf dem Repräsentativsysteme beruhenden Verfassungen, welche in der Geschichte vorkommen, haben eine so geschwisterliche Aehnlichkeit unter einander, daß sich schwerlich eine dieser Verfassungen als die vollkommenste ihrer Art auszeichnen lassen dürfte. Vielleicht liegt in der so nahen Verwandtschaft, welche unter allen diesen Verfassungen eintritt, ein Beweis, daß die Idee, welche ihnen zum Grunde liegt, zugleich ihre Formen bestimmt.

ERSTE ABTHEILUNG.

Von den autokratischen Demokratien oder Volksherrschaften. ³⁾

So nahe auch die Aristokratie und die Demokratie einander verwandt sind, so tritt doch zwischen beiden der Unterschied ein, daß in jener die herrschende Körperschaft außer ihren Mitgliedern noch andere Unterthanen

1) Histoire du gouvernement représentatif. Par Guizot. Par. 1821.

2) Den besten Aufschluß über den Geist und die innere Consequenz dieser Verfassung giebt Xenophon. (De republica Atheniensium.)

3) Die Worte: Demokratie, Volksherrschaft, sind in dieser Abtheilung jederzeit von den autokratischen Verfassungen dieser Art zu verstehn, auch wo dieses Beiwort nicht hinzugesetzt ist.

hat, in dieser aber dieselben Individuen die Herren und die Unterthanen zugleich sind; ein Unterschied, welcher, ob er wohl nicht aus dem Wesen der einen und der andern Verfassung entlehnt zu seyn scheint, dennoch der Schlüssel zu den Eigenthümlichkeiten ist, welche das Verfassungsrecht der Demokratie, in Verhältniß zu dem der Aristokratie, charakterisiren.

Erstens: Die Demokratie hat ihre Mitglieder, als Einzelne, besonders, — und mehr als die Aristokratie die ihrigen, — zu fürchten.

Sowohl die Aristokratie als die Demokratie kann nur unter der Bedingung gedeihn, daß unter den Mitgliedern der herrschenden Körperschaft eine gewisse Gleichheit des Rechts und der Macht besteht. Aber diese Gleichheit kann weit eher in der Demokratie, als in der Aristokratie, Einzelne der Verfassung entfremden oder mit ihr verfeinden. Denn in der Aristokratie findet der Stolz der einzelnen Mitglieder der herrschenden Körperschaft seine Nahrung und Ableitung in dem Verhältnisse des Adels zum Volke. In der Demokratie sind alle Mitglieder des Staatsvereines einander gleich, giebt es Niemanden, auf welchen der Staatsbürger herabsehn könnte. — Eine Aristokratie wird durch die Furcht vor dem Volke, durch den aus dieser Furcht sich von selbst entwickelnden Korporationsgeist zusammengehalten. Eine Demokratie hat für ihre Einheit nicht dieselbe Bürgschaft. In dieser Verfassung muß Gemeingeist das wirken, was die Aristokratie dem Korporationsgeiste verdankt. Aber Gemeingeist ist nicht, wie der Korporationsgeist, bloß eine eigenthümliche Richtung der Selbstsucht; er ist nicht schon eine nach Naturgesetzen nothwendige Folge der demokratischen Verfassung ¹⁾. — In der Aristokratie herrscht allemal die Minderzahl über die Mehrzahl; die Demokratie zählt so viele Mitglieder als

1) Jedoch kann auch in der Volksherrschaft ein dem Korporationsgeiste ähnlicher Geist aufleben, wenn sie in anderen Freistaaten nahe und gefürchtete Nachbarn hat. So verhielt sich's einst mit den Griechischen Freistaaten.

der Staatsverein. Je größer aber die Zahl der Bürger ist, desto geringer ist der Werth einer Bürgeraktie d. i. des Antheiles, den der einzelne Bürger an der Machtvollkommenheit hat; desto weniger hat der einzelne Bürger bei dem Untergange der Verfassung zu verlieren, desto mehr kann er durch den Untergang der Verfassung gewinnen. Daher war es auch die einstimmige Meinung der Griechischen Philosophen, daß sich die demokratische Verfassung nur für eine kleinere Volksgemeinde eigne. Als die Römer genöthiget wurden, ihr Bürgerrecht allen Völkern Italiens zu ertheilen, untersiegelten sie das Todesurtheil ihres Freistaates. — Gegen alle diese Gefahren aber ist die Demokratie noch weit weniger gerüstet, als die Aristokratie. Von den Mitteln, welche die Aristokratie anwenden kann, um sich gegen ihre eigenen Mitglieder zu vertheidigen, stehen der Demokratie nur wenige und gerade die kräftigsten nicht, (z. B. nicht eine Staatsinquisition), zu Gebote. Die vollziehende Gewalt ist von der Demokratie noch eifersüchtiger, als von der Aristokratie, zu bewachen.

Hieraus folgt: 1) Soll die demokratische Verfassung bei einem Volke gedeihen und auf die Dauer bestehen, so muß die Gesetzgebung vor allen Dingen eine gewisse Gleichheit der Vermögensumstände unter den einzelnen Bürgern herzustellen und zu erhalten suchen, auf daß nicht der Reichere das Uebergewicht, welches der Reichthum giebt, zum Nachtheile der Verfassung benutze. Freilich eine sehr schwer zu befriedigende Forderung, wenn man anders nicht zu den äußersten Mitteln seine Zuflucht nehmen kann und will ¹⁾. Mögen auch die

1) Beispiele von solchen Mitteln, (gleiche Vertheilung des Grundes und des Bodens unter die einzelnen Bürger, Erschwerung des inneren Tauschverkehrs, Verbot des Handels mit dem Auslande, u. s. w.) bietet unter andern die Mosaische und die Spartanische Gesetzgebung dar. Vgl. Michaelis, Mosaisches Recht. §. 73. 158. Lachmann, die Spartanische Staatsverf. S. 166. (Bei Festus v. centuriatus kommt die (auffallende) Nachricht vor, daß

Verhältnisse, unter welchen eine solche Verfassung bei einem Volke entstand, jener Forderung noch so sehr entsprochen haben, der ökonomische Zustand eines Volkes ist vorzugsweise veränderlich. Den Griechischen Freistaaten brachte nichts so häufig den Untergang, als der Reichthum, zu welchem sie in Tagen des Glücks und des Sieges gelangten ¹⁾).

2) Die Demokratie hat sich noch mehr, als die Aristokratie, vor dem Fehler zu hüten, in die Hände Einzelner eine Macht zu legen, welche gegen die Verfassung gekehrt werden könnte ²⁾. Da in der Demokratie ein jedes Amt nur auf eine gewisse Zeit, z. B. nur auf ein Jahr, zu übertragen ist, so müssen die einzelnen Bürger, um ihren Anspruch auf die Verwaltung der öffentlichen Geschäfte geltend machen zu können, auch wenn mit den Aemtern ein Einkommen verbunden ist, entweder ein unabhängiges Vermögen (an independent fortune) besitzen oder durch die ökonomischen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft in den Stand gesetzt werden, schnell von einem Berufe zu dem andern überzugehn. (Die Vereinigten Staaten dürften das Gedeihn ihrer demokratischen Verfassungen unter anderem dem Umstande verdanken, daß es in diesen Staaten für jetzt noch so

einst auch bei den Römern der Grund und Boden gleich vertheilt war.) — Die Athenienser waren auf ein sonderbares Mittel verfallen, die Ungleichheit der Vermögensumstände, welche bei ihnen nicht gering war, mit dem Geiste der Demokratie in Uebereinstimmung zu setzen. Die Reichen mußten, in Gesellschaften vertheilt, gewisse Staatsausgaben unmittelbar bestreiten, z. B. Kriegsschiffe erbauen. (*Λιστρογγυαί*.) S. Potter, *Archaeologia Graeca*. L. I c. 15. Böckh, die Staatswirthschaft der Athenienser.

1) S. auch (über den Verfall des Römischen Freistaates) Sallust. *de bello Jugurthino*, in der Einleitung

2) Die Maximen, welche die Aristokratie bei der Organisation der Staatsverwaltung zu befolgen hat, (s. oben S. 181 ff.) sind daher in ihrer ganzen Strenge auch auf die Demokratie anwendbar. — Für die Ausübung der vollziehenden Gewalt hatten die Spartaner zwei Könige, die Römer zwei Konsulen, die Athenienser sogar neun Archonten.

leicht ist, einen Stand oder Beruf mit einem andern zu vertauschen.)

3) Alles, was dem Gemeingeiste Eintrag thut, — alles also, was die einzelnen Bürger bestimmen oder veranlassen könnte, ihr Privatinteresse höher, als das Gemeinbeste, zu stellen, — ist mit dem Geiste der demokratischen Verfassung unvereinbar. Die Bürger dürfen nicht durch die Verschiedenheit ihrer Religionsmeinungen, nicht zu Folge der Verschiedenheit ihrer Beschäftigungen in Stände, ja selbst kaum in politische Partheien gespalten seyn. — Dagegen entspricht dem Interesse dieser Verfassung alles das, was den Gemeingeist belebt und unterhält, — also alles das, was die Bürger in der Gesinnung bestärkt, daß ihr Privatwohl auf der Wohlfarth des Gemeinwesens beruhe. Daher hat die Demokratie vor allen Dingen darauf Bedacht zu nehmen, einen jeden einzelnen Bürger eines Antheiles an der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten zu versichern. In dem Atheniensischen Freistaate hatte nicht nur über die wichtigsten Angelegenheiten die Volksgemeinde zu entscheiden, sondern es war auch in demselben Freistaate die Zahl der Aemter so groß, daß es kaum einen Bürger gab, welcher nicht irgend ein Amt bekleidet hätte. Ein anderes kaum minder wirksames Mittel zur Belebung des Gemeingeistes ist ein der Volksgemeinde eigenthümlicher und gemeinschaftlicher Kultus. Alle Freistaaten Griechenlands hatten entweder außer den Göttern, welche von allen Hellenen verehrt wurden, noch ihre besonderen Gottheiten, oder verehrten wenigstens in dem einen oder in dem andern jener Götter ihren unmittelbaren Schutzherrn ¹⁾. Die gottesdienstlichen Feste hatten zugleich eine politische Tendenz und Bedeutung. Eben so kann

1) Daher läßt sich die Verurtheilung des Sokrates mit sehr erheblichen Gründen vertheidigen. — Die Freistaaten des Europäischen Mittelalters hatten ihre Schutzheiligen. Ein anderer Name, dieselbe Sache.

die Demokratie, indem sie gewissen Handlungen Belohnungen verheißt, auf andere Strafen setzt, den Gemeingeist befördern oder unterstützen. Ein Gesetz Solon's verordnete, daß der Bürger, der bei einem Aufruhre nicht Parthei nehme, ehrlos seyn solle ¹⁾. — Ueberhaupt aber muß Gemeingeist das gesammte Seyn und Leben des Volkes gleichsam durchdringen, wenn sich die Verfassung dem Ideale einer Volksherrschaft nähern soll. Den Griechen z. B. galt politische Freiheit mehr, als bürgerliche Freiheit. Sie verwendeten ihre Reichthümer und die Schöpfungen ihrer Kunst zur Aufführung und Ausstattung der Tempel und anderer öffentlicher Gebäude, nicht zur Verschönerung und Ausschmückung ihrer Privatwohnungen. Sie führten mehr ein öffentliches als ein heimliches Leben, indem sie sich, von einem milden Klima begünstiget, viel und oft auf öffentlichen Plätzen oder in öffentlichen Gebäuden zu einander gesellten ²⁾.

4) Jedoch Gemeingeist setzt die Bürger noch nicht in den Stand, sich der öffentlichen Angelegenheiten, gleich als der ihrigen, anzunehmen, und diese Angelegenheiten gehörig zu verwalten. Um ihren Pflichten, um den Ansprüchen des Gemeingeistes zu genügen, müssen die einzelnen Bürger noch überdies, was ihre Vermögensumstände betrifft, in der Lage seyn, daß sie die Zeit, welche der Staat von ihnen fordert, ohne Nachtheil für ihren Haushalt erübrigen können. Daher hängt das Gedeihn demokratischer Verfassungen wesentlich von der Beschaffenheit der Quellen ab, aus welchen die Bürger ihr Einkommen beziehn. — Der Landbau ist an sich diejenige Beschäftigung, welche, als die Lebensart der Bürger einer Demokratie, mit dem Geiste dieser Verfassung am besten übereinstimmt ³⁾. Aber ohne Grundholden oder Dienst-

1) Plutarch. in Solone.

2) Einige ähnliche Erscheinungen kommen auch in den Deutschen Reichsstädten während des Mittelalters vor. Wie beharrlich bauten die Straßburger an ihrem Münster, die Kölner an ihrem Dome!

3) So Aristoteles, Polit. III, 2. 3. — Auch bei den Römern standen die *tribus rusticae* höher, als die *tribus urbanae*.

leute betrieben giebt der Landbau selten oder nie den Ueberschuß an Einkommen, welchen er geben müßte, wenn er die Bürger in den Stand setzen sollte, den Forderungen, welche das Gemeinwesen an sie macht, wenn diese Forderungen mit der Zeit mehr und mehr zunehmen, Genüge zu leisten. Auch kommt, im naturgemäßen Laufe der Dinge, über kurz oder über lang die Zeit, da sich die Fabrikation von der Produktion losreißt. — Am allerwenigsten kann sich die Demokratie bei einem Volke erhalten, welches seinen Lebensunterhalt zu einem großen Theile von der Fabrikation und von der Handlung zieht. Denn ein solches Volk muß sich mit der Zeit in zwei große Partheien spalten, in die Parthei der Reichen und in die der Armen. Die Verfassung ist alsdann vielleicht noch dem Namen und ihren Formen nach eine Demokratie, der Sache nach aber eine Aristokratie. Ja endlich muß auch mit der Form der Verfassung eine durchgreifende Veränderung vorgenommen werden. Denn endlich kommt es zu einem offenen Kriege zwischen jenen Partheien; zu einem Kriege, welcher nur mit der gänzlichen Niederlage der einen oder der andern Parthei oder mit der Unterwerfung beider unter einen Herrn endigen kann. — Nur ein Mittel bleibt übrig, wie die Vermögensverhältnisse der Bürger einer Demokratie in Uebereinstimmung gesetzt werden können, freilich ein sehr unerfreuliches, — die Sklaverei. Die Sklaverei setzt die Bürger, als Herren ihrer Sklaven, in den Stand, zu leben, ohne zu arbeiten, sich mit den öffentlichen Angelegenheiten zu beschäftigen, ohne ihre Privatangelegenheiten zu vernachlässigen. Sie ist sogar, indem sie alle Freie einander gleichstellt, sie insgesamt gegen den gemeinschaftlichen Feind, gegen die Sklaven, waffnet, zugleich dem Gemeingeiste förderlich. Man darf wohl behaupten, daß die Griechen, ohne die bei ihnen herrschende Sklaverei, nimmermehr zu ihren demokratischen Verfassungen gelangt seyn würden. Die Bürgerschaften dieser Demokratien glichen eben deswegen dem

begüterten Adel der Germanischen Völker ¹⁾. Zwar enthält die Geschichte der Deutschen Nation mehrere Beispiele von Freistaaten, welche, obwohl ohne Sklaven, dennoch eine demokratische Verfassung hatten ²⁾. Aber die Hauptstütze dieser Verfassung war hier das Zunftwesen, also eine aristokratische Institution.

Zweitens: Die Demokratie hat sich selbst d. i. die Verirrungen der Mehrheit besonders, — und mehr, als die Aristokratie, — zu fürchten.

Das Volk, nicht, wie die Aristokratie, von einem lauernden Feinde oder von einem zweideutigen Freunde im Innern des Staates bewacht und bedroht, in dem Besitze einer Macht, die keine andere Schranken hat, als die, welche ihr das Volk selbst setzt, kann leicht in den Irrthum verfallen oder zu dem Irrthume verleitet werden, als ob es, um frei zu seyn, die Fesseln der Gesetze gänzlich abwerfen müsse. Hat es einmal diese Bahn betreten, so ist es bald der Freiheit nicht mehr zu ersättigen ^{*)} und so verliert es endlich in dem Wahne, das Unerreichbare erreichen zu können, die Freiheit, zu welcher es gelangt war. Je größer die Zahl der Bürger ist, desto mehr ist die Volksgemeinde dieser Gefahr ausgesetzt. Denn desto

1) Man darf aus dem Satze: Ohne Sklaverei keine Demokratie! nicht folgern: Wo es Sklaven giebt, ist die Verfassung eine Demokratie. Vielmehr ist die Sklaverei zugleich die verwundbarste Stelle der Demokratien. Denn aus den Sklaven ergänzt sich — durch Freilassungen — die Bürgersehaft. (Doch, sind die Sklaven von einer anderen Rasse, als die Herren, z. B. Neger, so stellt sich die Sache anders, wenn auch nicht zum Vortheile der Demokratie.) Die Römer erkannten zu spät den Fehler, daß sie Jahrhunderte lang den Freilassungen nicht Ziel und Maß gesetzt hatten. Vgl. Biblioth. universelle de Genève. 1838. Juniheft.

2) Die Mehrzahl der Deutschen Reichsstädte hatte eine demokratische Verfassung.

*) Auf dem Polnischen Reichstage konnte einst ein jeder einzelner Edelmann, was die Mehrheit beschlossen hatte, durch sein Veto unwirksam machen. Weiter hat der Hunger nach Freiheit seine Begehrlichkeit nirgend getrieben!

leichter kann sie, wie eine jede große Versammlung, zu leidenschaftlichen oder unüberlegten Beschlüssen hingerissen werden. Desto weniger kann sie selbst die Furcht vor einem auswärtigen Feinde zur Besinnung bringen. — Die Athenienser, ihrer Beweglichkeit und ihres Wankelmuthes sich bewußt, hatten ihren ganzen Scharfsinn aufgebothen, um ihre Demokratie gegen das Volk oder das Volk gegen sich selbst in Schutz zu nehmen. Es gab in Athen eigene Beamte, welche in den Volksversammlungen über die Aufrechthaltung des bestehenden Rechts zu wachen, gegen eine jede Neuerung zu sprechen hatten ¹⁾. Es wurden in diesen Versammlungen zuerst die Greise zum Sprechen aufgefordert ²⁾. Man konnte sogar eine Anklage gegen denjenigen erheben, welcher den Vorschlag zur Aufhebung oder Abänderung eines Gesetzes gemacht hatte, ungeachtet der Vorschlag von dem Volke bekräftiget worden war ³⁾. Ein anderes Mittel, von welchem man zu demselben Zwecke oft und mit Erfolg Gebrauch gemacht hat, ist die Religion. Polybius ⁴⁾ schreibt sogar die längere Dauer des Römischen Freistaates vorzugsweise der Ehrfurcht zu, welche das Volk vor den Abmahnungen der Götter hegte ⁵⁾.

Eine so hinfällige Verfassung ist die Demokratie, daß sie, um sich zu erhalten, genöthiget seyn kann, selbst zu den ungerechtesten oder sonderbarsten Mitteln ihre Zuflucht zu nehmen. — So war es z. B. bei den Atheniensern Rechts, daß ein Bürger, welcher aus irgend einem Grunde, z. B. wegen seiner Verdienste, der Verfassung gefährlich zu seyn schien, ohne Urtheil und Recht mittelst eines bloßen Volksbeschlusses, (mittelst des Ostracismus,) aus dem Gebiete des Freistaates verbannt werden konnte. Eine auch

1) Νομοφύλακες. Potteri Archaeol. Gr. I, 13.

2) Potter. I, 17.

3) Voyage du jeune Anacharsis. II. p. 298.

4) Hist. VI, 56.

5) Auch könnte hier noch der Auctoritas senatus Erwähnung geschehn. Eine ähnliche Abhängigkeit des Volkes, (eine Art von Veto,) kommt auch in anderen Demokratien vor.

den Römern, nicht unbekannte Anwendung des Grundsatzes: Es ist besser, daß ein Mensch umkomme, als daß das ganze Volk verderbe! — Bei demselben Volke hatte die Komödie in den Zeiten der Demokratie eine politische Wichtigkeit, zu welcher sie vielleicht bei keinem andern Volke gelangt ist. Sie züchtigte ungestraft die Gebrechen der Verfassung und die Missethaten einzelner Bürger, beide mit gleicher Schonungslosigkeit ¹⁾.

ZWEITE ABTHEILUNG.

Von der repräsentativen Demokratie oder Volksherrschaft.

1) Naturlehre der

repräsentativen Demokratie oder Volksherrschaft.

1) Alle Gewalt ruht im Volke, mit andern Worten, das Volk ist das Subjekt der Machtvollkommenheit, ist der Souverain. — Es geht daher alle Gewalt vom Volke aus. Wer berechtiget seyn soll, irgend eine Gewalt über das Volk oder über einen Theil des Volkes oder über einzelne Staatsbürger auszuüben, muß hierzu von dem Volke selbst (oder beziehungsweise von einer Abtheilung des Volkes) den Auftrag — unmittelbar oder mittelbar — erhalten. — Eben so muß eine jede von dem Volke übertragene Gewalt von Zeit zu Zeit zu dem Volke zurückkehren. Je mehr die Verfassung den Auftrag zur Ausübung einer Gewalt seiner Zeitdauer nach beschränkt, desto mehr entspricht sie dem Geiste der Demokratie, desto vollkommener führt sie den Grundsatz der rechtlichen Gleichheit durch,

6) Kannegießer, die alte komische Bühne in Athen. Breslau. 1817. S. 467 ff. „Die komische Bühne ein Sittengericht.“

welche unter allen Staatsbürgern, als solchen, bestehen soll. (Alle diese Sätze gelten eben so wohl von der autokratischen als von der repräsentativen Demokratie. Dagegen weichen beide Verfassungen in der Art von einander ab, wie sie diese Sätze anwenden oder modificiren).

2) Das Volk hat seine gesammte Gewalt, also die sämmtlichen Rechte der Machtvollkommenheit, nicht selbst sondern durch Männer seiner Wahl auszuüben. Der allein wesentliche Unterschied zwischen der autokratischen und der repräsentativen Demokratie; zugleich der Grund des Namens, welchen die letztere Verfassung führt! — Und warum soll sich das Volk seiner Machtvollkommenheit entäufsern? welches sind also die Gründe, die für die repräsentative Demokratie, diese in Verhältniß zur autokratischen Demokratie betrachtet, sprechen? *Erstens*: Die Repräsentativverfassung als solche hat den Sinn und Zweck, die Demokratie durch eine Wahlaristokratie zu mäßigen; ihr liegt die Erwartung oder Voraussetzung zum Grunde, daß das Volk in seinem eigenen Interesse die Ausübung der Machtvollkommenheit den besseren und besten Männern des Landes übertragen werde. (Allerdings ist der Plan nicht unfehlbar. In den Vereinigten Staaten soll es nicht selten geschehn, daß sich gerade die vorzüglichsten Männer nicht um Aemter bewerben, die Mittel schenend, welche sie anwenden müßten, um die Stimmen der Bürger für sich zu gewinnen. Jedoch kein Plan kann zu seinem Gelingen der Mitwirkung derer entbehren, durch welche er auszuführen ist). *Zweitens*: Auch in so fern ist die Repräsentativverfassung auf die Mäßigung der Demokratie berechnet, als sie, die Staatsverwaltung auf eine verhältnißmäßig geringe Anzahl Bürger übertragend, das Volk vor sich selbst d. i. von der Leidenschaftlichkeit und Uebereilung bewahrt, mit welcher die Menge ihre Beschlüsse zu fassen pflegt. *Drittens*: Die Repräsentativverfassung fordert von dem Volke weniger, als die autokratische Demokratie; sie kann auch die Verfas-

sung eines Gemeinwesens seyn, dessen einzelne Bürger nicht auf derselben Stufe geistiger Bildung stehn. In der autokratischen Demokratie hat das Volk, als ein Ganzes oder in der Volksversammlung, über die wichtigsten Angelegenheiten des Staates selbst zu entscheiden; in der repräsentativen Demokratie ist die konstitutionelle Thätigkeit des Volks auf die Wahl seiner Vertreter und Beamten beschränkt. Es ist aber leichter, über Personen als über Sachen zu urtheilen. Jene sprechen, sind Individuen, wie wir; diese sind stumm, wenn man nicht zu fragen versteht, leben nur in uns und durch uns.

Viertens: Die autokratische Demokratie eignet sich nur für eine kleinere, die repräsentative auch für eine grössere Volksgemeinde. Bei einem Volke, das über ein Land von bedeutendem Umfange zerstreut lebt, kann die erstere Verfassung schon deswegen nicht auf die Dauer bestehn, weil die Vereinigung des Volks zu den von Zeit zu Zeit wiederkehrenden Volksversammlungen mit fast unübersteiglichen Schwierigkeiten, z. B. mit einem kaum zu erschwingenden Kostenaufwande, verbunden ist. (Auf den Deutschen Reichstagen erschienen einst alle freien und waffenfähigen Männer. Indem sie sich aber, die Mühseligkeiten und Kosten der Reise scheuend, der Last des Erscheinens zu entziehen suchten, verloren sie mit der Zeit das Recht, auf den Reichstagen mitzustimmen.) Die Repräsentativverfassung hat nicht mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen. Jedoch, noch aus einem andern Grunde ist in der vorliegenden Beziehung der Vortheil auf Seiten der Repräsentativverfassung. Zwar kommen beide Formen der Demokratie in so fern mit einander überein, als die Stimme des einzelnen Bürgers desto weniger wiegt, je zahlreicher die Volksgemeinde ist. Aber das Stimmrecht steht in einer allgemeineren und näheren Verbindung mit dem Privatinteresse der Stimmberechtigten, wenn es bei Wahlen, als wenn es bei der Beschlussnahme über andere öffentliche Angelegenheiten ausgeübt wird. Die Wahlstimmen werden gesucht; die

Wähler können bald einen Gönner oder Wohlthäter, bald einen Freund oder Verwandten, bald einen Schützling begünstigen. Ja schon in dem Wunsche und Bestreben, bei einer bestimmten Wahl dem einen Stimmwerber vor dem andern den Sieg zu verschaffen, liegt ein besonderer Reitz. (Das beweisen die Wahlkämpfe in England, in der Union und überhaupt in allen den Staaten, die eine auf dem Repräsentativsysteme beruhende Verfassung haben.)

3) Jedoch, so gewiss auch diejenigen, durch welche in der repräsentativen Demokratie das Volk seine Machtvollkommenheit ausübt, nur die Bevollmächtigten und Diener des Volkes sind, und so groß auch die Abhängigkeit ist oder seyn mag, in welcher sie wegen der kurzen Dauer ihrer Vollmacht vom Volke stehn, so würde doch das Herrscherrecht des Volks, auf das Wahlrecht beschränkt, noch immer ein leerer Name seyn, wenn nicht dem Volke ein Mittel zu Gebote stände, seinen Willen den Erwählten — indirekt — zur bleibenden Regel ihres Verhaltens zu machen. Damit nun das Volk gleichwohl nicht bloß herrsche sondern auch durch seine Vertreter und Beamte regiere, muß die Repräsentativverfassung zugleich die Herrschaft der öffentlichen Meinung seyn *). Es muß sich, wenn und wo

*) Man verwechsle nicht die öffentliche Meinung mit der Meinung der Mehrheit. Die erstere ist die präsumtive, (oder muthmaßliche,) die letztere ist die wirkliche Meinung der Mehrheit. Die Meinung der Mehrheit läßt sich nur durch das Zählen der Stimmen ausmitteln, auf die öffentliche Meinung schließt man aus den Meinungen, die von Einzelnen geäußert werden. Die Meinung der Mehrheit hat (voraussetzungsweise) eine entscheidende, die öffentliche Meinung hat nur eine berathende Stimme. Wo die Mehrheit herrscht oder regiert, ist das Stimmrecht doch immer nur auf eine (bald größere bald geringere) Anzahl Bürger beschränkt. In Beziehung auf die öffentliche Meinung hat ein Jeder ein Stimmrecht. Die Meinung der Mehrheit kann nur kraft der Verfassung herrschen oder regieren. Die öffentliche Meinung kann auch ohne den Beistand der Verfassung auf die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten

diese Verfassung bestehen und gedeihen soll, eine öffentliche Meinung bilden können und gebildet haben. Für den Einfluss der öffentlichen Meinung auf die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten ist dann schon durch die Formen der Verfassung gesorgt. — In einer kleinen Volksgemeinde kann sich eine öffentliche Meinung schon durch den geselligen Verkehr unter den Bürgern bilden. Bei einem Volke aber, das über einen großen Flächenraum zerstreut lebt, kann nur unter der Bedingung eine öffentliche Meinung entstehen, ist mithin nur unter der Bedingung eine Repräsentativverfassung möglich, dass das Volk in dem Besitze eines Mittels ist, durch welches das ganze Land nach Gefallen in einen Hörsal verwandelt werden kann, also nur unter der Bedingung, dass das Volk eine Druckschrift besitzt. Jedoch es kommt noch überdies auf den Gebrauch an, welcher von diesem Mittel gemacht wird und gemacht werden darf. Nur da, wo es eine — von keiner Censur gefesselte — politische Tagesliteratur giebt, kann die Druckschrift und da wird sie die Lebensquelle einer öffentlichen Meinung und mithin die der Repräsentativverfassung seyn ¹⁾. Sie hat sogar, wenn sie mittelst einer Tagesliteratur, (durch Zeitungen, Zeit- und Flugschriften,) eine öffentliche Meinung ins Leben ruft, vor der mündlichen Unterhaltung, selbst angenommen, dass auch aus dieser eine öffentliche Meinung hervorgehen könnte oder hervorgehn

Einfluss haben. Bei der Meinung der Mehrheit gilt eine Stimme so viel, als die andere. Bei der öffentlichen Meinung richtet sich das Gewicht einer Stimme nach dem Beifalle, den die Stimme bei Andern findet. Da nun dieser Beifall — in der Regel — von dem Gewichte der Gründe abhängt, mit welchem eine Meinung unterstützt wird, so hat die öffentliche Meinung zugleich die Vermuthung für sich, dass sie die richtigere sey.

1) Die Tagesliteratur gewährt noch überdies den besonderen Vortheil, dass man aus der grösseren oder geringeren Zahl der Kunden, (der Abonnenten,) welche die Zeitungen der einen und welche die der andern Farbe haben, sogar mit einer an mathematische Gewissheit grenzenden Wahrscheinlichkeit auf die Meinung der Mehrheit schliessen kann.

kann, mehr als einen Vorzug. Denn die schriftliche Rede spricht unmittelbar nur zum Verstande, die mündliche auch zur Leidenschaft. Bei der mündlichen Unterhaltung kann ein Jeder das Wort nehmen; wer in einer Druckschrift zu dem Publikum spricht, muß denn doch schon mit Gründen gerüsteter und des Vortrags mächtiger seyn. Sonst findet die Schrift weder Käufer noch Leser. Auch der Zuhörer, welche der Redende hat oder haben kann, sind in dem einen Falle mehr, als in dem andern. Alles dieses kann man am besten durch das Beispiel der (Nord-amerikanischen) Union bestätigen. Die Macht, welche in der Union die Tagesliteratur und durch sie die öffentliche Meinung hat, ist zugleich ein Beweis von der Unentbehrlichkeit der einen und der andern zum Gedeihn einer Verfassung, welche, wie die der Vereinigten Staaten, auf den Grundsätzen der Repräsentativsystemes beruht*). — Allerdings ist es eine Sonderbarkeit, daß die Repräsentativverfassung das Volk vom Regieren (direkt) ausschließt und gleichwohl die Regierung dem Volke (indirekt) unterwirft, also, was sie mit der einen Hand dem Volke verweigert, diesem mit der andern Hand zurückgibt. Aber die Repräsentativverfassung ist ihrem innersten Wesen nach eine Verfassung des Gleichgewichts. Weder das Volk noch die Regierung soll Alles in Allem, beide sollen vielmehr von einander gegenseitig abhängig seyn. Dieses Gleichgewicht herzustellen und zu erhalten, ist eine Hauptaufgabe der Repräsentativverfassung. In der repräsentativen Demokratie ist vorzugsweise zu fürchten, daß das Volk, in der konstitutionellen Monarchie, daß die Regierung das Uebergewicht erhalte. Die

*) In den Vereinigten Staaten ist die Presse schlechthin frei. — Uebrigens beruht in der Union die Lebenskraft der öffentlichen Meinung noch auf anderen Ursachen, z. B. auf den vielen Mitteln, welche den inneren Verkehr erleichtern, (Flüsse, Kanäle, Eisenbahnen, Dampfschiffe u. s. w.) auf den vielen öffentlichen Versammlungen, die in den einzelnen Staaten gehalten werden, auf der Beweglichkeit und Neugierde des Volks.

Schriftsteller über den politischen Zustand der Union klagen fast ohne Ausnahme über den Despotismus, welchen dort die öffentliche Meinung ausübe ¹⁾).

4) Da die Staatsgewalt drei ihren Gegenständen nach verschiedene Gewalten unter sich begreift, — die gesetzgebende, die richterliche und die vollziehende Gewalt, — so bringt es das Princip der Vertheilung verschiedenartiger Arbeiten unter verschiedene Arbeiter schon überhaupt mit sich, die Ausübung jener Gewalten verschiedenen Behörden zu übertragen. Jedoch, wenn auch fast in einer jeden ausgebildeteren Verfassung einzelne Einrichtungen vorkommen, welche auf die Nothwendigkeit einer solchen Trennung hindeuten, so liegt doch die Nothwendigkeit dieser Trennung nur in den auf dem Repräsentativsysteme beruhenden Verfassungen schon in dem Wesen der Verfassung. Denn da die Trennung der drei Gewalten eine der vornehmsten Gewährleistungen für die gehörige Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten ist ²⁾, und da in der repräsentativen Demokratie, welche hier einstweilen allein in Frage steht ³⁾, einerseits das Volk die Machtvollkommenheit nicht selbst ausübt, andererseits aber das Interesse des Herrschers und das der Unterthanen ein und dasselbe ist, so folgt, daß in dieser Verfassung das Interesse des Volks, man mag nun das Volk in der Eigenschaft, in welcher es der Herrscher, oder in der, in welcher es die Gesamtheit der Unterthanen ist, betrachten, der Trennung der drei Gewalten zur Seite steht. In der erstern Eigenschaft muß das Volk Mißtrauen in seine Bevollmächtigten setzen, in der letzteren Eigenschaft hat es darauf Bedacht zu nehmen, daß gut regiert werde. Gleichwohl

1) Einer dieser Schriftsteller, von Tocqueville, wirft sogar die Frage auf, ob der Despotismus eines Einzigen oder der der Menge der drückendere sey.

2) Ja vielleicht die *conditio sine qua non*.

3) In der konstitutionellen Monarchie beruht die Trennung der drei Gewalten zum Theil auf andern Gründen.

wird man finden, daß der Grundsatz der Trennung der drei Gewalten in den repräsentativen Freistaaten selten oder nie mit der Konsequenz durchgeführt ist, mit welcher er in der konstitutionellen Monarchie durchgeführt werden kann und soll. Namentlich gilt das von den Verfassungen der Vereinigten Staaten *). Das Mißtrauen, welches eine jede Demokratie gegen die vollziehende Gewalt hegt, geht leicht so weit, daß man gewisse Funktionen, welche an sich in den Geschäftskreis dieser Gewalt gehören, der gesetzgebenden Versammlung vorbehält.

5) Alle die, welche das Volk mit der Ausübung irgend eines Rechts seiner Machtvollkommenheit beauftragt hat, können wegen der Nichterfüllung, Verletzung oder Ueberschreitung ihrer Vollmacht (von und vor den verfassungsmässigen Behörden) zur Verantwortung gezogen werden. Nur die, welchen das Volk die Ausübung der gesetzgebenden Gewalt übertragen hat, — nur seine Repräsentanten (oder Vertreter) also, — sind unter dieser Regel nicht begriffen. Denn unter den drei Gewalten ist die gesetzgebende, da sie die Grundsätze aufstellt, welche von den übrigen Gewalten nur in Vollziehung zu setzen sind, die höchste, ist die gesetzgebende Gewalt die Souveränität selbst. Die Versammlung der Volksrepräsentanten ist daher eben so wenig, als das Volk, verantwortlich.

Aus diesen Grundsätzen (1 — 5) ergeben sich von selbst die Aufgaben, welche die Organisation der repräsentativen Volksherrschaft — oder die Politik dieser Verfassung — zu lösen hat. Wegen der Art, wie diese Aufgaben zu lösen sind, verweise ich auf die Verfassungen der Vereinigten Staaten; eingedenk des

*) Weniger gilt das von der Verfassung der Union, welche überhaupt, als eine ganz neue Schöpfung, vorzugsweise nach Grundsätzen organisirt worden ist.

entfernteren Interesses, welches der Gegenstand für das Deutsche Publikum hat. Mehreres, was sonst hier anzuführen seyn würde, wird auch in den folgenden beiden Abschnitten dieses Buches so wie im neunzehnten Buche vorkommen.

II. Zur Vergleichung der repräsentativen Demokratie mit der konstitutionellen Monarchie.

Die Frage, auf welche sich die hier anzustellende Vergleichung bezieht, ist nicht die: Soll ein Volk, das für eine auf dem Repräsentativsysteme beruhende Verfassung reif ist, der repräsentativen Demokratie oder soll es der konstitutionellen Monarchie den Vorzug geben? sondern die: Was leistet oder was verspricht die eine Verfassung einem Volke zu leisten? was die andere? vorausgesetzt, daß die eine oder daß die andere bei einem Volke besteht oder bei ihm eingeführt werden und sich erhalten kann. Verfassungen kann man nicht wählen und wechseln, wie Kleider.

Sowohl die repräsentative Demokratie als die konstitutionelle Monarchie ist eine Herrschaft der öffentlichen Meinung. Aber in jener Verfassung ist die Herrschaft der öffentlichen Meinung eine Alleinherrschaft, in dieser Verfassung ist sie nur eine Mitherrschaft. — Die Reibungen und Zwistigkeiten, welche in der konstitutionellen Monarchie zwischen der Volksvertretung und der Regierung fast unausbleiblich eintreten, sind daher der repräsentativen Demokratie unbekannt. In dieser Verfassung reißt die öffentliche Meinung Alles mit sich fort und soll sie allein eine entscheidende Stimme haben. Da muß also die vollziehende Gewalt der öffentlichen Meinung gehorchen oder es werden andere Männer an die Spitze dieser Gewalt gestellt. Doch ist deshalb die repräsentative Demokratie, verglichen mit der konstitutionellen Monarchie, zugleich im Nachtheile. Die öffentliche Meinung kann irren, sie

kann durch Scheingründe oder Vorurtheile bestochen werden, sie ist zuweilen launisch, allemal einem unaufhörlichen Wechsel unterworfen, sie urtheilt auf jeden Fall richtiger über die inneren als über die auswärtigen Angelegenheiten, richtiger über das Interesse der öffentlichen und der individuellen Freiheit, als über das der öffentlichen Macht. Sie kann daher, allmächtig in der repräsentativen Demokratie, in dieser Verfassung bei der Staatsverwaltung zu den bedenklichsten Fehlritten verleiten. In der konstitutionellen Monarchie hat dagegen der Einfluss der öffentlichen Meinung an dem der Krone ein Gegengewicht. Da wird z. B. eine politische Frage von zwei einander entgegengesetzten Standpunkten aus beleuchtet.

Die repräsentative Demokratie hat nur *einen* Feind zu fürchten, das Volk. Aber sie ist von diesem Feinde auf eine doppelte Weise bedroht. Die Demokratie kann in eine Ochlokratie oder Pöbelherrschaft ausarten. Oder es kann dahin kommen, daß das Volk, anstatt sich mit dem Herrschen d. i. mit der Wahl seiner Vertreter und Beamten zu begnügen, aus Ungeduld oder Uebermuth die Gewalt selbst in die Hand nimmt, daß also Anarchie an die Stelle der Herrschaft des Gesetzes tritt. Und dahin kann es um so leichter kommen, da in dieser Verfassung die Achtung des Volkes für das Gesetz für die Schwäche der vollziehenden Gewalt Ersatz leisten muß. — Die konstitutionelle Monarchie ist einer *zweifachen* Gefahr ausgesetzt; ihr kann sowohl der monarchische als der demokratische Bestandtheil der Verfassung den Untergang bereiten. — Dennoch möchte sie für ihre Fortdauer weniger, als die repräsentative Demokratie, zu fürchten haben. Denn diese Verfassung verlangt und erwartet von dem Volke mehr, als jene; sie verlangt und erwartet von dem Volke Alles und mithin leicht zu viel. Wie in einer jeden einfachen Verfassung hat man sich auch in der repräsentativen Demokratie immer nur an ein

und dasselbe Princip bei der Organisation des Staats zu halten. In der konstitutionellen Monarchie hat man in dieser Beziehung die Wahl zwischen zwei einander entgegengesetzten Principien. Da kann man also, je nachdem es die in der Erfahrung bestehenden Verhältnisse erfordern, entweder den monarchischen oder den demokratischen Bestandtheil der Verfassung schon durch die Formen der Verfassung verstärken.

Sowohl die repräsentative Demokratie als die konstitutionelle Monarchie kann nur da gedeihen, wo das Volk in politische Partheien gespalten ist; und sowohl die eine als die andere Verfassung veranlaßt schon ihrem Wesen nach eine solche Spaltung. Gleichwohl unterscheiden sich auch in dieser Beziehung beide Verfassungen von einander. — In jener Verfassung gilt die Partheiung unmittelbar der höchsten Gewalt oder der Machtvollkommenheit selbst, wenn auch die eine und die andere Parthei nur deswegen herrschen will, um durch Männer ihrer Wahl die öffentlichen Angelegenheiten so zu leiten, wie es das Interesse der Parthei verlangt. In dieser Verfassung gilt der Streit unmittelbar nur dem Systeme der Regierung. *) — In der repräsentativen Demokratie ist die Spaltung des Volkes in Partheien das Mittel, die Alleinherrschaft des Volkes zu mäßigen. Indem eine Parthei die andere mit Eifersucht bewacht, halten und heben beide die Regierung. In der konstitutionellen Monarchie kann nur durch die Spaltung des Volkes in Partheien das harmonische Zusammenwirken des monarchischen und des demokratischen Bestandtheiles der Verfassung vermittelt werden. Eine Regierung ohne Opposition ist mit dem Zwecke dieser Verfassung eben so unvereinbar, als eine Regierung ohne Parthei im Volke. Nur darin kommen beide

*) Anders stellt sich zwar jetzt (März 1839) der Partheikampf in Frankreich. Aber Frankreichs Verfassung ist erst im Werden.

Verfassungen in der vorliegenden Beziehung mit einander überein, daß in beiden die Spaltung des Volks in politische Partheien der Einheit und Stetigkeit der Regierungsmafsregeln förderlich ist. — In der konstitutionellen Monarchie ist die Grund- und Hauptfrage, welche die Partheien entzweit, die, ob das Interesse der öffentlichen Macht oder das der gemeinen Freiheit den Ausschlag geben soll. In der repräsentativen Demokratie betrifft dieselbe Streitfrage den Zwiespalt zwischen der Minderzahl und der Mehrzahl, zwischen den Reicherén und den Aermereén.¹⁾

III. Zur Vergleichung der repräsentativen Demokratie mit der autokra- tischen.²⁾

Die repräsentativen Demokratien sind allerdings eine in ihrer Art neue Erscheinung in der Geschichte. Dennoch gleichen sie in mehr als einer Hinsicht den autokra-

-
- 1) In den Vereinigten Staaten stehen die Partheien der Tories und die der Whigs einander gegenüber. Diese ist die aristokratische Parthei oder die Aristokratie des Reichthums, jene die demokratische.
 - 2) Ich werde diese Vergleichung, um ihr Leben und Farbe zu geben, sofort auf die Demokratien Griechenlands und auf die Repräsentativverfassungen der Vereinigten Staaten beziehen. Vgl. über diese Verfassungen die Schriften von Chevalier, (*lettres sur l'Amérique du Nord*), von Duden, (*die Nordamerik. Demokratie*), von Grund, (*die Amerikaner, die Nordamerik. Aristokratie*); von Murat, (*Darstellung der Grundsätze der republikan. Verfassung in den V. St.*); von Tocqueville, (*De la démocratie en Amérique*.) Ferner: *The Federalist*. (Eine Zeitschrift aus den Zeiten der Stiftung der Union, herausgegeben von den Männern, welche die Verfassungs-urkunde hauptsächlich bearbeitet hatten. Die in dieser Zeitschrift enthaltenen Aufsätze geben den besten Aufschluß über die rationes legis. Ein Meisterwerk!) *Commentaries on the constitution of the U. St.* By Jos. Story. Bost. u. Lond. 1834. III. Vol. *Commentaries on American Law*. By Jam. Kent. II. Edit. Ebend. in dems. Jahre. — Wenn ich in diesem Abschnitte die Worte: Amerika, Amerikaner u. s. w. gebrauche, so sind diese Worte jederzeit von den Vereinigten Staaten etc. zu verstehn.

tischen Demokratien, z. B. den Griechischen. (Die Geschichte jener ist daher ein Schlüssel zur Geschichte dieser Volksherrschaften und umgekehrt. Wir verstehen jetzt die Geschichte der Griechischen und die der Römischen Vorzeit besser, als vormals. Vielleicht sind auch der Jugend die Schriften der Alten jetzt etwas anderes, als sie ihr vormals waren.)

Denn *erstens*: Die Verfassungen der Vereinigten Staaten gleichen den Griechischen Demokratien in Beziehung auf die Grundlagen, die sie im Volke und in den gesellschaftlichen und äusseren Verhältnissen des Volkes haben. — Die Amerikaner haben einen demokratisch-republikanischen Charakter, d. i. einen Charakter, dessen Grundzüge Liebe zur Freiheit, republikanischer Stolz, Selbstvertrauen, Ernst und Beharrlichkeit sind. Sie verdanken diesen Charakter vor allen Dingen ihrer Abstammung von der Englischen Nation. Die Freiheitsliebe, durch welche sich diese Nation auszeichnet, mußte in Amerika schon deswegen eine demokratische Richtung nehmen, sie konnte hier schon deswegen nicht mit der Achtung für die Majestät des Thrones und für die Vorrechte des Adels gepaart bleiben, weil die Einwanderer Thron und Adel in dem fernen Lande ihrer Väter zurückliessen,*) weil der Kampf, welchen die Einwanderer mit der rauhen Natur ihres neuen noch unbauten Wohnlandes, so wie mit den Eingebornen, zu bestehen hatten, Alle einander gleichmachte. In derselben Richtung wirkten und wirken in den einzelnen geographischen Abtheilungen der Vereinigten Staaten noch besondere Ursachen. Die nördlichen Kolonien am atlantischen Meere, die, welche man unter dem Namen: Neuengland, begreift, wurden von Engländern gegründet, welche, aus dem Lande ihrer Väter durch die Un-

*) Nur in der Kolonie Südkarolina gab es einen Adel. — Eine neue Verfassung kann leicht an der Klippe geschichtlicher Erinnerungen scheitern.

duldsamkeit der Anglikanischen Kirche vertrieben, die Religionsfreiheit, die ihnen ihr Vaterland versagt hatte, in der neuen Welt aufsuchten, dem republikanischen Geiste, welcher in ihren kirchlichen Einrichtungen lebte, auch bei der Gestaltung ihrer politischen Vereine treu blieben. In den südlichen Kolonien am atlantischen Meere wurde die Sklaverei der Neger gleich anfangs eingeführt. Sie unterstützte und begünstigte auch hier die Demokratie, indem sie die Freien, als solche, einander gleichstellte, ihnen den Adel der Freiheit gleichsam versinnlichte. *) In der Folge kamen zwar neue Einwanderer hinzu, Einwanderer, die, besonders seit dem Jahre 1783, — dem Jahre, in welchem die Unabhängigkeit der Union durch den Frieden mit Großbritannien befestigt wurde, — aus mehr als einem Europäischen Lande abstammten. Aber auch diese Einwanderer suchten größtentheils in den Vereinigten Staaten das gelobte Land der Freiheit auf; ihnen theilte überdies die ursprüngliche Englische Bevölkerung ihr Gepräge mit. Eben so sind zwar die Amerikaner späterhin jenseits der Aleghany-Berge in die fruchtbaren Stromgebiete des Mississippi und der ihm zinsbaren Ströme vorgedrungen. Aber dieser Theil von Amerika hat gerade vorzugsweise eine demokratische Bevölkerung. Denn er ist von Menschen erobert worden, welche, die Vorposten der Kultur und Civilisation, kaum vor den Gesetzen, geschweige denn vor einem Herrn, sich zu beugen geneigt sind. — Eine Hauptstütze der Griechischen Freistaaten war die Religion. Auch die Vereinigten Staaten entbehren dieser Stütze nicht, wenn sie auch nicht, wie jene, eine Staatsreligion haben, vielmehr in der Union Staat und Kirche von einander geson-

*) Die Sklaverei droht den Vereinigten Staaten, (abgesehn von einem Sklavenaufstande,) nicht dieselben Gefahren, welche sie den Griechischen Demokratien brachte. Die Neger, der Rasse nach von den Weissen verschieden, bleiben auch freigelassen von diesen gesondert.

dert sind. Die strenge Kirchenzucht der Puritaner herrscht noch jetzt, wenn auch einigermaßen gemildert, in denjenigen Staaten der Union, welche zuerst von Puritanern — von den „Pilger-Vätern“ — bevölkert wurden; auch weiter hat sie sich verbreitet. Das System der Religionsfreiheit, wenn es auch einzelne sehr unerfreuliche Erscheinungen verursacht, hat denn doch zugleich die wohlthätige Folge, daß es die Religionslehrer, die es wegen ihres Einkommens auf sich selbst verweist, nöthiget, in ihrem eigenen Interesse den Sinn für Religion und Kirchenthum im Volke zu beleben.¹⁾ — Wie in den Griechischen Freistaaten so ist auch in den Vereinigten Staaten ein gewisses Maß politischer Kultur Gemeingut aller Bürger. Groß ist die Zahl der in Amerika erscheinenden Zeitungen. Es giebt keine Hauptstadt, deren Tageblätter über die öffentliche Meinung geböten. Kaum ist eine Stadt entstanden, so hat sie auch ihre eigene Zeitung, welche ihre Leser über das, was sie unmittelbar angeht, unterrichtet. Die Gemeinde bildet den Bürger für den Staat, dem er unmittelbar angehört, dieser ihn für die Union. Die Wahlen fordern die Bürger²⁾ auf, die politischen Meinungen derer zu prüfen, welche, um die Wahl auf sich zu lenken, ihr politisches Glaubensbekenntniß ablegen. — Eben so entspricht der Zustand der Vereinigten Staaten dem Resultate der Geschichte der Griechischen Freistaaten, daß sich die Demokratie für ein Volk eigne, welches nicht in Reiche und Arme gespalten ist. Zwar ist in den Vereinig-

1) Der Bekehrungseifer, welcher die Geistlichkeit der katholischen Kirche ohnehin belebt, wird durch dieses System noch mehr gesteigert. Es soll, nach den Berichten der Reisenden, diese Kirche reißend schnelle Fortschritte machen. Ueberall gehören die Katholiken zur demokratischen Parthei, theils weil sie, verglichen mit den Protestanten, in der Minorität sind, theils weil es der Geist des Katholicismus so mit sich bringt.

2) In einigen Staaten ist gar kein Wahlcensus, in andern nur ein sehr geringer erforderlich.

ten Staaten nicht an Gleichheit der Vermögensumstände der einzelnen Bürger zu denken ¹⁾). Aber noch haben diese Staaten, die grossen Handelsstädte etwa ausgenommen, keinen Pöbel; noch haben sie nicht die Ochlokratie mit ihren Folgen zu fürchten. Denn noch ist an ungebautem Lande Ueberflufs; noch können sich die östlichen Staaten, die am meisten bevölkert sind, ihrer überschüssigen Bevölkerung im Westen entledigen. (Und noch lange Jahre wird ihnen dieses Ableitungsmittel zu Gebote stehn!) Uebrigens, so ungleich auch die Vermögensumstände der einzelnen Bürger sind, so sind sie doch einem unaufhörlichen Wechsel unterworfen. In einem Lande, dessen Boden noch zu einem grossen Theile ungebaut ist, in einem Lande, in welchem die Gewerbe nicht durch Zünfte oder ähnliche Einrichtungen gefesselt sind, in Amerika also kann ein Jeder reich werden. Durch einzelne Beispiele schnell gesammelter Reichthümer, durch den politischen Einfluss, welchen der Reichthum gewährt, und durch den Beistand gereizt, welchen die vielen Banken einer jeden Unternehmung zu leisten bereit sind, ²⁾ will hier ein Jeder reich werden. Andern in demselben Streben begegnend, mufs der Einzelne, um nicht zurückzukommen, vorwärts zu kommen suchen. Ist endlich das Ziel erreicht, so vertheilt wieder der Tod den erworbenen Reichthum unter eine gewöhnlich zahlreiche Nachkommenschaft, unter eine Nachkommenschaft, welche nicht immer mit der Habe des Vaters auch

1) Am wenigsten in den Staaten Neuenglands. Nicht die südlichen, sondern die nördlichen Staaten könnten der Fortdauer der Union zuerst gefährlich werden.

2) Das Bank- (oder Papier-) System spielt eine merkwürdige Rolle in der Geschichte der Vereinigten Staaten. — Eine andere That- sache, welche auf den ökonomischen Zustand der Vereinigten Staaten einen kaum geringeren Einfluss hat, ist die, dass es in diesen Staaten an Gesetzen gegen muthwillige Bankerotte fast gänzlich fehlt.

dessen Erwerbfleiß und Sparsamkeit ererbt.¹⁾ — Endlich, erwägt man die untergeordnete Stellung, welche das weibliche Geschlecht bei den Griechen hatte, so ist man zu der Behauptung veranlaßt, daß Demokratien nur da gedeihen können, wo das Weib auf den Kreis des häuslichen Lebens beschränkt ist. Die Amerikanischen Hausfrauen aber werden wegen ihrer Häuslichkeit gerade besonders gerühmt.

Zweitens: Auch was die Gefahren betrifft, von welcher eine Verfassung bedroht seyn kann, so wie die Mittel, durch welche sie gegen diese Gefahren zu schützen ist, gleichen die Verfassungen der Vereinigten Staaten denen der Griechischen Demokratien. — Das Mißtraun, welches das Volk in diesen Staaten gegen die vollziehende Gewalt hatte, offenbart sich auch in Nordamerika. Wie in den Griechischen Demokratien die Volksversammlung einen sich sehr weit erstreckenden Gewaltskreis hatte, und diesen immer weiter auszudehnen trachtete, so gilt dasselbe auch von den gesetzgebenden Versammlungen in Nordamerika, z. B. von dem Kongresse²⁾. Eine „Beamten-Hierarchie“ d. i. eine stufenweise Unterordnung der einen Beamten unter die andern nach Maßgabe des Umfanges ihrer Amtsbezirke (oder ein Centralisations-system) findet man weder in jenen noch in diesen Staaten. Wie in den Griechischen Demokratien alle Bürger kriegsdienstpflichtig waren, so ist auch in den Vereinigten Staaten die Landesvertheidigung die Pflicht eines jeden Bürgers³⁾. — Wenn in der Demokratie die Schwäche der

1) Bei weitem in den meisten Staaten der Union erben die Kinder nach der Kopfzahl. Nur in einigen erhalten die Söhne einen doppelten Erbtheil. — Fideikommissstiftungen oder Substitutionen sind zwar, (in Gemälsheit des in den Vereinigten Staaten geltenden Englischen Rechts,) in der Mehrzahl dieser Staaten erlaubt, aber, mit der öffentlichen Meinung im Widerspruch, selten.

2) Vielleicht kann man auch das „Lynch-Gesetz“ mit dem Ostracismus der Athenienser vergleichen.

3) Das stehende Heer beläuft sich dermalen nur ohngefähr auf 7000 Mann.

vollziehenden Gewalt besonders in Kriegszeiten der Verfassung gefährlich werden kann, so darf man zu den Ursachen, welche in den Vereinigten Staaten die Erhaltung der Repräsentativverfassung möglich machen oder erleichtern, die rechnen, daß diese Staaten höchstens auf einem Theile ihrer Grenze von einem mächtigen Nachbar bedroht sind. Sie würden diesen Vortheil verlieren, wenn sich die Union in mehrere Staatenbünde auflöste.

Drittens: Auf den ersten Blick scheint sich die repräsentative Demokratie von der autokratischen dadurch wesentlich zu unterscheiden, daß jene auch in einem grossen Staatsgebiete diese nur in einem Gebiete von geringem Umfange ausführbar ist. (Man kann sogar behaupten, daß die repräsentative Demokratie, als die Verfassung eines Volkes, dessen Wohnstätte nur einen kleinen Flächenraum einnimmt, überall nicht an ihrer Stelle sey*). Wo die Mitglieder der Volksgemeinde einander nahe wohnen, wo sie eben deswegen einander in einer jeden Beziehung näher stehn, ist es da nicht eine Sonderbarkeit, wenn sich die Gemeinde bei der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten schlechthin durch Andere vertreten läßt?) — Gleichwohl bestätigt auch das Beispiel der Vereinigten Staaten den Grundsatz der Griechischen Staatsweisheit, daß sich die Demokratie nur für kleine Staaten eigne. Die einzelnen Staaten der Union sind nicht sowohl einfache Staaten, — als Konföderationen unter den Gemeinden, welche zusammen einen und denselben Staat bilden. Sie sind das im Kleinen, was die Union im Großen ist. Man hat sie, wenn man ein Gegenbild zu ihnen in der Griechischen Staatenwelt nachweisen will, mit dem Achaischen Bunde, einem Bunde, in welchen nur demokratische Freistaaten aufgenommen wurden, zu ver-

*) Auch wird man finden, daß diese Verfassung in allen den kleinen Staaten, in welchen sie besteht, in dem Geiste der autokratischen Demokratie modificirt ist.

gleichen. Denn eine jede Gemeinde regiert sich selbst;*) nur die Angelegenheiten, welche das Interesse aller Gemeinden eines und desselben Staates oder einer und derselben Grafschaft betreffen, bleiben der Staatsregierung oder beziehungsweise den Behörden der Grafschaft vorbehalten.

Bei alle dem tritt zwischen der Demokratie in den Vereinigten Staaten und der Demokratie in den Griechischen Freistaaten ein Unterschied ein, welcher, obwohl von der Verschiedenheit der Formen in der Demokratie in der einen und in der andern an sich unabhängig, dennoch zugleich mit dieser Verschiedenheit in einem wesentlichen Zusammenhange steht. — Den Amerikanern ist der Staat denn doch nur ein Mittel für andere Zwecke, ist das Interesse des Staates nicht das einzige oder das höchste Ziel des Lebens und Strebens der einzelnen Bürger. Sie verlangen und erwarten von dem Staate, daß er sie in den Stand setze, ihr Privatinteresse nach eigenem Gutbefinden wahrzunehmen, sie auch bei der Verfolgung ihres Privatinteresses, in besonderen Fällen und ausnahmsweise, unterstütze. Für alles andere hat ein Jeder selbst zu sorgen. Wenn auch in Amerika, wie überall, das Regieren d. i. die unmittelbare Theilnahme an der Ausübung der Staatsgewalt, Einzelne anzieht, so haben doch die Amerikaner im Ganzen nur deswegen eine Vorliebe für ihre Verfassung, weil sie, zu Folge der Grundlagen dieser Verfassung, Niemand ohne oder gegen ihren Willen regieren kann. Mit einem Worte, die bürgerliche Freiheit gilt ihnen mehr als die politische, oder diese hat vielmehr nur deswegen einen Werth für sie, weil sie ihnen für jene Bürgerschaft leistet. Ganz anders stellte sich das Verhältniß der einzelnen Bürger zum Staate in den Griechischen Demokratien. Man lese z. B. (bei Thucydides) die Reden,

*) Doch ist die Gemeindeverfassung in den südlichen Staaten am atlantischen Meere weniger ausgebildet. Man kann vielleicht die Bürger dieser Staaten mit unseren Rittergutsbesitzern oder Grundherren vergleichen.

durch welche Perikles die Athenienser für den Krieg gegen die Spartaner und ihre Bundesgenossen zu begeistern sucht. Er knüpft an den Sieg, den er ihnen in Aussicht stellt, Verheißungen, welche nur deswegen Anklang finden konnten, weil das gesammte Interesse der einzelnen Bürger durch das Interesse des Staates bedingt war. — Nicht die Verschiedenheit der Verfassungsformen erklärt diesen Unterschied zwischen der Demokratie in Amerika und der in den Freistaaten Griechenlands. Die Menschen, die Zeiten sind nicht dieselben. Die Amerikaner sind wie die Europäer, von welchen sie abstammen, als Christen, zugleich Bürger einer übersinnlichen Welt. Ihnen ist, wie überhaupt den Völkern Germanischer Abkunft, der eigene Heerd, die Familie mehr als der Staat, das heimliche Leben mehr als das öffentliche. *) Sie sind, zu Folge der Beschaffenheit ihrer Kultur und Civilisation und wegen der Handelsverbindungen, in welchen sie fast mit allen Ländern der Erde stehn, nicht blos Bürger der Vereinigten Staaten, sondern zugleich in einem gewissen Grade Weltbürger. Das Land, das sie bewohnen, nimmt ihre Zeit und Arbeit noch zu sehr in Anspruch, als daß ihnen der Staat, oder sie dem Staate, das seyn könnten, was der Staat den Griechen, oder die Griechen dem Staate waren. — Wohl aber hat man die Verschiedenheit der Menschen und Zeiten als eine von den Ursachen zu betrachten, aus welchen die Eigenthümlichkeiten der Demokratie in Nordamerika, diese ihren Formen und ihrem Wirken nach mit der Demokratie in den Griechischen Freistaaten verglichen, abzuleiten sind. In Amerika würde die autokratische Demokratie auch deswegen nicht an ihrer Stelle seyn, weil diese Verfassung von dem Volke einen zu großen Aufwand an Zeit und Geld fordert. In Amerika sind die unter den politischen Partheien streitigen Fragen gewöhnlich zugleich Geldfragen, (und daher den Einzelnen desto

*) Es giebt sogar wenige öffentliche Gesellschaften in den Vereinigten Staaten.

verständlicher,) hat die Ordnungsliebe und Wirthschaftlichkeit, mit welcher die einzelnen Bürger für ihr Fortkommen sorgen, auch auf die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten Einfluss. In Nordamerika werden die Vertreter des Volks und die Beamten als die Diener des Publikums, — des Hausherrn, — betrachtet:

Die Verfassung der Union dürfte auf eine lange Dauer rechnen können. Sie hat eine gewisse Aehnlichkeit mit der Verfassung des Deutschen Reichs. Stat mole sua! Die Verfassung der Union, als einer Gesamtheit, wird durch die Verfassung der einzelnen Staaten, diese durch jene gehalten. Wenn auch die Vereinigten Staaten, ihrer geographischen Lage und ihrem Handelsinteresse nach in mehrere, und zwar in drei Hauptabtheilungen zerfallen, so ist doch dieser Keim eines Zwiespaltes unter den Vereinigten Staaten zugleich eine Bürgschaft für die Fortdauer der Union. Gleichartigkeit des Handelsinteresses entzweit, Verschiedenheit versöhnt die Völker mit einander.

NEUNZEHNTES BUCH.
Des
besonderen Theiles der Verfassungslehre
viertes Buch.
Vom der
konstitutionellen Monarchie
oder
*von der Einherrschaft mit einer Volksvertretung. *)*
EINLEITUNG.

Die Deutsche Sprache, in welcher, wie in der Nation, die Verfassung der konstitutionellen Monarchie fast noch ein Neuling ist, kann leicht zu dem Irrthume verleiten, als ob diese Verfassung und die durch Reichs- oder Landstände beschränkte Monarchie im Wesentlichen nur ein und dieselbe Verfassung wären. Man spricht z. B. auch in den Deutschen Staaten, deren Verfassung während des laufenden Jahrhunderts im Geiste des Repräsentativsystemes umgestaltet worden ist, von Landständen und vom Landtage, anstatt daß nur von den Kam-

*) Ich habe den Ausdruck: „Konstitutionelle Monarchie“, seiner Kürze wegen beibehalten. Er läßt sich so vertheidigen, daß die Monarchie mit einer Volksvertretung vorzugsweise eine Konstitution hat. — Die Literatur dieses Theiles des Verfassungsrechts ist so reichhaltig, daß ich nicht einmal die vorzüglichsten Schriften dieses Fachs anführen kann, ohne das vorliegende Werk zu weit auszudehnen. In einer gemeinfaßlichen Sprache hat v. Rotteck das „Staatsrecht der konst. Mon.“ dargestellt. (Altenb. II. Aufl. 1838.)

mern und von der Versammlung der Kammern ¹⁾ die Rede seyn sollte. — Die Landstände sind die Stände der bürgerlichen Gesellschaft, in wie fern sie, zu einem Landtage vereinigt, in den Angelegenheiten des Landes ein entscheidendes Stimmrecht haben. Die einzelnen Mitglieder eines Standes erscheinen auf dem Landtage entweder Mann für Mann und kraft eigenen Rechtes; oder aber durch Bevollmächtigte. ²⁾ Die Mitglieder der II. Kammer vertreten das Volk, von welchem sie gewählt werden, als eine Gesammtheit. ³⁾ — Die Beschlüsse der Landstände verpflichten die sämmtlichen Landeseinwohner, weil die Landstände, mit Einschluss des Landesfürsten, als die Grundherren des Landes, auch für ihre Hintersassen und Grundholden das Wort zu führen berechtigt sind. Die Beschlüsse der II. Kammer verpflichten das Volk, kraft der Rechtsvermuthung, daß sie den Willen der Mehrheit des Volkes aussprechen. — Das wesentliche Recht der Landstände, zugleich der Quell ihrer übrigen Rechte, ist das Recht der Steuerbewilligung, ⁴⁾ das der II. Kammer ist das Recht,

1) Man kann das Wort: Parlement, Parliament, (von parler) auch durch das altdeutsche Wort: Volkssprache, übersetzen.

2) Diese sind also berechtigt, Instruktionen von ihren Machtgebern anzunehmen, und an ihre Instruktionen gebunden.

3) Von Rechtswegen sollte ein jedes einzelne Mitglied der II. Kammer von dem ganzen Volke gewählt werden. Nur wegen den Schwierigkeiten, mit welchen die Ausführung dieses Planes verbunden seyn würde, bildet man Wahlbezirke. Aber der von einem Bezirke gewählte Abgeordnete ist so und hat sich so zu betrachten, als ob er von dem ganzen Volke gewählt worden wäre. Eben so folgt hieraus, daß ein Wahlbezirk bei der Wahl nicht etwa auf die Staatsbürger beschränkt ist, die in seiner Mitte ihren Wohnsitz haben.

4) Das Wort: Steuerbewilligung, gehört auch zu den Worten, welche man unbedachtsam in das Verfassungsrecht der konst. Mon. aufgenommen hat. Die Landstände hatten (und haben beziehungsweise) ein Recht der Steuerbewilligung in der eigentlichen Bedeutung. Sie steuerten aus gutem Willen, weil der Fürst die öffentlichen Ausgaben mit dem Ertrage der Kammergüter zu bestreiten verpflichtet war. Nach dem Verfassungsrechte der konstitutionellen Monarchie aber ist es nicht in den guten Willen des Volks

an der Gesetzgebung Theil zu nehmen. — Die landständische Verfassung hat den Zweck, die Vorrechte und die besonderen Rechte der verschiedenen Stände des Landes zu wahren; die konstitutionelle Monarchie, den Grundsatz der rechtlichen Gleichheit aufrecht zu erhalten und durchzuführen. Von den Landständen werden daher die verschiedenen Interessen der bürgerlichen Gesellschaft vertreten; die Kammer der Volksabgeordneten vertritt das gleiche Recht Aller gegen die Verschiedenheit dieser Interessen.¹⁾ — Uebrigens ergibt sich hieraus von selbst, wann mehr die eine und wann mehr die andere Verfassung dem Zustande der bürgerlichen Gesellschaft entspreche, wie die eine und wie die andere Verfassung auf den Zustand der bürgerlichen Gesellschaft zurückwirken müsse.²⁾

Die Regeln, welche der zweite Abschnitt dieses Buches für die Organisation der konstitutionellen Monarchie aufstellen wird, gelten nicht insgesamt bloß von dieser Verfassung. Man könnte jedoch von ihr, wenn man von ihren Eigenthümlichkeiten das Allgemeingeltende sondern wollte, nur ein sehr unvollkommenes Bild entwer-

oder seiner Vertreter gestellt, ob Steuern überhaupt gezahlt werden sollen oder nicht. (Die Staatsausgaben nöthigenfalls durch Steuern zu decken, ist eine Bürgerpflicht.) Sondern für die II. Kammer gehören nur die Fragen: Ist eine bestimmte Staatsausgabe nothwendig? Bis zu welchem Betrage? Wie ist sie zu decken?

1) Pölitz verkannte daher das Wesen der konst. Monarchie, wenn er behauptete, daß bei der Zusammensetzung der II. Kammer zugleich auf diese Verschiedenheit der Interessen Rücksicht zu nehmen sey. (Und doch hat diese Ansicht in der Verfassungsurkunde des K. Sachsen Eingang gefunden.)

2) Die land- und reichsständische Verfassung ist hier nur der Idee nach geschildert worden, welche ihr zu Grunde liegt. Es braucht kaum bemerkt zu werden, daß dieser Idee die Wirklichkeit fast nirgends vollkommen entsprach. — Vgl. über den Geist dieser Verfassung: Posse, über das Staatseigenthum in den Deutschen Reichslanden und das Repräsentationsrecht der Landstände. Rost. u. Lpz. 1794.

fen. Ueberhaupt aber enthält das Verfassungsrecht der konstitutionellen Monarchie, nach seinem heutigen Stande, zugleich die Resultate, zu welchen die Wissenschaft über die an sich vollkommenste Organisation der richterlichen und der vollziehenden Gewalt gelangt ist.

Nicht Alles, worüber sich das Verfassungsrecht der konstitutionellen Monarchie zu verbreiten hat, gehört auch in das Grundgesetz einer solchen Verfassung. Je kürzer eine Verfassungsurkunde gefasst ist, desto mehr entspricht ihre Fassung dem Zwecke eines Grundgesetzes. Denn desto mehr gestattet sie, die Verfassung, ohne ihre Grundlagen anzutasten, nach Zeit und Umständen zu modifiziren und zu entwickeln. Spricht nicht für eine solche Fassung des Grundgesetzes noch überdies eine sehr große Auktorität? oder vielmehr die höchste? Der göttliche Stifter des Christenthums beschränkte sich, was die Verfassung seiner Kirche betraf, auf einige sehr einfache Vorschriften.

Einige Verfassungsurkunden binden die Veränderung der Vorschriften, die sie enthalten, an besondere Bedingungen, z. B. an die Bedingung, daß sich in der einen und in der andern Kammer zwei Drittheile der Stimmen für die Veränderung erklären müssen. Aus dem Wesen des Repräsentativsystemes läßt sich ein Gesetz dieser Art nicht ableiten.¹⁾ Und wie wenn Zögern Gefahr droht? oder wenn die Entscheidung der Frage, ob ein Verfassungsgesetz aufzuheben oder abzuändern sey, dem Willen der Mehrheit sogar entzogen wird?²⁾ Ueberhaupt aber darf ein Volk nicht hoffen, das der Kunst verdanken zu können, was es sich selbst verdanken muß.

1) Der Britischen, der Französischen Verfassung ist ein Gesetz dieser Art unbekannt.

2) Zu einer absoluten Stimmenmehrheit kann man bei einer jeden Frage gelangen, nicht aber zu einer Mehrheit von zwei Drittheilen der Stimmen.

ERSTER ABSCHNITT.

Naturlehre oder natürliches Verfassungsrecht der konstitutionellen Monarchie.

Erster Grundsatz: In der konstitutionellen Monarchie sind die Einherrschaft und die Volksherrschaft mit einander gepaart, und zwar so, dafs sowohl das Volk als der Fürst die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten überhaupt in seiner Gewalt hat, die Gewalt des einen Bestandtheiles der Verfassung aber durch die des andern gehemmt wird. *)

Man kann in der konstitutionellen Monarchie das Verhältnifs zwischen dem Fürsten und dem Volke als das Verhältnifs einer Mitherrschaft betrachten, deren Eigenthümlichkeit auf der Verschiedenheit der Art beruht, wie der eine und wie der andere Theil sein Recht verfassungsmässig in Vollziehung zu setzen hat. Der Fürst herrscht, weil er das Haupt der vollziehenden Gewalt (oder der Regierung in der engeren Bedeutung) ist, weil kein Gesetz ohne die Zustimmung des Fürsten verbindende Kraft erlangen kann. Das Volk ist Mitherrscher, nicht nur, weil ein jedes Gesetz eben so der Zustimmung des Volkes, wie der Sanktion des Fürsten bedarf, sondern auch, weil das Volk mittelst des Budgets und mittelst des Rechts, die obersten Beamten der Krone zur Verantwortung zu ziehn, alle Schritte und Mafsregeln der Regierung zu kontrolliren befugt ist.

Hieraus folgt: 1) Alle die Fragen, welche in das Verhältnifs zwischen dem einherrschaftlichen und dem volksherrschaftlichen Bestandtheile der konstitutionellen

*) Der Grund, warum hier nicht auch des aristokratischen Bestandtheiles der Verfassung gedacht worden ist, wird sich aus dem Abschnitte von der Zusammensetzung der I. Kammer ergeben.

Monarchie einschlagen, haben zwei Seiten, von welchen sie betrachtet werden können und zu betrachten sind; sie können entweder in dem Interesse der Monarchie oder in dem der Demokratie, entweder nach dem monarchischen oder nach dem demokratischen Principe, beurtheilt und entschieden werden. (Die Ursache, daß alle diese Fragen Streitfragen sind, zugleich der Schlüssel zur Entscheidung derselben.) Man kann nicht behaupten, daß die eine oder daß die andere Entscheidung dieser Fragen an sich die richtigere sey. Sondern die Wahl hängt von allen den Gründen ab, aus welchen, wenn die Verfassung der konstitutionellen Monarchie bei einem bestimmten Volke eingeführt oder verändert werden soll, zu Folge des Zustandes und der Verhältnisse dieses Volkes dem monarchischen oder dem demokratischen Principe der Vorzug zu geben seyn kann.

2) Da die konstitutionelle Monarchie zwei ihrem Principe nach einander entgegengesetzte Verfassungen — die Monarchie und die Demokratie — in sich vereinigt, so kann sie nur unter der Bedingung auf die Dauer bestehen, daß das Volk, (damit die Verfassung in der einen und in der andern Eigenschaft ihre Vertreter habe,) in zwei Partheien, in die royalistische und die demokratische, gespalten ist, daß jene Parthei die Rechte der Krone, diese die Freiheiten des Volks als Partheisache vertheidiget. Nicht so darf sich das Verhältniß der Regierung zum Volke stellen, daß dieses (durch seine Vertreter) eine Opposition gegen die Regierung bildet. *) Eben so wenig kann und soll die Regierung über den Partheien stehn oder in dem Kampfe zwischen ihnen neutral bleiben. Denn weder in dem einen noch in dem andern Falle würde sie mit dem Volke und in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung regieren. Sondern, zu Folge des

*) Noch herrscht in Deutschland sehr allgemein die entgegengesetzte Ansicht. Aber sie beruht auf einer Verwechslung der konstit. Monarchie mit der landständischen Verfassung.

Parlamentarismus!
yl. Mon!
 Wesens der konstitutionellen Monarchie, hat sich die Regierung entweder an die eine oder an die andere Parthei anzuschliessen, und zwar an diejenige, welche in der II. Kammer die Mehrheit der Stimmen hat. (Es kann also in einer konstitutionellen Monarchie bald die eine, bald die andere Parthei die Ministerial- oder die Oppositions-Parthei seyn.) Hiernach sind nur zwei Fälle möglich, wie in der konstitutionellen Monarchie die Regierung im Gange erhalten werden kann. Entweder muss die Zusammensetzung der II. Kammer das Werk des Ministeriums, oder es muss die Zusammensetzung des Ministeriums das Werk der II. Kammer seyn. Jedoch der erstere Ausweg lässt die konstitutionelle Monarchie mehr dem Namen als der Sache nach bestehn.¹⁾ Nur der letztere also entspricht dem Geiste der konstitutionellen Monarchie; jedoch auch dieser nur unter einer doppelten Bedingung. Erstens: Sowohl der Ministerialparthei, in diese das Ministerium mit eingeschlossen, als der Oppositionsparthei, muss es freistehn, von einem jeden rechtlich erlaubten Mittel Gebrauch zu machen, um auf die Wahlen der Volksabgeordneten Einfluss²⁾ zu erhalten. Zweitens: Für rechtlich erlaubt sind alle und jede Mittel zu halten, durch welche der so eben gedachte Zweck nur überhaupt erreicht werden kann, physischen Zwang und Bedrohung mit physischem Zwange allein ausgenommen; also z. B. auch sogenannte Bestechungen,³⁾ auch Begünstigungen und Verheissungen, auch Täuschungen und Vorspiegelungen. Denn so wenig es auch die Moral gestattet, sich bei einer Wahl aus andern Gründen, als aus Gründen des öffentlichen Besten, für den einen oder für den andern Wahl-

1) Gleichwohl lag dieser Plan der Britischen Verfassung — bis zur Reformbill — in einem hohen Grade zum Grunde.

2) Einfluss ist die Bestimmung des Willens eines Andern durch Gründe, welche von dem Vortheile des Andern entlehnt sind.

3) Ich sage: So genannte Bestechungen. Denn in dem Begriffe der Bestechung liegt das Merkmal der Widerrechtlichkeit, welches hier fehlt.

werber zu entscheiden, so ist doch Keiner der Wählenden für seine Abstimmung, oder für die Gründe derselben, zu Recht verantwortlich. Und eben so wenig kann ein Dritter wegen des Einflusses, den er auf die Wahlstimmen gehabt hat, mag die Moral die angewendeten Mittel auch noch so sehr mißbilligen, zu gerichtlicher Verantwortung gezogen werden. Denn allemal kann er sich darauf berufen, daß er durch seinen Einfluss die Stimmen für die richtigere Meinung gewonnen habe. Uebrigens kann man dieser Theorie vorwerfen, daß zu Folge derselben die Regierung von der ihr anvertrauten Gewalt einen Gebrauch machen könne, welcher dem demokratischen Bestandtheile der Verfassung Gefahr drohe. Aber dieselbe Gefahr droht umgekehrt dem monarchischen Bestandtheile der Verfassung, wenn man der Regierung das Recht versagt, auf die Wahlen Einfluss zu haben. Ja es kann die Regierung, dieses Einflusses beraubt, auch dem Volke nicht das leisten, was sie ihm leisten soll. Denn die Krone sieht sich alsdann genöthiget, ihre Minister häufiger zu wechseln;¹⁾ oder sie müßte wohl selbst, wegen der Spaltung der zweiten Kammer in mehrere Partheien, die Hoffnung aufgeben, ein Ministerium bilden zu können, welches auf eine ständige Majorität in dieser Kammer rechnen dürfte.²⁾ Mit einem Worte, alle die Gesetze, welche die „Reinheit der Wahlen“ verbürgen sollen, entsprechen weder den Grundsätzen noch dem Interesse der konstitutionellen Monarchie; sie geben überdies, da sie eine Aufgabe zu lösen versuchen, die sich nicht lösen läßt, nur Veranlassung zu Beschuldigungen, welche die eine Parthei gegen die andere erhebt. — Uebrigens, was von den Stimmen der

1) Ohnehin ist der häufigere Ministerwechsel, welchen die konstitutionelle Monarchie allemal zur Folge hat, eine Schattenseite dieser Verfassung. Er führt z. B. zur Bureaucratie.

2) Uebrigens ist es allemal ein gutes Zeichen, wenn die Regierung nicht auf die Wahlen einzuwirken braucht, weil sie eine Parthei im Volke hat, welche die Wahlen zum Vortheile der Regierung zu leiten sucht.

Wählenden gilt, gilt auch von den Stimmen der Gewählten. Auch die Volksabgeordneten sind wegen ihrer Stimmen Niemanden zu Recht verantwortlich. Auch auf die Stimmen der Volksabgeordneten also darf z. B. die Regierung einen jeden Einfluss ausüben, welcher nach dem Obigen für rechtlich erlaubt zu erachten ist. Zwar ist es für die Erfolge der Verfassung allemal vortheilhafter, wenn die Regierung durch den Einfluss, den sie auf die Wahlen hat, vor der Versuchung bewahrt wird, sich der Stimmen der Volksabgeordneten zu versichern. Denn die Begünstigungen, durch welche sie in dem einen und in dem andern Falle die Stimmen zu gewinnen hat, kommen in dem ersteren Falle Mehreren, als in dem letzteren, ja wohl einem ganzen Bezirke des Staatsgebietes, zu Statten. Jedoch würde man den Nachtheil, welcher mit der Einwirkung der Regierung auf die Volksabgeordneten vergleichungsweise verbunden ist, überschätzen, wenn man befürchtete, daß eine solche Einwirkung die Volksabgeordneten der Sache des Volks gänzlich entfremden könnte. Ein guter Haushalter setzt das Kapital nicht auf das Spiel, um Zinsen von demselben zu beziehen. *)

In dem Partheikampfe, welchen die konstitutionelle Monarchie, wenn anders Lebenskraft in ihr ist, unausbleiblich herbeiführt, liegt allein das Geheimniß ihres Werthes. Denn ihr Hauptwerth besteht darin, daß sie die ausgezeichnetsten Männer, welche das Volk aufzuweisen hat, an die Spitze der öffentlichen Angelegenheiten stellt. Nur diese können in das Ministerium gelangen oder sich in demselben behaupten. In der Regel erlangt und behauptet diejenige Parthei das Uebergewicht, welche an Geist und Einsichten der andern überlegen ist. Großbritannien, seit der Mitte des siebenzehnten Jahrhunderts der Kampf-

*) Oder wie ein Englischer Rechtsgelehrter sagte: There is one thing, which the most corrupt senates are unwilling to sell, that is the power, which makes them worth buying.

platz politischer Partheien, ist dennoch oder eben deswegen immer mächtiger geworden. ¹⁾

Zweiter Grundsatz: Die drei Grundgewalten des Staats, — die gesetzgebende, die vollziehende und die richterliche Gewalt, — sind in der konstitutionellen Monarchie von einander gesondert, d. i. in den Händen verschiedener Behörden, jedoch unbeschadet ihres Zusammenwirkens.

Das Volk beschließt, (durch die Versammlung seiner Vertreter,) der Fürst vollzieht (durch sein Ministerium) die Gesetze; damit das Gesetz von denjenigen, deren Vortheil es ist, daß das Gesetz dem Interesse Aller (oder dem Rechte an sich) entspreche, berathen und von demjenigen, dessen Vortheil es nicht seyn kann, daß das Gesetz unvollzogen bleibe, d. i. von dem Fürsten, der über dem Gesetze steht, in Vollziehung gesetzt werde.

Würde jedoch die gesetzgebende und die vollziehende Gewalt schlechthin von einander gesondert, so wäre zu befürchten, daß entweder die gesetzgebende Gewalt von ihrem Rechte oder die vollziehende von ihrer Macht einen Gebrauch machte, welcher der Verfassung selbst den Untergang drohte. Darum hat die Verfassung beide Gewalten wieder so in Einklang zu setzen, daß die Gesetze eben so wenig ohne Zustimmung des Fürsten als ohne Zustimmung des Volks verbindende Kraft erhalten können. ²⁾ Mit andern Worten, in der konstitutionellen

1) The history of party, from the rise of the Whig and Tory Factions in the reign of Charles II. to the passing of the Reform-Bill. By G. Wingrove Cooke. Lond. II. Vol. 1836.

2) Das Volk muß in dem ausschließlichen Besitze der gesetzgebenden Gewalt zu seyn scheinen, und eben so der Fürst. Auf eine ähnliche Weise waren die verschiedenen Bestandtheile des Römischen Freistaates in einander gefügt. S. Polyb. in fragm. L. VI. hist.

Monarchie muß der Krone ein unbedingtes Veto zustehn, wenn diese Verfassung ihren Namen in der That und Wahrheit verdienen soll.¹⁾ — Das Verhältniß, in welchem hiernach die Krone und das Volk, (das Ministerium und die Kammer der Volksabgeordneten,) zu einander bei der Gesetzgebung stehn, oder die Art, wie die Krone ihr Veto geltend zu machen berechtigt ist, kann wieder durch die Verfassung auf mehr als eine Weise modificirt werden. Die Verfassung kann z. B. ausschließlich der Regierung das Recht ertheilen, Vorschläge zu neuen Gesetzen zu machen, und zwar entweder so, daß die Versammlung der Volksabgeordneten, (wie z. B. einst in Frankreich unter dem Kaiserthume,) den Vorschlag nur entweder unbedingt annehmen oder unbedingt verwerfen kann, oder so, daß diese Versammlung, (wie in den konstitutionellen Monarchien Deutschlands,) das Recht hat, den ihr vorgelegten Gesetzentwurf zu verbessern,²⁾ übrigens mit dem Vorbehalte, daß es der Regierung freisteht, die getroffenen Verbesserungen anzunehmen oder den Entwurf zurückzuziehen. Oder es kann der Verfassung nach Rechtens seyn, daß (wie z. B. in Großbritannien) alle Gesetzesvorschläge von den Kammern ausgehn,

1) Ich sage, ein unbedingtes Veto. Eine konstitutionelle Monarchie, in welcher dem Fürsten nur ein aufschiebendes Veto (bis zur nächsten Versammlung der Kammern etc.) zusteht, ist der Sache nach ein Freistaat. — Daher griff die Frage, welche in Frankreich in den Zeiten der konstituierenden Versammlung mit so vieler Leidenschaftlichkeit verhandelt wurde, — ob dem Könige das Veto zustehn und ob das Veto bedingt oder unbedingt seyn solle, — allerdings in das innerste Wesen der Verfassung ein. In dem heutigen Europa ist, meines Wissens, nur in Norwegen das Veto des Königs bloß aufschiebend. Aber keine andere konstitutionelle Monarchie ist in dem Grade eines republikanischen Geistes, wie die Norwegens. Auch hat die Regierung auf die Verwandlung des aufschiebenden Veto in ein unbedingtes bereits wiederholt angetragen.

2) Man erkennt das Wesen der konstitutionellen Monarchie oder das eines Gesetzes, wenn man dieses Recht auf nicht wesentliche Verbesserungen beschränken zu können glaubt.

der Regierung aber das Recht verbleibt, die in der einen und in der andern Kammer von der Mehrheit gebilligten Vorschläge zu bekräftigen oder nicht zu bekräftigen. Oder es kann die Verfassung einen Mittelweg einschlagen, so daß, (wie z. B. in Frankreich,) Gesetzesvorschläge zwar nur von der Regierung ausgehn können, die Kammern jedoch berechtigt sind, die Bitte um einen Gesetzesvorschlag an die Regierung zu stellen. Ob in einem gegebenen Staate das Zusammenwirken der gesetzgebenden und der vollziehenden Gewalt auf die oder die Weise zu bestimmen sey, hängt vor allen Dingen von der Frage ab, ob die Verfassung dem monarchischen oder ob sie dem demokratischen Principe den Vorzug zu geben habe. Jedoch giebt es auch andere Rücksichten, welche bei dieser Wahl zu beachten sind. Wenn z. B. Gesetzesvorschläge von den Kammern ausgehn können, so kann es leicht geschehn, daß man im Gesetzgeben zu viel thut, ut multitudine legum laboretur.¹⁾

Wie man auch das Verhältniß zwischen der gesetzgebenden und der vollziehenden Gewalt zum Behufe ihres Zusammenwirkens bestimme, allemal bleibt die Frage übrig, wie ist zwischen dem Geschäftskreise der einen und dem der andern Gewalt die Scheidelinie zu ziehn. Allerdings ist eine jede Vorschrift, welche von dem Fürsten mit Zustimmung der Kammern bekräftiget (sanktionirt) wird, im Sinne des Verfassungsrechts der konstitutionellen Monarchie (in sensu juris positivi) ein Gesetz. Aber soll ein jedes Gesetz, das in diesem Sinne ein Gesetz ist, dieselbe Eigenschaft auch in sensu juris philosophici, d. i. auch in dem Sinne haben, daß es eine ihrem Inhalte nach allgemeine Vorschrift aufstellt und daher die Regierung ermächtigt, diese Vorschrift durch

1) Auch wird es alsdann gerathen seyn, Einrichtungen zu treffen, welche die Krone der Nothwendigkeit überheben, ihr Veto einzulegen. Die Geschichte kennt nur zwei Fälle, in welchen der König von Großbritannien (seit der Revolution vom Jahre 1688) von seinem Veto Gebrauch machte.

Vollziehungsverordnungen (Ordonnances, Orders in council,) auf die unter derselben begriffenen Fälle anzuwenden oder anwendbar zu machen? und angenommen, daß sich die Gesetze, oder gewisse Gesetze, (in sensu juris positivi) auf die allgemeineren Regeln zu beschränken haben, sollen sie mehr oder weniger allgemein gefasst werden? mehr oder weniger auf das Besondere eingehn? — Man darf sich nicht der Hoffnung hingeben, diese Frage durch eine allgemeingültige Regel entscheiden zu können. Denn nach der Verschiedenheit ihrer Gegenstände sind die Gesetze bald allgemeiner bald specieller zu fassen. Doch muß es, wenn anders nicht die Verfassung nur noch ein Schattenbild seyn soll,¹⁾ in der Macht der Kammern stehn, den Gewaltskreis der Regierung in Beziehung auf die zu erlassenden Vollziehungsverordnungen zu bestimmen und eine jede Ueberschreitung dieses Kreises zu rügen.²⁾ Auch dürfen sich diese Verordnungen in keinem Falle auf die Gesetze erstrecken, welche die Rechtspflege betreffen.

Die richterliche Gewalt muß in der konstitutionellen Monarchie von den andern beiden Grundgewalten des Staates nicht bloß gesondert, sondern selbst unabhängig seyn. Sie ist, da die gesetzgebende und die vollziehende Gewalt von einander abhängig sind, die einzige selbstständige Gewalt in dieser Verfassung. — Das Volk (oder an

1) Dahin kam es in der That in den Zeiten des Französischen Kaiserreichs. Durch kaiserliche Dekrete wurden, (besonders tempore labentis imperii) sehr viele Sachen erledigt, welche zur Kompetenz des gesetzgebenden Körpers gehörten. Diesem gebrach es an der Macht, seine und des Volkes Rechte zu wahren.

2) Die Kammern haben die Regierung in dieser Beziehung um so eifriger zu bewachen, da es gar leicht geschehen kann, daß durch eine sogenannte Vollziehungsverordnung das Gesetz selbst abgeändert wird. — In Großbritannien kommt die Frage selten oder nie vor. Denn die Gesetze (die Acts of parliament) sind so speciell gefasst, daß sie Vollziehungsverordnungen entbehrlich machen. Sind diese dennoch in gewissen Fällen nothwendig, so werden diese Fälle in dem Gesetze ausdrücklich namhaft gemacht.

seiner Statt die Versammlung seiner Vertreter) kann nicht Recht sprechen, d. i. nicht in Streitsachen entscheiden, in welchen sich die eine und die andere Parthei auf ihr Recht beruft; denn die Rechtsvermuthung, daß der Wille der Mehrheit der Wille Aller sey, ist nicht auf Sachen dieser Art anwendbar. ¹⁾ Eben so wenig kann der Fürst (oder an seiner Statt die ihn vertretende Regierung) Recht sprechen; denn der Fürst könnte sonst der einen oder der andern Parthei unrecht thun, und gleichwohl beruht die Heiligkeit und Unverletzlichkeit seiner Person (nach den Grundsätzen der konstitutionellen Monarchie) auf der Voraussetzung, daß der Fürst Niemanden unrecht thun kann. ²⁾

Kraft der Selbstständigkeit der richterlichen Gewalt müssen ¹⁾ alle und jede Streitsachen, welche ihrem Wesen nach (oder an sich) Rechtssachen sind, diese Eigenschaft auch in Beziehung auf die Kompetenz der Gerichte haben, d. i. sind alle die Streitsachen, in welchen sich zwei oder mehrere Partheien auf ein ihnen den Gesetzen nach zustehendes Recht gegen einander berufen, auch der Entscheidung der Gerichte vorzubehalten, die persönliche Eigenschaft der Parthien sey übrigens welche sie wolle ³⁾. Es kann jedoch dieser Grundsatz, so gewiß er auch der Hauptsatz ist, seinem ganzen Umlange nach in keinem

1) Aus demselben Grunde lassen sich Gesetze, durch welche einem einzelnen Bürger oder einer gewissen Klasse der Bürger ein wohl-erworbenes Recht entzogen oder geschmälert wird, nur mit einem Nothstande vertheidigen.

2) Ich habe hier für die Selbstständigkeit der richterlichen Gewalt nur die Gründe angeführt, welche in dem Wesen der konstitutionellen Monarchie liegen. Es giebt noch andere, welche theils auf dem Interesse dieser Verfassung theils auf dem der Rechtspflege überhaupt beruhen. — Man kann die besondere Bürgschaft, welche die konstitutionelle Monarchie für die Selbstständigkeit der Rechtspflege leistet, als eine Glanzseite dieser Verfassung betrachten. In andern Monarchien und in allen Freistaaten ist die Selbstständigkeit der Gerichte allemal mehr oder weniger gefährdet. Tacit. Annal. XII, 61.

3) Also z. B. auch, wenn die eine Parthei das Gemeinwesen ist.

Staate durchgeführt werden. Denn er würde, unbedingt bekräftiget, in vielen Fällen der Selbstständigkeit der andern beiden Gewalten Eintrag (thun ¹⁾). Der vorliegende Grundsatz enthält daher in seiner Beziehung auf die in der Erfahrung bestehenden konstitutionellen Monarchien an unmittelbar nur eine Aufgabe für die Gesetzgebung. Je weiter eine solche Verfassung die Kompetenz der Gerichte erstreckt, desto mehr entspricht sie ihrem Geiste und Zwecke. Dagegen ist in einem jeden in der Erfahrung gegebenen Staate die Frage, wie weit sich die Kompetenz der Gerichte erstreckt, in welchen Sachen also sich die Regierung eines jeden Eingriffs in die Rechtspflege zu enthalten habe, ²⁾ nach dem positiven Rechte des Staates zu entscheiden. Jedoch ergiebt sich aus jenem Grundsatz noch immer die Folgerung, daß das positive Recht im Zweifel zum Vortheile der Gerichte auszulegen sey. ³⁾ —

2) So weit sich die Kompetenz der Gerichte erstreckt, haben diese das Recht, die Gesetze nach bestem Wissen und Gewissen auszulegen. Daher haben auch die Gesetze, welche eine authentische Auslegung enthalten, keine rückwirkende Kraft. Selbst die Entscheidung der Frage gehört für die Gerichte, ob eine gesetzliche Vorschrift den Bedingungen entspreche, unter welchen sie, zu Folge der

1) Z. B. wenn die Gerichte über das Stimmrecht bei den Wahlen der Volksabgeordneten oder über die Gebrechen, welche von der Konskription befreien, zu erkennen hätten.

2) Z. B. durch Avocatorien, Inhibitorien, durch Machtsprüche.

3) Groß ist die Anzahl der Schriftsteller, welche von dem Unterschiede zwischen Rechts- und Regierungs- (oder Administrativ-) Sachen gehandelt haben. Den Meisten kann man jedoch vorwerfen, daß sie 1) den Unterschied zwischen den Sachen, die an sich Rechtssachen sind, und denen, welche diese Eigenschaft in Beziehung auf die Kompetenz der Gerichte haben, nicht genugsam herausheben oder festhalten, und daß sie 2) den Begriff einer Rechtssache oder die Kompetenz der Gerichte nach allgemeinen Grundsätzen auf eine für die Praxis gültige Weise bestimmen zu können glauben.

Verfassungsgesetze allein verbindende Kraft haben kann, z. B. ob eine Vollziehungsverordnung ihrem Inhalte nach nur eine Vollziehungsverordnung sey ¹⁾. — 3) Wie auch die Kompetenz der Gerichte durch das positive Recht bestimmt sey, allemal werden „Konflikte“ d. i. Fälle vorkommen, in welchen sowohl die Regierung als die Gerichte das Recht in Anspruch nehmen, in der einen oder in der andern Sache Recht zu sprechen. Allemal also ist die Selbstständigkeit der Gerichte in das Ermessen derjenigen Behörde gestellt, welche über die Fälle dieser Art zu entscheiden hat. Soll dieses Entscheidungsrecht den Gerichten selbst oder soll es der Regierung oder soll es einer gemischten Behörde zustehn? Die Frage ist gleichbedeutend mit der: Soll das Interesse der Rechtspflege oder soll das der Regierung den Ausschlag geben? oder soll man einen Mittelweg einschlagen? In England entscheiden die Gerichte auch über den Umfang ihrer Kompetenz. Auch zugegeben, dafs diese Lösung der Aufgabe mit Nachtheilen verbunden seyn könnte, so kann man doch allemal in auferordentlichen Fällen zu einem Gesetze seine Zuflucht nehmen ²⁾.

Es würde jedoch die Selbstständigkeit der Gerichte dem Zusammenwirken der drei Grundgewalten des Staates Gefahr drohn, wenn es der Regierung an einem Organe fehlte, durch welches sie, um sich der gehörigen Anwendung der Gesetze auf die zu entscheidenden Rechtsachen zu versichern, zu den Gerichten, unbeschadet

1) Ausführlicher habe ich mich über diese Frage erklärt in einer Abhandlung im Archiv f. civilistische Praxis. Jahrg. 1834.

2) Mir ist nur ein einziger Fall bekannt, in welchem diese Selbstständigkeit der Englischen Gerichte zu einer Beschwerde Veranlassung gegeben hätte. Im Jahr 1837 wurde der Buchdrucker des Unterhauses wegen einiger Stellen in den von ihm auf Befehl des Unterhauses herausgegebenen Parlamentsverhandlungen mit einer Injurienklage belangt. Die Klage wurde (von dem Lord Chief Justice Denman) angenommen, der Beklagte verurtheilt. Da erklärte aber das Unterhaus die gerichtliche Verfolgung seines Buchdruckers für eine Verletzung der Privilegien des Hauses.

übrigens der Selbstständigkeit der Rechtspflege, sprechen könnte. Dieses Organ ist der (bei einem jeden Gerichte anzustellende) Kronanwalt, ein Beamter, welcher insbesondere in der hier in Frage stehenden Eigenschaft als ein wesentlicher Bestandtheil der Verfassung der konstitutionellen Monarchie zu betrachten ist. Derselbe Beamte hat übrigens noch andere Funktionen. Von diesen weiter unten, (IIter Absch. IVtes Hauptst.) wo ich zugleich auf jene Eigenschaft zurückkommen werde.

Das Verfassungsrecht der konstitutionellen Monarchie macht gleichwohl von dem Grundsatz der Sonderung der drei Grundgewalten des Staats zwei Ausnahmen. — *Erstens*: Obwohl eine Begnadigung der Sache nach ein richterliches Urtheil und mithin, von dem Fürsten ausgehend, ein Eingriff in die Selbstständigkeit der richterlichen Gewalt ist, so ist doch das Begnadigungsrecht, damit die Vollziehung eines ungerechten Straf-erkenntnisses verhindert werde, auch in der konstitutionellen Monarchie der Krone vorzubehalten. (Vgl. unten das Strafrecht.) *Zweitens*: Eben so kann zwar von Rechtswegen nur derjenige von der Beobachtung eines Gesetzes loszählen, welcher das Gesetz gegeben hat. Gleichwohl hat diese Verfassung auch das Dispensationsrecht vorzubehalten; übrigens nicht unbedingt, sondern nur für die Fälle, in welchen ein Gesetz ausdrücklich die Dispensation von seinen Vorschriften gestattet *). Allerdings ist es in der Regel besser, ein Gesetz nicht zu geben, das nicht in allen Fällen befolgt werden kann oder soll. Doch ist auch diese Regel nicht ohne ihre Ausnahmen.

Dritter Grundsatz: Das Volk wird von der Versammlung seiner Abgeordneten, der

*) In der katholischen Kirche erstreckt sich das Dispensationsrecht der Kirchengewalt auf alle und jede Gesetze. Mit gutem Grunde! In den hierarchischen Verfassungen muß das Gesetz streng, die Vollziehung mild seyn.

Fürst wird von seinem Ministerio vertreten.

Die konstitutionelle Monarchie ist sowohl in ihrem monarchischen als in ihrem demokratischen Bestandtheile eine Repräsentativverfassung. — Sowohl der Fürst als das Volk ist verpflichtet, die Rechte, welche dem einen und dem andern Theile in Beziehung auf die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten zustehn, durch Andere auszuüben. — Sowohl der Fürst als das Volk ist befugt, diejenigen zu wählen, durch welche sie ihre verfassungsmässigen Rechte auszuüben haben; jedoch zuvörderst mit dem Unterschiede, daß der Fürst in einem jeden Augenblicke, das Volk aber nur zu bestimmten Zeiten von seinem Wahlrechte Gebrauch machen kann, sodann mit dem Unterschiede, daß das Volk (die II. Kammer) den Fürsten nur indirekt, der Fürst aber das Volk (durch die Auflösung der II. Kammer) direkt nöthigen kann, zu einer neuen Wahl zu schreiten ¹⁾. — Was die II. Kammer beschließt, ist in rechtlicher Hinsicht ganz so zu betrachten, als ob es von dem Volke selbst beschlossen worden wäre. Umgekehrt haben die Minister alle und jede Regierungshandlungen, gleich als die ihrigen, zu vertreten ²⁾. Damit aber von den Ministern diese Verantwortlichkeit gefordert werden könne, muß in der konstitutionellen Monarchie das Gesetz bestehn, daß kein Befehl des Fürsten ohne die Unterzeichnung desjenigen Ministers vollziehbar sey, in dessen Fach der Befehl einschlägt ³⁾. (Auf diesem Gesetze beruht zugleich die

1) Der eine und der andere Unterschied steht mit dem gesammten Gange der Verfassung, — mit dem Gleichgewichte der Gewalten, — auf mehr als eine Weise in Verbindung.

2) In welchem Sinne kann man in der konstitutionellen Monarchie die Regierungshandlungen des Ministeriums zugleich als die des Fürsten betrachten?

3) Der Satz läßt sich auch allgemeiner ausdrücken. — Es dürften jedoch von dieser Regel die Verordnungen auszunehmen seyn, durch welche der Fürst einen oder mehrere neue Minister ernennt

Nichtverantwortlichkeit des Fürsten, die Heiligkeit und Unverletzlichkeit seiner Person, die Sicherheit des Thrones.)

Vierter Grundsatz: Dem Volke steht das Recht zu, durch seine Vertreter über die Minister bei dem Fürsten Beschwerde zu führen, auch gegen sie eine Anklage zu erheben.

Das Volk bedarf dieses Rechts als einer Schutzwehr gegen den Missbrauch, welchen das Ministerium, gestützt auf die bewaffnete Macht oder auf seinen Einfluss, von der vollziehenden Gewalt selbst zum Umsturze der Verfassung machen könnte. Es kann andererseits dieses Recht, ohne Nachtheil für die Monarchie, dem Volke von der Verfassung eingeräumt werden. Denn das Recht ist seinem Wesen nach nicht gegen die Krone sondern nur gegen deren Diener gerichtet.

ZWEITER ABSCHNITT.

*Von der
Organisation der konstitutionellen Monarchie.*

ERSTES HAUPTSTÜCK

*Von den
verschiedenen Abtheilungen des Staatsgebietes.*

In einem gröfseren Staate ist das Land in kleinere und gröfsere Bezirke stufenweise d. i. so einzutheilen, dafs die kleinsten Bezirke unter einem gröfseren u. s. w. begriffen sind *), — auf dafs einerseits die Einwohner-

*) Die gewöhnlichste Eintheilung ist die in drei Stufen — in Marken, Aemter, Kreise etc.

schaft eines jeden Bezirkes ihre besonderen und örtlichen Interessen besonders und gemeinschaftlich wahrnehmen könne und andererseits die Wechselwirkung zwischen der Regierung und den Unterthanen vermittelt und erleichtert werde.

Zu berücksichtigen sind bei einer solchen Eintheilung die geographische Beschaffenheit des Landes, (wie ein Land, so kann auch ein Theil des Landes seine natürlichen Grenzen haben,) — der Stand (zuweilen auch die Nationalität) der Bevölkerung, — die Verbindungen, welche auf dem Interesse des Erwerbes beruhn, — der Umfang des Staatsgebietes*). Eine altherkömmliche Eintheilung des Landes hat schon als solche den Vorzug vor einer neuen. Denn es haben sich mit ihr im Verlaufe der Zeit die Verhältnisse und Interessen der Einwohner eines und desselben Bezirkes mannigfaltig verschlungen. Gleichwohl kommen Fälle vor, in welchen die altherkömmliche Eintheilung des Landes sogar gänzlich umzugestalten ist. Die Nothwendigkeit oder Räthlichkeit einer solchen Umgestaltung tritt z. B. ein, wenn sich ein Land durch mehrere Gebiete oder Provinzen vergrößert oder wenn eine Revolution den gesamten Zustand des Landes und des Volkes gleichsam verjüngen soll.

Die verschiedenen Unterabtheilungen des Landes sind zugleich so viele Abtheilungen der Volksgemeinde, so viele kleine und besondere Staatsvereine. Eine jede Klasse dieser kleineren Staatsvereine, (dieser Staaten im Staate,) ist nach demselben Plane, wie der Staat als ein Ganzes, zu organisiren, wenn auch noch immer zwischen den einzelnen Vereinen einer und derselben Klasse oder Stufe, z. B. zwischen den einzelnen Gemeinden, diejenigen organischen Verschiedenheiten eintreten können und sollen, welche der in der Erfahrung gegebenen

*) Dem Geschäfte einer solchen Eintheilung sind nur die Männer gewachsen, welche von dem gesamten Zustande des Landes und seiner Bevölkerung auf das genaueste unterrichtet sind.

Verschiedenheit der Verhältnisse und Bedürfnisse der einzelnen Vereine entsprechen ¹⁾). Eben so ist bei der stufenweisen Eintheilung des Landes in kleinere Gebiete die Verfassung des Staates als eines Ganzen in dem Sinne zum Muster zu wählen, daß jene Eintheilung für alle Zweige der Staatsverwaltung, mit Einschluss der Rechtspflege, eine und dieselbe seyn muß ²⁾). Allemal aber ist bei der Eintheilung des Landes in kleinere Gebiete darauf Bedacht zu nehmen, daß sie nicht der Einheit des Volkes Eintrag thue, daß sie also nicht den einzelnen Bürgern das Recht entziehe oder schmälere, sich, wo sie wollen, im Lande niederzulassen oder anzukaufen. Darum steht mit dieser Eintheilung die Aufgabe in einem wesentlichen Zusammenhange, das Heimathsrecht ³⁾) und die Beitragspflichtigkeit der Ausmärker zu den Gemeindela-

1) Es darf also z. B. nicht eine andere Eintheilung für die Verwaltung überhaupt, eine andere für die Erhebung der Steuern, eine andere für das Kriegswesen bestehn. Wenn auch für die verschiedenen Zweige der Staatsverwaltung in den verschiedenen Abtheilungen des Landes verschiedene Beamte angestellt werden können oder müssen, so muß doch in einer jeden Abtheilung ein Beamter (oder ein Kollegium) der Vereinigungspunkt der Verwaltung seyn. — Musterhaft ist in dieser Beziehung die Organisation des französischen Reichs.

2) Man ist in unserem Zeitalter häufig in den Fehler verfallen, Alles unter dieselbe Regel bringen und zwingen zu wollen. Der Fehler ist nicht geringer, als der entgegengesetzte, in welchen die Vorzeit verfiel. Am wenigsten ist er zu entschuldigen, wenn er in einem kleineren Staate begangen wird. — Es dürfte also z. B. was die vorliegende Aufgabe betrifft, rathsam seyn, zwar die Gemeindeverfassung durch ein allgemeines Gesetz zu ordnen, zugleich aber die Regierung zur Ertheilung besonderer Freibriefe für einzelne Gemeinden, (besonders für die größeren,) zu ermächtigen.

3) Die Heimath (*le domicile de secours*) ist der Ort, wo Jemand, im Falle der Verarmung, aufzunehmen und auf öffentliche Kosten zu verpflegen ist. Für das Heimathsrecht ist die Regel die beste, welche der Freiheit, sich niederzulassen, wo man will, am wenigsten Eintrag thut. (Am besten eignet sich dazu der Geburtsort).

sten ¹⁾ auf eine dem Interesse Aller entsprechende Weise zu bestimmen.

Für die konstitutionelle Monarchie ist eine den Grundsätzen des Repräsentativsystemes entsprechende Organisation der Gemeinden und der mehrere Gemeinden umfassenden Bezirke von derselben Bedeutung, wie für die repräsentative Demokratie. Nicht nur bildet eine Organisation dieses Geistes die einzelnen Bürger stufenweise für die thätige Theilnahme an dem Vereine, welcher das ganze Volk umschließt, sondern sie gewährt ihnen sogar unmittelbar die Macht und Gewalt, gewisse ihnen gemeinschaftliche Angelegenheiten gemeinschaftlich zu erledigen, und zwar gerade diejenigen, bei welchen sie vorzugsweise betheiligt sind. (Denn das Wohl und Wehe des Menschen hängt vor allen Dingen von dem Verhältnisse ab, in welchem er zu seinen nächsten Nachbarn steht, von den Vortheilen oder Nachtheilen, welche mit seinem Aufenthalte an einem bestimmten Orte verbunden sind). — Die konstitutionelle Monarchie bedarf daher vor allem Andern einer Gemeindeverfassung, welche, auf die Selbstständigkeit der Gemeinden berechnet, nach den Grundsätzen des Repräsentativsystemes organisirt ist ²⁾. Die Schranken, welche der Selbstständigkeit der Gemeinden in dem Interesse der Regierung zu setzen sind, könnten vielleicht unter der Bedingung erweitert werden, daß bei einer jeden (oder wenigstens bei einer jeden größeren) Gemeinde ein Anwalt der Krone angestellt würde. — Eine andere Anwendung, welche von demselben Systeme auf die Organisation der Abthei-

1) Eine eben so wichtige als schwierige Aufgabe! Eine unbillige Belastung der Ausmärker ist zugleich gegen das wahre Interesse der Gemeindebürger. Denn sie hält die Kapitalisten ab, ihre Kapitalien auf den Ankauf marksäfsiger Grundstücke zu verwenden.

2) Vgl. oben Buch XV. Hptst. IV. — Bei der Anwendung des Repräsentativsystemes auf die Verfassung der Gemeinden wiederhohlen sich fast alle die Fragen, welche wegen der Wahl der Volksabgeordneten und wegen der Zusammensetzung der II. Kammer aufgeworfen werden können.

lungen des Landes gemacht werden kann und mit Erfolg gemacht worden ist, besteht darin, daß die Staatsbürger eines und desselben Kreises oder Departements ermächtigt sind, Abgeordnete zu wählen, welche zusammen über die besonderen Angelegenheiten ihres Kreises in Gemäfsheit des ihnen von den Gesetzen ertheilten Auftrages zu berathschlagen und Beschlüsse zu fassen haben *), eine Einrichtung, welche mit dem Geiste der konstitutionellen Monarchie auch in so fern übereinstimmt, als sie Lasten und Vortheile in ein desto vollkommeneres Gleichgewicht zu setzen gestattet.

ZWEITES HAUPTSTÜCK.

Von den Kammern und dem Reichstage.

II.) *Von dem* Systeme einer und von dem zweier Kammern.

Man hat die Frage: Soll der Reichstag aus einer Kammer oder soll er aus zwei Kammern bestehn? so aufzustellen und zu erörtern, daß man einstweilen gänzlich von der Zusammensetzung absieht, welche, wenn man sich für das System zweier Kammern erklärt, der I. Kammer zu geben ist.

Die Frage so gestellt ist schlechthin zum Vortheile des Systemes zweier Kammern zu entscheiden. Denn man irrt sich bei der Lösung einer Aufgabe, welche die Organisation des Staates betrifft, am wenigsten, wenn man die Regeln, die von der Organisation der richterlichen Gewalt gelten, zum Leitfaden wählt. Was würde man aber von einer Gerichtsverfassung urtheilen, welcher

*) Eine Behörde dieser Art ist z. B. in Frankreich le conseil général du département, in Baiern der Landrath.

ein Instanzenzug unbekannt wäre? Wie liefse sich also das System einer Kammer vertheidigen? ein System, welches dem Volke d. i. dessen Vertretern gestattete, einen Gesetzesvorschlag sofort in erster und letzter Instanz zu entscheiden? ¹⁾ Ein Hauptzweck des Repräsentativsystemes ist die Mäßigung der Demokratie. Diesem Zwecke aber entspricht unmittelbar das System zweier Kammern. Die vorliegende Frage ist nicht etwa eine dem Verfassungsrechte der konstitutionellen Monarchie eigenthümliche. Sie wiederholt sich auch in der repräsentativen Demokratie und ist auch da für das System zweier Kammern zu entscheiden. Der Kongress der Union besteht aus zwei Kammern, eben so die gesetzgebende Versammlung in der grossen Mehrzahl der Staaten der Union.

II.) Von der I. Kammer.

Die Verfassungsurkunden der konstitutionellen Monarchien weichen in keinem Abschnitte so sehr von einander ab, als in dem von der Zusammensetzung der I. Kammer ²⁾. Nicht weniger sind über diese Frage die Meinungen des Europäischen Publikums getheilt.

Man kann die positiven Gesetzgebungen, was diesen Gegenstand betrifft, unter folgende drei Hauptklassen bringen: *Erste Klasse*: Das Recht, in der I. Kammer Sitz und Stimme zu haben, — die Pairswürde, — ist ein erbliches Recht; entweder das Recht gewisser Geschlechter, so daß das jeweilige Haupt eines jeden einzelnen Geschlechts (*ipso jure*) Mitglied der I. Kammer ist, oder das Recht eines gewissen Standes, eines Erb- adels, so daß dieser Stand diejenigen aus seiner Mitte wählt, welche ihn in der I. Kammer zu vertreten haben.

1) Zu Folge dieser Analogie kann man die Frage aufwerfen, ob nicht alle Gesetzesvorschläge zuerst an die II. Kammer gebracht werden sollten.

2) Tableau de l'organisation de la première chambre d'après les actes constitutionnels des états de l'Europe et de l'Amérique. Par Dufau. Par. 1831

(Großbritannien. Die größeren konstitutionellen Monarchien Deutschlands). In den Staaten dieser Klasse pflegt mit der Pairswürde ein Majorat verbunden zu seyn. In den Staaten derselben Klasse hat die Krone das Recht, neue Pairs (meist in unbestimmter Zahl) zu ernennen. Auch ist in diesen Staaten die Pairswürde bald mit gewissen Aemtern bleibend verknüpft, bald ein Geburtsrecht der Prinzen des Fürstenhauses ¹⁾. — *Zweite Klasse*: Die I. Kammer besteht aus Mitgliedern, welche der Fürst auf ihre Lebenszeit ernennt. Das Recht, die Mitglieder der I. Kammer zu ernennen, steht in den Staaten dieser Klasse dem Fürsten bald unbeschränkt, (Frankreich, Holland,) bald nur so zu, daß er unter bestimmten Personen, z. B. unter denen, welche das Volk für die Pairswürde vorzuschlagen berechtigt ist, (Spanien, Verfassung vom Jahr 1837) die Auswahl zu treffen hat. — *Dritte Klasse*: Das Volk wählt ebenso die Mitglieder der I. wie die der II. Kammer. Auch die Verfassungen dieser Klasse lassen wieder mehrere Modifikationen zu. Es können z. B. für die eine und die andere Kammer die Bedingungen der Wählbarkeit dieselben seyn (Norwegen) oder nicht ²⁾.

Das Urtheil über den relativen Werth dieser verschiedenen Gesetzgebungen hängt im allgemeinen von derselben Vorfrage ab, deren schon so oft in dem Verfassungsrechte der konstitutionellen Monarchie gedacht worden ist, ob auf dieses Recht das monarchische oder das demokratische Princip den überwiegenden Einfluß haben solle. Ist aber die Aufgabe die, die Verfassung des und des Staates

1) Dieses Recht ist ein treffliches Mittel, die Prinzen des Fürstenhauses mit der Verfassung zu befreunden, sie mit den Bedürfnissen des Volkes etc. bekannt zu machen. Nur das hat dieses Recht gegen sich, daß es Spaltungen im Fürstenhause veranlassen kann.

2) In Belgien wird zur Wählbarkeit in die I. Kammer das Doppelte des Census erfordert, welchen ein Mitglied der II. Kammer haben muß. Auch dauert der Auftrag der Mitglieder der I. Kammer doppelt so lange, als der der Mitglieder der II. Kammer.

nach den Grundsätzen der konstitutionellen Monarchie zu organisiren oder zu vervollkommen, so ist vor allen Dingen der gesammte Zustand der bürgerlichen Gesellschaft zu berücksichtigen. Wo es einen Erbadel gibt, der in dem Besitze bedeutender Majoratsgüter ist, wird eine Zusammensetzung der I. Kammer, wie die in den Staaten der ersten Klasse, in der Regel den Vorzug verdienen. Wo es an einem solchen Adel, — wie z. B. in Frankreich — fehlt*), bleibt nur die Wahl zwischen dem Rechte der Staaten der zweiten und dem der Staaten der dritten Klasse übrig. Auch kann dieselbe Organisation der I. Kammer, je nachdem sie ins Werk gesetzt oder benutzt wird, sehr verschiedene Erfolge haben. So scheint z. B. eine Kammer, deren Mitglieder die Krone nach Gefallen und nur auf Lebenszeit ernennt, keineswegs geschickt zu seyn, den monarchischen Bestandtheil der Verfassung zu halten und zu heben. Gleichwohl wird sich die Sache anders stellen, wenn die I. Kammer Männer von überwiegenden Talenten und Einsichten in sich vereiniget. — Die Geschichte der konstitutionellen Monarchie ist noch zu jung, als daß man ihr Zeugniss zur Entscheidung der vorliegenden Frage benutzen könnte. Vormalis war es ein politischer Glaubensartikel, daß eine aus erblichen Pairs zusammengesetzte I. Kammer oder eine Erbaristokratie zu dem Wesen der konstitutionellen Monarchie gehöre. Aber schon ist dieser Glaube, welchen das Beispiel der britischen Verfassung veranlaßt hatte, durch die Gesetze anderer konstitutionellen Monarchien erschüttert worden. Auch die neueste Geschichte Großbritanniens d. i. das Verhältniß, in welches das Oberhaus zum Unterhause seit der Reformbill getreten ist, möchte jenen Glauben schwerlich von neuem unterstützen.

*) Denn, wie Napoléon sagt, ein Adel läßt sich nicht improvisiren. — Vgl. die Schriften de la démocratie nouvelle von G n i z o t und von Alletz.

III. Von der II. Kammer.

Die vielen Streitfragen, welche man über das Wahlsystem der konstitutionellen Monarchie aufgeworfen hat, sind fast insgesamt desselben Ursprungs. Sie beruhen auf der Verschiedenheit der Folgerungen, zu welchen man gelangt, je nachdem man in diesem Theile des Verfassungsrechts von dem monarchischen oder von dem demokratischen Principe ausgeht. Sie sind also in Beziehung auf einen gegebenen Staat so oder anders zu entscheiden, je nachdem man in dem Verfassungsrechte desselben von dem einen oder von dem andern Principe auszugehen hat.

Nach dem demokratischen Principe ist sowohl das Recht zu wählen, als das Recht, gewählt zu werden, von keinen andern Bedingungen abhängig zu machen, als von denen, von welchen das Staatsbürgerrecht und dessen Ausübung überhaupt abhängen, also z. B. nicht von einem besonderen Census ¹⁾. Sollte es aus andern Gründen rathsam seyn, Ausnahmen von dieser Regel zu machen, so läßt sich noch eher eine Beschränkung des Wahlrechts, als eine Beschränkung der Wählbarkeit vertheidigen. Nach demselben Principe ist die unmittelbare Wahl der mittelbaren ²⁾, die Wahl durch Stimmzettel (by ballot) der mündlichen und öffentlichen, die Wahl auf eine kurze Frist, z. B. auf ein Jahr, (annual parliaments) der Wahl auf eine längere Zeit vorzuziehen. Nach dem monarchischen Principe sind alle diese Fragen oder

1) Ein Mittelweg würde der seyn, der die Centuriatcomitien der Römer nachahmte d. i. das Volk, nach der Verschiedenheit der Vermögensumstände der einzelnen Bürger, in gewisse Wahlklassen eintheilte. — Die aufgestellte Regel schließt auch die mittelbare Beschränkung der Wählbarkeit aus, welche daraus entsteht, daß die Abgeordneten keine Taggelder erhalten.

2) Einen Vorzug kann die mittelbare Wahl auch nach dem demokratischen Principe vor der unmittelbaren haben, wenn sie das durch den Kulturzustand des Volkes gebotene Mittel ist, die unmittelbare Wahl vorzubereiten.

doch die meisten anders zu entscheiden ¹⁾). Dieselbe Verschiedenheit schlägt auch in die Aufgabe ein, ob die II. Kammer nur theilweise, (z. B. alljährlich zur Hälfte oder zu einem Drittheile,) oder jedesmal ganz zu erneuern sey. Nur die Ganzerneuerung entspricht dem Interesse des demokratischen Bestandtheiles der Verfassung. Wenn die II. Kammer, (den Fall einer Auflösung ausgenommen,) nur theilweise erneuert wird, so bildet sich in ihr fast unausbleiblich ein Korporationsgeist, welcher sie eben so sehr ihrer Bestimmung, — das Organ des Volkes zu seyn, — entfremdet, als der Gefahr Preiß giebt, von der Regierung beherrscht zu werden. Man kann noch weiter gehen! Man kann getrost behaupten, daß unter dieser Voraussetzung das Volk (als ein Ganzes) überall nicht von der II. Kammer vertreten werde. Denn die Abgeordneten der einen Reihe sind zu einer andern Zeit, — von andern Individuen, unter anderen Umständen, bei einem andern Stande der öffentlichen Meinung — gewählt worden, als die einer andern Reihe ²⁾).

In den Staaten, in welchen das Recht, in der I. Kammer zu sitzen und zu stimmen, ein Geburtsrecht ist, (also in den Staaten der ersten Klasse,) sind die das Wahl-

1) Auch bei dem den Wahlbezirken zu gebenden — größeren oder kleineren — Umfange, so wie bei der Bestimmung des Wahlorts kommt diese Verschiedenheit in Betrachtung. — Doch giebt es Fälle, in welchen beide Principien in ihren Resultaten, wenn auch aus verschiedenen Gründen, übereinstimmen. So z. B. bei der Frage von der Wahl der Staatsdiener.

2) Ueber den Nachtheil einer theilweisen Erneuerung der II. Kammer findet man treffliche Bemerkungen in der Frau v. Stael Beobachtungen über die französische Revolution. — Der britischen Verfassung, der heutigen Verfassung Frankreichs ist diese Erneuerungsart unbekannt. Dagegen ist sie in mehrere Deutsche Verfassungs-urkunden aus den früheren Verfassungen Frankreichs übergegangen. — Um sie mit den Grundsätzen des Repräsentativsystems wenigstens einigermaßen zu versöhnen, muß die Erneuerung vor einer jeden (ordentlichen) Versammlung der Kammern und jedesmal, (wie in Belgien,) zur Hälfte geschehn.

system betreffenden Fragen zugleich in ihrer Beziehung auf das Interesse des aristokratischen Bestandtheiles der Verfassung in Betrachtung zu ziehn. In der Regel führt bei diesen Fragen das aristokratische Princip zu denselben Resultaten, wie das monarchische. Doch ist in diesen Staaten das Wahlsystem noch ins besondere auf den Zweck zu berechnen, zwischen beiden Kammern Eintracht zu vermitteln. Daher gestattet z. B. die Britische Verfassung weislich, daß auch die Söhne der Pairs zu Mitgliedern des Unterhauses gewählt werden können.

Daß in den konstitutionellen Monarchien, (und eben so in den repräsentativen Demokratien,) das Land zum Behufe der Wahlen, in gewisse Bezirke eingetheilt ist, beruht lediglich und allein auf einem Nothstande d. i. auf der faktischen Unmöglichkeit, eine jede einzelne Wahl oder die gesammten Wahlen von dem gesammten Volke vornehmen zu lassen. In rechtlicher Hinsicht ist gleichwohl die Wahl eines jeden einzelnen Wahlbezirkes ganz so zu betrachten, als ob sie von dem gesammten Volke geschehe oder geschehen wäre; ein Grundsatz, aus welchem sich mehrere — für das Repräsentativsystem hochwichtige — Folgerungen ableiten lassen*).

III. Von den Vorrechten der Mitglieder der einen oder der andern Kammer als solcher.

Die Verfassung hat den Mitgliedern der einen und denen der andern Kammer, als solchen, diejenigen Vorrechte zuzusichern, ohne welche die einen und die andern entweder ihrem Berufe überall nicht oder nicht mit der erforderlichen Unabhängigkeit Genüge leisten könnten.

*) Z. B. In einem jeden Wahlbezirke kann die Wahl auf einen Jeden im Volke fallen, der überhaupt den Gesetzen nach wählbar ist. (Die Wahl ist also nicht auf die wählbaren Einwohner des Bezirks beschränkt.) — Eben so läßt sich aus dem in Frage stehenden Grundsatz ein neuer Grund für die Ganzerneuerung der II. Kammer ableiten.

Zu Folge dieses Grundsatzes hat die Verfassung 1) die persönliche Freiheit der Mitglieder der Kammern durch gewisse ihnen zu ertheilende Vorrechte besonders in Schutz zu nehmen; z. B. so, daß die Mitglieder der Kammern, während diese versammelt sind, nicht Schulden halber, auch, ohne Bewilligung oder Genehmigung ihrer Kammer, nicht wegen eines Verbrechens verhaftet werden dürfen. Genauer hat diese Vorrechte ein Gesetz zu bestimmen¹⁾. — Eben so hat die Verfassung den Mitgliedern der einen oder der andern Kammer 2) Freiheit der Rede und zwar in dem Umfange zuzusichern, daß die einen oder die andern wegen der schriftlichen oder mündlichen Vorträge, die sie an ihre Kammer richten, weder zur Strafe gezogen, noch auf Genugthuung belangt werden können; mit dem einzigen Vorbehalte, daß sie der Vorstand der Kammer zur Ordnung rufen kann, wenn sie von ihrer Redefreiheit Mißbrauch machen²⁾. So gefährlich auch dieses Vorrecht ist, (denn es kann sowohl zu Angriffen auf die Verfassung, als zur Kränkung der Ehre Anderer benutzt werden,) so hat man doch nur die Wahl, ob man das Repräsentativsystem, als eine Grundlage der konstitutionellen Monarchie, wegen dieser mit ihm verbundenen Gefahr gänzlich aufgeben oder ob man es, ungeachtet dieser Gefahr, dennoch beibehalten will. Denn wer würde es wagen, in der einen oder in der andern Kammer mit Freimuth zu sprechen, also seines Berufes gehörig zu warten, wenn er sich wegen seiner Aeufserungen mit einer Anklage oder mit einer Klage bedroht sähe? wo ist, besonders wenn man die Stellung erwägt, in welcher die

1) Z. B. Ist ein Mitglied der Kammern in der Zwischenzeit zwischen zwei Reichstagen oder in dem Falle einer handhaften That wegen eines Verbrechens verhaftet worden, so ist die Genehmigung (*ratihabitio*) der Kammern einzuholen. In England erstreckt sich die Freiheit vom Schuldarreste, welche den Mitgliedern der II. Kammer zusteht, de facto auf die ganze Zeit der Dauer ihres Auftrags. S. Blackstone, comment. on the l. of E. I, 2.

2) Ich beziehe mich wegen dieses Vorrechts auf meine Abhandlung über diesen Gegenstand in dem Arch. f. civilistische Pr. Jhg. 1834.

Mitglieder der Kammern zur Regierung und zum Volke stehn, die Scheidlinie zwischen einer erlaubten und einer unerlaubten Rüge? darf man es den Mitgliedern der Kammern zur Pflicht machen, nur die Beschwerden zu erheben, die sie durch einen genügenden Beweis begründen können? und wer kann, wer soll der Richter seyn? Vielleicht überschätzt man auch die in Frage stehende Gefahr. Wird die Verfassung oder die Regierung in der einen oder in der andern Kammer mit Bitterkeit angegriffen, so kann sie auf demselben Kampfplatze auch mit Nachdruck vertheidigt werden. Hält sich ein Privatmann durch die in der einen oder in der andern Kammer gefallenen Aeufserungen für gekränkt in seiner Ehre, so kann er zu seiner Vertheidigung den Weg der Publicität oder den der Petition betreten. — Weit schwieriger ist die Frage, ob an jenem Vorrechte der parlamentarischen Redefreiheit auch diejenigen Theilhaben, welche die in der einen oder in der andern Kammer gehaltenen Vorträge in Druckschriften oder sonst (übrigens getreulich) wiederholen. Gegen eine Injurienklage dürften sie sich auf jenes Vorrecht schwerlich berufen können*).

*) Privilegia sunt strictissimae interpretationis. Das Englische Recht geht von der Friction aus, daß in den Parlamentssitzungen Zuhörer kraft einer bloßen Vergünstigung zugegen sind. Daher ist z. B. der Herausgeber einer Zeitung für den Inhalt der Parlamentsreden verantwortlich, die er durch den Druck bekannt macht. — Die vorliegende Frage hängt zugleich mit der Fassung und Bekanntmachung der über die Sitzungen der Kammern zu haltenden amtlichen Protokolle zusammen. (Diese Protokolle können die Verhandlungen entweder vollständig, also von Wort zu Wort, oder nur im Auszuge, oder nur was die gestellten Anträge und Fragen und die Abstimmungen betrifft, also ohne die Debatten, enthalten. Die dritte Fassung verdient unbedingt den Vorzug. Die erste hat eine fortgesetzte Täuschung die zweite höchst unerfreuliche Reklamationen zur Folge.) Wenn die Kammern ihre amtlichen Protokolle amtlich bekannt machen, so erstreckt sich das Vorrecht der Redefreiheit auch auf den Inhalt dieser Protokolle. Vgl. die Parlaments- und die gerichtlichen Verhandlungen, welche über diese Frage in England (im Monat April 1839.) stattgefunden haben.

V. Von der Versammlung der Kammern oder von dem Reichstage.

Das Recht, die Kammern einzuberufen, sie zu ver-
tagen oder zu schliessen, steht nach den Grundsätzen der
konstitutionellen Monarchie der Krone zu. (Das Recht,
welches sich in einigen Deutschen Ländern die Landstände
vorbehalten hatten, so genannte willkührliche Zusammen-
künfte zu halten, kann den Kammern nicht zustehn.)
Jedoch hat die Verfassung die Frist zu bestimmen, in
welcher jedesmal die Kammern, (zu einem ordentlichen
Reichstage,) einzuberufen sind. Das Interesse des Volkes
fordert, dass alljährlich eine Versammlung gehalten
werde. Gleichwohl ist in einem kleineren Staate jene Frist
verhältnissmässig zu verlängern; nicht nur, weil hier die
Masse der von den Kammern zu erledigenden Geschäfte
geringer ist, sondern auch und hauptsächlich aus dem
Grunde, weil es ein solcher Staat schmerzlicher fühlt,
wenn die obersten Beamten der Regierung von ihren ge-
wöhnlichen Berufsgeschäften längere Zeit abgehalten
werden ¹⁾).

Die Geschäftsordnung der Kammern ²⁾ d. i. die
Regel für die Verhandlungsweise der Kammern hat zu-
vörderst dieselben Aufgaben zu lösen, welche von einer
jeden für irgend eine kollegialische Staatsbe-
hörde bestimmten Geschäftsordnung zu lösen
sind ³⁾, wenn auch diese Aufgaben in ihrer Beziehung

1) Wenn auch in grossen Staaten die Kammern alljährlich zu versam-
meln sind, so sollte man doch aus demselben Grunde auch in grossen
Staaten auf die Abkürzung der Sitzungszeit (session) möglichst Be-
dacht nehmen.

2) Ich spreche, nur um den Vortrag abzukürzen, von der Geschäfts-
ordnung der Kammern. Es versteht sich von selbst, dass die eine
und die andere Kammer ihre besondere Geschäftsordnung haben
kann oder muss.

3) Die Aufgabe, wie die Geschäftsordnung der Kammern zu fassen
sey, gehört zu den wichtigsten des Verfassungsrechts der konsti-

auf die Kammern ein besonderes Interesse haben und auf eine eigenthümliche Weise zu lösen seyn können. — Es hat daher die Geschäftsordnung der Kammern vor allen Dingen für die Regelmäßigkeit und Bedächtlichkeit der Verhandlungen die geeigneten Vorkehrungen zu treffen. Je nachdem der Charakter einer Nation lebhafter oder ruhiger, die Verfassung neu oder alt ist, hat man die Verhandlungsformen mehr oder weniger auf diesen Zweck zu berechnen¹⁾. — Eben so hat die Geschäftsordnung auf die Abkürzung der Verhandlungen durch ein jedes Mittel Bedacht zu nehmen, welches nur immer mit der Gründlichkeit der Berathung vereinbar ist. Daher gestattet z. B. das Britische parlamentarische Recht nicht, daß ein und derselbe vor dem ganzen Hause über denselben Gegenstand mehr als einmal spreche, wenn auch diese Regel nur den Sinn hat, daß ein Redner, welcher das drittemal das Wort nimmt, sofort (durch den Zuruf *Spoken, Gesprochen!*) unterbrochen werden kann²⁾. Noch

tutionellen Monarchie. (Das Resultat der Verhandlungen hängt in einem hohen Grade von ihren Formen ab.) Sie hat Aehnlichkeit mit der von der Fassung der Wahlordnung. Zu mehreren in dieser Aufgabe enthaltenen Fragen gab schon die Römische Komitialverfassung Veranlassung. In den Deutschen konstitutionellen Monarchien hat man meist die Geschäftsordnung der II. Kammer Frankreichs zum Muster genommen; doch in Hannover die des britischen Unterhauses. — *Tactique des assemblées législatives etc. Ouvrage extrait des manuscrits de J. Bentham, par Et. Dumont. Genf und Par. 1816. (Deutsche Uebers. Erlang. 1818.)* Th. Jefferson, Handbuch des Parlamentarrechts oder Darstellung der Verhandlungsweise und des Geschäftsganges beim Englischen Parlemeute und beim Kongresse der V. St. A. d. E. von L. v. Henning. Berl. 1819. *The manner of proceeding on bills in the House of Commons. By Bramwell. Lond. 1833.*

1) Die II. Kammer Frankreichs ist in Abtheilungen (*Bureaux*) getheilt, in welchen die Gesetzesvorschläge in eine Vorberathung gezogen werden. Es dürfte doch zweifelhaft seyn, ob diese (für Frankreich vielleicht zweckmäßige) Einrichtung die Nachahmung verdient hätte, die sie in einigen Deutschen Staaten gefunden hat.

2) Das hat zugleich die gute Folge, daß der Redner, der aufgestanden ist, desto mehr bemüht ist, Alles zu sagen, was er für seine

weniger darf es einem Mitgliede der einen und der andern Kammer erlaubt seyn, einen Vortrag, (Kommissionsberichte allein ausgenommen,) abzulesen¹⁾. — Für den bei der Berathung zu beobachtenden Anstand kann die Geschäftsordnung nur mittelbar, — durch die Befugnisse, die sie dem Vorstande der Kammern einräumt, — Sorge tragen. Das Uebrige muß sie den Mitgliedern der Kammern überlassen, welche nicht übersehen werden, daß besonders der unter ihnen herrschende Ton die Gesamtheit und die Einzelnen in den Augen des Volks hebt oder herabsetzt²⁾. — Sodann aber hat die Geschäftsordnung noch gewisse besondere Aufgaben zu lösen, Aufgaben, welche sich auf die den Kammern eigenthümlichen Funktionen und Verhältnisse beziehen. — Sie hat daher auf die Unabhängigkeit der Kammern in ihren inneren Angelegenheiten Bedacht zu nehmen. Es muß also der einen und der andern Kammer das Recht zustehn, die Titel oder Vollmachten ihrer Mitglieder zu prüfen, die Polizei im Innern ihres Sitzungsgebäudes zu handhaben, ihre Geschäftsordnung abzuändern oder zu ergänzen. — Ebenso auf die Meinungs- und Stimmfreiheit so wie auf die rechtliche Gleichheit der Mitglieder der einen und der andern Kammer. — Hieraus könnte man folgern, daß die geheime Abstimmung vor der öffentlichen den Vorzug verdiene. Aber eine höhere Rücksicht, die, welche

Meinung zu sagen weiß. (Man vergesse als Mitglied einer solchen Versammlung nie, daß man selten seine Sache besser macht, wenn man oft über sie spricht. Die Zuhörer sind Männer.)

1) Und — kann nicht, wenn das gestattet ist, ein Anderer durch den Redner sprechen? dieser also überschätzt werden? — Man eifert in England nicht selten gegen die langen Reden einzelner Parlamentsglieder. Aber sie haben das Gute, daß sie die mittelmäßigen Köpfe zum Schweigen veranlassen, — daß die Berathung nicht in ein gesellschaftliches Gespräch ausartet. (Die besten Redner sind in der Regel auch die besten Köpfe.)

2) Es giebt eine eigene parlamentarische Sprache, wie es eine eigene diplomatische Sprache giebt. Beide haben denselben Zweck. Der Herzog von Levis (England in seinem gegenwärtigen Zustande,

auf die Publicität der Verhandlungen zu nehmen ist, entscheidet für die öffentliche Abstimmung. Das Volk muß sich nicht nur von den Meinungen, sondern auch (und hauptsächlich) von den Abstimmungen seiner Vertreter unterrichten können¹⁾. Dagegen würde zu Folge der vorliegenden Regel eine Geschäftsordnung zu verwerfen seyn, welche einem jeden einzelnen Volksabgeordneten seinen Platz in dem Sitzungssaale durch das Loos anwiese²⁾, oder welche dem Vorstande verstattete, zuerst das oder zuerst das Mitglied der Kammer zur Abstimmung aufzurufen³⁾. — Ferner auf die Publicität der Verhandlung. Allerdings kann es Fälle geben, in welchen die eine oder die andere Kammer eine geheime Sitzung zu halten hat. Aber die Verfassung hat die Zulässigkeit einer solchen Ausnahme von besonderen Bedingungen abhängig zu machen. — Endlich ist auch durch die Geschäftsordnung die Art zu bestimmen, wie die eine Kammer mit der andern und wie die Regierung mit den Kammern in Verkehr zu treten hat. Sie hat hierbei denjenigen Formen den Vorzug zu geben, welche die gegenseitigen Mittheilungen möglichst erleichtern. Es verdient z. B. die in Großbritannien bestehende Einrichtung, daß beide Häuser, wenn sie über die Bestimmungen eines Gesetzentwurfes getheilte Meinung sind, zur Beseitigung dieses Zwiespaltes durch Bevollmächtigte ihres Mittels zusammentreten, allgemein nach-

I. Bd. Lpz. 1813. S. 186.) macht die Bemerkung, daß zur Erhaltung der britischen Verfassung nicht wenig die Wort- und Redeformen beitragen, deren man sich in der parlamentarischen Sprache bediene.

1) In Frankreich wird in der II. Kammer in der Regel öffentlich (*per assis et levée*) abgestimmt. Aber es kann auch geheime Abstimmung (durch Kugeln) verlangt werden. Es ist schon geschehn, daß das Resultat der einen Abstimmung von dem der andern abwich.

2) Man hat so verhindern wollen, daß sich Partheien in der Kammer bilden. Aber Partheien sollen sich in der Kammer bilden.

3) Der Vorstand kann sonst einem bestimmten Mitgliede die *Praerogativa* bleibend geben.

geahmt zu werden. Dasselbe gilt von der Regel des französischen Verfassungsrechts, daß die Minister (oder andere Bevollmächtigte der Regierung) den Sitzungen der einen oder der andern Kammer, auch ohne Mitglieder der Kammer zu seyn, beiwohnen und im Namen der Regierung das Wort führen können. Allerdings ist es besser, wenn die Minister zugleich Mitglieder der einen oder der andern Kammer sind. Denn alles das entspricht dem Interesse der konstitutionellen Monarchie, was die Regierung und die Kammern einander nähert¹⁾. Können aber die Minister nicht als solche in den Kammern erscheinen, so ist man der Gefahr ausgesetzt, daß man entweder von den Verhandlungen in den Kammern oder von dem Ministerium Männer ausschließen muß, welche man weder bei jenen noch in diesem entbehren kann²⁾.

Rechte der Kammern³⁾. 1) Ohne Zustimmung der Kammern kann kein Gesetz verbindende Kraft erhalten. Die Art, wie die Regierung und die Kammern bei der Gesetzgebung zusammenzuwirken haben, kann übrigens auf mehr als eine Weise, — bald mehr im Geiste der Demokratie, bald mehr im Geiste der Monarchie, — bestimmt werden, entweder so, daß alle Gesetzesvor-

1) Hierzu kommt noch ein anderer und besonderer Grund. Wenn die Minister, ohne Mitglieder der Kammern zu seyn, den Sitzungen beiwohnen können, sitzen sie gewöhnlich auf einer besonderen Bank und gesondert von den Mitgliedern der Kammern. Daran reiht sich der Gedanke an eine belagerte Burg. Kleinigkeiten haben oft große Folgen.

2) In Großbritannien können die Minister in der einen und in der andern Kammer nur als deren Mitglieder gegenwärtig seyn. Schon haben sich die Nachteile dieser Einrichtung, — seitdem die Reform-Bill durchgegangen ist, — fühlbar gemacht.

3) Es ist hier nur von den Rechten der Kammern die Rede, welche sich aus dem Wesen der Verfassung der konstitutionellen Monarchie ergeben. Einige positive Gesetzgebungen fügen diesen Rechten noch andere hinzu (Am weitesten geht wohl die Britische Verfassung.) Auf jeden Fall ist ein jeder Zusatz zu jenen Rechten durch besonders dringende Gründe zu rechtfertigen. Die Britische Verfassung kann hier schwerlich zum Muster dienen.

schläge von den Kammern ¹⁾), oder so, daß die Gesetzesvorschläge allein von der Regierung ausgehn ²⁾), oder so, daß die Initiative zwar allein der Regierung zusteht, diese jedoch von den Kammern um einen Gesetzesvorschlag gebeten werden kann ³⁾). Eine besonders wichtige Folge des in Frage stehenden Rechts der Kammern ist ihre Theilnahme an der Regulirung des Staatshaushaltes mittelst des Staatsbudgets ⁴⁾). Nicht genug, daß gerade die Gesetze, welche die öffentlichen Abgaben betreffen, auf das gesammte Wohl und Wehe eines jeden einzelnen Bürgers einen wesentlichen Einfluß ausüben, einen Einfluß, welchem sich Niemand entziehen kann ⁵⁾): die Kammern werden durch das Recht, über diese Gesetze abzustimmen, noch überdies in den Stand gesetzt, die Handlungen der Regierung überhaupt zu kontrolliren ⁶⁾). — 2) Die eine und die andere Kammer hat das Recht, Bittschriften (Petitionen)

1) So in Großbritannien. Doch kann die Krone durch eine an das Unterhaus gerichtete Botschaft zu einer Bill Veranlassung geben.

2) Alsdann können wieder die Kammern entweder das Recht haben, den Vorschlag zu verbessern, oder aber auf die Annahme oder Verwerfung des Entwurfes beschränkt seyn. In Frankreich hatte der gesetzgebende Körper in den Zeiten Napoleons nur das Recht der Annahme oder Verwerfung. Er war ein heimliches Gericht.

3) So in Frankreich, in den deutschen konstitutionellen Monarchien. Ein Mittelweg, der auch das für sich hat, daß er dem Gesetzgeber Ziel und Maß setzt. (Uebrigens sind unter den im Texte angegebenen Fällen auch Kombinationen möglich.)

4) Die Einnahme und Ausgabe des Staates wird im voraus — nach einer Wahrscheinlichkeitsrechnung — festgesetzt. Ueber die wirkliche Einnahme und Ausgabe ist dann, nach Ablauf der Budgetperiode, den Kammern Rechnung abzulegen.

5) Denn, wie schon oft bemerkt worden ist, überall muß man sterben und — Abgaben zahlen. — Besonders die Völker Deutschen Ursprungs waren von jeher freigebiger mit ihrem Blute, als mit ihrem Gute. Abgaben nöthigen zum arbeiten. Der Kriegsdienst ist zugleich ein Ehrendienst.

6) Wie weit sich diese Kontrolle erstrecken dürfe, ist eine Streitfrage, die sich nicht durch Grundsätze entscheiden läßt. Es giebt auch im öffentlichen Leben einen gewissen Takt, der die Stelle der Grundsätze zu vertreten hat.

von den Einwohnern des Landes anzunehmen und hierauf das Sachgemäße zu beschließen, sey es übrigens, daß diese Bittschriften eine Beschwerde über ein dem Bittsteller von der Regierung oder von deren Beamten zugefügtes Unrecht oder daß sie die Bitte um eine Verbesserung der Gesetzgebung enthalten *). Dieses Recht, welchem das Petitionsrecht der Bürger entspricht, gewährt den Kammern vorzugsweise die Mittel, das Interesse der Verfassung mit dem der einzelnen Bürger zu verweben. — 3) Sowohl die eine als die andere Kammer, und zwar eine jede für sich, ist berechtigt, über die Minister Beschwerde zu führen. — Von einem 4ten Rechte, von dem Rechte, die Minister anzuklagen, wird weiter unten die Rede seyn.

Schließlich ist hier noch eines Hülfrechts zu gedenken, welches nach der Verfassung Großbritanniens dem einen und dem andern Hause zusteht, — des Rechts, eine parlamentarische Untersuchung zu verfügen d. i. durch eine aus Mitgliedern des Hauses bestehende Kommission Zeugen abhören zu lassen und überhaupt die Nachrichten einzuziehen, welche zur gehörigen Erledigung einer zur Kompetenz des Hauses gehörenden Angelegenheit erforderlich sind. So viel auch diese Einrichtung für sich hat, so möchte sie doch in den Deutschen konstitutionellen Monarchien schwerlich das Bürgerrecht erhalten.

DRITTES HAUPTSTÜCK.

Von der vollziehenden Gewalt.

Auch die konstitutionelle Monarchie kann so organisiert werden, daß ihr der Vorzug verbleibt, welchen die

*) Empfehlungswerth ist der in Großbritannien eingeführte Gebrauch, daß die Bittschrift von einem Mitgliede der Kammern überreicht wird.

Monarchie überhaupt vor einer jeden andern Verfassung hat, — für die Freiheit, Kraft und Stetigkeit der vollziehenden Gewalt die vergleichungsweise vollkommenste Bürgschaft zu leisten. Vielleicht kann ihr dieser Vorzug, da sie die vollziehende Gewalt von den andern beiden Grundgewalten des Staates sondert, und so die Thätigkeit der Beamten der vollziehenden Gewalt nur für die Verrichtungen dieser Gewalt in Anspruch nimmt, sogar in einem höheren Grade, als anderen Formen der Monarchie, zugeschrieben werden. Zwar vereinigt auch die konstitutionelle Monarchie mit den Geschäften der vollziehenden Gewalt noch einige andere Geschäfte, welche nicht in dem Wesen dieser Gewalt enthalten sind, — die Berathung über die den Kammern vorzulegenden Gesetzesvorschläge, die Entscheidung derjenigen Rechtssachen, welche der Kompetenz der Gerichte entzogen sind. Jedoch verlangt diese Verfassung zugleich, daß für die Erledigung der Geschäfte dieser Art eigenthümliche organische Einrichtungen getroffen werden. Eben so wird zwar zu Folge der Grundlagen dieser Verfassung der Fürst, als Haupt der vollziehenden Gewalt, von seinem Ministerium vertreten. Aber diese Eigenthümlichkeit der konstitutionellen Monarchie giebt der vollziehenden Gewalt nur einen andern Mittelpunkt, (nur ein anderes centrum unitatis,) den Fragen, welche die Organisation dieser Gewalt betreffen, nur eine andere Stellung.

I. Von der Organisation des Ministeriums.

Damit der Fürst auch als Individuum durch sein Ministerium vertreten würde, sollte er die Ausübung seiner Regierungsrechte in die Hände eines einzigen Ministers niederlegen. Der Anwendbarkeit dieser Regel, welcher auch das Wesen der vollziehenden Gewalt das Wort spricht, steht jedoch eben so wohl die Masse der Regierungsgeschäfte, als, (wie z. B. die Geschichte der Vezierswürde der Mohamedanischen Völker lehrt,) das Interesse der

Monarchie entgegen. Daher ist in dem heutigen Europa die oberste Leitung der Regierungsgeschäfte überall mehreren Ministern zusammen anvertraut. Eben so hat überall ein jeder einzelne Minister seinen eigenen Geschäftskreis, sein eigenes Departement*), theils zu Folge des Grundsatzes, daß für verschiedenartige Arbeiten verschiedene Arbeiter anzustellen sind, theils zur Verstärkung der den Ministern obliegenden Verantwortlichkeit.

Damit jedoch diese Vertheilung der Geschäfte nicht der Einheit des Ministeriums Eintrag thue, ist 1) einer der Minister zum Vorstande (oder Präsidenten) des gesamten Ministeriums (oder zum Premier-Minister) zu ernennen. Aus demselben Grunde haben sich 2) die Minister von Zeit zu Zeit, z. B. an einem bestimmten Wochentage unter dem Vorsitze ihres Präsidenten zu einem Ministerrathe zu vereinigen, um die in mehrere oder in alle Ministerialdepartements einschlagenden Regierungsangelegenheiten gemeinschaftlich in Berathung zu ziehn und zu erledigen. Ueberdies aber ist 3) bei der Zusammensetzung des Ministeriums ein Hauptabsehn darauf zu richten, daß das Ministerium aus Männern von denselben politischen Ansichten bestehe und, auf diese Weise zusammengesetzt, obwohl eine Mehrheit von Individuen, dennoch gleich als ein Individuum d. i. in demselben Geiste die öffentlichen Angelegenheiten leite. Das ist in der konstitutionellen Monarchie einerseits um so noth-

*) Die Zahl der Departements richtet sich in einem jeden einzelnen Staate nach der Menge der Geschäfte. Im allgemeinen kann man unterscheiden: 1) Das D. der auswärtigen Angelegenheiten. a) Das D. des friedlichen Verkehres mit andern Völkern, oder das D. der auswärtigen Angelegenheiten in der engern Bedeutung; b) das D. des Krieges. 2) Das D. der innern Angelegenheiten oder des Innern. Die üblichen Unterabtheilungen dieses D. verhalten sich zu einander wie Arten zu der Gattung. (Bemerkenswerth ist, daß es in England kein Justizministerium sondern nur Law Officers of the Crown giebt.) — Nur unter besonderen Umständen wird für einen Theil des Staatsgebietes ein besonderer Minister oder ein Vicekönig bestellt.

wendiger, da das Ministerium nur kraft der Einheit seiner politischen Meinungen auf die Stimmenmehrheit in der II. Kammer rechnen kann, und andererseits um so leichter, da die Stellung der Partheien schon die Männer andeutet, von welcher sich diese Einheit der Meinungen erwarten läßt. Hieraus erklärt sich, warum in den konstitutionellen Monarchien, wenn ein Ministerwechsel aus irgend einem Grunde nothwendig wird, das gesammte Ministerium abzutreten und dann der Fürst einem einzelnen Manne von Einfluss die Bildung eines neuen Ministeriums zu übertragen pflegt.

Aufser dem Ministerrathe muß in der konstitutionellen Monarchie noch ein anderer und größerer Rath, (ein Staatsrath,) bestehn, theils als letzte Instanz in denjenigen Rechtssachen, deren Entscheidung der vollziehenden Gewalt vorbehalten ist, theils zur Berathung der den Kammern vorzulegenden Gesetzentwürfe. Organische Einrichtungen dieses Geistes fehlen wenigstens in keiner der größeren konstitutionellen Monarchien Europa's gänzlich.

II. Von dem Verhältnisse des Ministeriums zur Krone.

In der konstitutionellen Monarchie ist das Verhältniß des Ministeriums zur Krone ein Mittelzustand zwischen Abhängigkeit und Selbstständigkeit, wie die konstitutionelle Monarchie überhaupt eine Verfassung des Antagonismus und des Gleichgewichts ist. — Das Ministerium ist von der Krone abhängig, denn diese hat unbedingt das Recht ihre Minister zu wechseln; unabhängig, denn die Krone ist genöthiget, ihre Minister unter den Männern zu wählen, welche das Zutraun des Volks für sich haben, unter den Männern, welche die Häupter der Parthei sind, die in der II. Kammer die Mehrheit der Stimmen hat. — Das Ministerium ist von der Krone abhängig, denn es bedarf für alle wichtigeren Regierungshandlungen der Zustimmung des Fürsten; un-

abhängig, denn es kann sich, wenn ihm diese Zustimmung versagt wird, auf seine Verantwortlichkeit berufen.

Auf welche Seite sich in diesem Verhältnisse die Wagschale der Macht neigen werde, hängt hauptsächlich von dem Einflusse ab, welchen der Fürst über seine Minister auszuüben vermag ¹⁾. Allemal kommt der Krone der Zauber zu statten, der in dem Worte und schon in dem Blicke eines Fürsten liegt. Jedoch den Ausschlag kann nur das geistige Uebergewicht des Fürsten geben.

Aber auch durch gewisse organische Einrichtungen kann jenes Verhältniß entweder günstiger für den einen oder günstiger für den andern Theil gestellt werden. Das Ministerium wird mehr oder weniger von der Krone abhängig seyn, je nachdem der Fürst in dem Ministerrathe (und in dem Staatsrathe) den Vorsitz führt oder nur von den in den Sitzungen gefassten Beschlüssen durch den einen oder den andern seiner Minister in Kenntniß zu setzen ist ²⁾; — je nachdem die Zahl der Fälle, in welchen die Minister eine Verfügung nicht ohne Zustimmung des Fürsten treffen können, gröfser oder geringer ist.

1) Von Georg IV. Könige von Großbritannien, wird erzählt, dafs er die auswärtigen Angelegenheiten fast ganz geleitet habe.

2) Dieser Unterschied ist von besonderer Wichtigkeit! In Großbritannien ist der König nie in dem Ministerrathe gegenwärtig; anders in Frankreich. (In Großbritannien besteht dieses Herkommen erst seit den Zeiten Georgs I. Dieser König wohnte den Sitzungen des Ministerrathes um deswillen nicht bei, weil er der Englischen Sprache nicht mächtig war! Was dieser König aus persönlichen Gründen zu thun unterlassen hatte, unterblieb in der Folge kraft eines Grundsatzes der Verfassung). Vgl. Tacit. Ann. I, 74. (Bei Gelegenheit einer Anklage, welche im Senate erhoben wurde, erklärte Tiberius, *se quoque in ea causa laturum sententiam, palam et juratum, quo caeteris eadem necessitas fieret.* Hierauf fragte ein Senator, Cn. Piso: „*Quo loco censebis Caesar? si primus, habebo quod sequar; si post omnes, vereor ne imprudens dissentiam.*“)

III. Von dem Verhältnisse des Ministeriums zu den Kammern oder von der Verantwortlichkeit der Minister ^{1.)}

Die Minister sind zwar schon dem gemeinen Rechte nach für die Verbrechen und Vergehen verantwortlich, deren sie sich bei der Verwaltung ihres Amtes schuldig machen. Jedoch nicht schon diese Verantwortlichkeit genügt der konstitutionellen Monarchie. Denn da es die Sache der Regierung ist, diese Verantwortlichkeit geltend zu machen, und da es das Interesse der Regierung seyn könnte, ja in der Regel seyn würde, die Schuldigen zu schonen und zu schützen, ^{2.)} so würde die Verfassung, wenn sie es bei dieser Verantwortlichkeit bewenden liefse, den demokratischen Bestandtheil der konstitutionellen Monarchie den Eingriffen Preiss geben, welche sich das Ministerium in die Grundgesetze der konstitutionellen Monarchie zum Nachtheile der Demokratie erlauben könnte. Es muß daher diese Verfassung dem Volke das Recht oder das Vorrecht einräumen, durch seine Vertreter die Minister in Anklagezustand zu versetzen. Von diesem konstitutionellen Rechte der Anklage wird hier allein die Rede seyn ^{3.)}.

Nur gegen die Minister, und nicht auch gegen die übrigen Staatsdiener kann eine Anklage von dem Volke gerichtet werden. Denn einerseits genügt es zur Wahrung der Verfassung, wenn das Anklagerecht auf die Minister be-

1) Eine Monographie der Ministerialverantwortlichkeit in konstitutionellen Staaten. Von Mohl. Tübing. 1837. (Die Hauptschrift über diese Lehre.)

2) Eben so wenig ist es das Interesse der Regierung, (durch ihren Einfluß auf die II. Kammer) eine Anklage der Minister zu veranlassen. Vgl. eine merkwürdige Aeußerung des Königs von Großbritannien, James I, in Howell's State-Trials. Vol. II. S. 1251.

3) Also auch nicht von dem Rechte, die Minister wegen eines Amtsvergehens auf Schadenersatz zu belangen. Auch dieses Recht steht unter dem gemeinen Rechte.

schränkt wird, da diese auch für die Amtsvergehen der übrigen Staatsdiener mittelbar verantwortlich sind,¹⁾ und andererseits würde der Gang der Regierung gehemmt, die Selbstständigkeit der Gerichte bedroht seyn, wenn jenes Recht auch auf die übrigen Staatsdiener ausgedehnt würde.

Nur der II. Kammer kann das Recht der Anklage zustehn; also der I. Kammer weder für sich noch in Verbindung mit der II. Kammer. — Denn, wie auch die I. Kammer zusammengesetzt seyn mag, und wenn sie auch nicht das Gericht ist, welches über die Anklage zu erkennen hat, so reimt sich doch mit der verfassungsmässigen Stellung der I. Kammer nicht ein Recht, in dessen Ausübung allemal zugleich ein Angriff auf die Krone liegt.

Dem Anklagerechte der II. Kammer ist nicht der Umfang zu geben, daß es sich auf eine jede verfassungswidrige Handlung der Minister erstreckte. Sondern das Gesetz hat die Vergehen, wegen welcher die Minister von der II. Kammer angeklagt werden können, mit derselben Genauigkeit zu bestimmen, wie die des gemeinen Rechts²⁾. — Denn zu den Gründen des Rechts und der Klugheit, welche überhaupt für bestimmte Strafgesetze sprechen, kommt in dem vorliegenden Falle noch der besondere Grund hinzu, daß der Angeklagte, je mächtiger der Ankläger, — die das Volk vertretende II. Kammer, — ist, desto mehr von dem Gesetze in Schutz zu nehmen ist. Wenn in den Vereinigten Staaten die Beamten wegen einer jeden verfassungswidrigen Handlung vor der Kammer der Repräsentanten angeklagt werden können, so ist, was das Ansehn dieses Beispieles betrifft, nicht zu übersehn, daß in diesen Staaten der Angeklagte nur mit dem Verluste seines Amtes bestraft werden kann, daß also die Verurtheilung mehr eine Verwaltungsmafsregel ist. Ueberdies tritt in der vorliegenden Beziehung zwischen der

1) Nämlich, wenn sie diese nicht entlassen oder nicht vor Gericht stellen.

2) So auch das Recht Großbritanniens.

konstitutionellen Monarchie und dem repräsentativen Freistaate der Unterschied ein, daß eine Anklage dieser Art in jener die Verfassung (ihrem monarchischen Bestandtheile nach) gefährdet, in diesem aber die Macht des Herrschers bethätiget und verstärkt.

Die schwierigste Aufgabe ist die: Vor welchem Gerichtshofe ist die Anklage anzustellen? vor der I. Kammer? oder vor einem Gerichtshofe des gemeinen Rechts? oder vor einem für diese Anklage eigends zu bestellenden Staatsgerichtshofe? — Für einen jeden dieser Pläne lassen sich aus den Verfassungsgesetzen der konstitutionellen Monarchien Auktoritäten anführen. Der erste hat in dem Interesse der Monarchie, (wenn anders nicht auch die Mitglieder der I. Kammer vom Volke gewählt werden,) der dritte im Interesse der Gerechtigkeitspflege das Meiste für sich *). Beiden mögte der zweite Plan nachstehn. Denn es kann der Angeklagte, damit seine Vertheidigung desto gewisser Gehör finde, verlangen, daß die Sache durch ein außerordentliches Gericht entschieden werde.

Von dem gerichtlichen Verfahren, welches für Sachen dieser Art vorzuschreiben ist, gelten ganz dieselben Regeln, wie von dem gerichtlichen Verfahren überhaupt. Wohl aber lassen sich für diese Regeln, (z. B. für die, daß das Verfahren mündlich und öffentlich seyn soll,) in wie fern sie auch auf die Verhandlung jener Sachen anzuwenden sind, noch besondere Gründe anführen.

Man hat den Zweifel aufgeworfen, ob sich das Begnadigungsrecht des Fürsten auch auf die Strafen erstrecke, zu welchen ein Minister auf eine Anklage der II. Kammer verurtheilt worden ist. Erwägt man aber die Aufregung, welche einer solchen Anklage vorauszugehen und den Verlauf derselben zu begleiten pflegt, so spricht

*) Die Fragen, wie dieser Gerichtshof zusammenzusetzen sey, ob auch in Fällen dieser Art ein Schwurgericht über die Thatsache zu entscheiden habe, lassen nicht füglich eine allgemeine Erörterung zu.

das Interesse der Gerechtigkeitspflege und mithin das des Volks der Zulässigkeit einer Begnadigung in Fällen dieser Art sogar besonders das Wort. Nur kann die Begnadigung nicht die Folge haben, daß der Verurtheilte von neuem im Staatsdienste angestellt werden könnte.

Wenn auch das Recht der II. Kammer, die Minister anzuklagen, zu den Grundgesetzen der konstitutionellen Monarchie gehört, so ist doch ein jeder Gebrauch, welchen die II. Kammer von diesem Rechte zu machen sich genöthiget sieht, ein öffentliches Unglück, das Zeichen einer schweren Krankheit, an welcher die Verfassung leidet. Wie die Geschichte Karls I., Königs von Großbritannien, lehrt, *) können Anklagen dieser Art sogar den Fall der Monarchie vorbereiten oder beschleunigen. Der praktische Werth jenes Rechts besteht vielmehr darin, daß sich die Minister auf ihre Verantwortlichkeit zur Abwehrung unbilliger Zumuthungen berufen können.

IV. Von den Verwaltungsbeamten und ihrem Verhältnisse zum Ministerium.

Die Organisation der Regierung d. i. der vollziehenden Gewalt, in wie fern diese den Staat als ein Ganzes zum Gegenstande hat, muß sich in der Organisation der Behörden, welche über die Verwaltungsbezirke gesetzt sind, gleichsam wiederholen. Doch ist an die Spitze eines jeden einzelnen Verwaltungsbezirkes ein einzelner Beamter zu stellen. Denn der Grund, aus welchem das Regieren Mehreren anzuvertrauen war, gilt nicht auch von dem Verwalten. Was

*) Lord Strafford, Minister und Liebling des Königs, wurde von dem Oberhause, auf eine Anklage des Unterhauses, zum Tode verurtheilt. Der König ließ sich überreden, von seinem Begnadigungsrechte Gebrauch zu machen. Er selbst starb in der Folge auf dem Blutgerüste.

das Verwalten betrifft, bleibt es bei der Regel, daß die Geschäfte der vollziehenden Gewalt am besten von Einzelnen besorgt werden ¹⁾).

Das Verhältniß der Verwaltungsbehörden zu dem Ministerium ist nach der Analogie des Verhältnisses zu bestimmen, in welchem die Minister zu dem Fürsten stehn. — So wie daher der Fürst berechtigt ist, seine Minister zu wechseln, so muß dasselbe Recht den Ministern, (mit Vorbehalt der Zustimmung des Fürsten,) in Beziehung auf die Verwaltungsbeamten zustehn. Die Regierung, durch ihr Verhältniß zu den Kammern ohnehin beengt, würde, dieses Rechtes entbehrend, gänzlich gelähmt seyn ²⁾. — So wie der Fürst seinen Ministern das Regieren zu überlassen hat, jedoch mit der Einschränkung, daß alle wichtigeren Regierungshandlungen seiner, des Fürsten, Zustimmung bedürfen, so haben sich auch die Minister des Verwaltens zu enthalten, ohne daß jedoch die Einheit aufgehoben oder gestört werden darf, welche zwischen der Regierung und der Verwaltung, zwischen dem Staate als einem Ganzen und seinen stufenweisen Abtheilungen bestehen soll. Dieser Satz, — welcher gegen das sogenannte Centralisationssystem gerichtet ist ³⁾ — gewährt freilich ein nur

1) *Administrer c'est le fait d'un seul.* — Musterhaft ist die in Frankreich bestehende Organisation der Verwaltung; musterhaft, aus dem Standpunkte des monarchischen Princips und in dem Interesse eines großen Reichs betrachtet.

2) Freilich ist der häufige Wechsel der Verwaltungsbeamten besonders der höheren, den die konstitutionelle Monarchie zur Folge hat, zugleich eine Schattenseite dieser Verfassung.

3) Man kann der Verfassung der konstitutionellen Monarchie vielleicht den Vorwurf machen, daß sie die Regierung für das Centralisationssystem stimme. Denn dieses System vermehrt den Einfluß der Regierung und die Regierung bedarf des Einflusses, um die Wahlen zu leiten. — Kein Staat hat sich von dem Centralisationssysteme bisher so frei erhalten, als England. Aber schon werden Klagen laut, daß sich die Regierung (seit der Reform-Bill) zu diesem Systeme hinneige.

sehr unsicheres Anhalten. Aber bei Aufgaben dieser Art muß sich die Theorie mit der Warnung begnügen, die Ausnahme nicht in die Regel zu verwandeln.

VIERTES HAUPTSTÜCK.

Von der richterlichen Gewalt.

I. Von der Organisation der Gerichte*).

Kraft des Wesens der richterlichen Gewalt hat die Organisation der Gerichte theils für die unpartheiische theils für die sachgemäße d. i. für eine mit den Gesetzen und mit der thatsächlichen Beschaffenheit eines jeden einzelnen Falles übereinstimmende Entscheidung der zur Kompetenz der Gerichte gehörenden Rechtsstreitigkeiten Gewähr zu leisten. Die organischen Einrichtungen, welche zu Folge der einen dieser Forderungen zu treffen sind, entsprechen in der Regel auch der andern. Jedoch stehen sie bald auf die eine bald auf die andere Forderung in einer nähern Beziehung. In der konstitutionellen Monarchie ist noch überdies der Grundsatz der Gleichheit Aller vor dem Gesetze auch auf die Organisation der richterlichen Gewalt anzuwenden.

Organische Einrichtungen, welche auf die Unpartheilichkeit der Gerichte unmittelbar berechnet sind: 1) Wenn auch die Besetzung der Richterämter zu den Rechten der Krone wesentlich gehört, so sind doch die Richter

*) Die Verfassung der französischen Gerichte ist in Deutschland bekannter, als die der Gerichte Englands. Und doch ist die letztere nicht weniger beachtungswerth, ja in einzelner Beziehung noch vorzüglicher als die erstere. — Geschichte der franz. Gerichtsverfassung vom Ursprung der fränk. Monarchie bis auf unsere Zeiten. Von Brewer. Düsseld. 1835.

auf Lebenszeit d. i. so zu ernennen, daß sie nur wegen eines Vergehns und nur zu Folge eines gerichtlichen Urtheiles ¹⁾ ihres Amtes entsetzt werden können. Selbst die Versetzung oder Beförderung eines Richters darf nicht ohne dessen Zustimmung geschehn. — 2) Um die Richter vor der Versuchung der Bestechlichkeit zu bewahren, ist ihnen theils eine besonders ehrenvolle Stelle in der Beamtenhierarchie anzuweisen theils ein besonders reichlicher Gehalt auszusetzen ²⁾. — 3) Da gleichwohl in einzelnen Fällen besondere Gründe eintreten können, in die Unpartheilichkeit der bei dem kompetenten Gerichte angestellten Richter Mißtrauen zu setzen, so ist für Fälle dieser Art der oberste Gerichtshof zu ermächtigen, die Sache von dem gesetzlich kompetenten Gerichte an ein anderes zu verweisen.

Organische Einrichtungen, welche auf die sachgemäße Entscheidung rechtlicher Streitigkeiten berechnet sind: 1) In der Regel eignet sich das Rechtsprechen allerdings besser für eine kollegialische Behörde, als für einen einzelnen Richter ³⁾. Denn das Rechtsprechen ist eine Arbeit, welche der des Gesetzgebers verwandt ist. Gleichwohl würde die Anwendung dieser Regel auf geringfügige Rechtssachen und auf die leichteren Vergehen selbst gegen das Interesse der Partheien laufen. Denn das Verfahren vor einem Kollegialgerichte ist das langsamere und kostspieligere. Und wenn auch ein ungerechter Richterspruch nicht deswegen weniger ungerecht ist, weil er dem Verurtheilten einen geringeren Nachtheil zufügt, so hat sich doch der Gesetzgeber bei der vorliegenden so wie bei ähnlichen Fragen für das zu entscheiden, was in der Mehr-

1) Eben so ist die Disciplin über die in einem Richteramte Angestellten den Gerichten zu überlassen.

2) Aus der Staatskasse. Jedoch dürfte ihnen zu gestatten seyn, für die Ausarbeitung der Urtheile den Partheien Gebühren anzusetzen. *Homo sum, humani nihil a me alienum esse puto!*

3) Deutschlands Rechtspflege durch Kollegialgerichte, ihre Natur und Verhältnisse. Von Sartorius. Augsb. 1832.

zahl der Fälle für die Betheiligten das Bessere ist. Jedoch selbst die Entscheidung der wichtigeren und wichtigsten Rechtssachen kann der Entscheidung eines Einzelrichters überlassen werden, wenn dieser, Mitglied eines Kollegialgerichts, die Entscheidung der schwierigeren Rechtsfragen, die in einer Sache aufgeworfen werden, dem gesammten Gerichte aus eigener Bewegung vorbehalten kann oder auf Antrag der einen oder der andern Parthei vorzubehalten hat. Dafür sprechen die in England üblichen Sendgerichte ¹⁾. — 2) Der Grundsatz, daß verschiedenartige Arbeiten verschiedenen Arbeitern zuzutheilen sind, scheint die Sonderung der Strafrechtspflege von der bürgerlichen zu fordern. Gleichwohl hat diese Sonderung nicht nur gewichtige Auktoritäten ²⁾, sondern auch das gegen sich, daß die bürgerliche Rechtspflege, da sie z. B. an eine strenge Prüfung der Beweisgründe gewöhnt, eine Schule für die gehörige Ausübung der Strafrechtspflege ist, nicht zu gedenken des gröfseren Aufwandes, welchen die Trennung der einen Gerichtsbarkeit von der andern verursacht. — 3) Für eine jede Rechtssache, (die geringfügigsten höchstens ausgenommen,) müssen meh-

1) Die französischen Sendgerichte (Assises) werden nur für Kriminalsachen und von mehreren Richtern zusammen gehalten. Anders in England, wo die obersten Gerichtshöfe insgesamt zu London ihren Sitz haben, aber zu bestimmten Zeiten durch einzelne Richter ihres Mittels Sendgerichte in den verschiedenen Gerichtsbezirken des Landes (Circuits) — sowohl für Civil- als für Kriminalsachen — halten lassen. Diese Einrichtung gestattet nicht nur eine Verminderung der Zahl der Richter, sondern sie gewährt noch überdieß andere Vortheile, z. B. daß die Sachen an Ort und Stelle verhandelt werden können. — Eine andere der Englischen Gerichtsverfassung eigenthümliche Einrichtung ist die, daß in London verschiedene einander koordinirte Gerichtshöfe bestehn, so daß es dem Kläger freisteht, seine Klage vor dem einen oder vor dem andern Gerichtshofe anzustellen. Das hat einen rühmlichen Wettstreit zur Folge.

2) In Frankreich entschied man sich — in den Zeiten der Revolution für diese Sonderung. Bald aber kam man von dieser Neuerung zurück.

rere Gerichtsstufen (Instanzen) bestehn, auf daß der höhere Richter etwa begangenen Versehen verbessern könne. Erwägt man hierbei die Nachtheile, die allemal mit der Verlängerung eines Rechtsstreites verbunden sind, ferner, daß, wenn anders die Gerichte gehörig besetzt sind, die Fälle, da ein in der zweiten Instanz gesprochenes Urtheil in der dritten Instanz abgeändert wird, denn doch zu den seltenern gehören, so dürfte das System zweier Instanzen vor dem dreier Instanzen, vorausgesetzt, daß man mit zweien das Rechtsmittel der Kassation verbindet, den Vorzug verdienen ¹⁾.

Die Frage: Soll — in bürgerlichen und in Strafsachen ²⁾ — das Urtheil über die Thatsache (des Verdict, *verdictum*,) einem Schwurgerichte d. i. Männern übertragen werden, welche für eine jede einzelne Rechtsache aus dem Volke zu wählen sind, so daß dem Gerichte nur die Anwendung des Gesetzes auf den Spruch der Geschworenen, sammt der Leitung des gerichtlichen Verfahrens verbleibt? ³⁾ — wird nicht schon durch den Grundsatz entschieden, daß man für verschiedenartige Arbeiten verschiedene Arbeiter anzustellen habe; und zwar schon deswegen nicht, weil bei der Beurtheilung eines Rechtsfalles die *quaestio facti* und die *quaestio juris* nur selten von einander scharf gesondert werden können ⁴⁾. Sondern darauf kommt es an, ob man von Ge-

1) Also das System, welches der Gerichtsverfassung Frankreichs zum Grunde liegt. Die Schriften über diese Gerichtsverfassung findet man angeführt in meinem Handbuche des französischen Civilrechts. §. 46. — Die Frage, ob oder in wie fern auch eine von einem Schwurgerichte entschiedene Sache der Entscheidung eines andern Schwurgerichts unterworfen werden könne, ist zu speciell, als daß ich auf sie hier eingehn könnte. Vgl. das Recht Englands.

2) In dieser Allgemeinheit ist die Frage zu stellen. In dem Gegenstande des Urtheils der Geschworenen liegt kein Grund, ihre Kompetenz — wie in Frankreich — auf Strafsachen zu beschränken. Der Englischen Gerichtsverfassung ist diese Beschränkung fremd.

3) Möhl, über das Geschwornengericht. Heidelb. 1833.

4) Daher setzt in England der Richter (in seiner charge) den Ge-

schwornen 1) eine richtigere und 2) eine unabhängige Beurtheilung der einem Rechtsfalle zum Grunde liegenden Thatsachen zu erwarten habe, als von einem Gerichte d. i. als von Männern, welche ständig und von der Krone angestellt sind. — Die *erstere* Frage dürfte in der Regel für die Gerichte und gegen die Geschwornen zu entscheiden seyn. Denn man überträgt ein Geschäft am besten denen, welche Geschäfte derselben Art schon oft besorgt haben. Jedoch ist diese Regel durch zwei Ausnahmen zu beschränken. a) Es giebt Civilsachen, in welchen man die richtigere Entscheidung der Thatsache von Geschwornen erwarten darf. Dahin gehören insbesondere diejenigen Rechtsstreitigkeiten, in welchen das Suchen des Klägers auf Schadenersatz gerichtet ist ¹⁾. Denn da das Maß eines zu leistenden Schadenersatzes nach der individuellen Beschaffenheit eines jeden einzelnen Falles, und je nachdem sich die Sache im Leben stellt, höher oder niedriger anzusetzen ist, so darf man annehmen, daß Männer, welche aus dem Volke und nur für die Entscheidung des gegebenen Falles gewählt sind, Fälle dieser Art am richtigsten beurtheilen werden. b) Wenn und wo die Gesetze, — wie in England und in Frankreich — zur Verurtheilung eines Angeeschuldigten auch einen indirekten oder einen unvollkommenen direkten Beweis für hinreichend erachten, dürfte für die Geschwornen dieselbe Vermuthung streiten. Denn unter dieser Voraussetzung kann es leicht geschehn, daß ein Gericht bei der Beurtheilung einer Strafsache durch gewisse ständige Maximen irre geleitet wird oder daß

schwornen jederzeit die Rechtsgrundsätze auseinander, welche in die Beurtheilung der Thatsache (d. i. des für die Thatsache geführten Beweises) einschlagen. Auch fällen die Geschwornen zuweilen, — in einer Civilsache, in welcher beide Fragen nichtfüglich von einander getrennt werden können, — überall nicht ein Urtheil; sondern sie geben nur die Thatsachen einzeln an, welche sie für erwiesen halten. (A special case).

1) Ich kann mich deshalb auf das einstimmige Urtheil der Englischen Rechtsgelehrten berufen.

von ihm die Eigenthümlichkeiten des zu entscheidenden Falles wegen der Aehnlichkeit desselben mit früher entschiedenen Fällen übersehn werden. Jedoch möchte die zweite Ausnahme nicht auf eben so standhaften Gründen, als die erste, beruhn. — Wenn auch, anlangend die *andere* Frage, in der konstitutionellen Monarchie für die Selbstständigkeit der Gerichte auf mehr als eine Weise gesorgt ist, so giebt es doch Fälle, in welchen alle diese Vorkehrungen noch nicht eine hinreichende Bürgschaft für die Unabhängigkeit der Rechtspflege von der Regierung gewähren, und zwar um deswillen nicht gewähren, weil in denselben diese Unabhängigkeit von besonderen Gefahren bedroht ist. Fälle dieser Art sind schon Civilsachen, in welcher die Staatskasse Parthei ist; ferner Strafsachen überhaupt, da in diesen die Regierung, als Anklägerin das Gemeinwesen vertretend, dem Angeklagten feindlich gegenüber steht. Ganz besonders gehört zu den Fällen dieser Art eine jede Anklage wegen eines Staatsverbrechens. Da ist die Regierung selbst, und nicht bloß anstatt des Gemeinwesens, Parthei. Da ist sogar zu fürchten, daß die Regierung die Strafrechtspflege als ein Mittel benutzen könnte, sich der Männer zu entledigen, welche gegen sie als muthige Vertheidiger der Verfassung in die Schranken träten *). Und das ist um so mehr zu fürchten, je weniger die Regierung, durch die Achtung des Volkes für die Aussprüche der Gerichte gedeckt, bei diesem Systeme der Verfolgung zu wagen hätte. Nimmermehr aber können die Richter dem Einflusse der Regierung gänzlich entzogen werden. Denn von der Regierung werden sie angestellt, von ihr haben sie Beförderung zu erwarten. Ohnehin bringen es ihre Amtspflichten mit sich, sich streng an die Gesetze zu binden, sich von politischen Rücksichten frei zu erhalten. Da ist nun das Schwurgericht das einzige Mit-

*) In einem gewissen Grade ist dieser Grund auf Strafsachen überhaupt anwendbar.

tel, welches der menschliche Verstand bisherersonnen hat, um die Unabhängigkeit der Rechtspflege in Fällen dieser Art, insbesondere bei Anklagen wegen eines Staatsverbrechens, zu sichern. Es müssen namentlich in den Fällen einer solchen Anklage Männer aus dem Volke, die Geschwornen, in die Mitte zwischen die Regierung und den Angeklagten treten, um den unschuldig Verfolgten, vielleicht auch, unter außerordentlichen Umständen, um den Schuldigen zu beschützen ¹⁾. „Wenn,“ bemerkt der grofse Englische Rechtsgelehrte Blackstone, ²⁾ „Montesquieu behauptet, dafs, weil Rom, Sparta und andere Freistaaten des Alterthums ihre Freiheit verloren haben, auch die Freiheit der Engländer dereinst untergehen müsse, so hätte er bedenken sollen, dafs alle diese Freistaaten, als sie ihre Freiheit verloren, mit dem Urtheile durch Geschworne unbekannt waren“ ³⁾. — Als Endresultat ergibt sich aus dieser Erörterung, dafs in der konstitutionellen Monarchie in gewissen Civilsachen ⁴⁾ das Interesse der Rechtspflege und in allen Strafsachen, — besonders aber, wenn die Anklage einem Staatsverbrechen gilt, — das Interesse der Verfassung die Institution des Schwurgerichts fordere. — Bei der Frage, wie das Schwurgericht zusammen zu setzen sey, (ob alle Staatsbürger oder nur die gewisser Klassen Ge-

1) Auch das Recht, einzelne Geschworne abzulehnen, (to challenge,) ist ein Grund, der für das Schwurgericht spricht.

2) Comment. on the law of England. III, 13.

3) Das Schwurgericht steht in einem andern Verhältnisse zur konstitutionellen Monarchie, in einem andern zur repräsentativen Demokratie. Dort ist es der Allgewalt der Regierung, hier ist es der Allgewalt der Gerichte entgegengesetzt. Dort beschränkt, hier erweitert es die Macht des Herrschers. Daher ist z. B. die Kompetenz der Schwurgerichte auf alle und jede Rechtssachen, (die geringfügigen jedoch auch hierbei ausgenommen,) auszudehnen.

4) Welche das Gesetz zu bestimmen hat, jedoch mit dem Vorbehalte, dafs es den Gerichten frei stehen mufs, auch andere Sachen an ein Schwurgericht zur Entscheidung zu verweisen. (Eine ähnliche Einrichtung besteht in Schottland.)

schworne seyn können,) wiederholt sich zuvörderst der Streit zwischen dem monarchischen und dem demokratischen Principe, der in so viele andere Fragen des Verfassungsrechts der konstitutionellen Monarchie eingreift. Sodann aber ist bei dieser Aufgabe der Grad, in welchem Kultur im Volke verbreitet ist, so wie der Volkscharakter zu beachten ¹⁾. — In England kann das Schwurgericht nur mit Stimmeneinhelligkeit, in Frankreich kann es schon mit Stimmenmehrheit seinen Spruch geben ²⁾. Die Regel des Englischen Rechts ist an sich die richtigere. Denn sie macht für den Spruch einen jeden einzelnen Geschwornen vor seinem Gewissen und vor Gott verantwortlich; und diese Bürgschaft für die Gewissenhaftigkeit der Geschwornen ist um so nothwendiger, je größer der Spielraum ist, welchen das Gesetz ihrem Ermessen verstatet ³⁾. Nur läßt sich Stimmeneinhelligkeit nicht unbedingt erzielen. *Nemo ad faciendum cogi potest*. Daher dürfte der Mittelweg einzuschlagen seyn, daß zwar die Geschwornen, um sie zur Einmüthigkeit (indirekt) zu nöthigen, 12 Stunden lang eingesperrt würden, hierauf

1) Ueber die Zusammensetzung des Schwurgerichts in England. S. Blackstone a. a. O. III, 23. (Alle Besitzer eines Freigutes, — freeholders — können Geschworne seyn, jedoch unterscheiden sich wieder a common jury und a special jury von einander;) — in Frankreich, loi v. 25. April 1827. (Hier stehen auf der Liste die Mitglieder der Wahlkollegien und die gewisser Stände).

2) Sowohl in England als in Frankreich besteht ein Schwurgericht aus 12 Mitgliedern. (Diese Zahl hängt mit der alt skandinavischen Götterlehre zusammen. Vgl. Buder, de judiciis duodecimviralibus populorum septentrionalium et Germaniae. Jen. 1743. Daher auch die 12 Richter Englands). Wenn in Frankreich das Schwurgericht nur mit 7 Stimmen entschieden hat, so wird die Sache noch einmal von dem Gerichte in Erwägung gezogen und nun die Stimmenmehrheit so berechnet, als ob die Geschwornen und die Richter zusammen über die Thatsache zu urtheilen hätten. So wird aber das Schwurgericht gerade in den schwierigsten Sachen fast zu einem Scheinbilde.

3) Es ist hier nicht etwa, wie man gewitzelt hat, von einem Siege des Magens über die Ueberzeugung die Rede. — Uebrigens ist das Schwurgericht mit einer Beweistheorie keinesweges unvereinbar.

aber, wenn sie sich gleichwohl nicht über einen Spruch vereinigen könnten, mit Stimmenmehrheit zu entscheiden befugt wären. — Uebrigens, wenn der Erfolg eines jeden Verfassungsgesetzes, welches dem Volke einen gewissen Antheil an der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten einräumt, von dem Geiste und dem Charakter des Volkes abhängt, so gilt das vorzugsweise von dem Gesetze, welches Männer aus dem Volke zur Theilnahme an der Rechtspflege beruft. Die Geschwornen müssen den Muth haben, Niemanden zu scheuen, das Volk muß das Urtheil der Geschwornen als das seinige ehren.

Endlich; kraft des Grundsatzes der Gleichheit Aller vor dem Gesetze, welcher in der konstitutionellen Monarchie auch auf die Gerichtsverfassung anzuwenden ist, haben alle Mitglieder des Staatsvereines vor denselben Gerichten Recht zu nehmen und zu geben ¹⁾. Es schließt also die Verfassung der konstitutionellen Monarchie einen jeden auf einem persönlichen Vorrechte beruhenden Gerichtsstand aus, z. B. den des stehenden Heeres in bürgerlichen Rechtssachen und wegen der Vergehen des gemeinen Rechts ²⁾. Zu Folge desselben Grundsatzes sind nicht für gewisse Arten von Civilsachen und eben so nicht für gewisse Arten von Strafsachen besondere Gerichte ausnahmsweise zu bestellen. (Es können z. B. die Gerichte, welche in Zeiten innerer Unruhen zur Aburtheilung der gegen die innere Sicherheit des Staates gerichteten Verbrechen bestellt zu werden pflegen, nur durch einen Nothstand gerechtfertiget werden.) Wohl aber gestattet jener Grundsatz, diejenigen Arten von Rechtssachen, zu deren Entscheidung besondere Kenntnisse erforderlich sind, also z. B. Handels-

1) Wenn anders nicht einem schon sonst bevorrechteten Stande auch in dieser Beziehung ein Vorrecht zu ertheilen ist.

2) Ich führe dieses Beispiel auch deswegen an, weil dieser privilegierte Gerichtsstand, (welcher sich in Deutschland aus den Zeiten der Miethsoldaten herschreibt,) zugleich auf die verfassungsmäßige Stellung des Heeres den nachtheiligsten Einfluß hat.

oder Bergwerkssachen, ferner diejenigen Arten von Rechts- sachen, für deren Verhandlung in dem Interesse der Par- theien ein besonderes Verfahren festzusetzen ist, also z. B. geringfügige Civil- und Strafsachen, an besondere Gerichte zu verweisen. In den Fällen dieser Art wird der Grundsatz durch die Ausnahme nicht beschränkt, sondern in Anwendung gebracht. Ausnahmen dieser Art haben noch überdies das für sich, daß eine Gerichtsverfassung und überhaupt eine Verfassung, welche einen zusammen- gesetzteren Bau hat, der Herrscherwillkühr eine eigene Art von Achtung gebietet, weil sich auch die Macht vor der Mühe der Untersuchung oder vor den Folgen der Er- schütterung eines solchen Baues scheut. (Darum war es ein Glück für Deutschland, daß, als — im Jahre 1495 — die Landeshoheit zur Reife gelangte, zugleich der Grund zu einer künstlicheren Gerichtsverfassung gelegt wurde.)

II. Von den Beamten der gerichtlichen Polizei.

Die gerichtliche Polizei ist der Staatsschutz, in wie fern er die gerichtliche Verfolgung der dem Gemein- wesen oder den Unterthanen zustehenden Rechte zum Gegenstande hat. Wie die Gerichtsbarkeit zwei Arten — die bürgerliche und die Strafgerichtsbarkeit — unter sich begreift, so giebt es auch zwei Arten der gerichtli- chen Polizei. Die eine, die civilrechtliche Polizei, hat nach Verschiedenheit der Fälle bald für die Erweis- lichkeit bald für die Förmlichkeit bald für die Offenkun- digkeit (Publicität) der Thatsachen und Geschäfte, auf welchen die bürgerlichen Rechte beruhn, in dem Interesse der Betheiligten Sorge zu tragen; die Aufgabe der an- dern, der strafrechtlichen Polizei ist, verübte Ver- gehen und deren Urheber zu entdecken, die Beweise zur Beschuldigung und Entschuldigung der Verdächtigen zu sammeln, die Angeschuldigten nöthigenfalls zur Haft zu bringen; die eine wie die andere aber hat darauf Be-

dacht zu nehmen, daß sich die Partheien vor Gericht durch taugliche Männer vertreten und vertheidigen lassen können *).

Die Verwaltung der gerichtlichen Polizei ist nicht den Gerichten, sondern eigenen Beamten zu übertragen; nicht nur zu Folge des Grundsatzes, daß verschiedenartige Arbeiten durch verschiedene Arbeiter zu verrichten sind; sondern auch aus dem Grunde, weil die Gerichte unter anderem berufen sind, über die Gesetzlichkeit der Handlungen dieser Polizei zu erkennen.

Beamte der civilrechtlichen Polizei sind z. B. 1) die Beamten des bürgerlichen Standes d. i. die Beamten, welchen es obliegt, über die den bürgerlichen Stand betreffenden Thatsachen, (über Geburten, Trauungen, Sterbefälle, u. s. w.) Urkunden aufzunehmen und diese in die dazu bestimmten öffentlichen Bücher einzutragen. Einst war dieses Geschäft in allen Europäischen Staaten die Sache der Geistlichkeit. (Und man kann das Verdienst, welches sich die Geistlichkeit durch die Haltung der Kirchenbücher erwarb, nicht hoch genug anschlagen!) Wo man von diesem Herkommen in den neueren Zeiten abgewichen ist, hatte man die Absicht, die Gesetzgebung des Staates von dem Rechte der Kirche unabhängig zu machen. — 2) Die Notare oder Staatschreiber, bestellt, den vor ihnen vollzogenen Rechtsgeschäften durch die Urkunden, die sie darüber aufzunehmen haben, Glaubwürdigkeit und, in gewissen Fällen, die erforderliche Form zu geben. Das Notariat, Römischen Ursprungs, hatte im Deutschen Reiche als ein kai-

*) Der Ausdruck: Gerichtliche Polizei, (*police judiciaire*,) ist aus der französischen Rechtssprache entlehnt. Jedoch beschränkt der französische Sprachgebrauch die Bedeutung dieses Ausdrucks auf die strafrechtliche Polizei — Nach der Deutschen Rechtssprache ist die willkührliche Gerichtsbarkeit (*jurisdictio voluntaria*) ohngefähr das, was im Texte civilrechtliche Polizei, und die allgemeine Untersuchung (*inquisitio generalis*) das, was im Texte strafrechtliche Polizei genannt worden ist.

serliches Amt an der landesherrlichen Gewalt einen viel zu mächtigen Gegner, als dafs es zu der Bedeutung hätte gelangen können, welche es haben kann und soll. Desto vollkommener entwickelte es sich in Frankreich ¹⁾. — 3) Die Beamten, welche zur Führung der Grund- und Hypothekenbücher bestellt sind. Dieses Amt greift so tief in die Vermögensverhältnisse der Unterthanen ein, dafs es nimmermehr rathsam ist, dasselbe als ein blofses Nebengeschäft zu einem anderen Amte zu schlagen.

Die Zahl der Beamten und Diener, welche mit der strafrechtlichen Polizei zu beauftragen sind, kann nicht grofs genug seyn, besonders was die Einleitung der Voruntersuchung, (die Entdeckung eines verübten Verbrechens und die Verhaftung des genugsam verdächtigen Thäters,) betrifft ²⁾. An die Spitze dieser Polizei ist billig der öffentliche Ankläger zu stellen.

Zu den Staatsdienern, welche für die Vertretung der Partheien in Rechtssachen zu bestellen sind, gehören: 1) Der Anwalt der Krone. Man kann die Kronanwaltschaft vorzugsweise ein Amt Deutschen Ursprungs nennen. Nach dem ältesten Deutschen Rechte wurden in der Regel alle Rechtsverletzungen mit einer Geldstrafe gebüfst. Einen Theil dieser Strafe erhielt der Verletzte oder dessen Familie, den andern der König oder die Gemeinde. Zur Herbeitreibung dieses Theiles der Strafe wurde nun bei einem jeden Gerichte ein Anwalt der Krone oder der Gemeinde angestellt ³⁾. Diesen Anfang nahm bei den Völkern Deutschen Ursprungs die Anwaltschaft

1) Vgl. über die (musterhafte) Verfassung des französischen Notariats die in meinem Handbuche des franz. Civilrechts §. 18. a. Sch. — Ueber die Geschichte des Deutschen Notariats s. Runde, Beiträge zur Erläuterung rechtlicher Gegenstände. Bd. I. S. 245. ff.

2) So beauftragt der Code d'instruct. crim. Liv. I. eine Menge Beamte mit diesem Geschäfte.

3) Tacit. German. c. 11. Stiernhöök, de jure Suconum et Gothorum vetusto. I. 5.

der Krone ¹⁾). Aber sie bildete sich hier so dort anders aus, sie erweiterte bei dem einen Volke mehr bei einem andern weniger ihren Geschäftskreis; in Deutschland gerieth sie sogar — unter dem Einflusse des Römischen und des kanonischen Rechts — fast ganz in Vergessenheit. Die vollständigste und zweckmässigste Ausbildung erhielt das Amt vielleicht in Frankreich. Dieses Amt, in einer jeden gut organisirten Verfassung an seiner Stelle, hat insbesondere das Wesen der konstitutionellen Monarchie für sich. Denn der Kronanwalt ist hier der Beamte, durch welchen allein die Regierung das Interesse, das sie in Beziehung auf die Rechtspflege hat, auf eine Weise wahren kann, welche mit der Selbstständigkeit derselben vereinbar ist. Es kann und soll der Kronanwalt nicht nur in allen den Civilsachen, in welchen die Regierung selbst Parthei ist, so wie in den Strafsachen, in welchen eine Anklage im Namen und anstatt der Regierung zu erheben ist, vertreten, sondern er kann noch überdies, unbeschadet der Unabhängigkeit der Gerichte, und er soll auch in allen andern Rechtssachen diejenigen Anträge an das Gericht stellen, welche die gehörige Verwaltung der Gerechtigkeit, nach der Lage einer jeden einzelnen Rechtssache, bezwecken ²⁾. — 2) Die Sachwalter, (advocati,) diejenigen Staatsdiener, deren Beruf es ist, die Rechte der Partheien vor Gericht zu vertheidigen ³⁾. Ohne dafs es

1) Nicht also gab der Römische procurator fisci Veranlassung zur Entstehung dieses Amtes. Vielmehr lag eine der Ursachen, dafs an die Stelle des Römischen Freistaates so schnell eine Zwingherrschaft trat, und eine Hauptursache darin, dafs die Römer keinen Kronanwalt hatten, der zum öffentlichen Ankläger bestellt gewesen wäre. So entstand das diis hominibusque invisum genus delatorum.

2) Im übrigen berufe ich mich wegen der Amtsverrichtungen des Kronanwaltes auf die Gesetzgebung Frankreichs. Vgl. m. Handb. des franz. CR. §. 46.

3) Sie sind also nicht zu verwechseln mit den Anwälten, (procuratores, avoués,) d. i. mit denen, welche die Person der Partheien bei der Verhandlung eines Rechtsstreites vertreten.

den Partheien frei steht, die Vertheidigung ihrer Rechte vor Gericht Anderen zu übertragen, ohne dafs es also im Staate Männer giebt, welche diesem Geschäfte gewachsen sind, ist überall nicht eine Rechtspflege möglich, welche den Namen einer Rechtspflege verdient. Denn nicht eine jede Parthei hat das Talent oder die Einsicht, um ihre Sache selbst vor Gericht zu führen. Wollte man aber dem Richter die Pflicht auferlegen, dafs er zugleich der Sachwalter der Partheien seyn solle, so würde man in ihm zwei wesentlich unvereinbare Eigenschaften vereinigen. Man würde ihm sogar, indem man die geflissentlich einseitigen Vorträge der Sachwalter ausschlosse, die allseitige und unpartheiische Beurtheilung der zu entscheidenden Rechtssachen erschweren oder unmöglich machen. In der konstitutionellen Monarchie vereinigt sich hierbei mit dem Interesse der Rechtspflege noch überdies das Interesse der Verfassung. Die Sachwalter, eben so unabhängig von der Regierung als abhängig von dem Publikum, sind die gebornen Wächter und Vertheidiger der Konstitution ¹⁾. Auch bahnt ihnen ihr Beruf, wenn sie sich das Zutrauen des Publikums zu erwerben wissen, mehr, als ein anderer, den Weg zur II. Kammer. Aus allen diesen Gründen aber hat die konstitutionelle Monarchie von allen den Mitteln Gebrauch zu machen, welche den Stand der Sachwalter heben d. i. für die Würdigkeit seiner Mitglieder Bürgschaft leisten können. Prüfungen, welchen diejenigen unterworfen werden, die sich um die Aufnahme in diesen Stand bewerben, gewähren allein jene Bürgschaft noch nicht. Das Hauptmittel ist die Mündlichkeit und Oeffentlichkeit des gerichtlichen Verfahrens. So werden die Sachwalter den Augen des Publikums gleichsam durchsichtig. So werden die mittelmässigen Köpfe abgehalten, sich einem Berufe zu weihn, in welchem sie nicht ihr Glück machen können. (Ein

1) Man hat sie mit den Haushunden verglichen, welche bellen, wenn der Herr schläft oder abwesend ist.

guter Redner ist allemal auch ein guter Kopf!) Ueberdies aber ist den Sachwaltern die Aussicht auf ein reichliches Einkommen zu eröffnen, und um so mehr, je unsicherer die Erfolge derer sind, welche sich für diesen Beruf entscheiden. Auch ist es rathsam, die Sachwalter, (in dem Bezirke eines und desselben Gerichtshofes,) zu einer Körperschaft zu vereinigen, welche über ihre Mitglieder einer Disciplinargewalt auszuüben berechtigt ist ¹⁾).

DRITTER ABSCHNITT.

Gewährleistungen für die

Fortdauer der konstitutionellen Monarchie.

Die Fortdauer einer Verfassung ist bedingt durch die Vortheile, welche die Verfassung den Machthabern zusichert, — durch die Hemmnisse, welche sie dem Mißbrauche der Gewalt in den Weg legt, — endlich, (im schlimmsten Falle,) durch die Furcht vor dem Widerstande, welchen Eingriffe in die Verfassung hervorrufen könnten. So viel zur Einleitung in das Folgende.

I. Gegen die Gefahr,
daß sich die konstitutionelle Monarchie in eine
absolute Monarchie verwandeln könnte.

Die Vortheile, welche die konstitutionelle Monarchie dem Fürsten für seine Person gewährt, sind so bedeutend, daß sie schon für sich hinreichend zu seyn scheinen, diese Verfassung gegen die in Frage stehende Gefahr zu schützen. Da in der absoluten Monarchie alles, was die

*) Data für die Wirksamkeit dieser Mittel kann man aus der Stellung des Advokatenstandes in England und in Frankreich entlehnen.

Regierung thut oder zu thun unterläßt, ja wohl selbst die Gunst oder Ungunst des Zufalles dem Fürsten zugeschrieben wird, so trifft diesen nicht nur der Unwille über das, was die Diener des Fürsten verschuldet haben, sondern oft sogar der durch ein öffentliches Unglück verursachte Mißmuth. Schuldig oder unschuldig hat der Fürst in dieser Verfassung alles zu verantworten, weil er in derselben Alles in Allem ist. Aber in der konstitutionellen Monarchie ist die Verantwortlichkeit der Minister, die Gewährleistung für die Heiligkeit und Unverletzlichkeit der Person des Fürsten*), ist der Ministerwechsel das verfassungsmäßige Mittel, die Unzufriedenheit des Volks zu beschwichtigen oder sie abzuleiten. In der absoluten Monarchie lastet auf dem Fürsten eine Bürde, welcher er leicht erliegen kann, er mag sich ihr nicht gewachsen fühlen oder ihr nicht gewachsen seyn. Die konstitutionelle Monarchie erleichtert das Gewissen des Fürsten, sie versöhnt die erbliche Monarchie mit dem Zufalle der Geburt. Endlich, in der konstitutionellen Monarchie kann der Thron mit demselben Glanze umgeben werden, wie in der absoluten Monarchie. Ja vielleicht liegt sogar eine glänzende Repräsentation der königlichen Würde, wo nicht in dem Wesen, doch in dem Interesse jener Verfassung. — Allerdings entscheidet der Begriff, den ein Fürst mit dem Königthume verbindet, über den Werth dieser Vortheile, welche ihm die konstitutionelle Monarchie gewährt. In dieser Verfassung ist der Fürst nicht, (wie z. B. in den Mohammedanischen Reichen,) der Repräsentant des launischen und unerbittlichen Fatums. Er ist in dieser Verfassung eben so wenig der Vater einer großen Familie, die er zwar pfleglich aber nach seiner Ueberzeugung leiten kann und soll. Aber er ist in der konstitutionellen Monarchie das Haupt eines freien Volkes, eines Volkes, welches ihm seine Freiheit in so fern verdankt, als es

*) Da kann der König nicht unrecht thun. (The King can do no wrong).
Blackstone, comment on the l. of E. I, 6.

sich, von dem kräftigen Arme einer monarchischen Regierung vor inneren Unruhen bewahrt, desto freier regeln und bewegen kann. Er kann stolz seyn auf seine Würde, weil er über ein Volk gebietet, das stolz auf seine Freiheit ist.

Eine weitere Bürgschaft, welche die konstitutionelle Monarchie für ihre Fortdauer in der vorliegenden Beziehung hat, liegt in den Vortheilen, welche diese Verfassung der Regierung (oder der vollziehenden Gewalt) gewährt. Eine Regierung, die mit und nach dieser Verfassung zu regieren versteht, ist mächtiger als selbst der unbeschränkste Monarch. Denn ein Volk opfert williger Gut und Blut, wenn es die Lasten, die es trägt, sich selbst aufgelegt hat oder sich selbst aufgelegt zu haben glaubt. An der Gesetzgebung Theil nehmend überhebt es in vielen Fällen durch die Achtung, die es für das Gesetz hegt, die Regierung der allemal unerfreulichen und oft misslichen Nothwendigkeit, zum Zwange ihre Zuflucht nehmen zu müssen. Und wenn in dem heutigen Europa die Macht eines Staates wesentlich von seinem Kredite, — d. i. von der Macht, Schulden zu machen und so die Nachwelt zur Bestreitung der Bedürfnisse der Jetztwelt herbeizuziehen, — abhängt, so ist es vorzugsweise die Verfassung der konstitutionellen Monarchie, welche der Regierung diese Macht verleiht. Kein Zweifel aber, daß alle diese Vortheile auch dem Monarchen, unmittelbar oder mittelbar, zu statten kommen.

Endlich, so wie schon die Schranken, welche die konstitutionelle Monarchie der königlichen Gewalt überhaupt setzt, so viele Mittel sind, diese Verfassung vor der in Frage stehenden Gefahr zu bewahren, (da diese Schranken theils die Ausführung eines der Verfassung feindlichen Entschlusses erschweren theils die Widerrechtlichkeit eines solchen Entschlusses dem Rechtsgeföhle desto näher legen,) so hängen mit der konstitutionellen Monarchie noch überdiess einige besondere Einrichtungen und Verhältnisse zusammen, welche zur Abwendung der=

selben Gefahr beitragen. Der Fürst, wegen seines Einkommens auf die Civilliste*) beschränkt, ist nicht so, wie in der absoluten Monarchie, der Gefahr ausgesetzt, von unwürdigen Günstlingen und von schlechten Rathgebern umlagert und verrathen zu werden. Man kann in der konstitutionellen Monarchie nicht bloß durch die Gunst des Fürsten, sondern auch, ja oft noch besser, durch die Gunst des Volkes im öffentlichen Leben sein Glück machen. (Und gerade die Art, wie man in einem Staate emporsteigen kann, entscheidet ganz besonders über die Erfolge und über die Lebensdauer seiner Verfassung.) Zu den Ministerstellen, — und das ist vielleicht in einer jeden Beziehung der Hauptvorzug der konstitutionellen Monarchie, — können in der Regel nur Männer gelangen, welche das Zutrauen des Volkes oder das einer zahlreichen Parthei für sich haben.

Gleichwohl würde man sich irren, wenn man der Gefahr, daß der demokratische Bestandtheil dieser Verfassung dem monarchischen erliegen könnte, alles Gewicht absprechen wollte. Das Regieren ist den meisten Menschen mehr eine Lust als eine Last. Der Besitz einer Gewalt reizt allemal zur Erweiterung derselben. Wenn aus diesen Gründen selbst der Fürst der Verfassung der konstitutionellen Monarchie abhold seyn kann, so haben die Minister noch mehr Ursache, mit einer Verfassung unzufrieden zu seyn, welche ihre Lage so unheimlich macht. Ueberdies aber kann die Spannung zwischen der Regierung und den Kammern in dem Grade zunehmen oder es können sich die politische Partheien in dem Grade die Wage halten, daß die Staatsmaschine Gefahr läuft, in Stillstand zu gerathen. Man berufe sich, zur Herabsetzung dieser Gefahr, nicht auf das Beispiel Grossbritanniens. (Von

*) Vielleicht sollte jedoch die Civilliste nicht bloß auf den Staatsschatz sondern wenigstens zum Theil auf den Ertrag gewisser dem Fürsten zur Bewirthschaftung vorbehaltenen Landgüter angewiesen werden.

Frankreich kann hier ohnehin nicht die Rede seyn!) Großbritannien hat, der Sache nach, erst durch die neueste Parlementsreform eine Verfassung erhalten, welche der Idee einer konstitutionellen Monarchie, wenigstens in einem gewissen Grade, entspricht. Und wer könnte verkennen, daß die Geschichte der Britischen Verfassung Erscheinungen darbietet, welche in mehr als einer Hinsicht die Verehrer dieser Verfassung beunruhigen können. — Es würde daher der Vorschlag, — den Kammern bei der Gesetzgebung nur eine beratende Stimme einzuräumen und so die Reibungen zu beseitigen, welche die vollziehende Gewalt am ersten zu Angriffen auf die Verfassung verleiten können, — gewiss alle Beachtung verdienen, wenn eine solche Verfassung für die Freiheit der Presse eine genügende Bürgschaft leisten könnte*).

II. Gegen die Gefahr, daß sich die konstitutionelle Monarchie in eine Demokratie verwandle.

Ob und in wie fern der Fortdauer der konstitutionellen Monarchie von Seiten des Volks Gefahr drohe, hängt in einem jeden einzelnen Staate, der eine Verfassung dieser Art hat, von dem Zustande der bürgerlichen Gesellschaft d. i. von dem Verhältnisse ab, in welchem diese Verfassung zu den besonderen Interessen der verschiedenen Stände und Abtheilungen des Volkes steht. Hievon kann man sich nicht besser überzeugen, als wenn man die neueste Geschichte Englands, Frankreichs und Belgiens zu Rathe zieht. In England hat diese Verfassung die zahlreiche Parthei der Armen, (der Tagelöhner, der Radikalen,) gegen sich; aber ein reichbegüterter Adel und ein nicht minder wohlhabender Bürgerstand

*) Ein Englischer Rechtsgelehrter (Coleridge,) behauptete sogar: Ein Volk sey am besten daran ohne Verfassung, wenn es nur Einfluß genug habe, um seiner Stimme Gehör zu verschaffen, sollte auch einmal, in einem Jahrhunderte, grober Mißbrauch von der Gewalt gemacht werden.

schaaren sich um die Verfassung; auf daß jene Parthei im Zaume gehalten werde. In Frankreich ist die konstitutionelle Monarchie noch überdies von der republikanischen Stimmung desselben Mittelstandes bedroht, welcher ihr, in der Erinnerung an die Gräuel der Revolution und aus Furcht vor der Wiederherstellung der Vorrechte des Adels ¹⁾, zur Stütze dient ²⁾. In den politischen Partheien Belgiens, sowohl in der katholischen als in der liberalen Parthei, leben zwar dieselben republikanischen Erinnerungen und Tendenzen. Doch liegt es zugleich in dem Interesse der ersteren Parthei, sich an den Thron anzuschließen, auf daß nicht die Gegenparthei das Uebergewicht erhalte oder die Selbstständigkeit der Kirche gefährdet werde. Im allgemeinen ist es die Unzufriedenheit der untersten Volksklassen, welche die konstitutionelle Monarchie sowohl überhaupt als in dem heutigen Europa am meisten zu fürchten haben möchte. Wirft man einen auch nur flüchtigen Blick auf die neueste Geschichte der Europäischen Staaten, so wird man fast überall finden, daß sich die Zahl derer, welche zu jener Klasse gehören, vermehrt, ihr Verdienst aber vermindert hat. Die Ursachen liegen in der Zunahme der Bevölkerung überhaupt, in der Veränderung, welche sich mit so vielen Gewerben in so fern begeben hat, als sie jetzt fabrikmässig und nicht mehr von einzelnen Meistern betrieben werden, in dem Streben fast aller Europäischen Regierungen, die so genannte Industrie (d. i. die Fabrikation) im Inlande durch künstliche Mittel, — durch hohe auf die Einfuhr gelegte Zölle, die man aus Schamhaftigkeit Schutzzölle nennt, — zu heben, in der Steigerung der öffentlichen Abgaben, der Lasten, die allemal vorzugsweise die ökonomische Lage derjenigen verschlimmern, welche von ihrer Hände

1) In England herrscht diese Eifersucht auf die Vorrechte des Adels nicht. Der Stolz der Freiheit verträgt sich mit der Achtung für Vorrechte, welche zugleich eine Bürgschaft für die gemeine Freiheit sind.

2) Vgl. Alletz, de la démocratie nouvelle. Par. 1837.

Arbeit leben. (Und gerade die konstitutionelle Monarchie ist nicht eine wohlfeile Verfassung*). Nur das Lob gebührt ihr, daß sie Ordnung in den Staatshaushalt bringt.) Wird man da nicht an die Geschichte des römischen Freistaates erinnert? Zuerst wurde das Patriciat von den angesehenen Familien des Bürgerstandes gestürzt. Dann übte der Pöbel das Recht der Wiedervergeltung. Und endlich? —

Jedoch, gerade gegen die in Frage stehende Gefahr kann die konstitutionelle Monarchie von einem Mittel Gebrauch machen, welches eben so sehr dem Interesse des Fürsten als, an sich, dem der Verfassung entspricht. Kraft des Wesens der monarchischen Verfassung ist der Fürst das Haupt der bewaffneten Macht; kraft des Wesens der bewaffneten Macht ist das Heer unbedingt zu Gehorsam verpflichtet. (*La force armée est essentiellement obéissante.*) Wenn nun der Fürst ein stehendes Heer unter seinem Befehle hat, (und in den Europäischen Staaten ist schon wegen ihrer auswärtigen Verhältnisse ein stehendes Heer unentbehrlich,) so hat er wenigstens in der Regel die Macht, gewaltsame Angriffe auf die Verfassung entweder zu verhindern oder abzuwehren. Wie sich die Verhältnisse in den grösseren konstitutionellen Monarchien in den neueren Zeiten gestellt haben, muß dem Fürsten diese Macht zu Gebote stehn, ist ein stehendes Heer ein Grundpfeiler dieser Verfassung.

So wirksam ist dieses Mittel, so groß ist das Gewicht, welches in der konstitutionellen Monarchie die Regierung durch ein stehendes Heer erhält, daß man andererseits in einem stehenden Heere den gefährlichsten Feind dieser Verfassung erblickt hat. Man hat deshalb sogar vorgeschlagen, das Heer nicht bloß dem Fürsten, sondern auch

*) Wer wohlfeil regiert seyn will, begeben sich in ein Land, das despotisch regiert wird. Selbst in den Vereinigten Staaten sind die öffentlichen Lasten, die der Union und die der einzelnen Staaten zusammen genommen, nicht so gering, als man gewöhnlich glaubt.

der Verfassung schwören zu lassen! Aber entweder ist dieser Eid unnütz oder er löst die Bande der Kriegszucht auf. — Jedoch man hat bei der Berechnung dieser Gefahr ein Gegengewicht übersehn, welches diese Verfassung in die andere Wagschale legen kann. Dieses Mittel ist das Konskriptionssystem, ist ein Nationalheer. Nicht als ob ein solches zu einem weniger strengen Gehorsam verpflichtet wäre, sondern weil die Regierung zu fürchten hat, daß es nicht in allen Fällen gehorchen werde *). Es ist nicht ein bloßes Spiel des Zufalles, daß sich das Konskriptionssystem und die Verfassung der konstitutionellen Monarchie fast gleichzeitig über Europa verbreitet haben. In dem heutigen Europa ist ohnehin die Gefahr, daß die Regierung geneigt seyn könnte, diese Verfassung gewaltsam zu verändern, noch aus einem besonderen Grunde geringer. Die größeren Europäischen Staaten sind ohne Ausnahme mehr oder weniger verschuldet. Staatsschulden aber sind die vollkommenste Bürgschaft für die Fortdauer der konstitutionellen Monarchie in Beziehung auf die Gefahr, welche ihr von Seiten der Regierung drohen könnte. Denn wie sich die Verhältnisse in Europa gestellt haben, kann kein Europäischer Staat des Kredits, und mithin des Zutrauns der Kapitalisten zur Rechtlichkeit der Regierung, entbehren. So gewiß nun einerseits dieses Zutraun durch einen Gewaltstreich der Regierung erschüttert werden würde, und so gewiß anderseits vorzugsweise die konstitutionelle Monarchie den Staatskredit hält und hebt, eben so gewiß hat besonders in dieser Verfassung die Regierung das Interesse, sich eines jeden gewaltsamen Angriffs auf die Rechte und Freiheiten des Volks zu enthalten. Man kann auf die Wirksamkeit die-

*) In Großbritannien wird das stehende Heer nur durch freiwillige Werbung ergänzt. Aber in der Verfassung dieses Reichs beruhen gar manche Einrichtungen nur auf dem Herkommen, nicht zu gedenken der besonderen Gründe, mit welchen diese Art der Werbung für Großbritannien vertheidiget werden kann.

ses Interesses um so mehr rechnen, da eine Erschütterung des Staatskredits allemal zugleich und wohl selbst am meisten die Reicheren d. i. diejenigen benachtheiligt, welche auf die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten, unmittelbar oder mittelbar, einen entscheidenden Einfluß haben. Man könnte daher den Kammern keinen besseren Rath geben, als den, um einen jeden Preis Schulden zu machen, wenn sie dieses Rathes bedürften. Alle Europäischen Monarchien würden sogar, wegen ihres verschuldeten Zustandes, als Monarchien für ihre Fortdauer zu fürchten haben, (wie sie deshalb auch insgesamt der öffentlichen Meinung zu huldigen genöthiget sind,) wenn es nicht eben so wohl ein Anliegen der Staatsgläubiger wäre, die verfassungsmässige Macht der Regierung aufrecht zu erhalten¹⁾.

Ich schliesse diesen Abschnitt mit den inhaltsschweren Worten eines Deutschen Schriftstellers! „Es giebt, sagt Friedrich Richter²⁾, eine höhere Tapferkeit als die im Kriege, eine Tapferkeit, welche einst, obwohl nicht lange, Athen und Rom befaßen, die Tapferkeit des Friedens und der Freiheit, der Muth zu Hause. Wenn manches andere Volk, im Vaterlande ein feigdenkender Knecht, ausser demselben ein kühnfassender Held, dem Falken gleicht, (nur weniger durch Schlaflosigkeit, wie er, als durch Einschläfern, zahm geworden,) welcher vom Falkenmeister so lange verkappt auf der Faust getragen wird, bis er als augenblicklicher Freier des Aethers in alle Wildheit losgelassen, kühn und klug einen andern Vogel überwältiget und mit ihm auf die Sklavenerde niederstürzt; so führt das rechts- und freiheitsmuthige Volk zu Hause

1) Man klagt in England, daß durch die Staatsschulden die Macht der Regierung gegen das Interesse der Verfassung gesteigert worden sey. (Denn Staatsschulden haben Staatsauflagen in ihrem Gefolge.) Und doch möchte der Vortheil gegenseitig ja mehr auf der Seite der Demokratie seyn.

2) In seiner *Levana*, II. Bd. (II. Aufl. Tübing. 1814.) S. 529.

seinen Freiheitskrieg, folglich den längsten und kühnsten, gegen jede Hand, die den Flug und Blick einschränkt; der einzige Krieg, der keinen Waffenstillstand haben soll.“

III. Gegen die Gefahr, dafs sich die II. Kammer der Herrschaft der öffentlichen Meinung entziehen könne.

Wie diese Gefahr durch die Formen der konstitutionellen Monarchie abgewendet werden könne und abzuwenden sey, ist schon oben gezeigt worden. Gegen diese Gefahr sind jedoch noch zwei Vorkehrungen anderer Art zu treffen.

Erstens: Die Verfassungsurkunde hat den Mitgliedern der Kammern eine Dienstweisung (eine Instruktion) zu ertheilen d. i. sie hat die Rechte im Allgemeinen aufzuzählen, welche die Verfassung den einzelnen Bürgern gewähren soll. Eine Instruktion dieser Art ist um so nothwendiger, da sonst selbst die vom Volke gewählten Abgeordneten den Sinn ihrer Vollmacht leicht missdeuten könnten, einer Vollmacht, welche die Wähler nicht mit besondern Aufträgen und Klauseln verbinden dürfen¹⁾. — Es hat also die Verfassungsurkunde 1) den Grundsatz der Gleichheit Aller vor dem Gesetze auszusprechen, übrigens mit Vorbehalt der Ausnahmen, welche diese Urkunde selbst etwa enthält. Eine jede Ungleichheit des Rechts, ein jedes Vorrecht, welchem nicht die konstitutionelle Monarchie selbst, an sich oder unter den gegebenen Umständen, das Wort spricht, ist mit dem

*) Die Nothwendigkeit einer solchen Instruktion haben auch die positiven Verfassungsrechte überall anerkannt. Hieher gehört z. B. die Englische Bill of rights — die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte in der Verfassungsurkunde der Union und in den ersten Konstitutionen Frankreichs. — Eine ähnliche Instruktion findet man auch in allen neueren Verfassungsurkunden der konstitutionellen Monarchien. Nur hat man sich in diesen Urkunden vor dem Fehler gehütet, durch unbestimmte oder zweideutige Sätze Veranlassung zu neuen Missdeutungen zu geben.

Wesen dieser Verfassung auch um deswillen unvereinbar, weil sie der Rechtsvermuthung, — daß der Wille der Mehrheit der Wille Aller sey, — ihre Anwendbarkeit benimmt. Schon das aber ist Ungleichheit des Rechts, wenn eine gewisse Art des Erwerbes, welche übrigens einem Jeden offen steht, vor der andern begünstigt wird, z. B. der Fruchtbau vor der Fabrikation oder diese vor jenem ¹⁾. — Die Verfassungsurkunde hat ²⁾ den Grundsatz der Glaubens- und Religionsfreiheit zu bekräftigen. Nicht nur muß es einem Jeden freistehn, sich zu einem Glauben zu bekennen und sich zu einem Religionsvereine zu halten, zu welchem er will, sondern es müssen auch die sämtlichen politischen und bürgerlichen Rechte der Unterthanen von ihrem Glaubensbekenntnisse unabhängig seyn. (Ich werde auf diesen Grundsatz in dem vorliegenden Werke an einem andern Orte zurückkommen.) — Dieselbe Urkunde hat ³⁾ die persönliche Freiheit der Unterthanen in Schutz zu nehmen. Zuvörderst gegen willkührliche Verhaftungen; wenn sie auch die Art und Weise, wie die persönliche Freiheit in dieser Beziehung zu sichern ist, der Gesetzgebung anheimzustellen hat ²⁾. Sodann aber auch in so fern, als einem Jeden das Recht zu gewähren ist, das Land (für immer oder eine Zeit lang) zu verlassen. Das Recht der Auswanderung, schon als ein Recht der Einzelnen von besonderer

1) Für diesen Satz sprechen auch die Verlegenheiten, in welche z. B. die britische Regierung durch die Korngesetze, die französische durch den hohen Zoll gekommen ist, den sie auf die Einfuhr des Kolonialzuckers (zum Vortheile der Runkelrübenzuckerfabrikation) gelegt hat.

2) Wegen der Frage, wie ein Gesetz zu diesem Schutze der persönlichen Freiheit zu fassen sey, verweise ich auf die Englische Habeas-Corpus-Acte. Dieses Gesetz, (oder vielmehr das Ganze der unter diesem Namen begriffenen Gesetze,) welches Blackstone die zweite Magna Charta der Engländer nennt, hat seinen Namen daher, daß der Verhaftete zu Folge einer Verfügung des kompetenten Gerichts, — welche sich in der Rechtssprache der Vorzeit mit den Worten: Habeas corpus, anfieng, — vor Gericht zu stellen ist.

Wichtigkeit, erhält noch überdies durch die Beziehung, in welcher es auf den Rechtsgrund der Staatsgewalt steht, eine neue Bedeutung. Wo ein Jeder berechtigt ist, den Wanderstab in einem jeden Augenblicke zu ergreifen, da kann sich die Regierung gegen einen jeden auf die Zufriedenheit berufen, welche er, indem er von jener Freiheit nicht Gebrauch machte, mit der Verfassung und Verwaltung des Staates bezeugt hat. Wenn auch der, welcher auszuwandern gedenkt, vor Ausführung seines Entschlusses den Verbindlichkeiten Genüge zu leisten hat, die er gegen seine Mitbürger oder gegen den Staat eingegangen ist, so ist doch dieser Satz nicht auf die Verbindlichkeiten auszudehnen, welche den einzelnen Mitgliedern des Staatsvereins nur als solchen, und nur so lange sie diese Eigenschaft haben, obliegen*). Sonst ließe sich auch ein unbedingtes Auswanderungsverboth rechtfertigen. — Eben so ist den Unterthanen 4) die Freiheit des geistigen Verkehrs oder der gegenseitigen Gedankenmittheilung durch die Verfassungsurkunde zuzusichern; z. B. die Freiheit der Presse, (von dieser Freiheit wird gleich hernach in einer andern Beziehung ausführlicher gehandelt werden,) ferner das Recht, sich für ihre intellektuellen, moralischen oder politischen Interessen zu Gesellschaften (Associationen) zu vereinigen. — Endlich 5) sollte die Verfassungsurkunde von Rechtswegen auch die Freiheit des Eigenthums überhaupt verbürgen. Jedoch beschränken sich die positiven Verfassungsrechte, — in der Erwägung, daß eine allgemeine Bestätigung dieser Freiheit theils zu Mißverständnissen Veranlassung geben, theils häufige Abweichungen von der konstitutionellen Regel nothwendig machen könnte, — gewöhnlich auf die Vorschrift, daß Niemanden sein

*) Die Nachsteuer (gabella emigrationis) ist mithin widerrechtlich. Eben so ist das Auswanderungsrecht nicht von der Bedingung abhängig zu machen, daß der Auswandernde der Konskription Genüge geleistet habe.

Eigenthum ohne vorläufige und genügende Entschädigung genommen werden dürfe.

Ein eben so wirksames ja ein noch wirksameres Mittel zur Abwendung der in Frage stehenden Gefahr ist *zweitens* die Freiheit der Presse ¹⁾. — Man betrachtet die Pressfreiheit fast immer nur als ein Mittel, die Regierung zu kontrolliren, der öffentlichen Meinung Einfluß auf die Regierung zu verschaffen. Aber eben so unentbehrlich ja vielleicht noch unentbehrlicher ist in der konstitutionellen Monarchie, (so wie in der repräsentativen Demokratie,) die Freiheit der Presse als die Bedingung, unter welcher allein die Wähler von den Meinungen und Abstimmungen der von ihnen gewählten Volksabgeordneten, und diese von dem Urtheile des Volks über ihre Handlungsweise unterrichtet werden können, mithin als die Bedingung, unter welcher allein die öffentliche Meinung über die Mitglieder der II. Kammer, (welche nur zu leicht vergessen, daß sie nicht die Herrn sondern die Diener des Publikums sind,) gebiethen kann ²⁾. — Es versteht sich von selbst, daß mit der Freiheit der Presse und mit der Verfassung der konstitutionellen Monarchie eine Censur unvereinbar sey. Denn die Censur ist ein rechtskräftiges Urtheil über das Recht, seine Gedanken Anderen durch den Druck mitzutheilen. Wem aber auch die Censur anvertraut, und wie sie auch ausgeübt oder geleitet werde, allemal stehen diejenigen, welchen sie übertragen ist, über der öffentlichen Meinung, anstatt daß in der konstitutionellen Monarchie die öffentliche Meinung, gleich als ein höheres Wesen, über Alle und

1) Vorausgesetzt, daß es eine politische Tagesliteratur giebt, vorausgesetzt ferner, daß die Kunst des schnellen Nachschreibens mündlicher Vorträge bedeutende Fortschritte gemacht hat. (Am weitesten hat man es in dieser Kunst in England gebracht. Auch besitzt die Englische Literatur mehrere Schriften über diese Kunst.)

2) Aehnliches gilt von dem Verhältnisse, in welchem die Freiheit der Presse zur I. Kammer steht.

über Alles gebieten soll*). Sey die Gefahr, mit welcher Freiheit von der Censur verbunden ist, auch noch so groß, (und über die Gefährlichkeit oder Ungefährlichkeit dieser Freiheit kann und wird man sich nimmermehr verständigen), man hat nur die Wahl, entweder die Censur aufzugeben oder die konstitutionelle Monarchie in ein Schatten - oder in ein Trugbild zu verwandeln. — Jedoch Censurfreiheit ist noch nicht Pressfreiheit. Wahre Pressfreiheit besteht nur da, wo, (wie in den Vereinigten Staaten,) der Schriftsteller oder dessen Verleger wegen des Inhalts einer Druckschrift, in so fern dieser den Staat oder einen öffentlichen Charakter, als solchen, betrifft, überall nicht zur Verantwortung gezogen werden kann. Dagegen ist eine Pressfreiheit mit so genannten Repressivgesetzen in der That keine Pressfreiheit; sie unterscheidet sich von der Censur nur dem Namen und nicht der Sache nach oder nur so wie der indirekte Presszwang von dem direkten. Ja sie ist sogar schlimmer, als die Censur, da Repressivgesetze strafen, ohne vor der Strafe genugsam warnen zu können, die Censur aber den unvorsichtigen Schriftsteller wenigstens ungestraft läßt. Allerdings kann und wird man sich gegen diese Theorie auf die Gefahren berufen, mit welcher sie das Gemeinwesen bedroht. Allein diese Einwendung sagt nur entweder, daß die konstitutionelle Monarchie, so wie in andern Beziehungen, so auch in dieser den Mittelweg einzuschlagen genöthiget sey, oder aber, daß diese Verfassung nicht bei einem jeden Volke gedeihen könne.

*) Ein liberales Censurgesetz ist eine *contradictio in adjecto*. Nur eine liberale Vorschrift kann in einem solchen Gesetze enthalten seyn, daß der Verfasser etc. einer censirten Schrift von einer jeden Verantwortlichkeit frei seyn soll.

Es ist in dem Obigen von den Bürgschaften für die Fortdauer der konstitutionellen Monarchie zu Folge des Planes des vorliegenden Werkes nur im allgemeinen gehandelt worden. In der Erfahrung können einer Verfassung dieser Art bald einige der aufgezählten Bürgschaften abgehn, bald neue zu statten kommen. — Da kommt es z. B. darauf an, ob die Verfassung alt oder neu ist. In dem letzteren Fall ist sie allemal besonderen Gefahren ausgesetzt. Beschwerden und Klagen haben sich unter der Herrschaft der bisherigen Verfassung gehäuft. Man darf endlich reden und man will sich der langersehnten Freiheit erfreuen. Die lautesten Sprecher werden zu Volksabgeordneten gewählt, weil man sie für die alleinigen Freunde des Volks hält. Sie müssen, um den von ihnen gehegten Erwartungen zu entsprechen, diese noch zu übertreffen suchen. Ohnehin ist es schwer, sich in der Ausübung einer neuen Gewalt zu mässigen¹⁾. Andererseits giebt es noch immer Viele im Volke, welche sich in der neuen Verfassung fremd oder unheimlich fühlen. Die neue Verfassung hat daher eben so viel von dem Freiheitstaumel der einen als von der Unzufriedenheit der andern Parthei zu fürchten. — Eben so ist in der vorliegenden Beziehung zwischen grossen und kleinen Staaten zu unterscheiden. Vielleicht taugt die Verfassung überhaupt nur für grosse Staaten; wie der beste Rock denjenigen nicht kleidet, der ihn nicht auszufüllen vermag. Auf jeden Fall ist in einem kleinen Staate die Zahl der Männer vergleichungsweise nur gering, unter welcher das Volk bei der Wahl seiner Abgeordneten die Auswahl treffen könnte²⁾, ist überdies grösser die Gefahr, dass die Regierung von dieser Verfassung den Missbrauch machen könnte, die Lasten des Volks getroster

1) „Praefectus urbi recens continuum potestatem, et insolentia parendi graviolem, mire temperavit.“ Tac. Ann. VI, 10.

2) Graf von Solms-Lich, Deutschland und die Repräsentativverfassung. Gießen, 1838.

zu erhöh'n. — Endlich können für die konstitutionelle Monarchie auch die auswärtigen Verhältnisse bald günstig bald ungünstig stehn. In dem heutigen Europa ist sogar der Werth, den diese Verfassung für die einzelnen Staaten hat, durch die auswärtige Politik wesentlich bedingt. (Ein Mehreres hievon im Völkerrechte.)

BIBLIOTHECA
REGIA
MÜNCHENENSIS

1) „Præfectus utriusque consilium potestatem, et insensibilem parandis
graviorum, mire temperavit.“ Tac. Ann. VI, 10.

2) Graf von Solms-Lich, Deutschland und die Repräsentativver-
fassung. Gießen, 1838.

Inhalt des dritten Bandes

der

VIERZIG BÜCHER VOM STAATE.

FÜNFZEHNTE BUCH.

Der allgemeine Theil der Verfassungslehre.

	Seite
Einleitung.	1
Erstes Hauptstück. Aufgaben der Verfassungslehre.	2
Zweites Hauptstück. Eintheilung der Staatsverfassungen.	4
Anhang I. Von den gemischten Staatsverfassungen.	8
Anhang II. Von den zusammengesetzten Staatsverfassungen.	10
Anhang III. Von Mutter- und Tochter-Staaten.	13
Drittes Hauptstück. Von der vollkommensten Staatsverfassung.	23
Viertes Hauptstück. Von den unmittelbaren Bestandtheilen des Staatsvereines.	29
Fünftes Hauptstück. Zur natürlichen Geschichte der Staatsverfassungen.	69
Ueber Reformen und Revolutionen.	76

SECHSZEHNTE BUCH.

Des besondern Theiles der Verfassungslehre erstes Buch.

Von der Monarchie oder Einherrschaft.

Erster Abschnitt.

Allgemeiner Theil der Verfassungslehre der Einherrschaft.

Erstes Hauptstück. Zur Geschichte der einherrschaftlichen Verfassung.	97
Zweites Hauptstück. Naturlehre der einherrschaftlichen Verfassung.	103
Drittes Hauptstück. Das Verfassungsrecht oder die Politik der Einherrschaft.	107
Viertes Hauptstück. Von der Erwerbung der Krone oder von den Wahl- und den Erbmonarchien.	111
Fünftes Hauptstück. Von den autokratischen und den repräsentativen Monarchien.	122

Zweiter Abschnitt.

Besonderer Theil der Verfassungslehre der Einherrschaft

Erstes Hauptstück. Von der Despotie oder der Zwingherrschaft.	126
Zweites Hauptstück. Von den väterlichen oder patriarchalischen Einherrschaften.	138
I. Von den stammväterlichen Einherrschaften.	139
II. Von den geistesväterlichen Einherrschaften.	151
III. Von den landesväterlichen Einherrschaften.	157
IV. Von den republikanischen Einherrschaften.	171

SIEBENZEHNTE BUCH.

Des besondern Theiles der Verfassungslehre zweites Buch.

Von der Aristokratie oder Adelherrschaft.

Erstes Hauptstück. Begriff dieser Verfassung. — Ihre Entstehung.	173
Zweites Hauptstück. Die Naturlehre der Aristokratie. . .	178
Drittes Hauptstück. Das Verfassungsrecht oder die Politik der Aristokratie.	181
Viertes Hauptstück. Von den Arten der Aristokratie. . .	188

ACHTZEHNTE BUCH.

Des besondern Theiles der Verfassungslehre drittes Buch.

Von der Demokratie oder der Volksherrschaft.

Einleitung.	192
Erste Abtheilung.	
Von den autokratischen Demokratieen.	196
Zweite Abtheilung.	
Von der repräsentativen Volksherrschaft.	205

NEUNZEHNTE BUCH.

Des besondern Theiles der Verfassungslehre viertes Buch.

Von der konstitutionellen Monarchie

oder

von der Einherrschaft mit einer Volksvertretung.

Einleitung.	226
Erster Abschnitt.	
Naturlehre oder natürliches Verfassungsrecht der konstitutionellen Monarchie.	230
Zweiter Abschnitt.	
Von der Organisation der konstitutionellen Monarchie.	
Erstes Hauptstück. Von den verschiedenen Abtheilungen des Staatsgebietes.	244
Zweites Hauptstück. Von den Kammern und dem Reichstage.	248
Drittes Hauptstück. Von der vollziehenden Gewalt.	263
Viertes Hauptstück. Von der richterlichen Gewalt.	273
Dritter Abschnitt.	
Gewährleistungen für die Fortdauer der konst. Monarchie.	287

SIEBENZEHNTES BUCH.

Des besondern Theiles der Verfassungslehre zweites Buch.

Von der Aristokratie oder Adels Herrschaft.

Erstes Hauptstück. Begriff dieser Verfassung. — Ihre Entstehung.	173
Zweites Hauptstück. Die Naturlehre der Aristokratie. . . .	178
Drittes Hauptstück. Das Verfassungsrecht oder die Politik der Aristokratie.	181
Viertes Hauptstück. Von den Arten der Aristokratie. . . .	188

ACHTZEHNTES BUCH.

Des besondern Theiles der Verfassungslehre drittes Buch.

Von der Demokratie oder der Volksherrschaft.

Einleitung.	192
Erste Abtheilung.	
Von den autokratischen Demokratien.	196
Zweite Abtheilung.	
Von der repräsentativen Volksherrschaft.	205

NEUNZEHNTES BUCH.

Des besondern Theiles der Verfassungslehre viertes Buch.

Von der konstitutionellen Monarchie

oder

von der Einherrschaft mit einer Volksvertretung.

Einleitung.	226
Erster Abschnitt.	
Naturlehre oder natürliches Verfassungsrecht der konstitutionellen Monarchie.	230
Zweiter Abschnitt.	
Von der Organisation der konstitutionellen Monarchie.	
Erstes Hauptstück. Von den verschiedenen Abtheilungen des Staatsgebietes.	244
Zweites Hauptstück. Von den Kammern und dem Reichstage.	248
Drittes Hauptstück. Von der vollziehenden Gewalt. . . .	263
Viertes Hauptstück. Von der richterlichen Gewalt. . . .	273
Dritter Abschnitt.	
Gewährleistungen für die Fortdauer der konst. Monarchie. .	287
.	
.	
.	
.	
.	

Zachariä von Lingenthal, Karl Salomo,

Karl Salomo Zachariä's Vierzig Bücher vom Staate

Bd.: 3

Heidelberg 1839

Pol.g. 1003 ta-1/3

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10771223-9